

# DIE VOLKSFEIND-IDEOLOGIE

SCHRIFTENREIHE  
DER VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE  
NUMMER 18

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg  
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTT GART

HERMANN BOTT

# DIE VOLKSFEIND-IDEOLOGIE

Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTT GART

© 1969 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart.  
Gesetzt aus der Monotype Walbaum-Antiqua.  
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.  
Gesamtherstellung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart.  
Printed in Germany. Titelnnummer 1494

## INHALT

Vorbemerkung . . . . .	7
I. DIE VORAUSSETZUNGEN . . . . .	9
A. Das Erbe des Nationalsozialismus . . . . .	9
B. Führende rechtsradikale Publizisten und periodische Druckschriften in der Bundesrepublik . . . . .	13
C. Veränderte strafrechtliche Bedingungen in der Bundesrepublik . . . . .	23
II. METHODEN UND TECHNIKEN RECHTSRADIKALER PROPAGANDA . . . . .	29
A. Die demagogische Grundrichtung . . . . .	29
1. Wir werden betrogen . . . . .	30
2. Eine mächtige Verschwörung bedroht uns . . . . .	32
3. Das Verhängnis steht unmittelbar bevor . . . . .	34
4. Unsere Regierung ist korrupt . . . . .	34
5. Kommunismus und Kapitalismus sind unsere Feinde . . . . .	34
6. Der Feind ist anrücklich . . . . .	35
7. Unser Volk darf nicht verdorben werden . . . . .	36
B. Die Propagandatechniken . . . . .	38
1. Die Sprache . . . . .	39
2. Die Karikaturen . . . . .	44
3. Schlagzeilen . . . . .	44
4. Verschlüsselungen . . . . .	51
5. Assoziationen . . . . .	55
6. Antikommunistische Verbrämung . . . . .	57
7. Ironisierung und Verspottung . . . . .	62
8. Pars pro toto . . . . .	64
9. Wiederholungen . . . . .	65
10. Abdruck aus ‚objektiven‘ Zeitungen . . . . .	67
11. Konträre Auslegungen . . . . .	68
12. Die Magie der Zahl . . . . .	70
13. Fälschungen und Verdrehungen . . . . .	72
14. Formale Distanzierung . . . . .	76
15. Demokratische Tarnung . . . . .	77
16. Juden contra Juden . . . . .	78
17. Anti-israelische Drapierung . . . . .	80

III. DIE IDEOLOGIE	83
A. Die Rassenlehre als Hintergrund . . . . .	84
B. Motivationen des Fremdenhasses . . . . .	91
1. Die Fremdgruppe der Gastarbeiter . . . . .	95
2. Die jüdische Fremdgruppe . . . . .	97
C. Eine neue Funktion der Fremdenfeindschaft: Der Entlastungs-Antisemitismus . . . . .	104
IV. ALLGEMEINE URSACHEN UND ASPEKTE DER RECHTSRADIKALEN FREMDENFREINDSCHAFT	115
Literaturverzeichnis . . . . .	143

## VORBEMERKUNG

Die wissenschaftliche und publizistische Beschäftigung mit dem Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik hat erstaunlicherweise gerade den Themenkreis weitgehend ausgeklammert, der einst den Inbegriff nationalsozialistischer Ideologie und Propaganda ausmachte: die Diffamierung anderer, angeblich minderwertiger Völker, der Kampf gegen das „Undeutsche“, die Vermischung von Nationalismus und Antisemitismus. Die in der Bekämpfung ihrer Gegner sonst lärmende rechtsradikale Agitation schlägt hier leisere Töne an, ist so sehr bemüht, sich von dem pauschalen, offenen Rassenhaß nazistischer Provenienz zu unterscheiden, daß der extremen Rechten Rassismus und Antisemitismus heute am wenigsten zum Vorwurf gemacht werden.

Auch diese Untersuchung ging von der Arbeitshypothese aus, daß nach Auschwitz zumindest der nicht mehr gesellschaftsfähige Antisemitismus weithin ausgespielt habe und durch andere, historisch weniger belastete Feindbilder ersetzt worden sei. Die genaue Analyse führte aber zu einem anderen Befund. Sie ergab zunächst, daß die traditionelle Kehrseite des Nationalismus, die Diskriminierung des „Fremden“ in konkreter oder sublimierter Form, das Zerrbild der imaginären, überall insgeheim wirkenden Deutschenfeindschaft, des verborgenen „Volksfeindes“, auch für den gegenwärtigen Rechtsradikalismus ein Grundmotiv geblieben ist. Dabei stellte sich aber die Theorie, der Antisemitismus sei durch andere, aktuellere völkische Angriffsobjekte (Gastarbeiter, Stationierungssoldaten, Neger u. ä.) ausgetauscht worden, als fragwürdig heraus. Während bestimmte Vorurteile und Dogmen des Nationalsozialismus, z. B. die „minderwertigen“ slawischen Ostvölker, fast gar nicht mehr auftauchen, zeigt sich, daß der unterschwellige Antisemitismus in der rechtsradikalen Ideologie und Propaganda die Diskriminierung neuer Fremdgruppen (Gastarbeiter u. a.) quantitativ bei weitem übertrifft.

Freilich handelt es sich dabei nicht um offen vorgetragene Judenfeindschaft, vielmehr um eine Verschleierungstechnik, welche die alten Vorurteile weniger handgreiflich reproduziert. Die Funktion des Juden, wie auch anderer „Fremder“ und völkischer Feinde, hat sich im politischen und gesellschaftlichen Erklärungsschema der radikalen Rechten gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie zum Teil erheblich verändert. Deshalb läßt sich auch der „neue“ Antisemitismus und Rassismus der NPD nicht einfach per Oberflächenevidenz registrieren und quantitativ erfassen, sondern nur mit dem Mittel einer qualitativen Inhaltsanalyse, die die tiefer liegenden Sachverhalte erschließt. Um die latente, aber gleichwohl im Zentrum propagandistischer Bezüge und Assoziationen stehende Volksfeind-Ideologie herauszuarbeiten, mußte versucht werden, die (nicht ohne weiteres quantifizierbaren) Befunde von ihren jeweiligen Textzusammenhängen her aufzuschlüsseln.

Als Material dazu diente vor allem das Parteiorgan der NPD, die „Deutschen Nachrichten“ (DN). Publikationen geistesverwandter Gruppen wurden in geringerem Maße zum Vergleich herangezogen, um die identische Grundhaltung des Rechtsradikalismus aufzuzeigen. Erst durch eine breite Dokumentation ließ sich veranschaulichen, daß es sich bei den angeführten Zitaten nicht um eine Blütenlese ausgesucht extremer Äußerungen, sondern um einen repräsentativen Querschnitt rechtsradikaler Weltanschauung und Agitation handelt.

Die vorliegende Untersuchung, eine aus einer Magisterarbeit hervorgegangene Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität München, entstand auf Anregung von Prof. Dr. Hans Maier, dem ich für manche Hinweise und das freundliche Interesse an dieser Arbeit zu Dank verpflichtet bin. Besonderen Dank schulde ich auch Dr. Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte für zahlreiche kritische Anregungen und Vorschläge sowie Prof. Dr. Rothfels für einige Korrekturen und nicht zuletzt dem Institut für Zeitgeschichte, das diese Arbeit ermöglichte.

München, im März 1969

H. B.

## I. DIE VORAUSSETZUNGEN

### A. Das Erbe des Nationalsozialismus

Das Tausendjährige Reich brach nach zwölf Jahren zusammen. Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert mußte in Deutschland versucht werden, eine Demokratie auf der Basis der militärischen Niederlage aufzubauen. Doch dieses Mal standen die Vorzeichen günstiger. Der Nationalsozialismus selbst hatte bestimmte Formen der Gesellschaftsordnung und diejenigen Institutionen, die traditionelle Stützen autoritärer Gesinnung gewesen waren, zerschlagen oder ihres Selbstbewußtseins beraubt. Nationalismus und Konservatismus waren diskreditiert, und erschreckender als je zuvor hatten sich die Folgen des Irrationalismus in der deutschen Politik gezeigt. Die Hinterlassenschaft des Dritten Reiches bildete wahrhaftig kein Startkapital für eine neue Rechte.

Sofern ehemalige Parteigenossen, meist Leute aus dem zweiten oder dritten Glied der NSDAP, in den ersten Jahren nach 1945 Versuche zur Wiederbelebung des Nationalsozialismus unternahmen, griffen die Alliierten ein, später die Gerichte der Bundesrepublik. Faschistisches Gedankengut hatte zunächst auf Jahre hinaus keine Chance, als Überzeugung innerhalb des pluralistischen politischen Gefüges der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Es vegetierte am Rande des politischen Lebens in verschiedenen Organisationen und Grüppchen kümmerlich dahin, Selbstbestätigung und isolierter Tummelplatz der alten und jetzt sozial freischwebenden Sänger des völkischen Staates. Die Jugend folgte den veralteten Lockrufen nicht mehr, und in absehbarer Zukunft – so schien es – würde sich dieses Problem durch den biologischen Prozeß der Generationsfolge selbst erledigen. Demoskopische Ermittlungen bestätigten diese Vermutung: von 1953 bis 1968 nahm die Zahl der ermittelten potentiellen Anhänger einer neuen NSDAP ständig ab. Schulen, Massenkommunikationsmittel und KZ-Prozesse trugen dazu bei, den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus ins Licht zu rücken.

Nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Jahre 1952 schien die Gefahr des Rechtsradikalismus gebannt. Die Bundesrepublik wurde in das westliche Bündnissystem integriert, der wirtschaftliche Wiederaufstieg nahm rechten Demagogen den Wind aus den Segeln. Die der SRP nachfolgende Deutsche Reichspartei (DRP) blieb eine unbedeutende Splitterpartei, von permanenten Selbstauflösungstendenzen bedroht. Auf Ansätze faschistoiden Denkens reagierte die Öffentlichkeit empfindsam, und der Rechtsradikalismus ließ sich mühelos in die braune Ecke drängen.

Erst spät zeigten sich wesentliche Versäumnisse der „Vergangenheitsbewältigung“: aus dem Komplex des antidemokratischen Denkens gelöst, war der Nationalsozialismus zu oft als eine isolierte Erscheinung begriffen und präsentiert worden. Auch mußte er als historisches Phänomen mit zunehmender zeitlicher Distanz ver-

blassen und konnte sich immer weniger als Demonstrationsobjekt eignen. Die Gleichsetzung von rechtsradikal mit nazistisch, so richtig sie in vielen konkreten Fällen sein mag, trägt heute vielfach dazu bei, die Gefahr, die der parlamentarischen Demokratie vom Rechtsradikalismus droht, zu verdecken anstatt sie bloßzulegen. Eine Partei kann Ideologien und Agitationstechniken von Gruppen übernehmen, die das Aufkommen des Nationalsozialismus wesentlich gefördert, sich aber von ihm distanziert oder ihn sogar bekämpft haben. So kann auch die NPD lautstark und subjektiv ehrlich den Nationalsozialismus ablehnen und doch mit ganz ähnlichen Denkschablonen und der gleichen Propagandatechnik wie die NSDAP die Demokratie bekämpfen.

In einem Staat mit einer anderen Verfassung, einer anderen Gesellschaftsstruktur und einem anderen politischen Klima als in der Weimarer Republik führt die einseitige Fixierung auf den Nationalsozialismus in die Irre. Das Klima, das die radikale Rechte mit dem Stil ihrer politischen Auseinandersetzungen erzeugt, ist für die Beurteilung ihrer Verfassungskonformität wichtiger als ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus. Formalistisch betrachtet, war die Ludendorff-Bewegung „antnazistisch“ und konnte mit diesem Freibrief ungehemmt bis 1961 agitieren, obwohl die Hauptkammer München am 5. 1. 1950 in der Urteilsverkündung gegen deren Chefideologen, die Nervenärztin Dr. Mathilde Ludendorff, feststellte, „daß die politische Tätigkeit der Betroffenen ab 1920 von einer so extrem rassistisch-völkischen und demzufolge antisemitischen und antichristlichen Grundhaltung getragen war, daß ihr Wirken nur in die nationalsozialistische Bewegung einmünden konnte“<sup>1</sup>. Daß das Standardwerk rechtsradikaler Geschichtsklitterung, David L. Hoggans „Der erzwungene Krieg“, seinen Titel einer gleichlautenden Schlagzeile des ‚Völkischen Beobachters‘ verdankt, mag aufschlußreich sein; daß unbelehrbare Nazis wie Hans Severus Ziegler oder Felix von Bormann in der NPD ein neues Betätigungsfeld finden, mag zwar ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Partei werfen, ist aber in Anbetracht einer veränderten Stoßrichtung der antidemokratischen Rechten von untergeordneter Bedeutung.

Hitlers Bewegung hatte mächtige disparate Zeitströmungen gebündelt, latente Antipathien mobilisiert und soziale Konflikte radikal vereinfacht; die Mischung verschiedener und teilweise konträrer Konzeptionen, der Mangel einer geschlossenen Ideologie macht eine präzise Definition des Nationalsozialismus unmöglich – er läßt sich allenfalls durch eine Aufzählung verschiedener Merkmale bestimmen. Dieser Eklektizismus mit seinen Vor- und Nachteilen war selbst der NSDAP klar; Hitler dachte an die pragmatische Bedeutung dieser Weltanschauung: „Deshalb sah ich meine eigene Aufgabe besonders darin, aus dem umfangreichen und ungestalteten Stoff einer allgemeinen Weltanschauung diejenigen Kernideen herauszuschälen und in mehr oder minder dogmatische Formen umzugießen, die in ihrer klaren Begrenztheit sich dazu eignen, jene Menschen, die sich darauf verpflichten, einheitlich zusammenzufassen. Mit anderen Worten: Die Nationalsozialistische

<sup>1</sup> Hauptkammer München, Aktenzeichen Gen. Reg. 273/46H/3666/49.

Deutsche Arbeiterpartei übernimmt aus dem Grundgedankengang einer allgemeinen völkischen Weltvorstellung die wesentlichen Grundzüge, bildet aus denselben, unter Berücksichtigung der praktischen Wirklichkeit, der Zeit und des vorhandenen Menschenmaterials sowie seiner Schwächen ein politisches Glaubensbekenntnis, das nun seinerseits in der so ermöglichten straffen organisatorischen Erfassung großer Menschenmassen die Voraussetzung für die siegreiche Durchfechtung dieser Weltanschauung selber schafft<sup>2</sup>.“

Jede rechtsradikale Bewegung, von den deutsch-völkischen Gruppen der Weimarer Republik bis zur NPD, vom Poujadismus in Frankreich bis zur John Birch Society in den Vereinigten Staaten, weist verschiedene Spielarten auf und setzt unterschiedliche Prioritäten. Ihre weitgehend identische Grundhaltung impliziert aber nicht, daß ihre Programmatik die faschistische Staatsideologie plagiiert; selbst der Nationalsozialismus war noch zumindest bis 1932, ehe sich Gregor Strasser enttäuscht abwandte, für verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offen. Die Gefahr einer NPD liegt eben nicht darin, daß sie ein neues Drittes Reich gründen möchte, sondern daß sie das schlummernde Potential antiliberaler Haltungen wachruft und mit dem Talmiglanz ihrer bestechend einfachen Denkschablonen einen neuen gefährlichen Irrationalismus heraufbeschwört.

Seine politischen Verhaltensmuster hat der neue Rechtsextremismus weitgehend von der NSDAP übernommen, nur ist die Umsetzung dieser Grundhaltung in politische Aktion und ihre konkrete Anwendbarkeit 1969 anders als 1933. Eindeutiger als die Ideologie läßt sich die Form der politischen Auseinandersetzung auf das nationalsozialistische Vorbild zurückführen; die Art und Weise, wie Ressentiments aktiviert und gesellschaftliche Spannungen und politische Konflikte auf einfache, demagogische Formeln gebracht werden, weist eine starke Verwandtschaft mit der Goebbelschen Propaganda auf.

Die vorliegende Untersuchung geht von einem wesentlichen Inhalt rechtsradikaler Ideologie und Propaganda aus: der Fremdenfeindschaft. Auf der präfaschistischen und nationalsozialistischen Rassenlehre fußend, äußert sich heute die Xenophobie der radikalen Rechten vor allem in zwei Formen: als mehr oder weniger verkappter Antisemitismus und als Feindschaft gegenüber den zeitweise in der Bundesrepublik lebenden Ausländern. Die xenophobische Einstellung – ob sie sich nun in der ‚klassischen‘ Ausprägung als Antisemitismus oder als zeitgemäße Abwandlung äußert – ist ein dominierendes Moment innerhalb eines ideologischen Komplexes, der sich mit verschiedenen Begriffen umschreiben läßt: (Neo-)Faschismus, Rechtsradikalismus, Pseudokonservatismus (Hofstadter), Neuer Konservatismus (Vier-

---

<sup>2</sup> Adolf Hitler: *Mein Kampf*, Jubiläumsausgabe München 1935, S. 423f. Vgl. dazu die Bemerkung von Hans Frank (*Im Angesicht des Galgens*, München 1953, S. 184): „Die Formel: Nationalsozialismus ist ausschließlich, was der ‚So-und-so‘ sagt oder tut, wobei der jeweilige Repräsentant sich selbst meinte, trat an die Stelle der Voraussetzung des Parteiprogramms . . . In diese Formel preßten sich anfangs viele Namen: Hitler, Göring, Strasser, Röhm, Goebbels, Heß, Rosenberg und andere. Es gab grundsätzlich so viele Nationalsozialismen als es führende Männer gab.“

eck), tough-mindedness (Eysenck), closed-mindedness bzw. narrow-mindedness (Roach) oder „potentieller Faschismus“ der autoritären Persönlichkeit (Adorno).

Der unvorstellbare Massenmord an den Juden hat den Antisemitismus nach 1945 so stark diskreditiert, daß er in der Bundesrepublik kaum noch unverhüllt hervortreten kann. In den ausländischen Arbeitnehmern und anderen Formen vermeintlicher Überfremdung hat die radikale Rechte statt dessen Objekte gefunden, auf die sie weitgehend ungehemmt die alten Stereotype von gefährlichen Fremdeinflüssen und Volksfeinden projizieren kann. Die Gastarbeiter sind historisch weniger belastet (die Diskriminierung der „Fremdarbeiter“ im Zweiten Weltkrieg stand nach Ausmaß und Qualität weit hinter der Judenverfolgung zurück und drang auch nach 1945 weniger ins allgemeine Bewußtsein), und da sie anders als die unbedeutende jüdische Minorität eine auffallende ethnische out-group darstellen, bieten sie sich als Zielscheibe rechtsradikaler Aggressivität besonders an. Wenn in solchen neuen Objekten rechtsradikaler Propaganda ein wesentlicher Unterschied zum Nationalsozialismus gesehen wird, so ist dies freilich weitgehend eine optische Täuschung. Schon das a posteriori im zeitgeschichtlichen Bewußtsein entstandene Bild von der primär antisemitischen NSDAP ist, bezogen auf manche Phasen der Hitler-Bewegung in den Jahren vor 1933, problematisch. Stand doch noch 1929 (im Gegensatz zur Frühzeit der NSDAP), als Hitler besonderen Wert auf konservative Stilisierung und politische Salonfähigkeit legte, auch im ‚Völkischen Beobachter‘ oder in Goebbels’ ‚Angriff‘ der Antisemitismus bei der Mobilisierung fremdenfeindlicher Gefühle längst nicht so stark im Vordergrund wie vielfach angenommen. Insofern verdeckt die (korrekturbedürftige) Vorstellung von der nur antisemitischen Hitler-Bewegung die Ähnlichkeit der fremdenfeindlichen Tendenz zwischen NSDAP und NPD, die aus der Gegenüberstellung von Schlagzeilen des ‚Völkischen Beobachters‘ aus dem Jahre 1929 und der ‚Deutschen Nachrichten‘ aus den letzten Jahren (1965–1967) deutlich hervortritt (s. unten, S. 49–50).

Andererseits hat die zeitgeschichtliche Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit die Umsetzung von Vorurteilen in andere Formen vernachlässigt. Es kommt nicht unbedingt auf den Antisemitismus an, um das Merkmal neo-nazistischer oder rechtsradikaler Ideologie und Propaganda aufzuweisen. Um so auffälliger ist es, daß auch der neue Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik nicht auf die alten antisemitischen Klischees zu verzichten vermag. Es scheint, daß die für allen Rechtsradikalismus zentrale xenophobische Grundeinstellung auch heute noch den Feindbegriff des Judentums braucht, der gleichsam ideologiengeschichtlich „eingeführt“ ist und namentlich in der Form des Bindestrich-Antisemitismus (jüdischer Marxismus, jüdischer Kapitalismus, jüdischer Liberalismus, jüdischer Internationalismus etc.) ein Maß der Flexibilität für demagogische Zwecke aufweist, wie es kaum durch eine andere Feindgruppe zu ersetzen ist. Hier zeigen sich nun allerdings auch deutlich die Nachwirkungen des Nationalsozialismus: der alte Feind gilt immer noch trotz seiner inzwischen kaum wahrnehmbaren Präsenz als bedrohlich. Ihm wird eine Aufmerksamkeit gewidmet (man betrachte die Schlagzeilen der ‚Deutschen National- und Soldaten-Zeitung‘, s. unten, S. 46–48), die im umgekehrten Verhältnis

zu seiner Bedeutung steht. Dies erklärt sich wenigstens zum Teil offensichtlich aus dem psychologischen Zusammenhang mit der Hitler-Zeit. Der neue, verkappte Antisemitismus der Rechtsradikalen lüftet die jahrelange Verdrängung, er zielt geradezu auf das psychologische Bedürfnis nach Ent-Tabuisierung, schwächt mit den noch halb ängstlichen antisemitischen Grundstimmungen und verknüpft sie meist mit einer Apologie des nationalsozialistischen Deutschlands. Hinzu kommt ein anderes Element der Kontinuität: Zahlreiche Propagandisten der radikalen Rechten schreiben so, wie sie es im Dritten Reich gelernt haben, nur etwas vorsichtiger in der Diktion und etwas zeitgemäßer in der politischen Zielsetzung. ‚Reichsruf‘, ‚Deutsche Nachrichten‘, ‚Deutsche Wochenzeitung‘, ‚Klüter Blätter‘, ‚Nation Europa‘ und ‚Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung‘ werden im wesentlichen von Publizisten gestaltet, die im Dritten Reich exponierte Stellungen innehatten; der gleiche Personenkreis bestimmt in starkem Maße die politische Meinungsbildung des heutigen Rechtsradikalismus.

Wir beginnen deshalb mit einer kurzen Vorstellung einiger der prominentesten rechtsradikalen Publizisten und der wichtigsten periodischen Druckschriften, in denen sie in der Bundesrepublik zu Wort kommen. Dabei zeigt sich, wie stark die Querverbindungen zwischen diesen Organen und wie relativ klein der Kreis der führenden, besonders betriebsamen rechtsradikalen Propagandisten ist.

#### B. Führende rechtsradikale Publizisten und periodische Druckschriften in der Bundesrepublik

*Dr. Horst Arnold*, ständiger Mitarbeiter von ‚Nation Europa‘, ist der Wirtschaftsexperte des NPD-Organs ‚Deutsche Nachrichten‘ und der weitgehend textidentischen, NPD-offiziösen ‚Deutschen Wochenzeitung‘. Zu jung (Jahrgang 1919) für eine NS-Karriere, war Arnold einfaches NSDAP-Mitglied, rührte sich aber nach 1945 um so eifriger: er brachte es zum stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung „Kaiser und Reich“, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der „Konservativen Partei“ und zum Vorsitzenden des DRP-Landesverbandes Berlin; daneben war er Mitglied des „Bundes der Preußen“. Mit seinen Artikeln und „Statistiken“ beschäftigt sich Arnold vor allem mit der polemischen Behandlung der Probleme Gastarbeiter, Entwicklungshilfe und Wiedergutmachung. Als Vorbilder nationaldemokratischer Wirtschaftskonzeption dienen ihm Hitlers ehemaliger Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht und bestimmte ständisch-konservative Denker und Nationalökonom (Adam Müller, Othmar Spann u. a.).

*Dr. Herbert Böhme* beliefert den deutschen Rechtsradikalismus mit arteigenem Kulturgut. Als Inhaber des Türmer-Verlags und Herausgeber der ‚Klüter Blätter‘ (nach dem Berg Klüt bei Hameln benannt) bietet Böhme seit 1949 der Prominenz nationalsozialistischer Dichter und Schriftsteller eine neue geistige Heimat. Der SA-Sturmhaupführer, Reichsfachschäftsleiter für Lyrik in der Reichsschriftums-

kammer, Kulturreferent der Gruppe Ostmark, Mitglied des Kulturkreises der SA und Herausgeber der wichtigsten NS-Lyrikanthologie „Rufe in das Reich“, fördert als Präsident seines „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes“ völkische Kunst und feiert die kulturellen „Leistungen“ Deutschlands unter dem Nationalsozialismus. Die ‚Klüter Blätter‘ sind das Hauptorgan für völkische Bardendichtung und Blut-und-Boden-Mystik; sein „Deutsches Kulturwerk“ veranstaltet alljährlich Dichterlesungen und Wallfahrten nach Lippoldsberg, dem Alterssitz des 1959 verstorbenen Hans Grimm. Auf diesen Kongressen versammelt sich die Elite des Rechtsradikalismus, von Abgesandten der ‚Deutschen Nationalzeitung‘ bis zu NPd-Spitzenfunktionären. In der Monatszeitschrift ‚Klüter Blätter‘ artikuliert sich die ohnmächtige Wut der nazistischen Dichter – der Gerhard Schumann, Hans Friedrich Blunck, Will Vesper usw. –, die, aus dem Sortimentbuchhandel vertrieben, in der westdeutschen Literatur ein Schattendasein fristen. Schuld daran ist eine „Lizenzdemokratie“, in der jüdische Remigranten und ihre Handlanger planmäßig das Volk vergiften, denn „Morgenthau, im Bereich der Politik und Wirtschaft oder des Soldatentums zurückgepiffen, herrscht in der Kultur bei uns noch wie einst im Mai 1945“<sup>3</sup>. Nach alter völkischer Doktrin betrachtet der Böhme-Kreis „Kafka, Zweig und andere Schriftsteller . . . nicht als Deutsche, die sie nicht sind, sondern als große Zeugnisse jüdischen Geistes“<sup>4</sup>, und Herbert Böhme, gelegentlicher Mitarbeiter der ‚Deutschen Nachrichten‘, kleidet seine dichterische Aufgabe in die Verse: „Wir hielten zum deutschen Wesen, daran wird Deutschland genesen!“<sup>5</sup> Zum 15-jährigen Jubiläum des „Deutschen Kulturwerks“ sandte der NPd-Vorstand ein Grußtelegramm an Böhme und sprach ihm und seinen „Mitarbeitern für Ihr entscheidendes Wirken zur seelischen und geistigen Erneuerung unseres Volkes die Anerkennung und den Dank der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands aus“<sup>6</sup>.

*Arthur Ehrhardt*, Begründer, Hauptgesellschafter und Chefredakteur der Monatszeitschrift ‚Nation Europa‘, NPd-Stadtrat von Coburg, ist nach eigener Aussage „nie Mitglied“ der NSDAP gewesen, und er weist auch das Etikett ‚faschistisch‘ entrüstet von sich. So ist Sir Oswald Mosley, Gründer und Führer der „British Union of Fascists“ und ständiger Mitarbeiter von ‚Nation Europa‘, kein Faschist: Ehrhardt klärte einen skeptischen Leser auf, „daß weder die wesentlichsten Mitarbeiter noch der Herausgeber jemals ‚Faschisten‘ gewesen sind“<sup>7</sup>, und ein Jahr später stellte der Herausgeber Mosley als „einen Freund unserer Monatszeitschrift“ vor – mit dem Zusatz: „Daß er kein ‚Faschist‘ ist, weiß jeder, der seine Nachkriegsschriften kennt“<sup>8</sup>. Nach dieser Auffassung ist der Nation-Europa-Mitarbeiter Colin Jordan, Führer der britischen „National Socialists Movement“, sicher auch kein

<sup>3</sup> Klüter Blätter, Heft 11–12/1963, S. 10; im folgenden abgekürzt als KB.

<sup>4</sup> KB 5–6/1957, S. 34.

<sup>5</sup> KB 8–9/1963, S. 63.

<sup>6</sup> Deutsche Nachrichten, Nr. 42/1965, S. 10; im folgenden abgekürzt als DN.

<sup>7</sup> Nation Europa, Heft 1/1953, S. 74; im folgenden abgekürzt als NE.

<sup>8</sup> NE 2/1954, S. 73.

‚Faschist‘ oder ‚Nationalsozialist‘. Ob nominelles NSDAP-Mitglied oder nicht – Arthur Ehrhardt hat sich für seine neuen Aufgaben qualifiziert. In der Weimarer Republik Freikorpskämpfer, Schulungsleiter der Reichswehr und vormilitärischer Jugendausbilder, diente der Volksschullehrer als SA-Ausbildungsleiter; im Krieg wurde er mit der Auswertung der Ostarbeiterpost beauftragt und nach 1943 als Ordonnanzoffizier dem Kommandostab „Reichsführer SS“ zugeteilt. Nach dem Krieg ist es Ehrhardt gelungen, seine „Monatsschrift im Dienst der europäischen Erneuerung“ zu dem einflußreichsten Sprachrohr des europäischen Faschismus zu machen. Eine kleine Liste der ausländischen Mitarbeiter belegt das einschlägige Renommee von ‚Nation Europa‘; neben den bereits erwähnten Briten Mosley und Jordan schrieben bisher für das Blatt: *Pino Rauti*, Mitglied des Zentralkomitees der neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), Leiter der MSI-Jugend, Mitglied der in der Bundesrepublik verbotenen neonazistischen Organisation ENO („Europäische Neu-Ordnung“)<sup>9</sup>; *Giulio Evola*, Anhänger Mussolinis und prominenter Vertreter des italienischen Antisemitismus; *Paul van Tienen*, Angehöriger der Waffen-SS, Leiter der niederländischen Sektion der neofaschistischen ESB („Europäische Soziale Bewegung“); in seinem Pamphlet „Das Los der Juden“ stellte van Tienen die Behauptung auf, die nationalsozialistischen Judenmorde seien auf zionistische Machenschaften zurückzuführen; *Dr. Per Engdahl*, 1926 Mitglied der „Schwedischen Faschistischen Volkspartei und Kampforganisation“, 1929 Mitglied der „Nationalsozialistischen Volkspartei“, 1930 Gründer eines schwedischen NS-Studentenbundes; 1942 forderte Engdahl u. a. Eheverbot zwischen Schweden und Juden und Entfernung aller Juden von leitenden Stellen; heute Vorsitzender der ESB; *Carl-Ernfried Carlberg*, 1962 verstorbener schwedischer Industrieller, Mitherausgeber von ‚Nation Europa‘, neben Engdahl der führende Vertreter des schwedischen Faschismus<sup>10</sup> und Präsident der Carlberg-Stiftung, die 1958 forderte, dem in Spandau inhaftierten Rudolf Heß den Friedensnobelpreis zu verleihen; *Roland Cavallier*, Spitzenfunktionär der rechtsradikalen „Phalange Française“, Mitglied der ENO; *Maurice Bardèche*, Schwiegersohn des 1945 hingerichteten Robert Brasillach, 1949 von einem französischen Gericht zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil er in seinem Buch „Nurembourg ou la terre promise“ behauptete, die Konzentrationslager seien 1945 von den Alliierten aufgebaute

<sup>9</sup> Ausschlaggebend für das Verbot war vor allem das „Sozialrassistische Manifest der ENO“, das eine nationalsozialistisch inspirierte Rassenreinheit forderte. Vgl. Werner Smoydzin: Hitler lebt, Pfaffenhofen 1966, S. 179 ff. Die ESB hingegen definierte öffentlich nie, was sie unter der „Behandlung der Rassenfrage“ und der „vorbeugenden Gesundheits- und Erbgesundheitspflege“ versteht.

<sup>10</sup> Vgl. Bundesminister des Innern, Bericht von 1962, S. 28: „Er unterstützt den internationalen Faschismus durch finanzielle Subventionen . . . und setzt sich für die Verbreitung der Schriften des Plesse- und Druffel-Verlages ein.“

In seinen „Dreizehn Thesen“ forderte Carlberg u. a.: „Die Erzieher dürfen nicht vor unanfechtbaren Wahrheiten zurückschrecken, nur weil diese — wie zum Beispiel die organische Gemeinschaftsauffassung, der Gedanke der Rasse, der Volks- und Arbeitsdienstpflicht — einst mit Erfolg auch in ‚totalitär‘ geführten Ländern Anerkennung gefunden hatten.“

Attrappen<sup>11</sup>; 1961 erklärte Bardèche in seinem Buch „Qu'est-ce que le fascisme?“ offen: „Je suis un écrivain fasciste<sup>12</sup>.“ Adolf von Thadden schrieb Beiträge für ‚Nation Europa‘, ebenso wie seine Parteifreunde Alexander Andrae (Direktoriumsmitglied der DRP) und Karl Meißner (unter Thadden stellvertretender Vorsitzender der „Deutschen Rechtspartei“, später Gründer von vier erfolglosen Rechtsparteien); die DRP- und NPD-Publizisten Horst Arnold, Erich Kern und Peter Kleist stellen ihre Ideologie in ‚Nation Europa‘ klarer dar als in der taktisch vorsichtigeren Parteipresse. Trotz der relativ kleinen Auflage von 10 000 Exemplaren hat die Coburger Monatszeitschrift sich als wichtigstes Kommunikationsmittel der extremen Rechten etabliert und wird vor allem im Ausland besorgt zur Kenntnis genommen<sup>13</sup>. Arthur Ehrhardt hat nach seiner engen Verbindung mit der NPD die Bedeutung seines Blattes als ideologische Vorhut des Rechtsradikalismus gesteigert; die ‚Deutschen Nachrichten‘ verkünden in großformatigen Anzeigen, ‚Nation Europa‘ gehöre „in die Hand eines jeden Redners und Funktionsträgers der NPD sowie aller aktiven Nationaldemokraten“. Mit Arthur Ehrhardt hat die NPD ein Parteimitglied von zweifelhaftem Wert gewonnen – kein anderer vertritt öffentlich einen so ausgeprägten Rassismus und so schlecht verschleierte Neonazismus wie Ehrhardt, dem zu Hitler einfällt: „Denn seine eigentliche, seine weltgeschichtliche Größe beruht darauf, daß er die tödliche Bedrohung des weißen Mannes durch die vom Osten entfesselten Kräfte als *Erster* erkannt hat und sich dem Feind tollkühn entgegengeworfen hat – bis zur Aufopferung seiner selbst und seines Volkes. . . Und nach zahllosen Selbstzeugnissen damaliger Widerständler steht fest, daß die Hauptschuld am Scheitern, vor allem auf den Schlachtfeldern seit Moskau, jene innerpolitischen Gegner trifft, die – nur um den Cäsar zu stürzen – ihr eigenes Volk dem Feind auslieferten. Wieweit Hitler selbst Mitschuld trug, weiß heute jeder: Seine Maßnahmen gegenüber den Juden und den Ostvölkern waren nicht nur unwürdig, sondern auch unklug. . . Es gibt einen sicheren Maßstab für den Wert einer Regierung und für das Vertrauen, das ein Volk seinem Führer schenkt: Die Geburtenziffer! – Wenn heute Deutschland trotz Waffenlosigkeit überhaupt wieder politisches Gewicht hat, dann dank der geburtenstarken ‚Hitlerjahrgänge‘! Seine giftigsten Gegner können sie nicht wegdisputieren<sup>14</sup>.“ Ihren Arthur Ehrhardt lobt

<sup>11</sup> Das 1948 eingezogene Buch erschien 1950 im Göttinger Plesse-Verlag des späteren DRP- und NPD-Landtagsabgeordneten Waldemar Schütz unter dem Titel „Die Politik der Zerstörung — Nürnberg oder Europa“. Auch die leicht abgemilderte deutsche Fassung enthält die gleiche Tendenz; so behauptet Bardèche u.a., die aufgefundenen Giftgasrechnungen seien kein Beweismittel, denn das Giftgas sei zur „Vertilgung von Läusen“ bestimmt gewesen (S. 54). Trotz mehrerer Strafanträge wurde das Buch nicht eingezogen.

<sup>12</sup> Vgl. Jean Plumyène et Raymond Lasierra: *Les Fascismes Français, 1923–1963*; Paris 1963, S. 209.

<sup>13</sup> Das „Wiener Library Bulletin“ analysiert ‚Nation Europa‘ in regelmäßigen Abständen als Beleg neofaschistischer Bestrebungen in der Bundesrepublik.

<sup>14</sup> NE 5/1955, S. 4.

Ermuntert durch die ausbleibende Reaktion auf die Glorifizierung Hitlers, schrieb Ehrhardt ein Jahr später einen Offenen Brief an Bundestagspräsident Gerstenmaier:

die NPD als einen Mann, „der einer wankenden Zeit Wegweiser und uns allen ein leuchtendes Vorbild klarer Erkenntnis und kämpferischen Mutes ist“<sup>15</sup>.

*Dr. Gerhard Frey* ist der erfolgreichste Propagandist der radikalen Rechten: seine ‚Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung‘ hat mit einer Auflage von rund 150 000 Exemplaren den vierfachen Marktanteil des NPD-Organs ‚Deutsche Nachrichten‘. Frey, zu jung, um NSDAP-Mitglied gewesen zu sein (Jahrgang 1933), ist zugleich die umstrittenste Figur des deutschen Rechtsextremismus: gegen den Herausgeber der ‚Deutschen Nationalzeitung‘ wurden bisher 123 Strafanträge (wegen Verstoß gegen §§ 90 a, 93, 95, 96, 96 a, 130, 140 und 189 StGB) gestellt, die er alle erfolgreich überstanden hat – ebenso wie einige Beschlagnahmungen seines Blattes in der Bundesrepublik und in Österreich. Obwohl die Ideologie der ‚Nationalzeitung‘ in weit geringerem Maß als bei ‚Nation Europa‘ faschistisch inspiriert ist, wirkt sie durch marktschreierische Schlagzeilen demagogischer und durch ihren unverhüllten Appell an antisemitische Instinkte aufreizender als jedes andere Blatt der radikalen Rechten. Verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens forderten ein Verbot der Zeitung, der SPD-Abgeordnete Dr. Adolf Arndt erklärte vor dem Bundestag, die Nationalzeitung schwitze „aus jeder Zeile den giftigsten Antisemitismus“<sup>16</sup>, und das Bundesverteidigungsministerium bezeichnete sie als „Blatt für Unbelehrbare und Gamaschenknöpfe“<sup>17</sup>. Gerhard Frey, der seiner Verlagsgruppe zwei rechtsgerichtete Vertriebenenzeitungen eingliederte und sich mit 30,1 Prozent am Gesellschafterkapital von ‚Nation Europa‘ beteiligte, übernahm 1968 auch eine Bauernzeitung, die nach seinen eigenen Angaben ebenfalls floriert.

*Hans Grimm*, der 1932 „im Nationalsozialismus . . . die erste und bisher einzige echte demokratische Bewegung des deutschen Volkes“ sah<sup>18</sup> und 1935 Mitglied des Präsidialrats der Reichsschrifttumskammer wurde, betätigte sich nach 1945 als Apo-

---

„Die vom gestürzten Reich immerhin erzielten biologisch-bevölkerungspolitischen Erfolge sind durch Nachlässigkeit und bewußte Sabotage nach 1945 vertan. Ihr System ist verantwortlich dafür, daß der Volkstod droht!“

NE 5/1956, S. 66. Ehrhardt wurde dafür wegen Beleidigung und Staatsbeschimpfung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

<sup>15</sup> DN 11/1966, S. 3.

<sup>16</sup> Diese Äußerung Arndts, die am 10. März 1965 während der Bundestagsdebatte über die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen fiel, konterte Frey mit einer für den Stil seiner Zeitung symptomatischen Polemik unter dem Titel „Genosse Arndt diffamiert die NZ“:

„Wer ist dieser Arndt?, wollen unsere Leser wissen. 1904 in Königsberg/Ostpreußen als Sohn des Staatsrechtlers Arndt geboren. Die Vorfahren des Vaters, eines lutherisch getauften Juden, . . .“

Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung, Nr. 12/1965, S. 1; im folgenden abgekürzt als NZ.

<sup>17</sup> hier zit. nach Heinz Brüdigam: Der Schoß ist fruchtbar noch, Frankfurt 1964, S. 62.

<sup>18</sup> Hans Grimm: Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit, München 1932, S. 15; hier zit. nach Joseph Wulf: Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Reinbek 1966, S. 337.

loget des Dritten Reiches. In dem DRP-Organ ‚Der Reichsruf‘ schilderte er die staatstragende Aufgabe der nationalsozialistischen Konzentrationslager: „Krankhafte und gewohnheitsmäßige Unruhestifter sollten vom Staat durch zeitweilige Zwangshaft an Störung der Aufbauarbeit gehindert werden können. Es war dieser Gedanke, der Jahrzehnte vor Hitler von konservativen Männern empfohlen war, der zu den vielgenannten Konzentrationslagern führte, die wiederum dadurch litten, daß sie in der Notzeit des zweiten Weltkrieges belegt wurden außer mit ausgesprochenen Störenfriedern, mit Strafgefangenen und mit den verschiedenen Arten von Psychopathen und Geisteskranken<sup>19</sup>.“ Vor allem in seinem Buch „Warum – Woher – Aber wohin?“, von der NPD gerühmt als eine „grundlegende zeitgeschichtliche Auseinandersetzung“<sup>20</sup>, verteidigte Grimm die Rassenpolitik des Dritten Reiches. Die Nürnberger Gesetze beispielsweise „schienen durch den Notstand der Nation veranlaßt und hatten mit Antisemitismus in schlechtem Sinne nichts zu tun“<sup>21</sup>. Und bereits im ersten Weltkrieg sagte dem Schriftsteller „ein kluger, evangelisch erzogener Rassejude: ‚Ja, das läßt sich nicht bestreiten, wir haben das ganze Weltjudentum gegen uns<sup>22</sup>.“ Hans Grimm starb 1959. Seinen Nachlaß und Klosterhaus-Verlag in Lippoldsberg verwaltet seine Tochter Dr. med. Holle Grimm im Sinne ihres Vaters: die Verlagsbuchhändlerin und Leiterin des Klosterhaus-Verlages ist Kandidatin des NPD-Wahlkreisverbandes 126.

*Prof. Dr. Hans-Bernhard von Grünberg*, NSDAP-Mitglied seit 1931, Mitglied der Parteileitung der DRP und des Parteipräsidiums der NPD, ist ständiger Mitarbeiter der ‚Deutschen Nachrichten‘. Der 1945 amtsenthobene Grünberg führt in dem NPD-Organ seinen Kampf gegen das „Weltjudentum“ fort, dessen ‚deutschfeindliche‘ und ‚prokommunistische‘ Haltung ein Beweis dafür sei, „daß die Antisemiten nach wie vor dreist behaupten können, man könne nicht Antikommunist sein, ohne nicht auch gleichzeitig Antisemit zu sein“<sup>23</sup>.

*Heinrich Härtle*, der im ‚Reichsruf‘ und in den ‚Deutschen Nachrichten‘ bis Mitte 1965 unter dem Pseudonym Helmut Steinberg schrieb, war im Dritten Reich Sekretär Alfred Rosenbergs; vor allem für die DAF-Schulung verfaßte Härtle, NSDAP-Mitglied seit 1927, zahlreiche Traktate („Der deutsche Arbeiter und die päpstliche Sozialpolitik“, „Die nationalsozialistischen Grundlagen der Arbeitspolitik“ u. ä.; daneben „Nietzsche und der Nationalsozialismus“). Sein 1944 geschrie-

<sup>19</sup> Der Reichsruf, Nr. 15/1959, S. 5; im folgenden abgekürzt als RR.

<sup>20</sup> DN 32/1965, S. 5.

Zu seinem 82. Geburtstag besuchten Adolf v. Thadden und Waldemar Schütz „den Dichter in Lippoldsberg und überbrachten ihm die Glückwünsche der Deutschen Reichs-Partei“ (RR 13/1957, S. 3). Bereits die DRP betrachtet die NS-Apologie „Warum — Woher — Aber wohin?“ als einen „zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung des Phänomens ‚Hitler‘“ (RR 11/1957, S. 6).

<sup>21</sup> Hans Grimm: Warum — Woher — Aber wohin?, Lippoldsberg 1954, S. 188.

<sup>22</sup> Ibid., S. 585.

<sup>23</sup> DN 36/1966, S. 4.

benes Pamphlet „Die ideologischen Grundlagen des Bolschewismus“ ließ Härtle 1955 unter dem Pseudonym Helmut Steinberg und dem Titel „Marxismus, Leninismus, Stalinismus – der geistige Angriff aus dem Osten“ nahezu unverändert erscheinen – er nahm nur die rüdesten antisemitischen Polemiken heraus. Daß er damals „den jüdischen Anteil an Wesen und Entstehung des Kommunismus überbewertet“ habe, führt Härtle heute auf die „Kriegssituation“ zurück<sup>24</sup>. Härtle gilt als eine Art „Chefideologe“ der NPD: die meisten ideologischen und zeitgeschichtlichen Artikel stammen von ihm, ebenso die Mehrzahl rassistischer Beiträge.

*Dr. Hans W. Hagen*, Mitarbeiter der Goebbels-Zeitschrift ‚Das Reich‘ und Pressesachverständiger im Reichspropagandaministerium, erwarb sich Verdienste, als er zusammen mit seinem Kommandeur Ernst Remer, dem späteren Vorsitzenden der SRP, wesentlich an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt war. Für diesen Einsatz wurde Hagen vom Leutnant zum Hauptmann befördert und qualifizierte sich nach 1945 als Spezialist für Fragen des 20. Juli. Hagen gilt auch als „Kulturexperte“ des Rechtsradikalismus: stolz bezeichnet er sich „als Literaturhistoriker und Kritiker, der seit über 30 Jahren immer wieder sein ästhetisches Urteil beweisen mußte“<sup>25</sup>. Hagen, ständiger Mitarbeiter der ‚Klüter Blätter‘ und der ‚Deutschen Nachrichten‘ (vorher des ‚Reichsrufs‘), scheut als „Literaturhistoriker“ auch grobe Beschimpfungen nicht, so wenn er Bert Brecht als „literarischen Strauchdieb, ästhetischen Non-Valeur und Sittenstrolch“<sup>26</sup> charakterisiert. Typisch für den rechtsradikalen Sprachstil ist Hagens Rezension zu dem Standardwerk des (jüdischen) Historikers Gerald Reitlinger über „Die Endlösung“: „Machwerk; fehlerhaft, tendenziös und so dumm, daß man über den Anspruch seines Autors, die ‚Tragödie einer deutschen Epoche‘ schreiben zu wollen, nur Mitleid empfinden kann; das Ganze zusammengegeifert; peinlicher Dilettantismus; Schmierens-Journalismus übelster Provenienz; Filmkitsch; geschmacklos; blühende Phantasie; anmaßende Zivilisten-Unkenntnis; Jäger-Latein; Dummheiten; Fälschungen; fahrlässige oder bewußte Entstellungen“<sup>27</sup>.

*Erich Kern* (richtig: Kernmayr) ist einer der führenden Publizisten des Rechtsradikalismus und in nahezu allen Blättern der „nationalen Opposition“ zu Haus: ehemaliger Chefredakteur der ‚Deutschen Soldatenzeitung‘, Chefredakteur der ‚Deutschen Wochenzeitung‘, Redakteur des ‚Reichsrufs‘ und der ‚Deutschen Nachrichten‘, ständiger Mitarbeiter von ‚Nation Europa‘, ‚Klüter Blätter‘ und ‚Deutscher Studenten-Anzeiger‘. Kern, 1934 wegen illegaler nationalsozialistischer Tätigkeit in Österreich verhaftet, wurde 1939 Gaupresseamtsleiter von Wien und im Krieg SS-Obersturmbannführer. Für rechtsradikale Publikationen bearbeitet Erich Kern vor allem die Themen Kriegsgeschichte und Militärwesen; daneben vertritt er als „Nahost-

<sup>24</sup> RR 20/1958, S. 3.

<sup>25</sup> DN 31/1965, S. 3.

<sup>26</sup> KB 8–9/1962, S. 49.

<sup>27</sup> RR 48/1958, S. 5; gleichlautend in KB 11–12/1958, S. 29 f.

Experte“ einen scharf antiisraelischen Kurs. Der Österreicher möchte nach eigenem Bekenntnis eigentlich nur „klaane Gschichtn und Verserln schreiben“<sup>28</sup>, doch fühlt sich „Kamerad Kern“ immer als Soldat, verfaßte neben wenigen Erzählungen ein gutes Dutzend nationalistischer und militaristischer Bücher. In dem ihm eigenen markigen Jargon formulierte er seine publizistische Aufgabe: „Der Kampfauftrag lautet: Boden für die Wiedererweckung des deutschen Nationalgefühls und Volksbewußtseins auf allen Gebieten zu schaffen“. Er fordert dazu „Mut zum Partisanenkampf“<sup>29</sup>. Daß der prominente Nazi-Funktionär Kernmayr sein früheres Gedankengut nicht aufgegeben hat, feiert die NPD als ‚Charakterfestigkeit‘: Schuld an seinem sozialen Abstieg sei „Kern selbst, der sein ‚Gewissen nicht verlor‘, seinen Charakter nicht umbiegen ließ und es ablehnte, seine Erlebnisse in der Sicht eines heute erwünschten ‚politischen Nachvollzugs‘ darzustellen“<sup>30</sup>.

*Dr. Peter Kleist*, 1936 in der Dienststelle Ribbentrop Hauptreferent für die Sowjetunion, 1943 Ministerialdirigent und Leiter der Politischen Abteilung Ost in Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, zählte „zu jener intellektuellen Elite des Dritten Reiches, die, über die primitive Ideologie der Schulungskurse und Gauleiterreden weit erhaben, die Avantgarde des puren Etatismus bildeten“<sup>31</sup>; nach dem Zusammenbruch wurde diesen Karrieristen „eine märchenhafte Karriere zerstört, und sie entfalteten nun ihren Betätigungsdrang in mehr oder minder luftleerem Raum“. Kleist betätigte sich anfangs aktiv in der DRP (er war 1953 zweiter DRP-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl), zog sich aber bald auf seine schriftstellerische und journalistische Tätigkeit zurück, schrieb für ‚Reichsruf‘ und ‚Deutsche Nachrichten‘, ‚Nation Europa‘, ‚Deutsche Nationalzeitung‘, ‚Klüter Blätter‘ und ‚Deutscher Studenten-Anzeiger‘. Seine NS-Apologie „Auch Du warst dabei“ wurde zu einem Standardwerk rechtsradikaler Geschichtsklitterung. Vor allem auf seinem Spezialgebiet Südafrika propagiert Kleist zur Verteidigung des „weißen Mannes“ einen auf Farbige beschränkten Rassismus, den er in Diktion und Argumentation geschickter verpackt als die meisten anderen Publizisten.

*Dr. Wilhelm Pleyer* zeichnete sich vor 1945 durch seinen Kampf für das sudeten-deutsche Volkstum aus. Der NS-Kulturpreisträger (Literaturpreis der Reichshauptstadt und Volksdeutscher Schrifttumspreis) vertritt in der rechtsradikalen Publizistik als Dichter und Journalist vor allem die völkische Richtung. Pleyer, der häufig als NPD-Redner auftritt, arbeitet insbesondere für die ‚Deutsche Nationalzeitung‘, daneben für ‚Deutsche Nachrichten‘ und ‚Klüter Blätter‘.

*Robert Scholz* gehört wie Erich Kernmayr und Helmut Sündermann zu jenen Journalisten, die im Dritten Reich eine steile Karriere machten und 1945 wieder in ihre

<sup>28</sup> DN 8/1966, S. 5.

<sup>29</sup> NE 1/1962, S. 75.

<sup>30</sup> DN 8/1966, S. 5.

<sup>31</sup> Hans Buchheim: Zu Kleists „Auch Du warst dabei“, Vjh. f. Zeitgesch. 2/1954, S. 177.

ursprüngliche Bedeutungslosigkeit zurückfielen. Scholz, der vor 1933 nicht einmal NSDAP-Mitglied war, stieg unmittelbar nach der Machtergreifung von einer unbedeutenden Position eines unbedeutenden Blattes („Steglitzer Anzeiger“) zum Kunstschriftleiter des ‚Völkischen Beobachters‘ auf und wurde Hauptschriftleiter der Zeitschriften „Die völkische Kunst“ und „Die Kunst im Dritten Reich“. 1937 arrivierte er zum Hauptstellenleiter „Bildende Kunst“ im Amt Rosenberg, 1940 zum Sonderstabsleiter „Bildende Kunst“ im „Einsatzstab Rosenberg“, wo er den Kunstraub aus den besetzten Gebieten organisierte. Scholz, bereits in der Weimarer Republik Mitglied des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, dient heute dem NPD-Organ ‚Deutsche Nachrichten‘ wie früher dem NSDAP-Organ ‚Völkischer Beobachter‘ mit seinen Kunstbetrachtungen – sein Bewertungsmaßstab (vor 1945 nannte er das „rassenbiologische Ästhetik“), sein politischer Standort und sein Stil blieben unverändert: die gesamte Moderne ist von geheimen Drahtziehern gesteuert, nihilistisch, vergiftend, zersetzend, bolschewistisch, jüdisch.

*Helmut Sündermann*, NSDAP-Mitglied seit 1930, SS-Obersturmführer, stellvertretender Reichspressechef und Leiter des Pressepolitischen Amtes, setzte nach 1945 seine Aufklärungsarbeit in bescheidenerem Maße fort – als Leiter des Druffel-Verlages und Mitherausgeber von ‚Nation Europa‘. Als Rassentheoretiker unter dem Pseudonym Heinrich L. Sanden schreibt er für ‚Nation Europa‘, ‚Deutsche Wochenzeitung‘ und ‚Deutsche Nachrichten‘. Sündermann propagiert einen nationalsozialistisch geprägten Rassismus mit der für den heutigen Gebrauch charakteristischen Modifizierung und Umfunktionierung. So unterscheidet er in den ‚Deutschen Nachrichten‘ nicht mehr zwischen einem Herrenvolk und minderwertigen Völkern, sondern zwischen „„aktiven‘ Völkern und den ‚Duldern‘“<sup>32</sup>, unterscheidet zwischen Völkern wie Deutschen oder Engländern, „die notfalls aus Steinen Brot schaffen werden“, und einem „Menschentyp, der sich problemlos ernährt, solange ihm die Bananen in den Mund reifen“; die deutsche Herrenrasse ist verschwunden, statt dessen wird die „biologische Regeneration der weißen Rasse“ und die „kraftvolle Wiederbelebung der weißen Vitalität“ gefordert.

*Adolf von Thadden*, der keine Nazi-Vergangenheit aufweist, ist der einflußreichste Vertreter der radikalen Rechten seit 1953. 1947 gründete er die von den Briten lizenzierte „Deutsche Rechtspartei“, die 1950 mit anderen Rechtsgruppen zur „Deutschen Reichs-Partei“ fusionierte. Als geschickter Taktiker und ideologischer Kopf bestimmte er die Richtung der DRP und später der NPD, die ihn 1966 zum ersten Vorsitzenden wählte. Als verantwortlicher Schriftleiter des ‚Reichsrufs‘ und der ‚Deutschen Nachrichten‘ vermochte er die politische Willensbildung des organisierten Rechtsradikalismus wesentlich zu beeinflussen; er selbst schreibt verhältnismäßig selten in seinen Blättern, meist zu außenpolitischen Fragen. Thadden vermeidet ausgesprochen antisemitische oder rassistische Äußerungen, doch wie alle

---

<sup>32</sup> DN 30/1965, S. 3.

Rechtsradikalen ist auch er von der naturgegebenen qualitativen Ungleichheit der Rassen überzeugt, verteidigt das „weiße Südafrika“ gegen den „in Mittelfrika wirkenden schwarzen Fortschritt“ und polemisiert gegen die „Gleichheitsschimäre aller ‚fortschrittlichen‘ Kräfte dieser Welt“<sup>33</sup>.

*Dr. Hans Severus Ziegler*, Träger der NSDAP-Mitgliedsnummer 1317, vertrat in dem NPD-Organ ‚Deutsche Nachrichten‘ einen derart penetranten völkischen Antisemitismus und Rassismus, daß ihn die NPD selbst zeitweise etwas aus der Schußlinie nahm. Ziegler, der bei dem völkischen Literaturhistoriker Adolf Bartels promovierte (Bartels' Hauptaufgabe bestand in der Trennung zwischen „deutscher Literatur“ und „jüdischer Literatur“, die er zudem noch häufig falsch klassifizierte), veranstaltete im Dritten Reich die Ausstellung „Entartete Musik“ und kämpft heute ebenso übereifrig wie damals gegen den zersetzenden jüdischen Einfluß in der deutschen Kultur.

Ferner schreiben kleinere und größere Nazis aus der NS-Presse und der Reichschrifttumskammer für die neue Rechte in der Bundesrepublik, für die NPD u. a. Hans Heyck, Dr. Mirko Jelusich und Karl Springenschmid, der im Dritten Reich seine Lobgesänge unter dem originellen Pseudonym „Kreuzhakler“ anstimmte. Ein Grundzug vereinigt alle angestellten oder freien Mitarbeiter der Rechtspresse: sie hatten früher gut dotierte Stellen inne und teilweise glänzende Karrieren in der Beamtenlaufbahn oder im NS-Kulturbetrieb gemacht; nach 1945 verschwanden sie aus dem Rampenlicht und tauchten in das Dunkel kleinerer und wirtschaftlich schwacher Zeitungen und Verlage. Daraus erklärt sich vielleicht ein guter Teil der Gereiztheit, mit der sie die Vergabe von Kulturpreisen oder die Tätigkeit erfolgreicher Schriftsteller und Publizisten kommentieren: das „offenbar recht einträgliche Hetzgeschäft“<sup>34</sup> ist ein permanent benutztes Schlagwort, um dem Gegner unlautere Motive zu unterstellen und sich selbst als Idealist zu präsentieren. Meist schwingt noch der Vorwurf mit, der Gegner sei von Moskau (bzw. von Ostberlin) bezahlt oder von den Juden ausgehalten: „Mehr als 50 Schriftsteller der Bundesrepublik haben in einer Petition der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Israel gefordert. An der Spitze der Liste prangt der Pornograph Günter Grass, gefolgt u. a. von Paul Schallück, Martin Walser . . . [folgen weitere neun Namen] und Ilse Aichinger. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“<sup>35</sup>.

<sup>33</sup> DN 9/1966, S. 4.

<sup>34</sup> DN 50/1966, S. 4.

<sup>35</sup> DN 10/1965, S. 2.

Ähnliche Zwecke verfolgen auch die Invektiven gegen den „Berufshetzer“ Golo Mann (DN 18/1965, S. 2), der den Schillerpreis 1965 erhalten hat, „weil er in Büchern und Reden unentwegt unser Geschichtsbewußtsein verfälscht und deutsche Lebensinteressen verletzt“ (DN 6/1965, S. 7).

### C. Veränderte strafrechtliche Bedingungen in der Bundesrepublik

Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik war damit zu rechnen, daß trotz der anderen Situation auch nach 1945 die Rechte eines Tages wieder aufleben und versuchen würde, ihr völkisch-monistisches Weltbild und ihre restaurativen Vorstellungen gegen die pluralistische Demokratie ins Feld zu führen. Anders als das Kaiserreich hatte sich das Dritte Reich jedoch durch Kriegsverbrechen und millionenfachen Massenmord moralisch selbst zugrunde gerichtet. Wenn es deshalb unwahrscheinlich war, daß eine neue nationalsozialistische Partei auf eine breite Wählerbasis hoffen konnte<sup>36</sup>, so war doch zu erwarten, daß die alten Funktionäre und Propagandisten des NS-Staates sich rechtfertigen würden und alle Maßnahmen – von der Anzettelung des Krieges bis zu den Judenverfolgungen – abstreiten oder als politische Zwangsläufigkeit hinstellen würden; das Potential an Ethnozentrik, Militarismus und Antisemitismus war immer noch gewaltig – abgelehnt wurde nur der Zusammenhang der konservativ-antidemokratischen und faschistischen Verhaltensmuster mit der nationalsozialistischen Ideologie. Demoskopische Ermittlungen des amerikanischen Intelligence Service ergaben, daß 1945 92 Prozent der Befragten die Russen für ein ‚minderwertiges‘ Volk hielten und nicht verstanden, daß Deutschland von der UdSSR besiegt werden konnte; daß 53 Prozent der Deutschen meinten, Hitler habe von den Greueln in den Konzentrationslagern nicht gewußt (84 Prozent der überzeugten Nationalsozialisten distanzieren sich von Hitler); daß die Mehrzahl der Befragten die antijüdischen Maßnahmen des Dritten Reiches verurteilten und 64 Prozent erklärten, „die Judenverfolgungen seien ‚entscheidend‘ dafür gewesen, daß Deutschland den Krieg verloren hat“ – Sühne für die verbrecherische Politik und zugleich Beweis für die „Macht des Weltjudentums“<sup>37</sup>.

Um eine Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik zu verhindern und die Agitation der radikalen Rechte zu beschneiden, wurde durch das „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. 3. 1946 neonazistische Betätigung unter Strafe gestellt; drei Jahre später erlegte das Grundgesetz in den Artikeln 9, Absatz 2 und 21, Absatz 2 Organisationen und Parteien die Verpflichtung zur demokratischen Verfassung auf.

Die nationalsozialistische Agitation hatte die demagogische Effizienz eines „Volksfeindes“ aufgezeigt; hemmungsloser und aggressiver als andere rechtsradikale Be-

<sup>36</sup> Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967, S. 11, führen dazu aus: „Nach Schätzungen der sozialwissenschaftlichen Forschungsabteilung der US-Luftwaffe war in Deutschland nur eine Minderheit als ‚Nazis‘ anzusprechen. Die Erklärung: das nationalsozialistische Regime sei notwendige Folge der Affinität der Deutschen für nationalsozialistische Ideologie. . . und die Stabilität des nationalsozialistischen Staates erkläre sich aus der Konversion der Deutschen zum Nazismus, wird bei näherer Betrachtung problematisch.“

<sup>37</sup> Bericht des Intelligence Service Nr. 81 vom 12. August 1945; hier zit. nach Hans Habe: Im Jahre Null, München 1966, S. 74ff.

wegungen hatte die NSDAP die jüdische Minorität angegriffen, und dieser Feindgruppe verdankte ihre Propaganda besondere Durchschlagskraft<sup>38</sup>. Nach der Ermordung von fünf bis sechs Millionen Juden wurden antisemitische Äußerungen in der Bundesrepublik – zunächst bedingt – strafbar. Paragraph 93 des Strafgesetzbuches („verfassungsverräterische Publikationen“) stellte neonazistisches und antisemitisches Schrifttum unter Strafe, und die unveränderten Paragraphen 130 („Volksverhetzung“) und 166 („Gotteslästerung“) wurden wieder sinngemäß ausgelegt: die Justiz der Weimarer Republik, konservativ und antidemokratisch, hatte diese Paragraphen fast konsequent ignoriert und antisemitische Exzesse und Beleidigungen jüdischer Staatsbürger mit einem Wohlwollen toleriert, das häufig an Rechtsbeugung grenzte.

Mit dem Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches (StGB), ursprünglich gegen die Sozialisten konzipiert, stand eine wirksame Waffe gegen antijüdische Hetze zur Verfügung. Das Reichsgericht hatte in Entscheidungen von 1889 und 1901 die Juden ausdrücklich als Bevölkerungsklasse im Sinne des § 130 StGB anerkannt und ebenfalls die jüdische Religion 1882 als „eine mit Korporationsrechten bestehende Religionsgemeinschaft im Sinne des § 166 StGB“ bezeichnet<sup>39</sup>; in der Regel schützte das Kaiserreich die jüdische Minorität vor den Anpöbelungen antisemitischer Demagogen, gelegentlich mit drakonischen Strafen<sup>40</sup>.

Die Justiz der Weimarer Republik jedoch förderte durch ihre Rechtsprechung geradezu den Antisemitismus: Die §§ 130 und 166 StGB wurden dahingehend interpretiert, daß Beschimpfungen der jüdischen Staatsbürger oder der jüdischen Religion als Beschimpfungen der jüdischen Rasse ausgelegt wurden, zu deren Schutz es keinen Straftatbestand gab. Heinrich Hannover führt eine Anzahl von Fällen an, in denen selbst bei eindeutigen Verstößen gegen §§ 130 und 166 StGB die Gerichte der jüdischen Bevölkerungsschicht und der jüdischen Religion jeden Rechtsschutz verweigerten<sup>41</sup>; aufgrund der juristischen Handhabe des § 193 StGB („Wahrneh-

<sup>38</sup> Zu Anfang der nationalsozialistischen Bewegung fanden die antisemitischen Parolen der NSDAP-Redner die größte Resonanz, wie aus dem vom Münchner Polizei-Nachrichtendienst abgefaßten Protokollen hervorgeht. Eine Dokumentation und Analyse von 20 frühen Hitler-Reden gibt Reginald H. Phelps: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1963. Zahlreiche Autoren sind der Ansicht, daß der Antisemitismus der wesentlichste Fixpunkt der verschwommenen NS-Ideologie gewesen sei; Bullock meint, daß „Judenhaß vielleicht das einzige echte Gefühl war, dessen er (Hitler) fähig war“. Alan Bullock: Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1958, S. 476.

<sup>39</sup> Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. VI, S. 81.

<sup>40</sup> So wurden in Preußen Lehrer wegen antisemitischer Betätigung aus dem Schuldienst entfernt, wenn auch im allgemeinen die Justiz schärfer gegen die sozialistische als gegen die antisemitische Agitation durchgriff. 1893 wurde ein Pfarrer, der auf einer Volksversammlung erklärte, wie Unkraut „so müsse man auch die Juden mit eisernen Harken ausrotten“, nicht vor Gericht gestellt, da die Staatsanwaltschaft keine Anklage wegen Verstoß gegen § 130 StGB erhob: Er habe „nur die Energie, mit welcher das Judentum bekämpft werden sollte, zum Ausdruck bringen wollen“. Ausführliche Darstellung dieses Themenkreises bei Maximilian Parmod: Antisemitismus und Strafrechtspflege, Zur Auslegung und Anwendung der §§ 130, 166, 185, 193, 360 StGB in höchstrichterlicher und erstinstanzlicher Praxis, Berlin 1894.

<sup>41</sup> Heinrich und Elisabeth Hannover: Republikfeindschaft und Antisemitismus, in Politische

mung berechtigter Interessen“) wurden antisemitische Beleidigungen teilweise straffrei und antijüdische Exzesse meist nach § 360 StGB („grober Unfug“) geahndet. Die Justiz, die mehr als einer halben Million deutscher Staatsbürger ihren Schutz versagte, hat wesentlich dazu beigetragen, das Klima zu schaffen, in dem wenig später die nationalsozialistische Rassengesetzgebung gedeihen konnte.

Trotz der wieder sinngemäßen Auslegung der §§ 150 und 166 StGB in der Bundesrepublik war die juristische Handhabe gegen die diversen Formen antisemitischer Äußerungen immer noch derart vage, daß im Dezember 1954 der „Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ klagte, daß „in Prozessen, die gegen Urheber und Verbreiter antisemitischer Hetze durchgeführt worden sind, Gerichtsurteile (ergingen), die insbesondere im Rückblick auf die Massenvernichtung jüdischer Brüder im Dritten Reich ernste Bedenken wachrufen“<sup>42</sup>.

Die Revisionsbedürftigkeit des geltenden Strafrechts wurde erst durch den ‚Fall Nieland‘ offensichtlich. Der Hamburger Holzkaufmann Friedrich Nieland hatte im April 1957 2000 Exemplare seines Pamphlets „Wieviele Welt-(Geld-)Kriege müssen die Völker noch verlieren?“ verbreitet. In dieser Broschüre behauptete Nieland u. a., die Konzentrationslager seien „Vernichtungsmanöver“ gewesen, „von den Eingeweihten des Internationalen Judentums angezettelt“. Der Verfasser hatte gefordert, es dürfe „kein Jude an irgendeinem maßgebenden Posten sitzen, sei es in der Regierung, sei es in politischen Parteien oder in der Bankwelt oder sonstwo“. Nieland wurde mit der Begründung freigesprochen, er habe nicht „zum Kampf gegen das Judentum schlechthin“ aufgefordert. Auch die Beschwerde des Generalstaatsanwaltes beim Hanseatischen Oberlandesgericht hatte keinen Erfolg: es fehle überhaupt der „hinreichende Tatverdacht“ einer antisemitischen Äußerung<sup>43</sup>. Der Fall erregte

---

Justiz 1918–1933, Frankfurt 1966, S. 263 ff: Nicht strafbar war etwa das öffentliche Absingen eines Liedes mit dem Refrain: „Schmiert die Guillotine ein mit Judenfett, Blut muß fließen, Judenblut“. Der (nichtjüdische) preußische SPD-Innenminister und Berliner Polizeipräsident Grzesinski verlor Prozesse gegen Nationalsozialisten, die ihn als „Judenbastard“ beschimpft hatten, und die Bezeichnung der jüdischen Religion als „Religion der Verbrecher“ blieb ebenso ungestraft. Ein Redakteur der Bamberger Wochenschrift „Die Flamme“ schrieb 1926 von „jüdischen Schweinekerlen, die getreu ihrem Religionsgesetzbuch . . . nichtjüdische Frauen und Mädchen schänden, um damit die nichtjüdischen Völker zu entrassen. Die rabbinische Lehre macht die Handlungsweise dieser Schweinekerle zur Pflicht und erhebt sie zum Religionsgesetz, denn geschrieben steht: Die Schändung der nichtjüdischen Frauen ist keine Sünde.“ Der Strafantrag des Bamberger Rabbiners wegen Verstoß gegen § 166 StGB wurde verworfen mit der Begründung, der Angriff richte sich gegen die jüdische Rasse. Hier zit. nach Fritz Marburg: Der Antisemitismus in der Deutschen Republik, Wien 1931, S. 59.

<sup>42</sup> Hier zit. nach Max und Ruth Seydewitz: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik, (Ost-)Berlin 1956, S. 33. — Auf Unverständnis stieß beispielsweise ein „Freispruch aus Rechtsgründen“ der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin-Moabit am 20. Juli 1954 gegen den Ludendorff-Anhänger Wilhelm Prothmann. Der Verfasser der Schrift „Judentum und Antisemitismus“ beharrte noch vor Gericht, daß das „Judentum nach Weltherrschaft strebe“. Der Argumentation der Staatsanwaltschaft „Wer eine Zusammenstellung nur negativer Stellen vornimmt, dessen Schrift ist durchaus als Hetzschrift zu werten“ vermochte das Gericht nicht zu folgen.

<sup>43</sup> In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, der Angeklagte habe das jüdische Volk klar

beträchtliches Aufsehen weit über die Grenzen der Bundesrepublik, und Hamburgs Bürgermeister Brauer sprach bei Bundeskanzler Adenauer vor und forderte schärfere gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der jüdischen Minorität.

Als schließlich nach Weihnachten 1959 eine Welle antisemitischer und nazistischer Schmieraktionen durch die Bundesrepublik ging, wurde durch die Sechste Strafrechtsänderung vom 30. 6. 1960 der Straftatbestand des Antisemitismus genauer gefaßt, ohne ein *privilegium odiosum* für die in Deutschland lebenden Juden zu schaffen. Der neu eingeführte § 96a StGB („Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen“) faßte einen präzisen Straftatbestand speziell für die beliebten Hakenkreuzschmierereien; die Neufassung des § 130 StGB setzte an Stelle des alten Begriffes der „Bevölkerungsklasse“ nunmehr die umfassendere Bezeichnung „Teile der Bevölkerung“, die – nach dem Kommentar von Schönke-Schröder – „unabhängig von gesellschaftlichen Schichtungen Personenmehrheiten erfaßt, die durch gemeinsame Merkmale gehalten werden“<sup>44</sup>.

Nach wie vor ist jedoch die Strafverfolgung von privaten Strafanträgen abhängig, und nach wie vor weigern sich Gerichte, diesen Paragraphen etwas extensiver auszulegen: die ‚Deutsche Nationalzeitung‘ schlüpfte bisher immer durch die Maschen des Gesetzes, denn antisemitische Äußerungen können ungefährdet via Israel und ‚Weltjudentum‘ propagiert werden. Die geltenden Strafrechtsbestimmungen schützen in der Bundesrepublik lebende ethnische Minoritäten wie die Gastarbeiter nicht vor Kollektivdiffamierung.

Der präventive Charakter des politischen Strafrechts hat allerdings seine Wirkung auf rechtsradikale Parteien nicht verfehlt. Das Verbot von 22 rechtsextremen Organisationen und von zwei Parteien – ein Jahr vor dem Verbot der SRP durch das Bundesverfassungsgericht wurde die „Deutsche Sozialistische Partei“ (DSP) in Berlin am 6. 8. 1951 durch Gerichtsbeschluß aufgelöst – zeigte dem Rechtsradikalismus, daß die Justiz der Bonner Republik anders als die der Weimarer Republik gegen die antidemokratische Rechte einschritt<sup>45</sup>.

---

vom „internationalen Judentum“ getrennt — eine Interpretation, die Nieland selbst mit dem Satz der inkriminierten Broschüre ausschloß: „Zu entscheiden, wer denn zum Volk und wer zu den ernstzunehmenden ‚Internationalen Juden gehört‘, ist sehr schwer festzustellen. Es ist fast unmöglich, da man keinem Juden ins Herz schauen kann.“

Richter war der Erste Vorsitzende der Großen Strafkammer des LG Hamburg, Dr. Enno Budde, der bereits in der Weimarer Republik wegen Republikbeschimpfung verurteilt war und sich in der Zeit des Dritten Reiches als Verfasser antisemitischer Schriften betätigt hatte.

<sup>44</sup> In seiner Fassung, die bis 1960 beibehalten wurde, lautete der § 130 StGB: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeit öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ Die Neufassung präzisiert: „Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er 1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, 2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder 3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.“

<sup>45</sup> Einen exemplarischen Fall stellt der rechtsradikale Agitator Erwin Schönborn dar.

Als Folgeerscheinung des nationalsozialistischen Erbes kommt dem Antisemitismus auch heute noch eine zentrale Bedeutung zu: er ist „ein Prüfstein für die Beurteilung rechtsradikaler Einstellung“, wie Heinrich Sippel, Referent im Bundesinnenministerium für zusammenfassende Auswertung auf dem Gebiet des Rechtsradikalismus, feststellt<sup>46</sup>. Die Ludendorff-Bewegung wurde primär aufgrund ihres offenen Antisemitismus verboten. Der verantwortliche Herausgeber der Zeitschrift „Der Quell“ und Schwiegersohn Mathilde Ludendorffs, Franz Freiherr Karg von Bebenburg, wurde 1959 zu zwei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 1500 DM verurteilt, weil sein Blatt einen Aufsatz des Kairoer Exil-Nazis Prof. Dr. Johannes von Leers (im Dritten Reich Verfasser der Antisemiten-Fibel „Juden sehen Dich an“) veröffentlicht hatte: „Das Furchtbarste an moralischer Verkommenheit ist West-Berlin! An jeder Straßenecke steht eine hungernde Frau und bietet sich an. Ganz West-Berlin sieht aus wie eine Kolonie von Israel. Zwei vor Haß gegen die Deutschen berstenden Juden, Heinz Galinski und Joachim Lipschitz, tyrannisieren das rechtlos gemachte deutsche Volk in West-Berlin . . .“<sup>47</sup> usw.

Adolf von Thadden war vorsichtiger, da über seiner Partei ständig das Damoklesschwert des Artikels 21, Abs. 2 GG hing. Als die ‚Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘ sich 1957 mit dem Kölner Parteitag der DRP beschäftigte, schrieb der ‚Reichsruf‘: „Wir wissen, daß der direkt ausgesprochene Vorwurf ‚radikalistische Partei‘, ‚waschechte Faschisten‘ und die Beschuldigung versteckte ‚Antisemiten‘ die gefährlichsten Verleumdungen sind, die gegen eine Partei in der Bundesrepublik veröffentlicht werden können. Die Beschuldigung hat doppeltes Gewicht, wenn sie in diesen Organen erfolgt. Wir müssen darum das Recht der Verteidigung für uns beanspruchen. Wollten wir derartige Beschuldigungen hinnehmen, käme das einem stillschweigenden Eingeständnis gleich“<sup>48</sup>.

Daher vermeidet der Rechtsradikalismus direkte antisemitische Invektiven und bringt sie – vor strafrechtlicher Verfolgung sicher – in einer verhüllten, aber dennoch eindeutigen Form unter. So verbindet das gleiche Blatt, das den Vorwurf „versteckte Antisemiten“ als gefährliche „Verleumdung“ zurückweist, die Beteuerung seiner Verfassungsloyalität mit dem Seitenhieb auf einen Juden: „Selbst wenn wir gefragt werden, ob unser Vertrauen zum Bundesverfassungsgericht darunter leidet, daß dessen Vizepräsident Katz Remigrant in feindlicher Uniform war, werden wir verneinen“<sup>49</sup>.

---

Schönborn, zeitweise Mitglied der DRP und Gründer einiger erfolgloser Rechtsgruppierungen (u. a. „Jungdeutsche Bewegung“ und „Nationaler Kameradschaftskreis“) wurde mehrmals einschlägig verurteilt, seine neonazistische Vereinigung „Arbeitsgemeinschaft Nation Europa“ verboten: 1952 erhielt er wegen Verherrlichung Hitlers fünf Monate Gefängnis ohne Bewährung, 1956 wegen Beleidigung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer einen Monat und 1957 wegen Beleidigung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier acht Monate Gefängnis.

<sup>46</sup> Heinrich Sippel: Agitationsthemen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland, in Bessel-Lorck u. a.: National oder Radikal?, Mainz 1966, S. 70.

<sup>47</sup> Der Quell, Folge 1/1959, S. 9.

<sup>48</sup> RR 23/1957, S. 1.

<sup>49</sup> RR 1/1961, S. 1.

Mit dieser Argumentation fällt es dem Rechtsradikalismus leicht, sich von manifestem Antisemitismus und Neonazismus zu distanzieren. Von den zwischen 1960 bis 1966 registrierten 3118 rechtsextremen Straftaten waren 1185 Ausdruck bewußter politischer Demonstrationen, von den 806 verurteilten politischen Tätern 104 Mitglieder rechtsradikaler Organisationen. Mit nur 13 Prozent erscheint der Anteil dieser Gruppe gering, doch darf man annehmen, daß es sich bei den anderen Tätern vorwiegend um Leser rechtsradikaler Publikationen handelt. Nach Lorenz Bessel-Lorck, Leiter der Abteilung Rechtsradikalismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, waren „fast alle Verurteilten . . . eifrige Leser der rechtsextremen Presse. Sie bezeichnen diese Informationsquelle selbst als Richtschnur ihrer politischen Vorstellungswelt. Einige legten besonderen Wert darauf, die ‚Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung‘ oder ähnlich tendierende Blätter auch im Gefängnis weiter zu lesen. Die Hetzschriften und politischen Bekenntnisse der Verurteilten fußen in manchen Fällen ganz offensichtlich auf den Schlagworten und Denkschablonen der rechtsextremen Propaganda<sup>50</sup>.“

Betrachtet man die Agitation des Rechtsextremismus mit seinen unredlichen und teilweise perfiden Argumentationen genauer, so zeigt sich, daß die Diskriminierung von Minoritäten als Destruktionsmittel bewußt eingesetzt wird, daß der „Volksfeind“ kein isoliertes Haßobjekt darstellt, sondern als eine Art Hebel dient, mit dessen Hilfe latente Vorurteile aufgebrochen werden sollen, Ressentiments, die – einmal freigesetzt – sich sicher nicht auf die Gastarbeiter beschränken werden. Das Gedankengut, das die radikale Rechte verbreitet, ist kein Nazismus, es schafft aber den gleichen Nährboden, auf dem einst die NSDAP gedieh.

---

<sup>50</sup> Lorenz Bessel-Lorck: *National oder Radikal?*, a. a. O., S. 32.

## II. METHODEN UND TECHNIKEN RECHTSRADIKALER PROPAGANDA

### A. Die demagogische Grundrichtung

Eine weitverbreitete Auffassung unterstellt Presse, Funk und Fernsehen eine Macht, die sie nicht haben: die Macht, politische Überzeugungen wie eine Zigarettenmarke zu verkaufen. Die Überschätzung der Rolle, die Massenkommunikationsmittel bei der politischen Meinungsbildung spielen, beruht auf einem Mißverständnis oder auf einer falschen Schlußfolgerung soziologischer Theoreme (etwa Riesmans „außen-geleiteter“ Persönlichkeit); mit den Mitteln der Konsumwerbung werden keine politischen Überzeugungen geschaffen. In einer pluralistischen Gesellschaft lassen sich die Vorstellungen der Wähler nicht wie Verbraucherwünsche in jeweils opportune Bahnen lenken. Nur unter bestimmten Voraussetzungen ist eine grundlegende Beeinflussung politischer und gesellschaftlicher Verhaltensmuster möglich: in einem Klima hoher Verunsicherung können bei prädisponierten Personen unbestimmte Gefühle in eine bestimmte Richtung geleitet und zu einer Überzeugung erhärtet werden. So läßt sich latentes Unbehagen – sei es nun Angst um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, Furcht vor sozialem Abstieg oder Orientierungslosigkeit in einer unübersichtlich gewordenen Industriegesellschaft – in verschiedene politische Ausdrucksformen kanalisieren, und je höher der Grad der Verunsicherung, desto wirksamer ist gegenüber einer rationalen Argumentation eine emotional aufgeladene Propaganda, die verspricht, wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. Der Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung läßt sich mit einer „Mobilisierung des Unbehagens“ (Schoenbaum) erklären; dabei stand Hitler bis 1933 weder die große Presse noch der Rundfunk zur Verfügung.

Nun waren die politischen und sozialen Verhältnisse in der Weimarer Republik ungleich labiler als in der Bundesrepublik, verhältnismäßig leicht ließen sich Unzufriedenheit in extremistische Bahnen leiten und gesellschaftliche Barrieren – Bindungen an Großorganisationen (Kirchen, Gewerkschaften) – durchbrechen: die Kirchen standen der Weimarer Republik nicht gerade wohlwollend gegenüber, und die „mittelständischen“ Unselbständigen waren überwiegend in nationalen und antisozialistischen (Hirsch-Dunckerschen) oder völkisch-antidemokratischen Gewerkschaften (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) organisiert. In der Bundesrepublik steht der Rechtsextremismus vor weit schwierigeren Aufgaben: die Barriere der kirchlich gebundenen Personen ist nicht leicht zu durchbrechen, die Barriere der organisierten Arbeitnehmer ist für die NPD nahezu unüberwindlich. In einer politisch und wirtschaftlich stabilen Gesellschaft muß die radikale Rechte nicht nur bereits vorhandenes Unbehagen in politische Aktion umsetzen, sondern geradezu Angst und Unsicherheit züchten, um ihre Basis zu verbreitern. Der typische Grundzug rechtsradikaler Propaganda besteht darin, ein Gefühl der Unsicherheit zu schaffen. Vorwiegend unter diesem Gesichtspunkt werden die Titelschlagzeilen des NPD-

Organs ‚Deutsche Nachrichten‘ konzipiert; diese Intention zeigt sich z. B. deutlich in der Ausgabe vom 8. Juli 1966: „Wir stehen kurz vor dem Staatsbankrott“ – eine Prophezeiung, die seit 15 Jahren regelmäßig in Thaddens Zeitungen auftaucht.

Das ständige Aufbauschen von Korruptionsaffären, die Warnung vor dem dauernd bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch, die Prophezeiung der drohenden kommunistischen Machtergreifung, die eindringliche und übertreibende Schilderung einer gefährlich anwachsenden Kriminalität und ähnliche Gemeinplätze bilden die Bestandteile einer Agitation, die darauf abzielt, Unbehagen und Unsicherheit zu erzeugen. Jede rechtsradikale Bewegung malt ein unmittelbar bevorstehendes Verhängnis an die Wand. Unterschiedliche Gruppen agitieren nahezu identisch; es verschiebt sich nur der Schwerpunkt der jeweiligen ‚nationalen Bedrohung‘. Der Poujadismus wittert ein antifranzösisches Komplott der „internationalen Trusts“, McCarthy baute in den USA das Schreckgespenst einer totalen kommunistischen Unterwanderung auf, und die NPD sieht in einer „durchdringenden Verfremdung“ den Zerfall der europäischen Kultur und den Niedergang Deutschlands.

1949 analysierte Leo Lowenthal und Norbert Guterman zahlreiche Reden und Schriften rechtsradikaler Demagogen in den Vereinigten Staaten<sup>1</sup>; in allen Fällen tauchten die gleichen Topoi auf, wurden die gleichen Stereotype endlos variiert, um nationalistische und rassistische Ressentiments zu aktivieren: Angriffe gegen Juden, Neger, Kommunisten, „Nudealers“ (New Dealers), „fellow travellers“ und „comsymps“ (Personen, die angeblich mit dem Kommunismus sympathisieren), gegen Wall Street, Gewerkschaften und Bürokratie. Überträgt man die Begriffe analog ins Deutsche – „New Deal“ etwa steht für „liberalistisch“ und „sozialistisch“, „Harvard University“ bedeutet im Sprachgebrauch der amerikanischen Rechten „Linksintellektualismus“ –, so zeigt sich eine frappierende Ähnlichkeit mit der nationaldemokratischen Agitation, die allerdings gezwungen ist, ihre Invektiven gegen Juden und gegen die Demokratie stärker zurückzuhalten. Die von Lowenthal und Guterman herauskristallisierten Parolen stellen einen Reizwortkatalog rechtsradikaler Propagandaphrasen dar, eine Schablone mit austauschbaren Objekten, deren Verwendung von der jeweils spezifischen Situation eines Landes abhängt, in der Bundesrepublik zudem noch vom Zwang zur Verfassungsloyalität. Die demagogische Grundrichtung und ihre wesentlichsten Motive sind jedoch die gleichen.

### 1. *Wir werden betrogen.*

Die wirtschaftliche Position der jeweils angesprochenen Gruppe ist aufgrund obskurer Machenschaften unsicher geworden: Ausländer sind in die deutsche Wirtschaft eingedrungen, bedrohen die Existenz des Mittelstandes und der Arbeiterschaft. So konstruiert die NPD einen Kausalzusammenhang zwischen der Entlassung von Bergarbeitern und der Beschäftigung von ausländischen Hilfsarbeitern: „Die deutschen Arbeitslosen könnten auch heute noch Arbeit finden, wenn auf die devisen-

<sup>1</sup> Leo Lowenthal and Norbert Guterman: *Prophets of Deceit: A Study of the Techniques of the American Agitator*, New York 1949.

zehrenden Gastarbeiter verzichtet würde<sup>2</sup>.“ Acht Monate zuvor hatte die NPD mit der entgegengesetzten Begründung gearbeitet, um Ressentiments beim selbständigen Mittelstand zu mobilisieren: „Während die Zahl der offenen Arbeitsstellen unverändert hoch ist, gehen tüchtige Gastarbeiter nunmehr dazu über, sich in Westdeutschland selbst als Gewerbetreibende festzusetzen und andere für sich arbeiten zu lassen<sup>3</sup>.“ Um Haßgefühle gegen ethnische Minoritäten zu züchten, läßt der Rechtsradikalismus keine Gelegenheit aus, die ‚outgroup‘ als eine lästige Konkurrenzgruppe darzustellen. So erklärt die NPD, warum Wohnungen nach wie vor knapp und teuer sind: man müsse „an die Tausende von Fremdarbeitern denken, die den Wunsch äußern, in Deutschland zu bleiben und damit Bewerber um eine Wohnung werden“<sup>4</sup>. Die DRP konnte schon 1958 „beobachten, daß z. B. in Bezug auf Wohnungs-Vermittlung die Italiener bevorzugt werden“<sup>5</sup>.

Diese outgroup (früher waren es Juden) wird angeblich privilegiert, der deutsche Arbeitnehmer um seine berechtigten wirtschaftlichen Ansprüche betrogen. Die finanzielle Schädigung des deutschen Volkes stellt die NPD als politisches Kalkül der herrschenden Kräfte hin, die Gastarbeiter fördern und Wirtschaftskrisen manipulieren. Die Ruhrkrise ist ein antideutsches Komplott „im Geiste Morgenthau“ – durch die Stilllegung unrentabler Zechen „verzichtet“ die Bundesregierung „auf 280 Milliarden DM an Volksvermögen“, was die NPD-Zeitung zu der Schlagzeile inspiriert: „Unser ganzes Volk wird um seinen einzigen Reichtum betrogen“.<sup>6</sup> Fordert die IG Metall eine Arbeitszeitverkürzung – „das würde 100 000 Gastarbeiter mehr bedeuten“ –, gefährdet sie „damit den Wohlstand des ganzen Volkes“,<sup>7</sup> denn auch die Gewerkschaften spielen dem Arbeiter (und dem Volk) übel mit: „Angesichts der Politik des DGB und seiner internationalen Verbindungen jedoch, die bis zur UNO . . . reichen, müssen erhebliche Bedenken laut werden. . . Die US-Gewerkschaften wollen die deutschen Arbeiter vor ihren Karren spannen; auf dem Rücken und zu Lasten der deutschen Arbeiter sollen die amerikanischen Wirtschaftsschwierigkeiten gelöst werden. Die Hilfe der Amerikaner bei der Geburt des DGB stützt diese Behauptung ebenso wie die Rolle des DGB im Dienste der alliierten Umerziehung. Der DGB ist weder deutsch noch ist er Arbeitnehmervertreter, also Gewerkschaft; der deutsche Arbeiter und sein Wohl ist ihm im Grunde höchst gleichgültig<sup>8</sup>.“

Das Betrugsmotiv mündet meistens in eine Verschwörungstheorie: eine bestimmte Gruppe hat ein Interesse, die Bevölkerung ‚auszusaugen‘. In Krisenzeiten vermag diese Agitation eine außerordentliche Breitenwirkung zu entfalten wie gegen Ende der Weimarer Republik. Auch der Poujadismus hat mit diesen Parolen eine starke

<sup>2</sup> DN 51–52/1966, S. 2.

<sup>3</sup> DN 15/1966, S. 4.

<sup>4</sup> DN 10/1966, S. 8; ähnlich DN 34/1965, S. 8 („Gastarbeiter und Wohnungsbau“).

<sup>5</sup> RR 46/1958, S. 7.

<sup>6</sup> DN 48/1966, S. 4.

<sup>7</sup> DN 7/1966, S. 1.

<sup>8</sup> DN 6/1965, S. 8.

Anziehungskraft auf wirtschaftlich benachteiligte Schichten ausgeübt; er agitierte mit den gleichen demagogischen Unterstellungen, beispielsweise 1955 in einem Flugblatt gegen den „Etat-Vampire“: „Die Ungleichheit in der Sozialgesetzgebung ist von den Politikern beabsichtigt, die damit die Franzosen gegeneinander aufhetzen wollen<sup>9</sup>.“

## 2. Eine mächtige Verschwörung bedroht uns.

Die Konspirationstheorie bildet das wichtigste Element rechtsradikaler Propaganda. Unliebsame Gruppen – sie müssen klein sein, aber eine verhältnismäßig glaubwürdige potentielle Macht besitzen – werden zu einer feindlichen Clique stilisiert, die aus der Kulisse das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Nation lenkt. Dieser Verschwörerkreis ist stets Agent einer feindlichen Macht (meist Kommunismus oder Weltjudentum) und hat sich in Positionen festgesetzt, von denen aus er die Lebensinteressen des Volkes wirksam bekämpft. Diese Hypothese wird, da sie nicht beweisbar ist, auf abenteuerliche Vermutungen und phantastische Behauptungen gestützt, und kein Verdacht ist zu grotesk als daß er nicht dafür eingespannt werden könnte. So betreiben selbstverständlich die Gastarbeiter, indem sie sich mit deutschen Mädchen und Frauen liieren, „eine *systematische* Unterwanderung des deutschen Volkstums“<sup>10</sup>, wenn die ‚Deutschen Nachrichten‘ auch nicht erklären, in wessen Auftrag Italiener, Spanier, Griechen, Türken und Jugoslawen ihre Liebesverhältnisse eingehen.

Die NPD weiß nicht konkret zu melden, wer eigentlich die Fäden zieht; sie weiß aber um so genauer, daß obskure Gruppen immer ihre Hand im Spiel haben. Gastarbeiter, die „bereits ausgestorbene oder weitgehend eingedämmte Krankheiten“ einschleppen, gefährden die Volksgesundheit. „Wie lange“, so fragt die NPD, „eine verantwortliche Regierung noch tatenlos mit ansehen will, daß unsere Volksgesundheit langsam aber sicher aufs Spiel gesetzt wird. Oder sollte das etwa Absicht sein?“<sup>11</sup> Der hier genährte absurde Verdacht, daß die Bundesregierung im geheimen Auftrag handele, indem sie die behauptete Schädigung der Volksgesundheit bewußt toleriere, steht in einer Reihe mit den aus der NS-Propaganda wohlbekannten Denunziationen („verjudete Demokratie“), die darauf abzielten, eine Regierung oder ein Regierungssystem als Marionette anonymer Mächte zu verleumden und eine entsprechende Vertrauenskrise und Angstpsychose zu erzeugen. Hitlers „jüdische Weltverschwörung“ war ein wirksames Stimulans, das Angst- und Unsicherheitsgefühle aktivierte: eine mächtige Gruppe bedrohte Deutschland, manipulierte Wirtschaftskrisen, zersetzte nationales und völkisches Bewußtsein („jüdische“ Presse und Literatur) und verfügte über Handlanger in der Regierung (vor allem in der „verjudeten Sozialdemokratie“).

Der rechtsradikalen Publizistik zufolge beherrschen obskure Mächte auch die Bundesrepublik, und gerade deren Anonymität dient als Mittel zur Erzeugung von

<sup>9</sup> zit. nach Stanley Hoffmann: *Le Mouvement Poujade*, Paris 1956, S. 223.

<sup>10</sup> DN 33/1966, S. 6.

<sup>11</sup> DN 15/1966, S. 4.

Unsicherheits- und Angstgefühlen. Ein abstrakter Feind aber ist auf die Dauer als Haßobjekt wertlos, und so wird er konkretisiert und nimmt häufig das vertraute Profil des Juden an. „Die aus Deutschland kommenden Sozialforscher Horkheimer, Adorno, Marcuse, Fromm, Löwenthal, Lazarsfeld, Reich und andere haben ein System entwickelt, das eine völlige seelische Umformung des deutschen Volkes bewirken sollte. . . Sie planten einen ‚langfristigen Umbau des deutschen Charakters‘. . .<sup>12</sup>.“ Auf ähnliche dunkle Machenschaften werden zahlreiche andere Erscheinungen zurückgeführt. So weiß die NPD, daß mit der „Hetze gegen Deutschland . . . ferngesteuerte politische Ziele verfolgt werden“, u. a. „Wehrkraftzersetzung in der nichtkommunistischen Welt“<sup>13</sup>. Gelegentlich drückt man sich auch unter Benutzung bestimmter „Zeugen“ sehr deutlich aus: „Wir, die wir seit Jahren in New York ansässig sind, wissen natürlich, daß die gesamte Hetze nur von Juden geleitet wird<sup>14</sup>.“

Daß das jüdische Kapital Wirtschaftskrisen manipuliert, ist ein bewährter völkisch-nazistischer Topos; relativ neu aber ist die groteske Vermutung, daß auch die Prosperität der Bundesrepublik auf undurchsichtige Machenschaften geheimer Mächte zurückgeht. Rhetorisch fragt die NPD, ob die „Wohlstandsgesellschaft“ „nicht Teil einer Verplanung sein könnte, die sich den Kulturverfall der beteiligten Länder und ‚aktiven‘ Rassen [gemeint sind die germanischen Rassen] zum Ziel gesetzt hat?“<sup>15</sup> Denn es werden heute „alle moralischen und ethischen Werte unseres Volkes wie Gott, Volk, Vaterland und Nation *systematisch* zerstört. Und das wollen sie doch, die Linksintellektuellen in der Literatur, in den Illustrierten, im Rundfunk und im Fernsehen. Das ist ein System! Und sein ausgesprochener Zweck ist es, aus dem deutschen Volk eine geschichtslose Masse zu machen, die nur noch an Fressen und Saufen und Sex denkt<sup>16</sup>.“ Insbesondere der NPD-Wirtschaftsexperte Dr. Horst Arnold durchschaut den teuflischen Plan des Wirtschaftswunders: „Den Morgenthau-Plan in der reinen Form seines Hungerelends zu verwirklichen, war einmal nicht opportun. Man schaltete auf ‚Wohlstand‘ um, und die Arbeitgeber – politisch nicht minder unbedarft als die Arbeitnehmer – machten mit. Keiner sah im Wohlstandsnebel, wohin die Reise ging. Das Ziel hieß von Anfang an: Kohle- und Stahlkrise zur Umstrukturierung des Ruhrgebiets und damit zur Zerstörung der deutschen Wirtschaftsgrundlagen und der deutschen Wirtschaftskraft.“ Und da die Marionetten dieser geheimen Drahtzieher in der Bundesrepublik sitzen, ist es „höchste Zeit, daß sich das deutsche Volk formiert, um die Bonner Morgenthau-Gesellschaft vom Platze zu fegen!“<sup>17</sup>

<sup>12</sup> NE 10/1965, S. 37 f; ähnlich in DN 4/1966, S. 3.

<sup>13</sup> DN 4/1966, S. 3.

<sup>14</sup> DN 43/1965, S. 7.

<sup>15</sup> DN 31/1966, S. 8.

<sup>16</sup> DN 41/1965, S. 2. (Hervorhebung v. Verf.)

<sup>17</sup> DN 45/1966, S. 8.

### 3. Das Verhängnis steht unmittelbar bevor.

Die rechtsradikale Demagogie wendet sich insbesondere an diejenigen (bzw. wird von denjenigen akzeptiert), die der Zukunft besonders pessimistisch und mit geheimen Ängsten entgegensehen. Dementsprechend verlangt die Logik dieser Demagogie die breite Ausmalung bevorstehenden Unheils und das Einhämmern der Vorstellung: das Unheil wird immer bedrohlicher, wenn nicht sofortige drakonische Maßnahmen erfolgen. Die Kriminalität nimmt immer mehr zu, die kommunistische Infiltration wird immer gefährlicher. „Immer häufiger“ wird kommunistisches Gedankengut unter den Gastarbeitern verbreitet<sup>18</sup>, und „immer unerträglicher“ werden die jüdischen „Provokationen“<sup>19</sup>. Auch ein tatsächlicher Rückgang der behaupteten Gefahr, so der Zahl der Gastarbeiter in den Jahren 1966/67, vermochte die Erregtheit dieser Agitation kaum zu bremsen: „Das Thema der sich immer mehr ausweitenden Beschäftigung von Fremdarbeitern in westdeutschen Betrieben ist bei der sehr notwendigen Betrachtung des übergroßen Defizits unserer Zahlungsbilanz ganz besonders akut geworden. Wenn auch der weiteren Zunahme der Fremdarbeiter Grenzen gesetzt sind, die sich neuerdings abzuzeichnen beginnen, so ist jedenfalls Gefahr im Verzuge“<sup>20</sup>.

### 4. Unsere Regierung ist korrupt.

Einen besonders wichtigen Platz im demagogischen Begriffsschema des Rechtsradikalismus nimmt die Beschäftigung mit wirklichen oder vermeintlichen Korruptionsfällen ein. Jede Affäre, und sei sie noch so unbedeutend und atypisch, wird registriert und aufgebauscht, zuweilen in grotesker Weise. Den Vogel schoß 1957 die DRP ab, als sie auf der Titelseite ihres ‚Reichsrufs‘ einen Skandal enthüllte: Die israelische Handelsmission in Köln hatte zu Weihnachten einigen höheren Bonner Beamten Jaffa-Orangen geschenkt. Der Vorfall schlug sich in knalligen Titelschlagzeilen nieder: „Bonn erlaubt sich einfach alles! – Israelmission beschenkte Beamte mit Apfelsinen – Schweigt der Wähler weiter?“<sup>21</sup> Korruptionsanfälligkeit betrachtet die radikale Rechte als ein Merkmal der Demokratie. Schon kurz nach ihrer Gründung zog die NPD eine „Bilanz der Korruption“ und schilderte einige Fälle, die ihre Thesen bestätigten: „Das also ist die Innenarchitektur eines Systems, das die Verbrecher aller Sparten verhätschelt“<sup>22</sup>.

### 5. Kommunismus und Kapitalismus sind unsere Feinde.

Zu den bevorzugten Gemeinplätzen rechtsradikaler Propaganda gehört das ständig

<sup>18</sup> DN 45/1966, S. 4.

<sup>19</sup> DN 11/1965, S. 4.

Die Berechtigung zu dieser Formulierung leitete die NPD aus einer Demonstration von 900 jüdischen Kanadiern ab, die in Toronto eine Verlängerung der Verjährungsfristen forderten. Das Parteiblatt dramatisierte diesen Vorfall mit den Schlagzeilen „Weltweite Hetze gegen Deutschland – Die Provokationen werden immer unerträglicher“.

<sup>20</sup> DN 10/1966, S. 8.

<sup>21</sup> RR 12/1957, S. 1.

<sup>22</sup> DN 2/1965, S. 2.

variierte Thema kommunistischer Unterwanderung, die in absehbarer Zukunft einen Umsturz befürchten lasse. In einer Musterrede A von 1966 gab die NPD-Propaganda-Abteilung ihren Rednern Formulierungshilfe: die Bundesrepublik sei als „Fernsehdemokratie“ darzustellen, „in der eine Handvoll kommunistisch infizierter Intellektueller die öffentliche Meinung macht“<sup>23</sup>. Da die NPD fast nie den Beweis für die behauptete kommunistische Einstellung ihrer Gegner antreten kann, arbeitet sie vorwiegend mit Wendungen wie „rote Funktionäre“, „Lenins nützliche Idioten“ u. ä.

Schwieriger gestaltet sich die Aufgabe, der wirtschaftlichen Unzufriedenheit mit einer antisozialistischen und doch antikapitalistischen Lehre entgegenzukommen. Im „Judentum“ hatte die NSDAP eine ideale Klammer, mit der sie die Kritik gleichzeitig auf diese beiden konträren Richtungen lenken konnte („jüdisch-marxistisch“ und „jüdisch-kapitalistisch“); heute verbietet sich diese Taktik. So propagiert die NPD eine verwaschene Mittelstandsideologie, die den Kleinen Schutz vor den Großen verspricht. Geblieben aber ist die demagogische Taktik, wirtschaftlich-soziale Übermacht als Fremdeinfluß darzustellen, d. h. soziales Mißvergnügen in nationale Vorurteile umzufunktionieren; so insbesondere, um das Mißbehagen an den Praktiken der großen Konzerne auf amerikanische Firmen zu lenken: „Die Unternehmen müssen sich zunehmend stärker verschulden. Immer mehr mittlere und kleinere Unternehmen geben unter diesen Umständen das Rennen auf und verkaufen an das Großkapital des Inlandes und, was noch schlimmer ist, des Auslandes. Die Bundesrepublik ist in steigendem Maße das Tummelfeld für ausländische Unternehmen geworden, deren Regierungen die Kapitalbildung ihrer produktiven Wirtschaft im Gegensatz zur Bundesregierung pfleglich behandeln, um mit ihr Staatspolitik treiben zu können“<sup>24</sup>.

Diese „Staatspolitik“ dient als eine Art ‚antikapitalistisches‘ Leitbild einer anti-liberalen, autarken und nationalsozialistischen Wirtschaftskonzeption: „Wie die liberalistische Marktwirtschaft, so dienten auch der liberalistische Welthandel und die ihn erleichternden Währungssysteme ausschließlich dem Vorteil des Stärkeren. Das Ziel: eine Welt, eine Währung, eine Wirtschaft und am Ende eine Regierung bedeutet den schließlichen Sieg und die Herrschaft der stärksten Finanzgruppe“<sup>25</sup>. Bei dieser Argumentation fließen zugleich die Verschwörungstheorie und ein unterschwelliger Antisemitismus ein (liegt doch die stärkste Finanzmacht nach rechtsradikaler Vorstellung in jüdischen Händen).

### 6. Der Feind ist anrücklich.

Zum Standardrepertoire rechtsradikaler Schreiber gehören Ausdrücke wie „pervers“, „masochistisch“ oder „politische Pornographie“. Dem Gegner – vor allem Schriftstellern – wird mit Vorliebe „Pornographie“ vorgeworfen; die Massenmedien

<sup>23</sup> Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahr 1967, hrsg. v. Bundesmin. d. Innern, Bonn 1968, S. 8.

<sup>24</sup> DN 25/1966, S. 7.

<sup>25</sup> DN 41/1965, S. 8.

stellen heute eine „Diktatur der Scharlatane und Abartigen“ dar<sup>26</sup>. Symptomatisch für diese Diffamierungstechnik ist ein NPD-Nachruf zum Tode Brian Epsteins, des (jüdischen) Managers der Beatles: er „schwärmte für Homosexualität“<sup>27</sup>.

Eine ähnliche Funktion erfüllen Unterstellungen wie: „Wo die SPD regiert, da haben Dirnen und Zuhälter gute Tage.“<sup>28</sup>

### 7. *Unser Volk darf nicht verdorben werden.*

Die Forderung nach Reinerhaltung der rassistischen Substanz impliziert eine Höherwertigkeit des eigenen Volkes. Um sich gleichwohl von der NS-Rassenlehre abzusetzen, drücken sich nationaldemokratische Propagandisten etwas allgemeiner und weniger dogmatisch aus. So etwa, wenn sie den Deutschen bescheinigen, einer besonders „aktiven Rasse“ anzugehören, einem besonders tüchtigen Volk, das „notfalls aus Steinen Brot schaffen“ kann<sup>29</sup>. Oder wenn sie erklären: ein nordischer Hilfsschüler habe immer noch wertvolle Erbanlagen im Gegensatz zu anderen Rassen<sup>30</sup>. Hingegen führe die „Rassenintegration, auf gut deutsch Mulattisierung“<sup>31</sup> zu nationalem Untergang und kulturellem Verfall.

Die demagogisch wirksame Umsetzung dieses Dogmas wird durch zwei bekannte Reizmittel erreicht: Hält sich das eigene Volk rassenrein (was nur durch Absonderung anderer ethnischer Gruppen möglich ist), so besitzt es die Voraussetzung für politische und wirtschaftliche Größe. „Die Gene können zwar . . . ‚mutieren‘, aber sie ‚altern‘ nicht. Das erklärt die Tatsache, daß auch fast ausgerottete Völker – wie das deutsche nach dem Dreißigjährigen Krieg – sich zu neuer Kraft emporheben können“, denn „auch das Volk setzt sich als eine bestimmbare Summe von Eigenschaften genetisch durch die Generationen fort, und zwar in den großen Grundzügen unverändert, solange die Fortzeugungslinie nicht durch Mischung gebrochen . . . wird“<sup>32</sup>. Dieser Rassismus, der sich als moralisches Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem eigenen Volkstum ausgibt, mobilisiert aber zugleich, in mehr oder weniger sublimierter Form, den Sexualneid – ein Stimulus, der schon in der NS-Propaganda (vor allem bei Julius Streicher) eine große Rolle spielte<sup>33</sup> und heute vorwiegend gegen die amerikanischen Neger eingesetzt wird. Besonders Erich Kern greift dieses Reizmittel gern auf: Vergewaltigungen „beweisen, daß die Neger, einmal aufgebracht und besonders betrunken, zwischen den Frauen nicht mehr unterscheiden können oder wollen . . . Die Weißen bekommen allmählich Angst. Die

<sup>26</sup> Kulturpolitische Entschlüsseungen der NPD, 1965.

<sup>27</sup> DN 36/1967, S. 6.

<sup>28</sup> DN 40/1966, S. 11.

<sup>29</sup> DN 30/1965, S. 3.

<sup>30</sup> DN 38/1965, S. 3.

<sup>31</sup> DN 23/1965, S. 3.

<sup>32</sup> DN 30/1965, S. 3. Deutlicher ist Hitler in seinem Schlußwort zu „Mein Kampf“: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassistischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Erde werden.“

<sup>33</sup> Hitlers berühmter „schwarzhaariger Judenjunge“, der dem deutschen Mädchen auf-lauert, war ein durchgehendes Motiv in der gesamten NS-Propaganda; vgl. z.B. Carl Neumann: Film-„Kunst“, Film-Kohn, Film-Korruption, Berlin 1937.

Neger sind vitaler, zäher, hemmungsloser – und gieriger<sup>34</sup>.“ Oder: „Hier aber, in Europa, vor allem in Westdeutschland, brechen viele, wenn nicht alle Schranken, und die weiße Frau rückt in den Bereich des Möglichen. Eine verlogene und falsche Auslegung der Demokratie schuf in Deutschland eine Lage für die Neger, die in den USA eine glatte Unmöglichkeit wäre<sup>35</sup>.“

Aus den vorstehend genannten Motiven setzen sich die wichtigsten Inhalte und Richtungen rechtsradikaler Agitation zusammen. Von zentraler Bedeutung ist ein zusammenhängender Komplex: Verschwörungstheorie, Aufbau einer Feindgruppe und Personalisierung von Konflikten verkehren wirtschaftliche Krisen, gesellschaftliche Spannungen und politische Gegensätze zum Machwerk eines Feindes, der mehr oder weniger konkretisiert oder unbestimmt gelassen wird. „Man braucht einen sichtbaren Feind, nicht bloß einen unsichtbaren“, bemerkte Hitler zu Rauschnig und wies auf die Nützlichkeit einer greifbaren Feindgruppe hin: „Der Jude ist als Feind gar nicht zu überschätzen!“<sup>36</sup> Latente Vorurteile gegen das ‚Andersartige‘ (meist verkörpert durch ethnische oder religiöse Minderheiten) lassen sich leichter mobilisieren, wenn es gelingt, Gruppen als bedrohlich hinzustellen, und wenn die angegriffene Minorität ‚sichtbar‘ ist, d.h. sich durch Hautfarbe, physiognomische Kennzeichen oder spezifische Verhaltensweisen von der Mehrheit abhebt. Das Unheil, das von der Fremdgruppe ausgeht, steht im Mittelpunkt der rechtsextremen Agitation. Der Fremde symbolisiert immer eine Gefahr und wird letzten Endes zum Feind stilisiert.

Immer ist der Feind entweder Mitglied einer outgroup – Jude, Neger, Gastarbeiter, Kommunist, Stationierungssoldat usw. – oder er ist Helfershelfer dieser outgroup. Haßgefühle und Aggressivität werden auf diese imaginäre Feindgruppe gelenkt. In der Unbestimmtheit des Feindes offenbart sich der demagogische Charakter der rechtsradikalen Propaganda, die willkürlich darüber befindet, wer Kommunist oder heimlicher Agent ist. In diese Kategorie können alle politischen Gegner fallen, von linksliberalen Fernsehredakteuren bis zu konservativen CDU-Abgeordneten.

Erst wenn in dieser Weise jeder Mißstand auf unliebsame Personen und Feinde zurückgeführt worden ist, kann Unzufriedenheit in gezielte Aggression umgesetzt werden, und dann sind auch Toleranz und Kompromiß fehl am Platze, die ja gerade von der Relativität der Werte und Interessen der pluralistischen Gesellschaft ausgehen. Soziale Auseinandersetzungen von Interessengruppen sind für die NPD kein strukturelles Merkmal einer demokratischen Gesellschaft, sondern werden auf das Werk von ‚Störenfriede‘ zurückgeführt. Lohnkämpfe und das Tauziehen um die Mitbestimmung gelten als Machenschaften „roter“ Gewerkschaftsfunktionäre, die selbstsüchtige Ziele verfolgen; Konflikte und Krisen sind dem Wirken böswilliger Personen zuzuschreiben. Die ganze Kompliziertheit sachlicher politischer und wirt-

<sup>34</sup> RR 10/1958, S. 3.

<sup>35</sup> NE 9/1956, S. 24.

<sup>36</sup> Hermann Rauschnig: Gespräche mit Hitler, Zürich–New York 1940, S. 223f.

schaftlich-sozialer Probleme wird so auf einen moralischen Leisten geschlagen und eine Bilderbuch-Infantilität politischen Denkens erzeugt, die seit jeher die Voraussetzung des Rechtsradikalismus gewesen ist.

Während die Inhalte rechtsradikaler Ideologie nach solchen Schwarz-Weiß-Kategorien geordnet sind, ist die Propagandatechnik weit differenzierter. Von der Schlagzeile bis zur unauffällig placierten Kurzmeldung ist alles auf Effekt zugeschnitten. Wie einst bei Hitler und seinen Gesinnungsgenossen besteht hier ein merkwürdiger Kontrast zwischen geglaubter Ideologie und zynisch kalkulierter Propaganda. So unbeweglich und rückständig das Gedankengut, so flexibel und versiert ist die Technik, mit der man es an den Mann zu bringen sucht. Der Wille, an bestimmten simplen Schemata der Welterklärung festzuhalten, erfordert besondere Virtuosität der Propaganda, mit der man sich und andere belügt. Für den neuen deutschen Rechtsradikalismus kommt dabei noch die besondere Aufgabe und Schwierigkeit hinzu, die alten, durch den Nazismus zerschlissenen Leitbilder neu aufzuputzen und unter Berufung auf demokratische Meinungsfreiheit durch verfassungskonforme Werbung auch innerhalb der wachsameren Demokratie der Bundesrepublik formal unangreifbar zu machen.

## B. Die Propagandatechniken

Weil sich die rechtsradikale Publizistik mit Rücksicht auf strafrechtliche und andere Folgen nicht klar ausspricht, kann eine Beurteilung ihrer Wirksamkeit nicht an den Propaganda- und Camouflage-Techniken vorübergehen. Hier, mehr als aus der Analyse kaum vorhandener Programme oder allzu schillernder Ideologien, läßt sich der wahre Geist dieser politischen Bewegung erkennen. Insofern als die Propaganda identisch ist mit dem täglichen politischen Kampfstil (die Ideologie hingegen nur ein unwirkliches Zukunftstransparent darstellt), erscheint sie als das geeignetste Kriterium zur Erfassung der realen politischen Wirksamkeit des Rechtsradikalismus. Eine Analyse der Propagandatechnik des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik wird sich deshalb aber auch vor allem an die gegenwärtig stärkste politische Gruppe, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und ihr Parteiorgan ‚Deutsche Nachrichten‘ zu halten haben. Es wäre einfacher und würde noch ein erheblich drastischeres Bild ergeben, legten wir unserer Beurteilung der Propaganda-Technik des Rechtsradikalismus die gesamte, vorstehend im kursorischen Überblick genannte rechtsradikale Publizistik zugrunde. Und selbst bei der Beschränkung auf die rechtsradikale Zeitungspressen könnte es besonders lohnend erscheinen, statt der ‚Deutschen Nachrichten‘ vor allem die von Dr. Gerhard Frey herausgegebene ‚Deutsche Nationalzeitung und Soldaten-Zeitung‘, vielfach als ‚National-Zeitung‘ (NZ) apostrophiert, heranzuziehen. Denn hier tritt die Hemmungslosigkeit rechtsradikaler Propaganda am deutlichsten in Erscheinung.

Gehässigkeiten und eine polternde Demagogie brachten dem Herausgeber der NZ bisher nicht nur 123 Strafanzeigen, sondern auch massive Kritik der Öffentlich-

keit ein. Namentlich die von der NZ unverhohlen betriebene Mobilisierung antisemitischer Vorurteile – „Israel“ ziert jede zweite bis dritte Schlagzeile des Blattes – erregte immer wieder Aufsehen. Sogar die NPD hielt deshalb eine Distanzierung von der NZ für angebracht. Der NPD-Spitzenfunktionär Dr. Kurt Lamker warf ihr „antisemitische Tendenzen“ vor<sup>37</sup>, und auch Erich Kern, obwohl selbst ständiger Mitarbeiter der NZ, wandte sich gelegentlich gegen die von dieser Zeitung betriebene „rudimentäre Form propagandistischer Publizistik“<sup>38</sup>.

Wenn wir uns im folgenden vor allem an die ‚Deutsche Nachrichten‘ halten, so eben deshalb, weil sie ein verantwortliches politisches Parteiorgan zu sein beansprucht, das sich als Sprachrohr einer politischen Gruppe schon mit Rücksicht auf das Verfassungsgericht und auf ein etwa drohendes Parteiverbot größere Zurückhaltung auferlegen muß. Geht es doch nicht darum, eine Blütenlese der extremsten irgendwo im Lager des Rechtsradikalismus anzutreffenden propagandistischen Gemeinplätze zusammenzustellen, sondern darum, die Agitationstechniken an der repräsentativsten Gruppe und an demjenigen Organ (‚Deutsche Nachrichten‘) aufzuweisen, das im Gesamtkreis rechtsradikaler Publizistik noch als relativ am meisten politisch, als relativ sachlich und zurückhaltend gilt.

### 1. Die Sprache.

Die Propaganda beginnt bei der Sprache. Je weniger diese der ruhigen, sachlichen Mitteilung dient, je mehr sie mit Emphase angefüllt ist, desto stärker steht sie im Dienst der Werbung. Zu den Charakteristika rechtsradikaler Publizistik, deren informativer Gehalt hinter die effekt- und ressentimentbildenden Aussagen zurücktritt, gehört der rhetorische Sprachstil der Artikel: ‚rhetorisch‘ nicht im Sinne des geschliffenen Stils klassischer Redekunst, sondern im Sinne einer emotional aufgeladenen suggestiven Ausdrucksweise. Diese rhetorische Sprache informiert nicht, sondern hämmert ein, sie argumentiert nicht, sondern polemisiert. Die Artikel wenden sich nicht an Leser, sondern an Zuhörer. Charakteristisch für die oratorische Form der rechtsradikalen Sprache sind z.B. die häufigen ironischen Anführungszeichen, die den Hohn in der Stimme des Redners anzeigen sollen. Desgleichen die zahlreichen rhetorischen Fragen, so als ob der Artikelschreiber vor einer imaginären Versammlung steht („Hat Spengler als Homo politicus noch heute uns etwas zu sagen? Gewiß!“<sup>39</sup>). Ausrufezeichen – Gottfried Benn nannte sie „Lärmstangen“ – ersetzen Tonfall und Gebärde, wirken gleichsam wie die aufs Rednerpult schlagende Faust, und selbst die Syntax ist vielfach auf den Versammlungsrednerstil zugeschnitten („Passen tut auch der Münchner SPD nicht . . .“<sup>40</sup>). Durchsetzt von affekt-

<sup>37</sup> DN 12/1967, S. 6.

<sup>38</sup> In DN 30/1967, S. 3 äußerte E. Kern: „Über die Methodik der ‚National-Zeitung‘ kann man sehr wohl geteilter Meinung sein. Die jüdischen Zionisten in Israel freiweg als Nationalsozialisten zu bezeichnen, ist genauso abwegig, wie Mosche Dayan mit Adolf Hitler zu vergleichen. Eine solch rudimentäre Form propagandistischer Publizistik kann wohl werbewirksam sein; politisch ist sie nicht.“

<sup>39</sup> DN 46/1966, S. 5.

<sup>40</sup> DN 16/1966, S. 3.

geladenen Wörtern und Wendungen, ist diese Sprache Mittel der Aufreizung und Bewegung. Nie ist das Deutsch der Sprache so vorbildlich wie das der Gesinnung.

Eines ihrer auffälligsten Merkmale ist die Übersteigerung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit; Pleonasmen, Tautologien und der maßlose Gebrauch von Superlativen zeugen davon. Beruft sich die NPD auf einen Experten, so bezeichnet sie ihn als „einen der anerkanntesten Sachkenner“<sup>41</sup>. (Im Zusammenhang damit steht auch ein merkwürdiges Spezifikum rechtsradikaler Blätter: Um die Kompetenz ihrer Autoren gebührend hervorzukehren, zieren sie deren Namen – was sonst in der Presse durchaus unüblich – mit Titeln und Diplomen. In einem Falle genügt es den ‚Deutschen Nachrichten‘ noch nicht einmal, den NPD-Funktionär von Grünberg als „Prof. Dr. H. B. von Grünberg“ vorzustellen, vielmehr heißt es in der Verfasserangabe unter einem Bismarck-Artikel: „von Professor Dr. H. B. v. Grünberg, früher Rektor der ‚Albertina‘ in Königsberg“<sup>42</sup>.)

In einer einzigen Ausgabe der ‚Deutschen Nachrichten‘ (Nr. 3/1967) finden sich folgende Übersteigerungen: Jemand macht „den nachhaltigsten Eindruck“, lebt „mit bescheidensten Einkünften“, zieht „die aufschlußreichsten Schlüsse“, etwas ist „intensivst“ (oder „auf das massivste“) zu fördern, Störungen sind „weitestgehend“ fernzuhalten und die „elementarsten demokratischen Grundrechte“ zu achten. Ähnliche Überladungen zeigen sich in Ausdrücken wie „hochkünstlerische Fotos“, „überreiche Fülle“, „übergroßer Teil“, „provokante hochaktuelle Warnung“ u. ä., ferner „weltbekannte Tatsachen“, „restlose Klarheit“ usw., und selbst stehende Redewendungen werden noch einmal aufgeputzt: „wie der Phönix aus der Asche neu und gekräftigt emporsteigen“. Ähnlich übermäßigen Nachdruck erzeugen die Doppelungen und Häufungen von mehr oder weniger identischen Begriffen und Attributen: „. . . dem deutschen Namen, unserem Ansehen und schließlich dem ganzen deutschen Volk bewußt und gewollt politischen Schaden zuzufügen“<sup>43</sup>. Die Häufung des Ausdrucks dient selten der Präzisierung oder Verstärkung, sondern einer deklamatorischen Eindringlichkeit, die häufig gerade die sachliche Argumentation ersetzt. Emphatisch warnt die NPD „vor der ‚Vernegerung‘ unserer Musik“: „. . . die neue Verjazzung Johann Sebastian Bachs, also die übelste Verhöhnung eines Urgutes unserer deutschen Musik, eines wahren nationalen Heiligtums, um es ganz unpathetisch – aber mit aller wünschenswerter Deutlichkeit – zu sagen“<sup>44</sup>.

Der auf den Leser niederprasselnde Wortschwall soll Kritik von vornherein ausschalten. Die kategorisch klingenden Beiwörter – „weltbekannte Tatsachen“, „restlose Klarheit“ usw. – spekulieren auf die Suggestibilität des Lesers: wer wagt an der Kompetenz „eines der anerkanntesten Sachkenner“ zu zweifeln oder „weltbekannte Tatsachen“ in Frage zu stellen? Nicht Anschaulichkeit oder Präzision, sondern der

<sup>41</sup> DN 37/1966, S. 4.

<sup>42</sup> DN 14/1965, S. 3.

<sup>43</sup> DN 26/1965, S. 4.

<sup>44</sup> DN 17/1965, S. 5.

Grad der ideologischen Färbung bestimmt die Wortwahl. Konsequenter wird die Sprache als Mittel der Täuschung, der Verschleierung oder Entstellung eingesetzt. So sind verbale Proteste des DGB gegen die NPD „roter Terror“, Bombenanschläge in Südtirol hingegen „Demonstrationssprengungen“ und damit semantisch als legitime Mittel gekennzeichnet. Nicht nur, daß ungleiche Tatbestände, wie Kriegsverbrechen verschiedener Nationen, verglichen und gegeneinander aufgerechnet werden, man differenziert sorgfältig zwischen deutschen und ausländischen Verbrechen: die einen werden euphemistisch umschrieben, die anderen scharf verurteilend dargestellt. Bezeichnend für diesen Sprachgebrauch sind die Formulierungen, mit denen die NPD-Zeitung auf einer Seite zuerst die Judenmorde in Auschwitz und dann jugoslawische Exzesse nach Kriegsende beschreibt<sup>45</sup>:

„Behauptete Greuel“, „Humanitätsvergehen“, „Schrecken von Auschwitz“, „Ineinander und Gegeneinander von Schuld und Schicksal, Tat und Verhängnis“, „Judenliquidierung“, „Humanitätsvergehen“, „Verbrechen“, „das jüdische Unglück von Auschwitz“.

„Zivilpersonen hingemordet“, „Völkermord“, „Tragödie“, „Massenmorde“, „Elendszug in die Gefangenschaft“, „Männer, Frauen und Kinder auf bestialische Weise umgebracht“, „Verbrechen“, „Todesmarsch“, „gingen zugrunde“, „der übliche Genickschuß“, „größte Tragödie“.

Völlig objektive Darstellung ist in keiner engagierten Presse zu erwarten; was jedoch die rechtsradikale Publizistik kennzeichnet, ist eine Sprache, der Sachlichkeit zuwider ist, und ein Jargon, der nicht die Gesinnung des Gegners, sondern dessen Persönlichkeit angreift. Wer nationaldemokratisches Gedankengut ablehnt oder bekämpft, ist pervers, Masochist, Kommunist, Geschäftemacher, Volksfeind, Fanatiker oder Berufshetzer – selbst Ausdrücke wie „Kanaille“ und „Schweinebande“ tauchen auf<sup>46</sup>. Ein Vokabular, das dem fäkalischen Bereich entnommen ist, soll den Gegner sowie bekämpfte Institutionen assoziativ in einen üblen Geruch bringen. Erich Kern spricht von der „Jauche der nachalliierten Umerziehung“ und vom Fernsehen als der „Kloake am heimischen Herd“<sup>47</sup>, der „Kulturexperte“ Hans W. Hagen von „Brechts Lokus-Phantasien“<sup>48</sup>, und eine unliebsame Fernsehsendung wird als „linksintellektueller Stuhlgang“ bezeichnet<sup>49</sup>. Die Bilder erklären und verdeutlichen nicht, sondern schaffen Stimmungen und setzen Assoziationsmechanismen frei. Wie einst die völkische und nazistische Literaturkritik benutzt die NPD Wendungen, die Ekel erregen sollen: „Das linke Literaten- und Intellektuellentum, das als ‚neue Klasse‘ über unsere deformierte Gesellschaft herrscht, hat das öffentliche Leben mit einem neuen Stil durchdrungen, der im Gegensatz zu früheren Stilen nicht durch Form, sondern am Geruch kenntlich ist“<sup>50</sup>, und so „braucht

<sup>45</sup> DN 46/1965, S. 6.

<sup>46</sup> DN 52/1965, S. 1.

<sup>47</sup> NE 11/1963, S. 12 und NE 11/1961, S. 17.

<sup>48</sup> KB 8–9/1962, S. 51.

<sup>49</sup> DN 9/1965, S. 2.

<sup>50</sup> DN 35/1965, S. 5.

nur etwas ein bestimmtes Gerüchlein zu haben und gewisse Presseleute geraten in Ekstase“<sup>51</sup>.

Solche Bilder und Vergleiche haben den Vorteil, daß sie ebenso anschaulich wie verschwommen sind. Die Metapher ersetzt die erforderliche Präzision und erspart die Analyse. Der affektische Gebrauchswert des Bildes bestimmt seine Anwendung; die Titelschlagzeile „Neger überfluten England“ wirkt ebenso assoziativ wie die Behauptung, daß nach Hitlers Machtergreifung „Deutschlands Größe am Horizont heraufdämmerte“<sup>52</sup>, und mit dem Bild, daß Hitler „wie ein Magnet alles politische Metall an sich zog“, ist das Phänomen der nationalsozialistischen Machtergreifung für den Rechtsradikalismus hinreichend erklärt<sup>53</sup>.

Da die ideologische Stimmigkeit einer Metapher wichtiger ist als deren korrekte Anwendung, entstehen häufig Stilblüten: „Sie verpesteten die Atmosphäre durch eine messerscharfe Chirurgie Ihres Verstandes“, so tadelt die NPD einen Fernsehredakteur<sup>54</sup>. Mögen verbogene Parallelen (etwa: Juden dürften eigentlich in Deutschland kein öffentliches Amt bekleiden, da ja Deutsche in Israel auch keine Regierungsstellen innehaben) auf die Rassenideologie zurückzuführen sein und wenigstens eine gedankliche Konsequenz aufweisen, so zeigen andere sinnlose Vergleiche ein durchaus verworrenes Denken, das sich willkürlicher Analogien statt der Logik

<sup>51</sup> DN 45/1965, S. 5.

Verfasser ist Robert Scholz, 1933 Kunstschriftleiter beim ‚Völkischen Beobachter‘ und Hauptschriftleiter der Zeitschriften ‚Die Völkische Kunst‘ und ‚Die Kunst im Dritten Reich‘.

Mit diesem Vokabular aus dem fäkalischen Bereich wurden bereits im Mittelalter gesellschaftlich bekämpfte Personen (Hexen, Teufel und Juden) überschüttet (vgl. Adolf Leschnitzer: *The magic background of modern antisemitism*, New York 1956 und Friedrich Heer: *Gottes erste Liebe*, München 1967). Vorurteilsvolle Personen weisen häufig darauf hin, daß unliebsame Minoritäten – Neger, Juden und in letzter Zeit auch Gammler – „stinken“.

Die Psychoanalyse führt diese Vorstellungen auf die Persönlichkeitsstruktur zurück. Vgl. Béla Grunberger: *Der Antisemit und der Ödipuskomplex*, in *Psyche*, H. 5/1962, S. 259 f.:

„Unter diesem Gesichtspunkt des Analen ist diese Beziehung noch wesentlich deutlicher. Der Jude ist ein teuflisches Wesen, er ist die Verkörperung des Bösen in Person. Nun wissen wir aber, daß der Teufel die anale Komponente der Triebe darstellt, die er mit Schuldgefühlen belädt. Mit seinem Sitz im Unterleib, in seiner Hautfarbe, mit seinem Gestank und seinen Unsitten vertritt er die Welt der Exkremente. Die dunkle Hölle, Sitz ewiger Flammen, wo ein stinkender Schwefelstrom große Felsbrocken mit sich rollt und so zur weiteren Vernichtung des Sünders im ewigen Brand beiträgt, erscheint uns geradezu als Projektion der Verdauungsorgane, Sitz der letzten Phase analer Objektbeziehungen. Ich habe bei einer anderen Gelegenheit darauf hingewiesen, daß der Antisemit sich dessen rühmt, den Juden auf hundert Meilen zu riechen. Der Antisemit projiziert seine gesamte konflikthafte Analität auf die Juden. Nicht nur Schmutz und all das, was mit Geld in Zusammenhang steht, sondern auch alle Formen der Falschheit und Aggressivität. Dies geht sogar bis zur paranoischen Angst vor einer analen Penetration („die Juden sind überall, mischen sich in alles ein, verderben alles und schmieden gefährliche Komplote“) . . . Auch die anale Komponente der Sexualität wird auf die Juden projiziert. Sie sind es, jene lüsterne Ungeheuer, die unschuldige Deutsche vergewaltigen, um so die Rasse zu beschmutzen.“

<sup>52</sup> DN 1/1965, S. 3; DN 31/1966, S. 5.

<sup>53</sup> DN 18/1965, S. 3.

<sup>54</sup> DN 6/1967, S. 8.

bedient: „Erst wenn die deutsche Filmwirtschaft durch ihre Erzeugnisse dem deutschen Volk Nahrung und Energie in vergleichbarer Qualität wie Landwirtschaft und Bergbau zuführt, anstatt am laufenden Band Zersetzungen zu bieten, hat sie ein Anrecht auf staatliche Hilfe<sup>55</sup>.“

Von der Verschwommenheit ist es nicht weit bis zum Schwulst. Sprache spiegelt das Denken wider, und eine irrationale Ideologie neigt dazu, mangelnde Gedankenschärfe in einen mystizistischen Schwulst zu kleiden. Mehr als die Zuflucht zu transzendentalen Bezügen offenbart der Sprachstil das verschwommene Denken.

So meditiert Herbert Böhme über Freiheit: „Der Impetus, diese Hingabe im Sinne einer Hinweggabe zu völliger Neugewinnung in einem kühnen, vom Wagnis erfüllten Zeitraum zur Eroberung eines Noch-mehr, des Über-uns-hinaus, jenes In-Gott-Hinein, das ist die Freiheit als letzterkennbare Disziplin göttlicher Ordnung, darin das uns Menschen allzuoft noch unsinnig Erscheinende, weil nicht mit unseren Maßen mehr Meßbare, zuletzt doch Sinn, der Unfug noch Fug und die Nacht also noch Sterne hat<sup>56</sup>.“ Derartiges Wortgeklingel setzt sich aus den gleichen Stilelementen zusammen wie die einhämmernde Rhetorik, vor allem der übersteigerten Emphase und dem beschwörenden Wortschwall.

Nicht nur in ihrer propagandistischen Handhabung, sondern auch in Stilistik, Semantik und selbst in der Syntax geht diese Sprache auf das nationalsozialistische Vorbild zurück<sup>57</sup>. Die Funktion zahlreicher Begriffe aus dem Wortschatz der antidemokratischen Rechten der Weimarer Zeit hat sich in der NPD-Publizistik ungebrochen erhalten. Die Weimarer Republik gilt immer noch als „Systemzeit“<sup>58</sup>, der Ausdruck „Mache“ kennzeichnet nach wie vor einen aufoktroyierten, „undeutschen“ Kulturbetrieb, und wie im Sprachgebrauch des Dritten Reiches nehmen die biologisch gefärbten Bilder einen breiten Raum ein – zersetzen, vergiften, abartig, pervers, der kommunistische Virus, Parasiten, erkranktes Volkstum, die fürchterlichsten Giftstoffe des heutigen Kulturverfalls, das große Kotzen im Fernsehen usw. Die am meisten kompromittierten Ausdrücke werden modifiziert; die „Humanitätsduselei“ beispielsweise, von Houston Stewart Chamberlain geprägt und von der nationalsozialistischen Kampfpresse abgenutzt, ist nach dem millionenfachen Massenmord zu diskreditiert (nur im DRP-Organ ‚Der Reichsruf‘ tauchte dieser Ausdruck gelegentlich auf<sup>59</sup>). Statt dessen läßt Adolf von Thadden in seinen Parteizeitungen lieber ‚unverdächtigere‘, aber gleichwertige Begriffe verwenden: verkrampte Humanitätstanten, Humanitätsapostel, Gleichheitsapostel, Gleichheitsfanatiker u. ä. Semantisch entspricht der früheren ‚Verjudung‘ heute die ‚Vernegerung‘; Wör-

<sup>55</sup> DN 3/1967, S. 4.

<sup>56</sup> DN 6/1966, S. 5.

<sup>57</sup> Eine ausführliche Analyse der NS-Sprache geben Eugen Seidel und Ingeborg Seidel-Slotty: Sprachwandel im Dritten Reich, Halle 1961; vgl. auch Victor Klemperer: Die unbewältigte Sprache, Darmstadt 1966, und Rolf Geißler: Dekadenz und Heroismus, Zeitroman und völkisch-nationalsozialistische Literaturkritik, Stuttgart 1964. Ferner Renate Schäfer: Zur Geschichte des Wortes „zersetzen“. In: Zeitschrift für deutsche Wortforschung, 18/1962.

<sup>58</sup> DN 44/1967, S. 10.

<sup>59</sup> RR 27/1958, S. 5.

ter wie „Arier“ oder „indogermanische Edeline“ sind in der NPD-Presse selten und werden zeitgemäß durch die „weiße Rasse“ oder die „aktive Rasse“ ersetzt.

### 2. Karikaturen.

Wie der propagandistische Gebrauch der Sprache und die Semantik, so weisen auch die Karikaturen Analogien zur NS-Presse auf. Der „Gute“ ist sauber-markant gestrichelt, blickt klar und trotzig, die Hände häufig zur Faust geballt; der „Böse“ ist klein, plump, unförmig-verschwommen. Die schlichte und geradlinige Strichelung der NPD-Karikaturen erinnert stark an die stilisierten Skizzen des Goebbelschen Angriff. Der (ehemalige) FDP-Vorsitzende Mende wird geradezu als Jude karikiert, klein, verschlagen, schwarzhaarig, dichte Augenbrauen, Taschen voller Geld und die Hand im Geldsack des Steuerzahlers – der NPD-Mann hingegen groß und aufrecht, sauber, blond, trotzig, die Hand steckt nicht im Geldsack, sondern trägt die Fahne der Bewegung<sup>60</sup>.

### 3. Schlagzeilen.

Da die rechtsradikale Presse überwiegend im Straßenverkauf abgesetzt wird, bedarf sie (ähnlich wie die Boulevard-Presse) besonders marktschreierischer Titelschlagzeilen. Der Wert der Überschrift wird primär durch ihre Affekt-Funktion bestimmt. Dr. Gerhard Freys ‚Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung‘ bringt es dabei zu wahrer Meisterschaft. Ihre Schlagzeilen sind Lehrstücke in Demagogie, die in dieser Hinsicht den Vergleich mit der NS-Presse nicht zu scheuen brauchen.

Das auflagenstärkste Blatt der radikalen Rechten preßt (unter Verwendung von schwarzer, roter und blauer Druckerfarbe) bis zu fünf Schlagzeilen in den Zeitungskopf, die mit der reißerisch aufgemachten Titelschlagzeile konkurrieren. Die Untertitel bestehen häufig nur aus Umformulierungen der Hauptschlagzeile („Sind die Deutschen Antisemiten? Warum werden Juden gehaßt? Die ‚Judenfrage‘ von Martin Luther bis Adolf Hitler“). Ressentimentbildende Parolen drängen sich plakativ vor; in riesigen Lettern springt beispielsweise der Satz „Juden zersetzen Deutschland“ dem Passanten ins Auge, und erst bei näherem Hinsehen bemerkt man die winzigen Anführungszeichen, die das Ganze als Zitat kennzeichnen (von dessen Inhalt sich die Redaktion weiter unten im Text natürlich distanziert). Die Schlagzeilen hämmern ein, variieren endlos die immer gleichen Themenkreise. Hat sich die Nationalzeitung auf ein Ziel eingeschossen, wiederholt sie die gleichen Vorwürfe in kurzen Abständen. Eine derartige Kampagne kann sich über vier Monate erstrecken, und dabei hat sie immer in der Schlagzeile einen Fixpunkt (eine Art Gedächtnisstütze für den Leser), so etwa die Verunglimpfung-Parole vom „Norweger“ Brandt. Um Ressentiments wirksamer einzuhämmern, benutzt die Nationalzeitung gern gleichlautende Formulierungen. Aus der Schlagzeile „Entschied Verrat den

<sup>60</sup> DN 38/1965, S. 1. Ähnlich in DN 31/1967, S. 6. Die Übereinstimmung in Stil und Thematik mit nationalsozialistischen Karikaturen ergibt sich u. a. beim Vergleich mit Goebbels' „Angriff“, z. B. in Nr. 2/1928, S. 6; Nr. 46/1929, S. 1; Nr. 52/1929, S. 5; Nr. 51/1930, S. 7.

II. Weltkrieg?“ wird später „Verrat entschied 2. Weltkrieg“. Oder die Zeile „Die Nazis von Israel“ wird abgewandelt zu „Israel, Deine Nazis“, und aus „Israels Verbrechen“ wird in der übernächsten Ausgabe „Israelis, sühnt Eure Verbrechen!“

Stellt man, was den normalen Zeitungslesern schwer möglich ist, die Titelschlagzeilen eines ganzen Jahrganges der NZ zusammen<sup>61</sup>, dann wird diese Machart ebenso wie die trostlose Öde der immer gleichen Themen und Angriffsziele erst vollends deutlich. Am auffälligsten und bemerkenswertesten sind dabei zwei psychologisch unzweifelhaft zusammenhängende Tatbestände: die immer neue, apologetische Beschäftigung mit Hitler und dem Zweiten Weltkrieg und die Dauerbeschäftigung mit der Judenfrage (meist in Gestalt des Israels-Problem), während die andere Umwelt (Frankreich, England, USA und selbst die Sowjetunion) in den Schlagzeilen überhaupt nicht zu existieren scheint. Ein ergiebigeres Psychogramm „unbewältigter Vergangenheit“ und nationaler Egozentrik ist kaum denkbar.

Anders verhält es sich zum Teil mit den politischeren „Deutschen Nachrichten“. Zieht man indessen die NS-Presse aus der „Kampfzeit“ der Hitler-Bewegung zum Vergleich heran, so zeigt sich, daß das Parteiorgan der NPD dem Zentralorgan der NSDAP in der Schlagzeilentechnik verwandter ist als Freys NZ. Auch im „Völkischen Beobachter“ trat nach der Neugründung der NSDAP (1925), als es darum ging, in konservative und bürgerliche Wählerschichten einzudringen, der lärmende Antisemitismus der bayerischen Frühzeit zurück. Der Kampf gegen das „System“ von Weimar, gegen die Herrschaft der „Roten“, gegen die Versklavung und den vermeintlichen „Ausverkauf“ Deutschlands an seine ehemaligen Feinde, die Aufdeckung von Skandalen und die auf den „kleinen Mann“ berechnete Verdächtigung der „Bonzen“ in Regierung, Koalitionsparteien, Gewerkschaften etc. stand im Vordergrund der NS-Propaganda. Da die NSDAP im Jahre 1929 (mit Stimmanteilen von 5–11 Prozent bei den Landtagswahlen) etwa die gleiche Größenordnung aufwies wie die NPD in den Jahren 1965–1967, da außerdem politisch (Regierung der großen Koalition) und wirtschaftlich (Rezession der vorangegangenen Prosperität) ähnliche Voraussetzungen bestanden, erscheint ein Vergleich der Schlagzeilen des „Völkischen Beobachters“ (Tageszeitung) aus dem Jahre 1929 mit dem Wochenblatt der NPD aus den Jahren 1965–1967 besonders instruktiv. Sieht man in beiden Zeitungen von denjenigen Schlagzeilen ab, die sich auf ganz konkrete Tagesereignisse beziehen und insofern schwer vergleichbar sind, so zeigt sich eine überraschende Ähnlichkeit der demagogischen Zielrichtung. Die aktuellen Anlässe sind verschieden, die Handhabung der Agitationstechnik weitgehend identisch.

---

<sup>61</sup> Bei den im folgenden (S. 46–48) lückenlos abphotographierten Titeln des Jahrgangs 1967 handelt es sich nur um die Haupt-Schlagzeilen unter dem Zeitungstitel (Zeitungskopf). Häufig enthält das Blatt noch über dem Zeitungstitel eine weitere farbige Schlagzeile, außerdem groß aufgemachte mehrspaltige Kolumnen-Schlagzeilen direkt unter den Hauptschlagzeilen.

*Ein Jahrgang der Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung (1967)*

Vollständige Folge der Hauptschlagzeilen

### **Kiesinger - Wegbereiter der NPD**

„Ich will Israels Vertrauen erringen“

Die Verzicht- und Erhellungspolitik der neuen Regierung

6.1.1967

### **Wie viele Juden wurden wirklich ermordet?** 6-Millionen-Lüge endgültig zusammengebrochen

Kardinal Frings ein Antisemit?

3.3.1967

### **Brandt - Opfer seiner Vergangenheit** Die norwegische Emigration und ihre Folgen

Der Mann, der deutsche  
Interessen verrät

13.1.1967

### **Die Wahrheit über J.F.Kennedy** Der größte Verrat der Nachkriegsgeschichte

10.3.1967

### **Die Wahrheit über KZ Sobibor** KZ-Zeugen der Lüge überführt

Was Fernsehen, Rundfunk und  
Presse verschweigen

20.1.1967

### **Selbstmord der NPD?** Die Hintergründe des Machtkampfes

So zerfleischen sich  
die Nationalen

17.3.1967

### **BRANDT - „norwegischster aller Norweger“** „Wir betrachten ihn niemals als Deutschen“

Deutscher Außenminister im Urteil  
seines Emigrations-Freundes

27.1.1967

### **So verkaufte Kennedy Berlin an Moskau** Der Präsident, der Deutschland verrät

Das Ende des  
Kennedy-Mythos

24.3.1967

### **Wehner-vom kommunistischen Spion** zum Gesamtdeutschen Minister

Der Ausverkauf Deutschlands

3.2.1967

### **Siegt Hitler in der NPD?**

Der Verrat an der nationalen Idee

31.3.1967

### **Die Wahrheit über Familie Brandt**

Schämen Sie sich, Herr Außenminister!

Das Ritterkreuz über der Badhose

10.2.1967

### **Warum Wehner im Gefängnis saß**

Als Sowjetspion gegen Deutsches Reich

Wie deutsch ist der gesamtdeutsche Minister?

7.4.1967

### **So verkaufte Kennedy Berlin** Sein gemeinster Verrat an den Deutschen

„Ich bin ein Berliner“  
und die Wahrheit

17.2.1967

### **Gaskammer-Lüge vom KZ Flossenbürg**

Was Fernsehen, Rundfunk und Presse verschweigen

14.4.1967

### **Wer ist Brandt wirklich?** Sein Leben nach Gerichtsakten

Vom Emigranten Frahm zum Vizekanzler Brandt

24.2.1967

### **Adenauer und die Juden** Das Geheimnis des Altkanzlers

21.4.1967

## Verräter um Hitler

### Landesverrat im II. Weltkrieg

28.4.1967

## Adenauers Vermächtnis

### USA wollen Deutschland versklaven

5.5.1967

## HITLER UND ADENAUER

### Die Macht der Juden in Deutschland

Kann Auschwitz wieder gutgemacht werden?

12.5.1967

## Warum lügt „deutsches“ Fernsehen?

### Meinungsmache gegen das eigene Volk

### Wessen Propaganda dient Bildschirm?

19.5.1967

## Hyänen der Wiedergutmachung

### Steuerzahler, das war Dein Geld!

Das Geschäft  
des Jahrhunderts

26.5.1965

## Brandts Kampf für Israel

### Hintergründe der Nahost-Krise

Araber fordern  
Wiedergutmachung

2.6.1967

## Der Schuldige heißt Israel

### Bonns Verrat an den Arabern

Warum  
Israel angriff

9.6.1967

## Israels Verbrechen

### So wird die Welt hinters Licht geführt

### DIE WAHRHEIT über Nahost-Konflikt

16.6.1967

## Wir klagen Israel an

### Massenmord und Austreibung

23.6.1976

## Israelis, sühnt eure Verbrechen!

### Die Todesqualen der Araber

Regina Dahl berichtet aus Jordanien

30.6.1967

## Die Nazis von Israel

### Finanziert Bonn Israels Verbrechen weiter?

7.7.1967

## So wird Kiesinger erpreßt

### Die Zeche zahlt der kleine Mann

HINTERGRÜNDE  
des Bonner Bankrotts

14.7.1967

## Israels Auschwitz in der Wüste

### Der Massenmord an den Arabern

Dayan  
auf Hitlers Spuren

21.7.1967

## Israels Auschwitz in der Wüste<sup>62</sup>

### Der Massenmord an den Arabern

Dayan  
auf Hitlers Spuren

21.7.1967

## Die Polizeiaktion gegen National-Zeitung

### Ist die Wahrheit verboten?

28.7.1967

## Verbot der National-Zeitung?

### Das Ende der Pressefreiheit

4.8.1967

## Wir bitten Israel um Gnade

### Ben Nathan und die Bibel

Schluß mit  
alttestamentarischem Haß!

11.8.1967

## Bonns Liebe für Israel

Was Juden recht ist,  
ist Deutschen billig

18.8.1967

<sup>62</sup> Die Nr. 29 der NZ vom 21. 7. 67 brachte auf dem Titelblatt neben einem Dayan-Photo ein Hitler-Photo und wurde aufgrund dessen beschlagnahmt. Darauf erschien eine Ersatzausgabe (Nr. 30) ohne das Hitler-Photo mit der gleichen Schlagzeile.

**Willy BRANDT alias FRAHM-  
Die Schatten der Vergangenheit**  
Politik der Schuld und Sühne  
25.8.1967

**Schämen Sie sich,  
Herr Justizminister!**  
Die Wahrheit über Gustav Heinemann  
1.9.1967

**3. Beschlagnahme  
innerhalb 6 Wochen**  
Hintergründe der Anklage gegen Dr. Frey  
8.9.1967

**Israels Propaganda-Lügen**  
Deutschlands tiefste Erniedrigung  
Warum wir verfolgt werden  
15.9.1967

**Kurt Georg Kiesinger -  
vom Nazi zum Demokraten**  
Herr Kanzler, soll Deutschland für Sie büßen?  
22.9.1967

**Ist Hitler an allem schuld?**  
Der Sündenbock der Weltgeschichte  
29.9.1967

**Israel, Deine Nazis!**  
Was ich als Jude an Israel verachte  
6.10.1967

**Neue Anklage gegen Dr. Frey**  
Wem dient der Staatsanwalt wirklich?  
13.10.1967

**Hitlers „Mein Kampf“**  
Das gefährlichste Buch der Weltgeschichte  
20.10.1967

**Die Lüge von der deutschen Schuld**  
Verschwörung der Geschichtsfälscher  
27.10.1967

**Herr Kanzler, schämen Sie sich!**  
Die Moral von K. G. Kiesinger  
3.11.1967

**Deutschland, Deine Spione!**  
Entschied Verrat II. Weltkrieg?  
10.11.1967

**Nazijäger in Deutschland**  
Vor zweitem Fall Eichmann?  
Deutsche  
bleiben Freiwillig  
17.11.1967

**Photo-Porst - ein Meisterspion?**  
Was verriet Multimillionär an Zone?  
24.11.1967

**Verrat im II. Weltkrieg**  
Ging es um Hitler oder Deutschland?  
1.12.1967

**Was war wirklich im KZ Buchenwald?**  
Der Ermordete schwört: Ich wurde nie getötet!  
Naziverbrechen bedürfen keiner Übertreibung  
8.12.1967

**Verrat an Deutschland**  
So werden unsere Lebensrechte verkauft  
15.12.1967

**Als Jude bitte ich um Versöhnung**  
Gerechtigkeit für Deutschland und Israel  
22.12.1967

**Willy Brandts Abenteuer**  
Herr Vizekanzler, treten Sie ab!  
29.12.1967

*Schlagzeilen damals und jetzt*

Vergleich von 30 Titelschlagzeilen des „Völkischen Beobachter“, Tageszeitung der NSDAP (Jg. 1929), und der „Deutschen Nachrichten“, Wochenblatt der NPD (Jg. 1965–1967), in jeweils chronologischer Folge.

Völkischer Beobachter

Deutsche Nachrichten

**„Deutschland wird seine Ketten aus Verzweiflung brechen“!**  
15.1.1929

**40 Milliarden  
für Israel?**

22.1.1965

**Absverhöret  
jetzt die ARAL**  
5.2.1965

**Ein Demokrat besorgt die Geschäfte Belgiens!**  
27/28.1.1929

**Bonn zwischen  
allen Stühlen**

19.2.1965

**Hallo, Nachbarn  
Das Maß ist voll**  
26.2.1965

**Vor einen Staatsgerichtshof mit Locarno-Stresemann!**  
27.2.1929

**Die Ohnmacht  
des Westens**

16.4.1965

**Es geht um über  
3 Milliarden**

30.4.1965

**45 Milliarden  
für Verfolgte**  
4.6.1965

**Deutschland soll noch 112000 Millionen Mark zahlen**  
9.4.1929

**DGB organisiert  
Zuträgerdienst**  
9.7.1965

**Für Vertriebene  
nur Almosen**

30.7.1965

**Zum Landesverrat gefänglich verpflichtet**  
13.4.1929

**Bonn hat versagt**

12.11.1965

**Unser Anspruch auf  
das Land der Väter**

17.12.1965

**Volksentscheid  
gegen die Pariser Ausbeutungspläne?**  
17.4.1929

**Vor den Staatsgerichtshof mit Stresemann!**  
24.5.1929

**Sie wollen die marxistische Diktatur**  
28.5.1929

**58 Jahre Fronarbeit für die Weltbank**  
2/3.6.1929

**Groener läßt die Reichswehr beschmüffeln**  
5.6.1929

**Deutschland zahlt alles**  
6.6.1929

**Farbige Boyer als Sportgäste in Deutschland**  
7.6.1929

**Die USA fordern:  
Deutsche nach Vietnam!**

14.1.1966

**Bonn: Für Parteien  
weitere Steuermillionen**  
21.1.1966

**„Reichskanzler“ Müller  
dankt für die 58jährige Ausbeutung Deutschlands**  
9/10.6.1929

**Fort mit dem internationalen Sebering!**  
13.6.1929

**Herr von Hassel,  
das Maß ist jetzt voll!**  
18.2.1966

Völkischer Beobachter

**Unehrlicher Parlamentsbetrieb in Berlin**

20.6.1929

**Die Müller-Strefemann beschließen die Auslieferung Deutschlands in 60jährige Sklaverei**

23/24.6.1929

**Das Volksbegehren gegen die Tributversklavung**

11.7.1929

**Der Verfassungsbruch des Reichsweheministers**

21/22.7.1929

**Die Wallstreetkolonie „Deutsche Republik“ feiert ihre Gefängnisordnung**

11/12.8.1929

**Ein Skandalurteil der schwarzrotgoldenen „Justiz“**

29.8.1929

**Strefemann dankt für die 60jährige Sklaverei des deutschen Volkes**

31.8.1929

**Der organisierte Volksbetrug der Sozialdemokratie**

19.9.1929

**Die Hauptstadt der Republik — die korrupteste Kommune**

6/7.10.1929

**Der Dolchstoß des roten Ministerpräsidenten Braun**

17.10.1929

**Der erste Sieg des deutschen Volkes nach zehn Jahren**

5.11.1929

**Die jüdisch-marginalistische Korruptionswirtschaft in Berlin**

16.11.1929

**Unterdrückung der akademischen Freiheit in der Judenstadt Frankfurt**

28.11.1929

**Der Reichstag für die Kriegsschuldflüge**

3.12.1929

**Steuerermäßigung für die Juden  
Steuererhöhung für die Deutschen**

12.12.1929

**Briand bestätigt Deutschlands ewige Versklavung**

22/23.12.1929

Deutsche Nachrichten

**DGB-Funktionär setzt Parteien unter Druck**

15.4.1966

**Adenauer verteilt jetzt unser Geld geheim**

6.5.1966

**Bonn zahlt wieder**

20.5.1966

**Korruptionssumpf im Hause von Hassel**

3.6.1966

**Wir stehen kurz vor dem Staatsbankrott**

8.7.1966

**Staatskrise auf Kosten unserer Soldaten**

9.9.1966

**Washington fordert weitere Milliarden von Bonn**

23.9.1966

**Die Bonner Zeche zahlt der kleine Mann**

16.12.1966

**Rote Garde randalierte gegen die NPD**

20.1.1967

**Brandt zurück Nun wird unterschrieben**

17.2.1967

**NPD mahnt Bonn: Nicht unterzeichnen!**

24.2.1967

**NPD fragt: Müssen wir noch lange zahlen**

3.3.1967

**Eine Israel-Gasmaske =12500 Mark**

4.8.1967

**Bonn: Deutsche sollen ewig sühnen!**

1.9.1967

**Wird ganz Deutschland jetzt verkauft?**

29.9.1967

**USA-Plan soll Spaltung nun verewigen**

27.10.1967

#### 4. Verschlüsselungen.

Die Polemiken der ‚Nationalzeitung‘ gegen Gastarbeiter, Farbige und Juden sind direkter, schärfer und aggressiver als die der ‚Deutsche Nachrichten‘. Diese Zeitung ist in einem gewissen Sinn ‚ehrlicher‘ als das NPD-Organ, das die Xenophobie stärker rational zu bemänteln sucht. Wie die ‚Nationalzeitung‘ greifen die ‚Deutschen Nachrichten‘ Farbige und ausländische Arbeitnehmer schroffer an als Juden, der Antisemitismus ist verschleiert. Die strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Äußerungen übt eine abschreckende Wirkung aus; eine offene Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Menschenrechte würde die Existenz jeder Partei bedrohen. So vermeidet die rechtsradikale Presse in der Öffentlichkeit eine allzu provozierende Sprache. Statt dessen hat sich besonders in der NPD-Publizistik ein Antisemitismus eingebürgert, der, am Rande der Legalität balancierend, strafrechtlich schwer zu verfolgen ist, da er sich durch Andeutungen, Unterstellungen und formale Distanzierungen tarnt und absichert. Verschiedene Techniken und Methoden ermöglichen antisemitische Äußerungen, die tendenziell eindeutig, aber in concreto nicht ohne weiteres nachzuweisen sind – eine Darstellungsweise, die alle Register Goebbelsscher Propaganda zieht, formell jedoch auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

So mobilisiert man bewußt antisemitische Vorurteile, ohne daß direkt von einem (nicht beweisbaren) jüdischen Einfluß die Rede ist und ohne daß überhaupt das Wort „Jude“ oder „jüdisch“ fällt. Will man auf die Abstammung von Karl Marx hinweisen, heißt es nur selten „der Jude Karl Marx“ (so der NPD-Funktionär von Grünberg)<sup>63</sup>; meist wählt die rechtsradikale Presse Umschreibungen: „Karl Marx-Levi“<sup>64</sup> oder „Marx-Mardochai“<sup>65</sup>. Aus dem Sohn eines konvertierten jüdischen Rechtsanwaltes wird „Herr Marx, Rabbinersohn aus Trier“<sup>66</sup> oder ein „Abkömmling eines alten Rabbinergeschlechtes“<sup>67</sup>. Den gleichen Sinn hat es, wenn der Schriftsteller Emil Ludwig als „Emil Cohn-Ludwig“<sup>68</sup> und der Soziologe Theodor W. Adorno als „Adorno-Wiesengrund“<sup>69</sup> bezeichnet werden.

Die unmißverständliche Doppelzüngigkeit dieses Verfahrens besteht darin, daß man die jüdische Abkunft einzelner Personen mit (manchmal frei erfundenen) Namen und Angaben hämisch charakterisiert, gleichwohl aber treuherzig behauptet, die betreffenden Personen damit nicht als Juden gekennzeichnet zu haben. Charakteristisch hierfür ist der Fall des Wiener Historikers Borodajkewycz, der wegen des Vorwurfs antisemitischer Äußerungen in einen Rechtsstreit mit der österreichischen ‚Arbeiter-Zeitung‘ verwickelt war, die sich durch den Rechtsanwalt Wilhelm Rosenzweig vertreten ließ. Borodajkewycz hatte in einer öffentlichen Versammlung

<sup>63</sup> DN 36/1966, S. 4.

<sup>64</sup> DN 29/1967, S. 6.

<sup>65</sup> NE 11/1959, S. 45.

<sup>66</sup> NE 9/1961, S. 23.

<sup>67</sup> DN 3/1966, S. 5.

<sup>68</sup> DN 39/1967, S. 3.

<sup>69</sup> DN 30/1966, S. 6 und DN 45/1967, S. 8.

suffisant auf die Abstammung dieses Rechtsanwalts angespielt, verteidigte sich aber anschließend, wie die ‚Deutschen Nachrichten‘ berichteten: „Es ist unwahr, daß es zu antisemitischen oder neonazistischen Kundgebungen kam! Das Auditorium lachte, als ich erwähnte, daß ‚der gegnerische Anwalt Dr. Rosenzweig‘ den Prozeß gegen mich verlor. Das Wort ‚Jude‘ oder ‚jüdisch‘ kam in diesem Zusammenhang überhaupt nicht vor! Es ist der Jugend sicher unbekannt, ob Dr. Rosenzweig Jude ist oder nicht“<sup>70</sup>.

In allen Fällen soll der Gegner durch seinen Namen charakterisiert werden. Es genügt der NPD, den jüdischen Einfluß in der amerikanischen Politik (vor allem während der Roosevelt-Ära 1939–1945) durch eine Aufzählung der Berater des Präsidenten darzustellen: „Innerhalb Roosevelts Gehirntrust hatte Morgenthau neben Samuel I. Rosenbaum, Basil O’Connor, Adolf A. Berle, Harry Hopkins, Louis D. Brandeis, Felix Frankfurter und Bernard Baruch eine zentrale Stellung“<sup>71</sup> – damit ist der Kriegseintritt der USA motiviert. Die Bezeichnung Roosevelts als „Lautsprecher Morgenthau“ und „Morgenthau-Präsident“<sup>72</sup> hat die gleiche Suggestivkraft, und wenn ‚Nation Europa‘ die Vereinigten Staaten „Baruchistan“ tauft<sup>73</sup>, ist damit klar genug die ‚Verjudung‘ der USA umschrieben.

Einziger Zweck der Verschlüsselung ist es, den Gegner als Jude abzustempeln und damit alles Unheil hinlänglich zu erklären. Wo immer eine jüdische Lenkung suggeriert werden soll, benutzt der Rechtsradikalismus mit Vorliebe den Terminus „Morgenthau-Boy“: er wirkt schon assoziativ durch die Wortmagie „Morgenthau“, für den Rechtsradikalen der Prototyp des jüdischen Verbrechers und Deutschenhassers. Ohne einen Beweis antreten zu müssen, kann die NPD mit Hilfe dieses Ausdrucks jüdischen Einfluß unterstellen. „Morgenthau-Publizisten führen ihren kalten Krieg nicht gegen die bolschewistischen Feinde der USA, sondern gegen die Bundesrepublik, gegen den deutschen Bundesgenossen“<sup>74</sup>; „die Kollegen der Morgenthau-Boys in Film, Funk und Fernsehen im eigenen Land, die ‚internationalen Giftstreuer‘ in Westdeutschland“<sup>75</sup> verdanken ihre Position der amerikanischen Lizenzierungspolitik unter dem Einfluß des „New Yorker Psychiaters David Mardochoi Levy“, denn die Auswahl der Lizenzträger „erfolgte nach den Vorstellungen . . . der Morgenthau-Boys“<sup>76</sup>; ein mit den USA verbündetes Deutschland wird folgerichtig von der „Bonner Morgenthau-Gesellschaft“ regiert<sup>77</sup>. Die Unbestimmtheit des Feindes, ein Kennzeichen der rechtsradikalen Agitation, findet ihr Pendant in der Unbestimmtheit des Ausdruckes. Ist der „Morgenthau-Boy“ eine Chiffre für Jude, ist er der nationaldemokratische Ausdruck für den nationalsozialistischen „arischen Judenknecht“ oder eine metaphorische Umschreibung für alle, die nach NPD-

<sup>70</sup> DN 24/1965, S. 5.

<sup>71</sup> DN 7/1967, S. 6.

<sup>72</sup> DN 50/1967, S. 3.

<sup>73</sup> NE 11/1954, S. 15.

<sup>74</sup> DN 1/1965, S. 3.

<sup>75</sup> DN 4/1966, S. 3.

<sup>76</sup> DN 4/1966, S. 8.

<sup>77</sup> DN 45/1966, S. 8.

Ansicht gegen deutsche Interessen handeln? Es scheint, daß tatsächlich alle drei Gruppen auf diese Schablone gepreßt werden, doch deuten zahlreiche Indizien – ähnlich Code-Wörter – darauf hin, daß mit der Verschlüsselung primär jüdische Machenschaften in der Bundesrepublik dargestellt und die amerikanische und sowjetische Politik als das Werk jüdischer Drahtzieher entlarvt werden sollen.

Die DRP bezeichnete das Regierungssystem der Bundesrepublik nicht offen als „verjudete Demokratie“, wie früher die radikale Rechte die Weimarer Republik beschimpfte, sondern Adolf von Thadden ließ in seiner Parteizeitung folgende Umschreibung benutzen: „Nun wissen wir also, was Demokratie ist: . . . eine von Panzern und Bajonetten der Morgenthau- und Ehrenburg-Besatzer dem deutschen Volk aufgezwungene Herrschaftsmethode“<sup>78</sup> – je ein prominenter Jude der USA und der UdSSR wird als repräsentative Figur genommen. Noch deutlicher zeigt sich die Funktion der Verschlüsselung, wenn der jüdische Wucherer Shylock aus Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“ als Synonym eingesetzt wird. Um die Nürnberger Prozesse als „Judenjustiz“ verächtlich zu machen, weicht die NPD auf die Periphrasen „Nürnberger Shylockjustiz“, „alliierte Shylockjustiz“ oder „politische Shylockjustiz“ aus<sup>79</sup>; „Shylock als Richter“ ist eine Formulierung, um einen Sachverhalt verschleiert, aber dennoch deutlich darzustellen<sup>80</sup>.

Die Furcht vor dem Staatsanwalt erzeugt diese tarnenden Wortschöpfungen, hinter deren Camouflage freilich der braune Vorstellungsinhalt deutlich durchschimmert, besonders kraß, wenn alte antisemitische Denunziationen als Verschlüsselungen gebraucht werden. So dient heute der „Orientale“, schon in der Weimarer Republik und im Dritten Reich eine herabsetzende Bezeichnung, vorwiegend als Synonym für „Jude“. Heinrich Härtle, der Erfinder der „Shylockjustiz“, schreibt über die Nürnberger Prozesse: „. . . da wurden gefälschte Tagebucheintragen in historische Tatbestände umgefälscht, erpreßte Geständnisse und meineidige Affidavits virtuos gemischt und mit *orientalischer* Phantasie ein Kausalzusammenhang vorgetäuscht“<sup>81</sup>. Und ähnlich wie Adolf Hitler den in Berlin geborenen Kurt Eisner als „diesen Orientalen“ diskriminierte<sup>82</sup>, sagt die NPD der in Berlin geborenen Lyrikerin Nelly Sachs „*orientalische* Phantasie“ nach<sup>83</sup>. Um den

<sup>78</sup> RR 8/1961, S. 3.

<sup>79</sup> DN 34/1966, S. 3; DN 41/1966, S. 3; DN 11/1966, S. 3; DN 18/1965, S. 4 u. a.; auch in RR 12/1958, S. 1; RR 16/1958, S. 1 u. a.

<sup>80</sup> DN 19/1965, S. 4.

Der „Shylock“ ist ein beliebtes Synonym für den Juden in der rechtsradikalen Publizistik. Vgl. etwa NE 2/1958, S. 16: „Aber die Shylocks, welche die Gefühlsduselei und die Dummheit der Menge ausbeuten, beschränken ihre Tätigkeit als ‚Erzieher der Nation‘ nicht nur auf die genannten Gebiete (Massenmedien, H. B.). Sie erfassen auch die Intellektuellen, von denen man glauben sollte, sie würden sich von einem solch plumpen Auspacken der Dummheit angeekelt abwenden . . . Und das Machwerk der angeblichen Memoiren von Anne Frank zaubert synthetische Tränen der Rührung auf ihre Wangen. Die Fertiger der Moritat raufen sich um den Rebbach . . .“

<sup>81</sup> RR 12/1958, S. 1 (Hervorhebung v. Verf.)

<sup>82</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 624.

<sup>83</sup> DN 44/1965, S. 3 (Hervorhebung v. Verf.).

„Antigermanismus im ‚Spiegel‘“<sup>84</sup> noch deutlicher als jüdischen Deutschenhaß zu kennzeichnen, behauptet die NPD, ein ihr mißliebiger ‚Spiegel‘-Artikel mit „unerhörten Schmähungen gegen das germanische deutsche Elternhaus“ basiere „auf *orientalischen* Vorstellungen und dürfte von waschechtem Rassenhaß gegen Deutschland bzw. Germanentum diktiert sein“. Der „Antigermanismus“ – eine Standardvokabel wie der „Morgenthau-Boy“ – ist der rechtsradikale terminus technicus für ‚jüdischen Deutschenhaß‘; er wird nicht nur als Verschlüsselung eingesetzt, sondern dient häufig – analog zu dem Begriff Antisemitismus – als ein Etikett, das dem ‚internationalen Judentum‘ angeheftet wird, um antisemitische Einstellung als Abwehrmaßnahme zu kaschieren. In einem einzigen Artikel belegt die NPD denselben Personenkreis mit den Wendungen „Partisanen des Antigermanismus“, „Morgenthau-Boys“ und „internationale Giftstreuer“, die „mit typischer Chuzpe“ vorgehen<sup>85</sup>. „Der ‚Antigermanismus‘, der unser Jahrhundert beherrscht und die weiße Weltstellung ruiniert hat“, weiß Helmut Sündermann<sup>86</sup>, „regiert aus der Kulisse her auch noch die unmittelbare Gegenwart“. ‚Nation Europa‘ fordert gegen die ‚Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘ „eine Untersuchung wegen des Verdachts planmäßigen Anti-Germanismus“<sup>87</sup>. Deutlicher als die DRP, die in ihrem ‚Reichsruf‘ die „zweitausendjährige antigermanische Rufmord-Hetze gegen unser Volk“ beklagt, kann man es eigentlich nicht sagen: „Unser Kampf gilt daher in erster Linie diesen antigermanischen Schmierfinken westdeutscher Lizenzblätter, zum Schutze unseres Volkes und seiner Ahnen<sup>88</sup>.“

Es wimmelt in der rechtsradikalen Publizistik von verschleiernden Synonyma und Verschlüsselungen, die – oft beiläufig eingeflochten – einem Artikel per Assoziationskraft die gewünschte Tendenz geben. Die „chuzpe“ etwa, die jiddische Frechheit, taucht häufig auf und zielt auf eine bestimmte Gruppe, die nicht näher konkretisiert zu werden braucht. Gelegentlich tritt die antisemitische Intention überdeutlich hervor, wenn der völkisch-nazistische Sprachgebrauch bemüht wird: „Die Behauptung des US-UNO-Botschafters Goldberg, die inneren Zustände Rhodesiens stellten eine Bedrohung des Weltfriedens dar, ist das, was man früher eine Chuzpe nennen durfte, ist eine dreiste Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes<sup>89</sup>.“

Die Umschreibungen sind meist so deutlich, daß sie auch noch der dümmste Leser versteht. Arthur Ehrhardt ersetzt das ‚internationale Finanzjudentum‘ durch „jene Finanzmächte, die durch Namen wie Morgenthau und Baruch hinreichend gekennzeichnet sind“<sup>90</sup>, für die DRP kommt die „Deutschenhetze“ nicht von Juden, sondern „aus jenen Kreisen, die an die Bundesrepublik Wiedergutmachungsansprüche stellen oder schon befriedigt erhalten“ haben<sup>91</sup>, und die NPD bedient sich derselben

<sup>84</sup> DN 50/1966, S. 5 (Hervorhebung v. Verf.).

<sup>85</sup> DN 4/1966, S. 3.

<sup>86</sup> DN 30/1965, S. 3.

<sup>87</sup> NE 5/1959, S. 60.

<sup>88</sup> RR 48/1958, S. 4.

<sup>89</sup> DN 1/1967, S. 3.

<sup>90</sup> NE 1/1962, S. 39.

<sup>91</sup> RR 46/1958, S. 1.

bewährten Verschlüsselung: „Die deutsche Bundesrepublik braucht nur klipp und klar zu verkünden, daß sie ab sofort die restlichen Wiedergutmachungszahlungen einstellen wird, wenn nicht ab sofort die organisierte Deutschenhetze und Verleumdung – besonders des deutschen Soldaten – eingestellt wird<sup>92</sup>.“ Der einfachen Denkschablone entspricht die einfache Propagandatechnik, die selbst in ihren durchsichtigsten Verhüllungen eines Vulgäranisemitismus vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen verspricht.

In ihrer weniger eindeutigen Form – unbestimmt im Ausdruck und konkret in der Tendenz – ist die Methodik der Verschlüsselung ein ideales Destruktionsmittel. Den Beweis für den jüdischen Deutschenhaß oder die Macht der jüdischen Drahtzieher kann die NPD nicht führen. Statt dessen beschwört sie einen „Antigermanismus“, der „aus der Kulisse her auch noch die unmittelbare Gegenwart“ beherrscht, beschwört sie einen obskuren Feind, der – ungreifbar abstrahiert – als taugliches Objekt fungiert, auf das sich Aggressivität lenken läßt. Ein sichtbarer und doch unsichtbarer Feind soll Unsicherheitsgefühle erzeugen; die Titelschlagzeile „Morgenthau über der Ruhr“ suggeriert Gefahr und spekuliert auf ein Gefühl der Hilflosigkeit angesichts des Wirkens anonymer Kräfte, denen Deutschland durch seine Verstrickung in die internationale Politik ausgesetzt ist. Nur eine „nationale“ Politik verspricht da Abhilfe.

Die Verschlüsselungen haben häufig noch eine Nebenwirkung: die Assoziationskraft, die Ausdrücken wie „Morgenthau“, „Shylock“, „Chuzpe“ oder „Rebbach“ innewohnt.

##### 5. Assoziationen.

Die Herstellung einer Gedächtnisverknüpfung soll eine Beziehung bewußt machen, indem ein gegebener Bewußtseinsinhalt mit einem anderen verknüpft wird. Meist nimmt der Rechtsradikalismus eine Begriffsübertragung aus einem Vorstellungsinhalt in einen anderen vor, d. h., ein Sachverhalt wird mit einem Vokabular dargestellt, das einem anderen Sachgebiet entnommen ist. Wie bereits erwähnt, benutzt die rechtsradikale Propaganda gern Metaphern aus dem biologischen und fäkalischen Bereich (kritische Fernsehsendung = „linksintellektueller Stuhlgang“<sup>93</sup>), um den Gegner durch die assoziative Wirkung dieser Bilder herabzusetzen. Den gleichen Zweck erfüllen Ausdrücke aus dem juristischen Sprachgebrauch, die den Gegner in den Geruch des Kriminellen bringen. So spricht die NPD über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, deren Führer der 1968 ermordete Martin Luther King war, als von „Kings Komplizen“, „seinen Kumpanen“ usw.<sup>94</sup> Oder eine ganze literarische Strömung wird als „Ganovenliteratur“ abgetan<sup>95</sup>. Diese Technik kann ein sehr subtiles Instrument zur Diffamierung des Gegners sein: man spekuliert auf eine unterschwellige Gedankenverbindung, die der Leser vornehmen muß. Die Assoziations-

<sup>92</sup> DN 43/1965, S. 8.

<sup>93</sup> DN 9/1965, S. 2.

<sup>94</sup> DN 36/1966, S. 3.

<sup>95</sup> DN 35/1965, S. 5.

technik ist eine demagogische Technik par excellence: sie beweist nicht, sondern unterstellt und wirkt allein durch ihre Suggestivkraft. In diesen Bereich gehört z.B. der überaus häufige Gebrauch der Wendungen „systematisch“, „gezielt“, „ferngesteuert“, „dirigiert“, „planmäßig“ u.ä., die eine mächtige internationale Verschwörung gegen Deutschland unterstellen.

In einer zweiten Form der Assoziationstechnik wird eine Reproduktion von früher Erlebtem (bzw. Bewußtem) erreicht und ein aktueller Bezug hergestellt. So assoziiert die Überschrift „Negerunruhen in Berlin“<sup>96</sup> die Gefahr einer innenpolitischen Krise: Proteste farbiger Studenten gegen einen rassendiskriminierenden Film („Africa addio“) bauscht die NPD zu „Negerunruhen“ auf, um beim Leser eine Gedankenverknüpfung zu tatsächlichen Negerunruhen, nämlich den Rassenkrawallen in den USA, hervorzurufen und damit die Furcht des Bürgers vor dem „gewalttätigen Neger“ zu wecken. Ähnliche Funktion haben die von der rechts-extremen Propaganda bewußt angewandten Wort-Assoziationen. Das Beispiel ‚Barmat und Kutisker‘ (Juden, die in der Weimarer Republik in berüchtigte Finanz- und Korruptionsskandale verwickelt waren) mag diese Technik erläutern.

Die Bundesrepublik wie früher die Weimarer Republik wird als ein korruptionsträchtiger Staat hingestellt, von dem sich das saubere Dritte Reich vorteilhaft abhebt: „Die Serie der Betrugs- und Bestechungsskandale reißt nicht ab. Damit verglichen erscheinen uns die Tage der Barmat und Kutisker in der Weimarer Republik wie ein Idyll von Moral und Sauberkeit“<sup>97</sup>. „Später kommt die Schlagzeile ‚Barmat in Bonn‘“<sup>98</sup>, die den Finanzskandal der ostjüdischen Gebrüder Barmat im Jahre 1924 mit der Vorstellung einer jüdischen Korruptionsaffäre in der Bundesrepublik assoziiert – einer „Christdemokratie, die von großen und kleinen Barmats wimmelt“. Die Wort-Assoziation der „Barmats“ wird deshalb benutzt, weil der Verfasser den Beweis für eine neue jüdische Korruptionsaffäre nicht antreten kann und ihm die Ausflucht bleibt, „Barmat“ als Synonym für Betrüger aufgefaßt zu haben. Gleichzeitig aber wird dadurch unterstellt, daß sich auch hinter Bonner Finanzskandalen Juden verbergen, befaßt sich der Artikel doch mit den finanziellen Wiedergutmachungsleistungen an Israel: „Die ‚Wiedergutmachung‘ erwies sich als der größte Augiasstall der europäischen Geschichte. . . Barmat und Konsorten waren einst das Menetekel des Untergangs der Weimarer Republik. Heute lächelt man bereits über die ‚kleinen Fische‘ von damals. Die Sumpfbüthen der Bundesrepublik wuchern so zahlreich, daß man sich auf Namen kaum noch besinnen kann.“

Selbstverständlich kann der Verfasser die „zahlreichen“ Barmats nicht beim Namen nennen; ausschlaggebend ist allein die Unterstellung der jüdischen Korruptionswirtschaft in der Demokratie. Das Barmat-Kutisker-Motiv der DRP spinnt auch die NPD weiter, dieses Mal, um die SPD und ihren Vorsitzenden Willy Brandt zu diffamieren. Als Vorspann eines Artikels zur Bundestagswahl 1965 stellen die ‚Deutschen Nachrichten‘ die rhetorische Frage: „Sollte der Bundesdeutsche im Sep-

<sup>96</sup> DN 32/1966, S. 2.

<sup>97</sup> RR 28/1958, S. 1.

<sup>98</sup> RR 49/1958, S. 1.

tember die SPD wählen, einstmals die Partei, die in den zwanziger Jahren die Großschieber *Barmat* und *Kutisker* protegiert hat. . .?“<sup>99</sup>

Der Artikel beginnt mit dem Satz: „Just, da ich in den Zeitungen mit großem Ergötzen lese, mit was für einem feudalen Sonderzug der norwegische Major a.D. Willy Brandt-Frahm als Kanzlerkandidat durch die deutschen Lande reist. . .“; wenig später erfolgt dann die assoziative Verknüpfung des Emigranten Brandt mit den Immigranten (!) Barmat und Kutisker: „Immerhin hat die deutsche Wirtschaft durch die Emigranten *Barmat* und *Kutisker* einen Verlust von 39 Millionen gehabt.“ Um die Verbindung von SPD und Willy Brandt mit jüdischer Korruption noch deutlicher zu machen, wird der anfangs erwähnte Sonderzug Brandts als Assoziations-schlüssel aufgegriffen: „Nicht nur der Minister- und Parteifreund Barmat, sondern auch seine ganze Familie, Brüder und Eltern, wurden auf Weisung des preußischen Ministeriums (mit dem aus dem Osten eingewanderten Paul Hirsch als Ministerpräsident) bei der Überschreitung der Grenze wie Fürsten behandelt. Fehlte gerade noch der Sonderzug!“

#### 6. Antikommunistische Verbrämung.

In einer Gesellschaft, in der Antikommunismus integrierender Bestandteil des Wertsystems ist, neigen rechtsradikale Gruppen naturgemäß dazu, ihre antidemokratische Agitation als Kampf gegen den Kommunismus zu deklarieren. Am auffälligsten ist diese Tendenz in den USA, wo zahlreiche Organisationen unter dem Banner des Antikommunismus die farbigen Minoritäten diskriminieren und unter Namen wie „Christian Anti-Communism Crusade“ firmieren<sup>100</sup>. Der Kampf gegen den kommunistischen Erzfeind ist ein dominierendes Element innerhalb der rechtsradikalen Propaganda. Marxismus wird nie definiert, sondern gleichsam als überall keimende und sich verbreitende Wucherung dargestellt, die ‚zersetzend‘ und ‚vergiftend‘ wirkt und ganze Gruppen ‚infizieren‘ kann; dieser diffuse Kommunismusbegriff erlaubt es zugleich, alle Gegner als Handlanger Moskaus erscheinen zu lassen. Die Vorstellung des universalen „unterirdischen“ Zusammenhanges des Marxismus steht dabei im Vordergrund der Propaganda: Er reicht nach Meinung der NPD vom deutschen Fernsehen bis zur amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Die politische Auseinandersetzung ist von Anfang auf das Niveau der Schwarz-Weiß-Alternative Kommunismus–Antikommunismus herabgeschraubt: „Castro ist ein Kommunist. Trujillo ist ein Antikommunist. Auf welcher Seite stehen Sie?“ schrieben 1960 Anhänger der John Birch Society auf vorgedruckten Postkarten an Staatssekretär Christian Herter. Auf ähnliche Weise wird von der NPD der Nationalsozialismus

<sup>99</sup> DN 31/1965, S. 7.

<sup>100</sup> Der radikalen John Birch Society sind zahlreiche „antikommunistische Gruppen“ verbunden. Alan F. Westin (The John Birch Society, in: Daniel Bell [Ed.]: *The Radical Right*, New York 1963, S. 210) zählt 1961 einige der antikommunistisch oder christlich drapierten Organisationen auf: American Coalition of Patriotic Societies, American Council of Christian Laymen, Cardinal Mindszenty Foundation, Catholic Freedom Foundation, Christian Crusade, Freedom Club, Freedom in Action, Intercollegiate Society of Individualists, Network of Patriotic Letter Writers, Sons of the American Revolution und We, The People!

zum Antibolschewismus umfunktioniert: „Wären die verzweifelte Massen nicht Hitler zugeströmt, hätten viele Millionen in den Sendboten Moskaus ihre letzte Zuflucht gesucht. Immerhin gelang es der Kommunistischen Partei 1932, 100 Abgeordnete [in Wirklichkeit: 89] in den Reichstag zu entsenden, zweifellos eine ernste Gefahr, hätte ihnen nicht das Gegengewicht von 230 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten gegenübergestanden. 4 Millionen kommunistische Wähler zeigen eindeutig die innenpolitische Gefährdung der Weimarer Republik. Da aber die kommunistischen Funktionäre damals wie heute zugleich Agenten der Sowjetmacht waren, haben sie das Reich zugleich außenpolitisch bedroht<sup>101</sup>.“ Angesichts der Gefahr, die 89 von insgesamt 608 Reichstagsabgeordneten darstellen, bleibt für die NPD nur die Alternative zwischen Hitler und der „sowjetischen Diktatur des Genossen Thälmann“ übrig.

Weit häufiger als den in manchen Fällen zutreffenden Ausdruck „Marxist“ benutzt der Rechtsradikalismus die Bezeichnungen „Kommunist“ oder noch lieber „Bolschewist“, die – nie definiert – durch ihre Wortmagie noch stärker wirken. Zudem fügt sich der auf die politische Organisation zielende Terminus „Kommunismus“ besser als der auf die weltanschauliche Überzeugung weisende Begriff „Marxismus“ in die Verschwörungstheorie ein. Der Kommunismus ist sofort als eine von Moskau gesteuerte Bewegung klassifiziert, die die ganze Welt zu bolschewisieren und zu unterjochen trachtet. Der als Kommunist diffamierte Gegner ist damit zugleich als Agent einer feindlichen Macht gekennzeichnet. Werden z. B. bestimmten in Deutschland lebenden Ausländern (Gastarbeitern) kommunistische Sympathien unterstellt, so wird aus dem völkischen ‚Fremdkörper‘, an dem nur wenige Anstoß nehmen, eine politische Bedrohung: „systematisch in die Bundesrepublik eingeschleuste kommunistische Kader“<sup>102</sup> unterminieren Deutschland. Die rechtsradikalen Schreiber verzichten aber näher auszuführen, welche konkreten gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen sie von kommunistischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik befürchten.

Aufschlußreich ist dabei die Methode der NPD, Unterstellungen als Tatsachen anzugeben: „Ein Großteil der in Bayern besonders zahlreichen italienischen Gastarbeiter ist kommunistisch organisiert. Immer häufiger wird festgestellt, daß die inzwischen der deutschen Sprache mächtigen roten Funktionäre auch Einfluß auf ihre deutschen Arbeitskameraden und die Gastarbeiter anderer Nationen zu nehmen versuchen. Insbesondere sind Spanier und Griechen, in deren Heimat die kommunistische Partei verboten ist, dieser Propaganda ausgesetzt. Kein Wunder, daß es bereits alltäglich ist, die Internationale aus Baracken und Unterkünften tönen zu hören!“<sup>103</sup> Diese Sätze zeigen die Technik einer fachgerecht kalkulierten Demagogie. Auf das Land Bayern und auf Italiener bezogen, scheinen sie sich auf eine genauere Untersuchung zu stützen. Aus einem Teil von Anhängern und Wählern der KPI wird ein Großteil von kommunistisch Organisierten (Die Überschrift behauptet:

<sup>101</sup> DN 18/1965, S. 3.

<sup>102</sup> DN 29/1966, S. 4.

<sup>103</sup> DN 45/1966, S. 4.

„Die Gastarbeiter sind fest organisiert“). Die Wendung „wird festgestellt“ wirkt kategorisch und gibt dem Artikel einen Anstrich des Offiziellen (von welcher Stelle „festgestellt“ wird, ist nicht erwähnt); die Internationale schließlich, die alltäglich aus den Gastarbeiter-Unterkünften tönt, verleiht der behaupteten kommunistischen Unterwanderung Evidenz: der Verfasser suggeriert dem Leser, er habe das Milieu genau analysiert und die konspirative Feierabendbeschäftigung der Gastarbeiter be-  
lauscht.

Nahezu alle Unterstellungen bewegen sich auf diesem Niveau<sup>104</sup>; der Gemeinplatz der kommunistischen Verschwörung ist universal anwendbar. Die Gegner der Apartheidspolitik sind „in Wirklichkeit . . . politische Saboteure und verkappte Kommunisten“<sup>105</sup>, die amerikanische Bürgerrechtsbewegung ist kommunistisch gesteuert, und mit der UNO und dem „Internationalismus“ (und der damit verbundenen „Gleichheitschimäre“<sup>106</sup>) hat sich Moskau ein Instrument zur Bolschewisierung der Welt geschaffen. Anfang der 60er Jahre gab ‚Nation Europa‘ die Parole „Vom Klassenkampf zum Rassenkampf“ aus, um die Integrationsbestrebungen als kommunistisches Machwerk zu diffamieren; die NPD benutzt diesen Slogan mit Vorliebe<sup>107</sup>. Der Rechtsradikalismus malt stereotyp diese von Moskau dirigierte Verschwörung gegen die Weißen an die Wand. Die Beweisführung ist die gleiche wie bei der kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik durch Gastarbeiter: „Seit Martin Luther King die Bibel mit dem Revolutions- und Rassenhaßkatechismus vertauscht hat, gleitet die sogenannte ‚Bürgerrechtsbewegung‘ immer stärker in die Strudelströmung der kommunistischen Internationale ab. Im Gewand eines evangelischen Geistlichen kämpft der Frahm-Brandt-Freund als Handlanger der Fünften Kolonne Moskaus. . . Am Ende steht der Aufstand der schwarzen Massen unter dem Oberkommando der Komintern“<sup>108</sup>.

Im Vergleich hierzu sind die rechtsradikalen Polemiken gegenüber den Juden vorsichtig. Zwar wird der nach 1917 geprägte Topos vom „jüdischen Marxismus“ als das antisemitische Reizwort mit der größten Effizienz nach wie vor eingesetzt. Aber die Unterstellung ist hierbei stärker verschleiert und abgesichert, seitdem das Bundesverfassungsgericht 1952 die bewußte Verkoppelung von Antikommunismus mit Antisemitismus als antisemitische Äußerungsform bloßgelegt und in die Begründung der Verfassungswidrigkeit der SRP mit einbezogen hat<sup>109</sup>. Die Nachfolge-

---

<sup>104</sup> Eine Demonstration gegen das Franco-Regime in Hannover, an der sich auch spanische Gastarbeiter beteiligten („Rotfront-Spanier“) ist für die NPD Beweis, daß „die Genossen Gastarbeiter. . . keinen Zweifel daran (ließen), wo sie politisch stehen: keineswegs auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaates.“

DN 10/1965, S. 4.

<sup>105</sup> DN 37/1965, S. 7.

<sup>106</sup> DN 9/1966, S. 4.

<sup>107</sup> u. a. in DN 39/1965, S. 3 und DN 45/1965, S. 3 („Klassenkampf durch Rassenkampf“). Die Parole wird als einprägsamer Zwischentitel benutzt.

<sup>108</sup> DN 36/1966, S. 3.

<sup>109</sup> Das Bundesverfassungsgericht beanstandete die Darstellung, „daß Juden im Kommunismus wie in der Demokratie ausschlaggebend seien. In allen Revolutionen in Ungarn, in der

parteien der SRP haben daraus die Konsequenzen gezogen; vor allem die NPD versucht einen konkreten Nachweis ihrer antikommunistischen Verbrämung zu erschweren.

Ein bezeichnendes Beispiel dieser Technik liefert das NPD-Blatt ‚Deutsche Nachrichten‘ bei dem Versuch, den jüdischen Einfluß in der Führungsschicht der DDR nachzuweisen. Um einen überproportionalen Anteil von Spitzenfunktionären jüdischer Abstammung zu belegen, beruft die Zeitung sich ausdrücklich auf eine jüdische Quelle (einen Artikel in der ‚Canadian Jewish News‘). Und sie beschränkt sich im übrigen darauf, sechs Juden (darunter DDR-Außenminister Winzer und Chefpropagandist Norden) namhaft zu machen – die Schlußfolgerung bleibt den Lesern überlassen<sup>110</sup>. Aber diese zurückhaltende Darstellung der jüdischen Machtposition innerhalb der SED wird durch Wiederholung den NPD-Anhängern eingehämmert: zwei Monate später greift die NPD erneut auf die Schützenhilfe der jüdischen Zeitung zurück: „Wie die ‚The Canadian Jewish News‘ nachweisen, sind in der nächsten Umgebung Ulbrichts auffallend viele Juden, um ein Vielfaches mehr als im Durchschnitt der mitteldeutschen Bevölkerung: Paul Merker, Mitglied des Zentralkomitees, SED-Außenminister Otto Winzer, besonders aber die Agitatoren Gerhard Eisler (Rundfunk und Fernsehen) und Albert Norden, Propagandachef des Zentralbüros der SED<sup>111</sup>.“

Da jüdische Namen eine Verschlüsselung ersetzen, stellt die NPD den DDR-Generalstaatsanwalt Kaul in der Regel vor als „Hilde Benjamins Generalstaatsanwalt“<sup>112</sup> – die beliebte Wendung basiert auf der irrigen Annahme, die frühere Justizministerin Hilde Benjamin sei jüdischer Abstammung<sup>113</sup>.

Besonders in den Verschlüsselungen tritt die Gleichsetzung von ‚jüdisch‘ mit ‚kommunistisch‘ zutage: „Bewußt oder unbewußt stehen die Morgenthau-Boys wie eh und je im Dienste Moskaus“<sup>114</sup>, „Roosevelt und Morgenthau wollten ganz

---

Tschechoslowakei usw. hätten die Juden eine entscheidende Rolle gespielt.“ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. II, Tübingen 1953, S. 67.

<sup>110</sup> DN 34/1965, S. 3.

<sup>111</sup> DN 44/1965, S. 3.

<sup>112</sup> u. a. in DN 43/1966, S. 4 oder in ähnlichen Formulierungen („die Stimme des Kronjuristen der Hilde Benjamin“) wie in DN 46/1965, S. 6.

<sup>113</sup> Hilde Benjamin war mit einem Juden verheiratet, der von den Nazis ermordet wurde. Die ständige Erwähnung ihres Namens beruht auf einem Irrtum oder einer Spekulation des Rechtsradikalismus; die Ludendorff-Bewegung bezeichnete sie als „Jüdin“. Vgl. Der Quell, Folge 6/1961, S. 251.

Auch der Berliner Regisseur Erwin Piscator wird unschwellig als Jude vorgestellt. Die NPD zitiert eine angebliche Äußerung Piscators: Jeder Deutsche habe „die Pflicht, auf den Knien nach Jerusalem zu rutschen“, und bringt ihn in Zusammenhang mit Kortner, Feuchtwanger, Tucholsky und Johannes R. Becher (DN 44/1965, S. 3).

Bereits Fritschs „Handbuch der Judenfrage“ brachte 1935 Piscator in Beziehung zur „jüdischen Literatur“ und dem „jüdischen Kurfürstendamm“ (S. 209). Selbst in Judaica wird Piscator fälschlich als Jude geführt (Stonehill: The Jewish Contribution to Civilisation, London 1940).

<sup>114</sup> DN 1/1965, S. 3.

Europa bolschewisieren“<sup>115</sup> usw. Der „jüdische Kommunismus“ zieht sich, wenn auch verschleiert, wie ein roter Faden durch die gesamte rechtsradikale Agitation, vom „Genossen Rosenberg“, dem Beweisstück für den jüdisch-marxistischen Einfluß im DGB<sup>116</sup>, bis zu dem konservativen Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld, der „die erklärten Ziele kommunistischer Deutschlandpolitik vertritt“<sup>117</sup>. Die Polemiken gegen Blumenfeld sind ein signifikantes Beispiel, wie die NPD den Topos vom „jüdischen Kommunisten“ handhabt. Geradezu offen und ehrlich wirken die Lügen der Goebbels-Propaganda im Vergleich zu den Unterstellungen der NPD, die wertloses Beiwerk präzisiert, um desto wirksamer Vermutungen mit dem Schein des Einblicks in dunkle Vorgänge zu umgeben: „So wäre zum Beispiel interessant zu erfahren, was der Hamburger CDU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Erik Blumenfeld auf seiner Geheimkonferenz im Ostberliner ‚Presseclub‘ am Bahnhof Friedrichstraße, einem bekannten Treff internationaler Nachrichtenhändler, mit den Herren aus dem Hause Ulbricht verhandelt haben mag“<sup>118</sup>.

Den marxistischen Philosophen Ernst Bloch, „1933 aus russischen und kommunistischen Gründen emigriert“<sup>119</sup>, stilisiert die NPD zum Prototyp des jüdischen Kommunisten: in Tübingen „doziert er jetzt Leninismus in westlicher Verpackung. . . Er prophezeit: ‚Ubi Lenin, ibi Jerusalem!‘, auf grob deutsch: ‚Wo Lenin ist, da ist Jerusalem!‘ Jahwe muß Kommunist werden. Und Bloch ist sein Prophet!“

Mit unermüdlicher Ausdauer betonen sämtliche rechtsradikalen Blätter, daß Karl Marx jüdischer Abstammung war. Da dies ausschließlich dem Zweck dient, Antikommunismus mit Antisemitismus zu verkoppeln, kreidete das Bundesverfassungsgericht der SRP den Ausdruck „Karl-Marx-Mardochai“ an<sup>120</sup>. Die NPD, um Distanz zur neonazistischen SRP bemüht, retirierte auf die Bezeichnung „Karl Marx-Levi“<sup>121</sup>. Daß der Antikommunismus weithin nur Verbrämung des Antisemitismus ist, kommt gelegentlich deutlich zum Vorschein. So, wenn die NPD die Emigration jüdischer Funktionäre aus dem kommunistischen Machtbereich mit dem Kommentar versieht: dies sei ein Beweis für die „Tatsache . . ., daß die Juden von ihren arischen Genossen als unsicheres politisches Element betrachtet werden können“<sup>122</sup>.

<sup>115</sup> DN 2/1967, S. 5.

<sup>116</sup> Der DGB sei nicht „deutsch“ (DN 6/1965, S. 4), setze sich für israelische Interessen ein (DN 7/1965, S. 4), „Rosenberg und Genossen (möchten) die Anerkennung Israels . . . erzwingen“ (DN 4/1965, S. 3), der DGB habe Verbindungen zu Rothschild (DN 44/1965, S. 4) usw.

<sup>117</sup> DN 21/1966, S. 3.

<sup>118</sup> DN 35/1965, S. 4.

<sup>119</sup> DN 42/1967, S. 7.

<sup>120</sup> Die Urteilsbegründung verwies auf eine SRP-Zeitung: „Der ‚Süddoldeburger Vorposten‘ betont eigens, daß Karl Marx ein Rabbinersohn namens Mardochai gewesen ist.“

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, a. a. O., S. 66.

<sup>121</sup> DN 29/1967, S. 6.

<sup>122</sup> DN 12/1966, S. 7.

### 7. Ironisierung und Verspottung.

Wo immer die Gelegenheit sich ergab, versuchten die Nationalsozialisten die Juden lächerlich zu machen – dieselben Juden, die zugleich als „Weltfeind“ und übermächtige Gefahr hingestellt werden. Daß man verhaßte Gruppen durch Lächerlichkeit und Spott gesellschaftlich töten kann, wußten schon die Beamten der Donaumonarchie, die die galizischen Juden per Verwaltungsakt zur Annahme ‚spaßiger‘ Namen zwangen; noch Generationen später lachten Völkische und Nationalsozialisten über die „Trompetenschleim“ und „Kanalgeruch“<sup>123</sup>.

Die mit Wohlbehagen vorgetragene Verächtlichmachung, der von Lachsälven unterbrochene triefende Hohn, ein Standort-Repertoire von Hitler- und Goebbels-Reden, bildet auch einen Kernbestand der rechtsradikalen Propaganda in der Bundesrepublik. Nirgends offenbart sich so deutlich die politische und publizistische „Moral“ der rechtsradikalen Presse wie in dem Bestreben, bei ihren Lesern das süffisante Lachen der Schadenfreude und Verachtung, die aggressive Verhöhnung Fremder und Andersdenkender hervorzulocken und zu bewirken. Dieses Instrument offenbart vor allem die politische Verlogenheit der rechtsradikalen Propaganda, die von der hochtrabenden Beschwörung schlimmster Feinde und Gefahren unvermittelt in die höhnische Verachtung verfällt, die nur dem Bedeutungslosen gemäß sein kann.

Auch hier sind, aus den bekannten Gründen, die Juden weitgehend ausgeschlossen. Um so deutlicher wählt sich die Xenophobie andere Gegenstände als Zielscheibe.

Um die Entwicklungshilfe lächerlich zu machen, benutzt die NPD-Zeitung zu einer Nachricht über eine zoologische Versuchsstation die bewußt zweideutige Überschrift „Entwicklungshilfe: Affenfütterung“<sup>124</sup>. Der Neger als affenähnliches Wesen ist seit dem Aufkommen der Rassenlehre eine beliebte Karikatur; auch für die NPD gehört er einem „Menschentyp“ an, „der sich problemlos ernährt, solange ihm die Bananen in den Mund reifen“<sup>125</sup>. Die gleiche Auffassung, daß Farbige eigentlich possierliche Wesen oder halbe Affen sind (mit den Worten des NPD-Redners von Bormann „liebenswürdige große Kinder“<sup>126</sup>), liegt einer Nachricht mit der Überschrift „Diplomat beißt“ zugrunde: „Seine Exzellenz, der Botschafter Mangwazu der ostafrikanischen ‚Republik‘ Malawi, hat bei einer Prügelei mit der Bonner Polizei einen Polizisten gebissen. . .“<sup>127</sup>. Die sarkastische Bemerkung, daß Seine Exzellenz beißt, veranschaulicht die rechtsradikale Lehre, daß Farbige sich allenfalls eine dünne zivilisatorische Schale angeeignet haben, die von der ‚Rassenseele‘ durchbrochen wird; die ironischen Führungszeichen der „Republik‘ Malawi“ soll staatschöpferische Fähigkeiten von minderwertigen Rassen anzweifeln; Neger können höchstens einen Staat in Gänsefüßchen gründen.

<sup>123</sup> Vgl. Theodor Fritsch: Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1935.

<sup>124</sup> DN 3/1967, S. 2.

<sup>125</sup> DN 30/1965, S. 3.

<sup>126</sup> NE, Beiheft Biopolitik 1965, S. 24.

<sup>127</sup> DN 5/1967, S. 7.

Die Verspottung des Gegners durch den Gebrauch von ironischen Anführungszeichen wird in der rechtsradikalen Publizistik überstrapaziert. Meist sind es rhetorische Floskeln, um einen Sachverhalt spöttisch ins Gegenteil zu verkehren („der ‚einsame‘ Kampf des Weltjudentums gegen das Hitler-Regime“<sup>128</sup>) oder um Werte und Fähigkeiten des Gegners herabzusetzen (das „dumme Propagandageschrei für die ‚Menschenwürde‘ eines kleinen, unbekanntes Negerstammes“<sup>129</sup>). Victor Klemperer hat die ironischen Anführungszeichen als charakteristisches Merkmal des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs bezeichnet, als Bestandteil einer Sprache, die er „LTI“ (Lingua Tertii Imperii) nennt:

„Aber in der LTI überwiegt der ironische Gebrauch den neutralen um das Vielfache. Weil eben Neutralität ihr zuwider ist, weil sie immer einen Gegner haben muß, immer den Gegner herabsetzen muß. Wenn die spanischen Revolutionäre einen Sieg erfechten, wenn sie einen Generalstab haben, so sind es unweigerlich „rote ‚Siege‘“, „rote ‚Offiziere‘“, ein „roter ‚Generalstab‘“. Dasselbe ist später mit der russischen „Strategie“ der Fall, dasselbe mit dem „Marschall‘ Tito“ der Jugoslawen. Chamberlain und Churchill und Roosevelt sind immer nur ‚Staatsmänner‘ in ironischen Anführungszeichen, Einstein ist ein ‚Forscher‘, Rathenau ein ‚Deutscher‘ und Heine ein „deutscher‘ Dichter“. Es gibt keinen Zeitungsartikel, keinen Abdruck einer Rede, die nicht von solchen ironischen Anführungszeichen wimmeln, und auch in ruhiger gehaltenen ausführlichen Studien fehlen sie nicht. Sie gehören zur gedruckten LTI wie zum Tonfall Hitlers und Goebbels, sie sind ihr eingeboren<sup>130</sup>.“

Mit der gleichen Selbstverständlichkeit ist für die NPD der niedersächsische Kultusminister Langeheine ein ‚Kultusminister‘ in Anführungszeichen<sup>131</sup> und „der Moskauer ‚Sieg‘ von 1941“<sup>132</sup> nur ein angeblicher Sieg. Rechtsradikale Ironisierung, wie sie uns in der Presse der Bundesrepublik vorliegt, ist nicht gerade einfallreich und z. T. relativ harmlos und dümmlich; so z. B., wenn innenpolitische Gegner als „Superdemokraten“ verspottet werden oder ein ironisches „Herr“ vor den Namen einer besonders unliebsamen Person gesetzt wird, das Geringschätzung ausdrücken soll („Herr Simon Wiesenthal“, „Herr Werner Friedmann“ oder „der Gentleman Friedmann“). Nicht selten verschärft sich die Tonart aber zu einer verärgerten Reizbarkeit; man reagiert nicht spöttisch distanziert wie meist im „Spiegel“, sondern zynisch grob und aggressiv: „munter“ schleppen Gastarbeiter ihre Geschlechtskrankheiten ein und verbreiten sie „lustig“<sup>133</sup>; und „wer den § 51 hat, darf lustig morden“<sup>134</sup>.

<sup>128</sup> DN 16/1967, S. 7.

<sup>129</sup> DN 16/1967, S. 8.

<sup>130</sup> Victor Klemperer: Die unbewältigte Sprache, Darmstadt 1966, S. 83.

<sup>131</sup> DN 39/1966, S. 1.

<sup>132</sup> DN 51–52/1966, S. 8.

<sup>133</sup> DN 15/1966, S. 4.

<sup>134</sup> DN 43/1966, S. 2. Typisch in der Art und im Niveau ist auch folgendes Beispiel: Die DN (4/1967, S. 2) gaben die Meldung der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden“ wieder, wonach im Westen Ugandas das Projekt eines Straßenbaus begonnen worden sei, das mit Kredi-

Verhältnismäßig witzig für nationaldemokratische Verhältnisse ist das ironische Porträt eines Vertreters der linken außerparlamentarischen Opposition: „mit Brechtfransen in der Stirn und einem Gesicht wie ein Heuschreck“<sup>135</sup>. Fällt einem der Thaddenschen Publizisten ein originelles Wortspiel ein, darf man sicher sein, daß mit diesem Pfund mehrfach gewuchert wird. Das gilt etwa für die Bewitzelung der „Wiederjudmachung“, einem Wortspiel, das durch den Doppelsinn von verkapptem Antisemitismus und imitiertem Adenauer-Idiom zugleich ein hervorragendes Alibi liefert<sup>136</sup>.

#### 8. *Pars pro toto.*

Zahlreiche Nachrichten des NPD-Organs scheinen auf den ersten Blick einen so unbedeutenden Informationswert zu besitzen, daß sie in einer zehneitigen, wöchentlich erscheinenden Parteizeitung sinnlos wirken. Analysiert man das NPD-Blatt etwas genauer, werden die Auswahlkriterien klar: es kommt vor allem auf die ressentimentbildende Funktion an. Nachrichten, die bei einer anderen Zeitung aufgrund ihrer mangelnden Bedeutung in den Papierkorb wandern würden oder ausschließlich von lokalem Interesse sind, können für die rechtsradikale Presse besonders wertvoll sein. So registriert die NPD sorgfältig kriminelle Delikte von Ausländern, die Fälle werden zum Paradigma erhoben und beweisen die Schädlichkeit dieser „Fremden“: „Mit lebensgefährlichen Verletzungen verfolgte in der Nacht zum Sonntag ein 22 Jahre alter Augsburgsburger Polizeibeamter zwei amerikanische Soldaten, die ihn zuvor niedergestochen hatten. Der Polizist, der in Zivilkleidung an einer Bushaltestelle stand, war ohne ersichtlichen Grund von den beiden Amerikanern belästigt und angegriffen worden“<sup>137</sup>.

Es wimmelt von solchen Meldungen, die – häufig unter der Überschrift: „Die tägliche Meldung“ präsentiert – ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Vorurteilsbildung ausgesucht werden. Dabei steht immer der einzelne stellvertretend für eine ganze Gruppe (oder Rasse). Die ‚Deutschen Nachrichten‘ bauschen eine Wirtshausrauferei von farbigen Soldaten zu der Schlagzeile auf: „‚Gastsoldaten‘ unerträglich. Nigerianer terrorisieren in der Lüneburger Heide“<sup>138</sup>.

Wirtshausschlä-

ten der Bundesrepublik finanziert und von einer israelischen Firma ausgeführt werde. Dazu der Kommentar der DN: „Das ist noch Zusammenarbeit: Uganda bekommt eine Straße, Israel bekommt den Auftrag, und Deutschland zahlt! Wer dagegen ist, ist kein guter Deutscher!“

<sup>135</sup> DN 34/1965, S. 1 (gemeint ist der Berliner FU-Assistent Ekkehart Krippendorf). Diese nach Meinung rechtsradikaler Publizisten ‚witzige‘ Art der Ironisierung des politischen Gegners wird häufig angewandt. ‚Nation Europa‘ (Nr. 10/1964, S. 13) belegt Fidel Castro in wenigen Zeilen mit den Ausdrücken „Hanswurst der Weltrevolution“, „kleiner Gassenjunge“, „Rotz-bube“, „karibischer Lausejunge“ und „der Kleine mit der dicken Zigarre und dem struppigen Bart“ – rechtsradikale Verspottung ist fast immer mit Beschimpfungen und Aggressivität verbunden.

<sup>136</sup> Die „Wiederjudmachung“ taucht zum erstenmal auf in RR 2/1958, S. 1: Heinrich Härtle will den Ausdruck „im Bonner Jargon“ gehört haben; das Wort wird später nochmals in DN 8/1965, S. 3 verwendet.

<sup>137</sup> DN 31/1965, S. 2.

<sup>138</sup> DN 3/1965, S. 1.

gereien („schwere Ausschreitungen“) sind „ein reizendes Beispiel, was Weiße in Afrika zu gewärtigen haben, wenn erst alle Buschmänner bewaffnet und ausgerüstet sind!“ Auch die Süffisanz der Sprache verrät hier die Verwandtschaft zur Goebbels-Propaganda.

Das Herausgreifen isolierter Fälle dient in der rechtsradikalen Presse vor allem der unterschweligen Verbreitung antisemitischer Vorurteile. Der Fall des ‚jüdischen Betrügers‘ ist ein stereotypes nationaldemokratisches Leitbild, das die sonstige scheinbare Zurückhaltung in der ‚Judenfrage‘ deutlich Lügen straft. Ob ein Düsseldorfer Textilkaufmann namens Nathan Rosenblat oder ein New Yorker Kunsthändler namens David Stein wegen Betrugs angeklagt werden<sup>139</sup> – Chefredakteur Adolf von Thadden hält jede scheinbar noch so belanglose Meldung dieser Art einer Berichterstattung für wert, läßt sie oft auffällig placieren oder in einer späteren Ausgabe wiederholen. Die Häufung solcher Nachrichten ergibt mosaikartig das erwünschte Gesamtbild: der kriminelle Gastarbeiter wird zum Prototyp des Gastarbeiters, der betrügerische Jude veranschaulicht ein ‚Rassemerkmal‘. Keine Meldung ist zu weit hergeholt, wenn sie diesen Zweck erfüllt. So erfahren die Leser der ‚Deutschen Nachrichten‘: „Nach einer Meldung des Moskauer Gewerkschaftsblattes ‚Trud‘ wurde der 43jährige Textilingenieur Rabinowitsch, der Waren im Wert von 1,6 Millionen DM beiseite geschafft und zu Überpreisen verschoben haben soll, zum Tode verurteilt . . .“<sup>140</sup>; oder: „Der Sprößling des Kopenhagener Finanzministers, Ole Grünbaum, ließ vor einer konservativen Versammlung der dänischen Hauptstadt die Hosen fallen“<sup>141</sup>.

### 9. Wiederholungen.

Um bestimmte Gegner mit größerem Nachdruck anzugreifen, veranstalten die rechtsradikalen Zeitungen regelrechte Kampagnen. Vor allem die ‚Deutsche Nationalzeitung‘ führt diese Technik vor Augen: in kurzen Abständen variiert sie den gleichen Themenkreis, in ‚Blöcken‘ von meist vier bis fünf Ausgaben greift sie denselben Gegner an, dann wird ein anderer Block von einigen Ausgaben eingeschoben, die sich einem anderen Thema zuwenden, und anschließend wieder derselbe Gegner aufs Korn genommen. Eine derartige Kampagne (wie 1967 gegen Willy Brandt) erstreckt sich mitunter über einige Monate. Und erst der systematische Vergleich, den der Leser in der Regel nicht anstellen kann, läßt die ganze Banalität dieser gleichwohl wirkungsvollen Technik erkennen.

In den ‚Deutschen Nachrichten‘ sind die Kampagnen meist kürzer. Angriffe gegen denselben Gegner dauern nur ausnahmsweise so lange wie gegen Ernst Bloch im Jahre 1967 (DN 37, 40, 42, 43, 44). Statt dessen bevorzugt die NPD ein anderes Propagandamittel: das gleiche Thema wird in mehreren Artikeln gleichzeitig aufgegriffen oder in der nächsten Ausgabe wiederholt. So meldeten die DN 33/1967: „70 jüdische Millionäre trafen sich auf Einladung des israelischen Ministerpräsidenten-

<sup>139</sup> DN 19/1967, S. 6 und DN 26/1967, S. 7.

<sup>140</sup> DN 34/1966, S. 2.

<sup>141</sup> DN 45/1967, S. 5.

ten Eschkol in Jerusalem. Ziel der Konferenz: Investierung von einer Milliarde Pfund Sterling während der nächsten zehn Jahre in Israel.“ Und in der nächsten Nummer (34/67) hieß es: „Ministerpräsident Eschkol hat 60 jüdische Finanzmagnaten aus aller Welt nach Tel Aviv berufen. Sie stellen wohl das größte Kontingent des internationalen Großkapitals dar, das je in den Händen einer Menschengruppe vereinigt war. . .“ Besonders „geschätzte“ Meldungen bringen die ‚Deutschen Nachrichten‘ doppelt, in der Regel auf den Seiten 2 und 4. Symptomatisch sind die Meldungen in DN 9/1965. Zunächst eine kurze Nachricht unter dem Titel „Jüdische Aufträge storniert“: „Wegen der Einstellung der deutschen Waffenlieferungen an Israel haben zwei der größten amerikanischen Hemdenfabriken, die Philips van Heusen Corporation und die Philip Rothenberg and Company, ihre Aufträge in der Bundesrepublik rückgängig gemacht.“ Zwei Seiten weiter wird die Information zu dem Zweispalter aufgebauscht „Die Konfektion meldet sich zu Wort – USA-Bekleidungsindustrie will Westdeutschland boykottieren“: „Zwei Firmen der amerikanischen Bekleidungsindustrie haben wegen der Einstellung der deutschen Waffenlieferung an Israel einen wirtschaftlichen Boykott der Bundesrepublik angekündigt. Sprecher der Hemdenfabriken Philips van Heusen und Philip Rothenberg und Co. in New York erklärten, . . .“ Ein anderes Beispiel bieten die ‚Deutschen Nachrichten‘ in Nr. 23/1965. Auf Seite 2 erfährt der Leser unter der Überschrift „12 Millionen Kautions!“: „Prof. Dr. Hans Deutsch, der die Bundesrepublik bei der Vertretung von jüdischen Wiedergutmachungsansprüchen wahrscheinlich um 17,5 Mill. DM geschädigt hat, wurde gegen eine Kautions von 12. Mill. DM aus der Untersuchungshaft entlassen. Preisfrage: Wer mag die 12 Mill. aufgebracht haben?“ Die Lösung findet sich auf Seite 4 in dem zweispaltigen Artikel „Deutsch auf freiem Fuß – Bankhaus Rothschild (Paris) soll Kautions gestellt haben“, wobei diese Unterstellung in eine typische NPD-Formulierung verpackt ist: „Wie man hört, soll die Rothschild-Bank die hohe Kautions zur Verfügung gestellt haben.“

Der ‚Fall Deutsch‘ ist ein Beispiel von vielen, wie die rechtsradikale Presse bestimmte Themen ständig neu aufwärmt. Thaddens ‚Reichsruf‘ hatte sich bereits 1964 ausführlich mit Deutsch beschäftigt, und auch sein Nachfolgeblatt kommt immer wieder auf ihn zurück. Nach DN 8/1965, S. 4 soll Deutsch versucht haben, „die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Wiedergutmachung um rund 150 Millionen zu schädigen“; in DN 23/1965, S. 2 und 4 ist er „gegen Stellung einer Kautions in Höhe von 12 Millionen Mark auf freiem Fuß gesetzt worden“, in DN 46/1965, S. 2 wird diese Meldung dementiert, in DN 48/1965, S. 2 mitgeteilt, Deutsch habe inzwischen die israelische Staatsangehörigkeit erworben – in allen Nachrichten mit dem stereotypen Hinweis, er habe 17,5 (bzw. 17,6) Millionen DM Wiedergutmachungsgelder unterschlagen.

In monotoner Regelmäßigkeit beschäftigt sich die NPD in dieser Form u. a. mit Günter Grass, Artur Rosenberg, Nahum Goldmann, Artur Brauner, Golo Mann, Simon Wiesenthal – jeder Artikel enthält die gleichen Vorwürfe und häufig die gleichen Wendungen und Invektiven. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, daß keiner das Etikett mehr los wird, das ihm der Rechtsradikalismus angeheftet hat.

### 10. Abdruck aus ‚objektiven‘ Zeitungen.

Eine beliebte Methode, das zu sagen, was die deutschen Redaktionen des Rechtsradikalismus sich aus juristischen Gründen zu sagen scheuen, oder für eigene Meinungen objektive Kronzeugen beizubringen, besteht im Abdruck oder der Wiedergabe anderswo (insbesondere im Ausland) schon veröffentlichter Artikel. Dabei werden vielfach obskure Blätter als Informationsquellen von hohem Rang ausgegeben. Namentlich ‚Nation Europa‘ lebt weitgehend von diesem Verfahren. Der Coburger NPD-Stadtrat Arthur Ehrhardt beruft sich in seiner NE-Beilage ‚Das Suchlicht‘ mit Vorliebe auf Zeitschriften der amerikanischen Rechten. Die Hefte von ‚American Opinion‘, des Verbandsblattes der John-Birch-Society, gelten als „ausgezeichnet informierte Monatshefte hohen Niveaus“<sup>142</sup> (‚American Opinion‘ ist so ausgezeichnet informiert, daß es alljährlich für 107 Länder den Grad der kommunistischen Unterwanderung in Prozentzahlen angibt: 1960 waren die USA zu 40–60 Prozent, Großbritannien zu 50–70 Prozent unter kommunistischer Kontrolle). Daneben beruft sich ‚Nation Europa‘ u.a. auf antisemitische Zeitschriften wie Mervin K. Harts ‚Economic Council Newsletter‘. Diese Blätter belegen für den deutschen Rechtsradikalismus die Thesen der Rassenungleichheit und der jüdisch-kommunistischen Verschwörung. Arthur Ehrhardt verweist die ahnungslosen deutschen Leser sogar auf Blätter wie ‚The White Man’s Viewpoint‘ und ‚The Thunderbolt‘ (Sprachrohr der amerikanischen Nazi-Bewegung) – Zeitschriften, die „auf dem niedrigsten Niveau . . . geifernder Juden- und Negerhetze“ stehen<sup>143</sup>.

Die ‚Deutschen Nachrichten‘ wenden diese Technik vorsichtiger an. Zwar berufen auch sie sich auf andere deutsche und ausländische Vertreter der radikalen Rechten, doch nicht auf zu exponierte Personen und Zeitungen. Eine ihrer schärfsten antisemitischen Polemiken trugen die DN in der Form eines Abdruckes aus der deutschsprachigen New Yorker ‚Staatszeitung und Herold‘ vor<sup>144</sup>. Meist zitieren sie relativ gemäßigte Rechtsblätter wie die ‚Chicago Tribune‘, die für NPD-Leser „aus amerikanischer Sicht“ berichtet<sup>145</sup>; ein klein wenig ehrlicher ist schon die Charakterisierung „in Opposition zur Osteuropapolitik der amerikanischen Regierung stehend“<sup>146</sup>, wie sie in einem anderen Artikel vorgestellt wird. Die Zitierung von ausländischen (meist amerikanischen) rechtsradikalen Autoren ist nicht selten ein Täuschungsmanöver. So versucht der NPD-Wirtschaftsexperte Horst Arnold seine Leser zu übertölpeln, indem er sich in einer Polemik gegen den Marshall-Plan auf die Autorität eines Präsidenten Hart beruft: „. . . für ganz Westeuropa galt das, was der Präsident des National Economic Council, Hart, über Deutschland gesagt hatte. . .“<sup>147</sup> Diese Darstellung täuscht eine seriöse, offizielle Quelle vor, und Arnold spekuliert

<sup>142</sup> Das Suchlicht, NE in 6/1962.

<sup>143</sup> Peter H. Merkl und Otey M. Scruggs: Rassenfrage und Rechtsradikalismus in den USA, Berlin 1966, S. 103.

<sup>144</sup> DN 43/1965, S. 7f.

<sup>145</sup> DN 45/1966, S. 4.

<sup>146</sup> DN 22/1966, S. 3. Zum politischen Standort der ‚Chicago Tribune‘ vgl. Daniel Bell: The Radical Right, a. a. O., S. 85 u. 144.

<sup>147</sup> DN 19/1965, S. 8.

richtig: wer weiß schon, daß der „National Economic Council“ in den USA eine ebenso kleine wie anrühige Organisation, sein „Präsident“ Mervin K. Hart eine der schillerndsten Figuren des amerikanischen Rechtsextremismus ist? Die Berufung auf einen Hart spricht für sich: der Herausgeber der ‚Economic Council Newsletter‘ sieht die USA von „Zionisten und deren Verbündeten“ bedroht und vertritt einen derart aggressiven Rassismus, daß sich schon der amerikanische Kongreß mit ihm beschäftigte: ein Untersuchungsausschuß warf dem ‚National Economic Council‘ „ill-concealed anti-Semitism“ vor<sup>148</sup>.

### 11. Konträre Auslegungen.

Daß der rechtsradikalen Publizistik der jeweilige Propagandazweck alles, dagegen die schlüssige und einheitliche Begründung wenig oder nichts bedeutet, wird deutlich, wenn man prüft, wie bedenkenlos die Argumente vielfach ins Gegenteil verkehrt werden, sofern sie nur die jeweiligen Thesen stützen. So wird z.B. in der retrospektiven Betrachtung des Zweiten Weltkrieges die Überlegenheit der Waffentechnik, wenn es sich um die Deutschen handelt, besonders gerühmt (die Deutschen waren „noch am Kriegsende technisch der Welt voraus“)<sup>149</sup>, dagegen zur „nur technischen“ Angelegenheit herabgestuft, wenn es sich um die Kriegsgegner Deutschlands handelt. Dann ist es nicht die Technik, sondern der Geist des Soldatentums, dem der Vorzug gebührt („nur ein technisches Wunder, die neuen uns unbekanntem Ortungsgeräte der englischen Langstreckenbomber, verhinderte den sonst sicheren Sieg“<sup>150</sup>). Die Verlogenheit solcher Argumentation ist freilich vielfach nicht so ohne weiteres ersichtlich, weil die gegenteiligen Argumente jeweils in anderen Zusammenhängen oder in zeitlichem Abstand verwandt werden. Ein weiteres Beispiel hierfür ist die konträre Bewertung, die der demokratische Grundbegriff des Kompromisses bei verschiedenen Gelegenheiten in den Deutschen Nachrichten erfährt. Der Kompromiß wird einmal, am Beispiel Teheran, ironisch als „die amerikanische Zauberformel für die Lösung unlösbarer Probleme“ bezeichnet<sup>151</sup>. Später als es darum geht, ein (der NPD schädliches) mehrheitsbildendes Wahlrecht zu verurteilen, heißt es in demselben Blatt: „ist doch gerade das Verhandeln und einen Kompromiß finden das substantielle und den Staatsbürger im Grunde genommen beruhigende Charakteristikum einer Demokratie“<sup>152</sup>. Selbst die in der Regel verurteilten Neger müssen gelegentlich der NPD Schützenhilfe leisten. So warnen die „Deutschen Nachrichten“ einerseits vor einer „überstürzten Demokratisierung“ der USA durch weitere Ausdehnung des Wahlrechts, da dies eine „Majorisierung durch die Neger“ nach sich ziehen würde<sup>153</sup>, bei anderer Gelegenheit aber drehen sie (im Hinblick auf die von der NPD befürchtete Wahlrechtsänderung in der

<sup>148</sup> vgl. Alan Westin: The John Birch Society, a. a. O., S. 214f.

<sup>149</sup> DN 6/1967, S. 4.

<sup>150</sup> DN 37/1965, S. 3.

<sup>151</sup> DN 48/1965, S. 3.

<sup>152</sup> DN 3/1967, S. 6.

<sup>153</sup> DN 39/1965, S. 3.

Bundesrepublik) den Spieß um; jetzt wird das amerikanische Mehrheitswahlrecht undemokratisch und schaltet die farbige Minorität aus: es mache „unmöglich, daß die amerikanischen Neger jemals auch nur einen einzigen ihrer wirklichen Interessenvertreter in den Kongreß bekommen“<sup>154</sup>. Das Beispiel zeigt im übrigen, daß nicht primär Unkenntnis oder ideologische Dogmatik den neuen Rechtsradikalen die Feder führen, sondern behende Virtuosität der Propaganda, die zynisch die rationalen Argumente vertauscht und sie vertauschen kann, weil der Weltanschauungsinhalt des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik ebensowenig auf rationalem Erkenntniswillen aufgebaut ist wie einst der des Nationalsozialismus; vielmehr auf Wunschbildern, Ressentiments, Unlustgefühlen, Vorurteilen und blindem Aktionsdrang.

Nationaldemokratische Argumentation vermag mit erstaunlicher Kunstfertigkeit Sachverhalte aufzuklären, bis das Gegenteil einleuchtet, und Tatbestände durchzubeuteln, bis Schwarz zu Weiß und Weiß zu Schwarz wird. Wie die logische Argumentation sich dem Vorurteil unterordnet, demonstriert Heinrich Härtle in einem Artikel, der aus einer Kette lose aneinandergereihter Unwahrheiten und Unterstellungen besteht. Der NPD-Redakteur polemisiert gegen eine mögliche Wahl des Hamburger Oberbürgermeisters Herbert Weichmann zum Bundespräsidenten. Zwar stand dessen Kandidatur nie zur Debatte, doch Härtle weiß von einer „Vorentscheidung im jüdischen ‚Aufbau‘ New York“ zu berichten<sup>155</sup> – willkommener Anlaß, antisemitische Ressentiments abzuladen („Einen Wiedergutmachungspräsidenten, haben wir den noch nötig?“). Kernpunkt des Angriffs gegen Weichmann bildet das alte völkische Dogma, deutsche Staatsbürger jüdischer Abstammung seien Ausländer, wobei Härtle eine beliebte Parallele zurechtbiegt: „Unvorstellbar, daß an der Spitze der israelischen Gesamtgewerkschaft Histadruth ein Deutscher stünde! Noch unvorstellbarer, daß ein arabischer Bürgermeister zum israelischen Staatspräsidenten gewählt würde!“ Andererseits wagt die NPD nicht, öffentlich die Legitimation des ‚Juden‘ Weichmann als Repräsentant einer deutschen Stadt anzuzweifeln: obwohl es eigentlich „unvorstellbar“ ist, daß ein Jude, d. h. ein Ausländer, Deutsche repräsentiert, soll Weichmann doch „weiter so erfolgreich wie bisher seine Aufgabe als Hamburger Oberbürgermeister erfüllen“. Auch die pseudodemokratische Tarnung des antisemitischen Ressentiments erweist sich als Zweckpropaganda. Ein Präsident dürfe nur die Mehrheit eines Volkes repräsentieren „und nicht irgendeine Minderheit, gleichgültig, welcher rassischen oder konfessionellen Zusammensetzung“. Drei Jahre zuvor waren Härtle und Thaddens Propagandateam allerdings anderer Ansicht, als es darum ging, den rechtsgerichteten Barry Goldwater, einen Vertreter der jüdischen Minderheit, als den besten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu bezeichnen. Die Niederlage des Präsidentschaftskandidaten Goldwater schoben die Rechtsradikalen auf die ‚Hetzkampagne‘ der Kommunisten und ihrer Handlanger in den Massenmedien; jetzt aber wird die Niederlage Goldwaters als nachahmenswertes Wählerverhalten des amerikanischen Volkes inter-

<sup>154</sup> DN 3/1967, S. 6.

<sup>155</sup> DN 33/1967, S. 6.

pretiert: „Das demokratische Leitbild des Westens, die USA, haben bisher unter den 35 Präsidenten weder einen Neger noch einen Juden gewählt. Dabei ist ihre schwarze Minderheit ungleich größer als unsere jüdische und ihre jüdische Minderheit mindestens hundertfach stärker als unsere eigene.“

### 12. Die Magie der Zahl.

Fakten, Zahlen und statistische Daten suggerieren Wissen und geben Behauptungen einen objektiven Anstrich. Wer seine Angaben mit konkreten Zahlen untermauert, scheint das Problem rational anzugehen und – auf statistische Analysen gestützt – Informationen zu liefern und plausible Thesen zu entwickeln. Die Zahl erklärt und beweist – unter der Voraussetzung, daß sie stimmt. In der rechtsradikalen Publizistik jedoch hat es mit den Zahlen eine andere Bewandnis; sie führen dort ein phantastisches Eigenleben. Von konkreten Fakten hält die NPD oft nicht sehr viel, um so mehr verschreibt sie sich dem Spiel mit Zahlen und der magischen Wirkung, die von Zahlen, insbesondere von großen, ausgeht. Wie solche Zahlen entstehen, die dann als stereotype Figuren in der rechtsradikalen Publizistik eine immer selbstbewußtere Existenz führen, zeigt die Rechnung des Wirtschaftsexperten der NPD, Dr. Horst Arnold, der die Gesamtleistungen der Bundesrepublik an Entwicklungshilfe auf 50 Milliarden Mark beziffert: „9,8 Milliarden DM öffentliche Mittel, 10 Milliarden DM private Leistungen und 3,2 Milliarden DM sogenannte Wiedergutmachung an Israel, verlorene Zuschüsse aus Steuergeldern, machten 2,2 Milliarden DM aus<sup>156</sup>.“ Doch diese Summe (25,2 Milliarden) genügt dem Experten nicht. Dazu kommen noch „26 Milliarden DM Löhne“ an Gastarbeiter, denn „wir können diese Summe getrost zur Entwicklungshilfe rechnen, nicht nur weil die Arbeiter aus Entwicklungsländern verzweifelt ähnlichen Gefilden kommen, nicht nur weil sie bei uns technisch ausgebildet werden, sondern auch weil sie zwei Drittel ihrer Löhne in die Heimat überweisen und damit das dortige ach so dünne Devisenpolster auffüllen“. Unbeabsichtigt widerlegt die NPD diese Rechnung freilich selbst, wenn sie ein Jahr später ihre Anhänger mit der (korrekten) Nachricht schreckt, daß die Gastarbeiter „im Jahre 1965 1,7 Milliarden DM in ihre Heimatländer überwiesen haben. Das sind pro Kopf 116 DM monatlich<sup>157</sup>“. Wäre es zutreffend, daß die Gastarbeiter zwei Drittel ihrer Löhne überweisen, müßten sie nach dieser Rechnung im Durchschnitt 174 DM netto monatlich verdienen.

Der weitherzige Umgang mit Statistiken hat auch in vielen anderen Fällen zur Folge, daß das Parteiblatt sich selbst Lügen straft. Eine Fundgrube zur Entdeckung solcher Zahlenmanipulationen und der an ihnen aufgehängten ressentimentgeladenen Kommentare bilden die sogenannten „Kurznachrichten“. Unter der Überschrift „Fidel Castro und die Juden“ erfährt der Leser hier z. B., daß Juden überall unbeliebt sind: „Von den 11 000 Juden, die früher auf Kuba lebten, sind inzwischen 9000 ausgewandert. Informierte Kreise in den USA glauben, daß auch die restlichen 2000 Kuba verlassen werden. Am Ende stellt sich noch heraus, daß Fidel Castro ein

<sup>156</sup> DN 38/1965, S. 8.

<sup>157</sup> DN 42/1966, S. 2.

verkappter Nazi ist . . . <sup>158</sup> 26 Wochen später präsentiert die NPD die gleiche Nachricht, allerdings mit anderen Zahlen und einer anderen Überschrift („Kuba ist antisemitisch“): „Kuba und die Vereinigten Staaten haben ein Abkommen geschlossen, das den Juden die freie Ausreise nach Amerika gestattet. Bei der Machtübernahme durch Castro lebten 20 000 Juden in Kuba, heute sind es noch 2300. Das Abkommen zeigt, daß die USA offenbar aus der Vergangenheit gelernt haben. Trotz zahlreicher Bemühungen gelang es dem Dritten Reich nicht, derartige Ausreiseverträge mit westlichen Staaten zu schließen. Die Westmächte weigerten sich, Juden in größerer Zahl aufzunehmen<sup>159</sup>.“

Die Titelschlagzeile „40 Milliarden für Israel“<sup>160</sup> wird nach sieben Wochen erneut aufgegriffen; unter der Überschrift „Barzel bestätigt DN“ erfährt der Leser, der CDU-Fraktionsvorsitzende habe in New York erklärt, daß die Bundesrepublik „bis heute schon 25 Milliarden an den Staat Israel gezahlt hat“<sup>161</sup>. Wo aber um der Effekthascherei willen kleine Zahlen willkommen sind, erscheinen Millionensummen als Pfennigbeträge. So jonglierte der NPD-Abgeordnete Wolfgang Ross im bayerischen Landtag den Sport-Etat in Höhe von 10,7 Millionen DM herunter, da seiner Fraktion dieser Betrag zu gering erschien: „Umgerechnet sind das pro Kopf der Bevölkerung 1,04 DM, pro Tag weniger als  $\frac{1}{3}$  Pfennig<sup>162</sup>.“

Da die Agitation jedoch meist Unsicherheit und Mißtrauen mobilisieren will, muß Gefahr plastisch geschildert werden, und dazu müssen Zahlen herhalten, die die Rechtspublizisten an den Haaren herbeiziehen. Als „Tatsache“ vermeldet die NPD, „daß in Bonner Ministerien und Dienststellen vermutlich eintausend rote Spione ihr Handwerk treiben“<sup>163</sup>.

Entsprechend werden Statistiken interpretiert. Ausgerechnet der wegen krimineller Delikte mehrfach vorbestrafte NPD-Publizist Erich Kern erregt sich über die Ausländerkriminalität in der Bundesrepublik: „Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen wächst die Kriminalität der Ausländer in der Bundesrepublik beängstigend. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik lag der Ausländeranteil an Verbrechen schon 1965 wesentlich höher als die einheimische Quote. Bei Notzuchtdelikten bei 14,8 Prozent, bei Mord und Totschlag bei 14,7 Prozent, bei Raub und räuberischer

<sup>158</sup> DN 5/1966, S. 2.

<sup>159</sup> DN 31/1966, S. 2.

<sup>160</sup> DN 4/1965, S. 1.

<sup>161</sup> DN 11/1965, S. 1.

<sup>162</sup> Zu dieser Zahlenakrobatik registrierte das Protokoll „Zurufe, u.a.: Pro Minute?“ Stenogr. Ber. d. bayer. Landtags 1968, S. 2436.

<sup>163</sup> DN 15/1965, S. 4.

Diese unsinnige Zahl korrigiert der Verfasser anschließend selbst: „Freilich handelt es sich bei dieser erschreckend hohen Zahl nicht nur um Agenten, die sich auf ihr Handwerk verstehen . . . Dazu zählen auch alte KPD-Genossen, die unter ihrer Bettdecke in der KPD-Untergrundlektüre ‚Wissen und Tat‘ studieren und am Tag X bei der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik mit dabei sein wollen.“ Was diese „alten KPD-Genossen“ mit den „eintausend roten Spionen“ in „Bonner Ministerien und Dienststellen“ zu tun haben, bleibt unverständlich — rechtsradikale Täuschungsversuche entbehren häufig jeder Logik.

Erpressung bei 12 Prozent, bei schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang bei 11,3 Prozent. Diese Tatsachen werden sorgsam vertuscht, die Verbrechenstaten selbst werden angeblich nicht einmal in der Statistik nach der Herkunft der Täter erfaßt<sup>164</sup>.“ Wie diese letzte Behauptung mit der Berufung auf eine „polizeiliche Kriminalstatistik“ zu vereinbaren ist, mag das Geheimnis Kerns bleiben – wahrscheinlich liegt diesem Widerspruch die Absicht zugrunde, den Behörden Ausländerfreundlichkeit zu unterstellen. Die Darstellung zeigt eine geschickte Manipulation. Die Kriminalität der Ausländer ist nur deshalb „beängstigend“, weil wichtige Fakten unterschlagen werden: die Mehrzahl der Gastarbeiter ist männlich und in dem besonders kriminallyfähigen Alter von 18 bis 40 Jahren; wendet man diesen Maßstab auf die entsprechende deutsche Gruppe an, so ist die Kriminalität der Ausländer eher geringer als die der Deutschen. Verschwiegen wird ferner, daß ein großer Teil der Ausländerdelikte (besonders Kapitalverbrechen) eine reine ‚Binnenkriminalität‘ ist, d. h. sich ausschließlich unter der Gruppe der Gastarbeiter abspielt<sup>165</sup>.

Mit dieser Zahlenakrobatik versucht der Rechtsradikalismus Unsicherheitsgefühle in der deutschen Bevölkerung zu züchten. Fakten sollen die Gefahr, die „der Fremde“ darstellt, untermauern. Dabei spekuliert man in einem Punkt ganz richtig: je präziser die Zahl, desto glaubwürdiger ist die Behauptung. Pedantisch genaue Angaben spiegeln eine Faktizität vor, denn wer durchschaut schon diese Art von Fälschung, die sich auch auf ausgefallenste Bereiche erstreckt. So etwa, wenn die NPD kategorisch feststellt: „Der seit 1926 in Deutschland ausgerottete gefährliche ‚Hakenwurm‘ ist jetzt wieder von Gastarbeitern eingeschleppt worden. 77 Prozent der türkischen und koreanischen Gastarbeiter sind von dem üblen Parasiten befallen<sup>166</sup>.“

### 13. Fälschungen und Verdrehungen.

Wie der Gebrauch der Zahlen, so stellt in der rechtsradikalen Presse auch der Umgang mit den Fakten ein undurchdringliches Knäuel von Behauptungen, Unterstellungen, Halb- und Viertelwahrheiten dar. Quellen sind meist nicht angegeben, deshalb lassen sich bestimmte Angaben oft überhaupt nicht oder nur unter großem Zeitaufwand nachprüfen. In den Fällen, in denen es möglich ist, einzelne Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen, zeigt sich nicht selten, daß Zahlen und Zitate erfunden oder verfälscht sind.

<sup>164</sup> DN 13/1967, S. 5.

<sup>165</sup> In Bayern z. B. sind die Gastarbeiter bei einem Bevölkerungsanteil von 3,5 Prozent mit 8,6 Prozent an der Straffälligkeit beteiligt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die relativ hohe Kriminalität noch auf weitere Faktoren zurückzuführen ist: so waren 1966 33 Prozent der Ausländerdelikte Verstöße gegen das Paßgesetz und 13,2 Prozent der straffälligen Ausländer wurden allein wegen Führens überladener Kraftfahrzeuge verurteilt. Nach dem Bericht des bayerischen Justizministeriums sei bei den schweren Verbrechen (Totschlag, Notzucht, Raub u. ä.) „zu berücksichtigen, daß bei diesen Delikten die absoluten Zahlen sehr gering sind und dadurch der Hundertsatz stark dem Zufall ausgesetzt ist. Er kann sich von Jahr zu Jahr erheblich ändern“. Bayer. Staatsminister der Justiz: Kriminalität der Ausländer, in: Polizeiliche Kriminalstatistik (für das Jahr 1966), München 1968.

<sup>166</sup> DN 32/1965, S. 2.

Zum Kanon rechtsradikaler Propaganda, wie einst der NS-Presse in der Weimarer Zeit, gehört es, die regierenden demokratischen Parteien als „System- und Steuer-geld-Parteien“ zu verdächtigen, deren aufwendige Apparatur „der kleine Mann“ von seinen „Steurgroschen“ zu bezahlen habe. So kritisieren die Deutschen Nachrichten z. B. das „unzulängliche Sozialversicherungssystem“ und behaupten: die Verwaltung der Sozialversicherungsanstalten „verschlingt heute über 30 Prozent des Beitragsaufkommens“ (in Wirklichkeit sind es 2,2 Prozent), „der Staat, d. h. der Steuerzahler“, habe daher jährlich „21 Mrd. DM“ Zuschüsse zu zahlen (in Wirklichkeit sind es 7,87 Milliarden DM<sup>167</sup>). Derartige Behauptungen sind schwerlich mit einer ‚Vernachlässigung journalistischer Sorgfaltspflichten‘ zu erklären. Es spricht vielmehr alles dafür, daß den propagandistischen Zweckmeldungen vorsätzlich die Wahrheit geopfert wird.

Zum Beweis der „Überfremdung“ Deutschlands geht man ähnlich vor. So etwa mit der Feststellung, es sei „dem amerikanischen Finanzkapital gelungen, schon fast die Hälfte aller Schlüsselpositionen der Industrie und Wirtschaft Westdeutschlands regelrecht aufzukaufen“<sup>168</sup>. Zum Zeitpunkt dieser Behauptung (1965) lag tatsächlich die amerikanische Beteiligung am Nominalkapital von Aktiengesellschaften und GmbH's in der Bundesrepublik bei ca. 6–7 Prozent<sup>169</sup>.

Diese demagogischen Übertreibungen sind dabei noch harmlos im Vergleich zu manchen grotesken Behauptungen, die so ungeschickt zurechtgebogen sind, daß sie weit unter Goebbels' Niveau bleiben: „Der Intellektuellenabgott Brecht, der die Blutorgien des Bolschewismus ausdrücklich als angemessenen Preis für das künftige marxistische Paradies bezeichnete und der mit Zuchthaus vorbestraft war, weil er seine Geliebte umgebracht hatte. . .“<sup>170</sup>

Fälschungen so extremer Art (die naturgemäß leicht zu widerlegen sind) kommen nicht allzu häufig vor; meist begnügt man sich, einen Sachverhalt durch frisierte Zahlen, verbogene Parallelen und Silbenstechereien zu verdrehen<sup>171</sup>. Häufig sind derartige Verfälschungen scheinbar nebenbei in eine Darstellung eingeflochten; sie haben jedoch immer eine präzise Funktion: Ressentiments zu bilden und Unterstellungen zu beweisen. Typisch für diese Methodik ist der bereits im Zusammenhang mit der rechtsradikalen Assoziationstechnik erwähnte Satz: „Nicht nur der Minister-

<sup>167</sup> DN 32/1965, S. 8. In der nächsten Ausgabe der DN erfolgte eine — wahrscheinlich von den Sozialversicherungsanstalten erzwungene — „Berichtigung“: „Irrtümlich“ seien in den Artikel „zwei falsche Zahlen hineingerutscht“; die ganze Kritik basierte jedoch auf den falschen Zahlen.

<sup>168</sup> DN 5/1965, S. 4.

<sup>169</sup> Vgl. Monatsberichte der Bundesbank, 11 (Nov.), 1966.

<sup>170</sup> DN 35/1965, S. 5. Allein der Fall Brecht bietet ein reichhaltiges Anschauungsmaterial für die Technik der Unterstellungen und Fälschungen. Selbst der ‚Kulturexperte‘ rechtsradikaler Zeitungen, Dr. Hans W. Hagen, zitiert in einer ausführlichen Polemik gegen Bert Brecht nicht nur Passagen, sondern sogar Titel der Stücke falsch und behauptet u. a., Brecht sei in die Sowjetunion emigriert. KB 8–9/1962, S. 46 ff.

<sup>171</sup> Zur Technik rechtsradikaler Verdrehungen vgl. Hans Buchheim: Zu Kleists „Auch Du warst dabei“, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 2/1954.

und Parteifreund Barmat, sondern auch seine ganze Familie, Brüder und Eltern, wurden auf Weisung des preußischen Ministeriums (mit dem aus dem Osten eingewanderten Paul Hirsch als Ministerpräsident) bei der Überschreitung der Grenze wie Fürsten behandelt<sup>172</sup>. „Hier akkumulieren sich die Fälschungen: der „aus dem Osten eingewanderte Paul Hirsch“, preußischer SPD-Ministerpräsident (1918–1920) wurde im neubrandenburgischen Prenzlau geboren. Die frei erfundene Behauptung soll Hirsch als Ostjuden darstellen, eine (ost-)jüdische Cliquenbildung im Deutschen Reich suggerieren und Juden unterschwellig als Ausländer diffamieren.

Bereits in der Weimarer Republik galt eine ostjüdische Abstammung als besonders anrühlich, und juristische Kommentare klammerten ausdrücklich „die eingewanderten Ostjuden“ aus dem Geltungsbereich des § 130 StGB aus<sup>173</sup>. Um auf die ‚Fremdartigkeit‘ der Juden hinzuweisen, schlugen rechtsradikale Blätter mit Vorliebe in diese Kerbe: die DRP polemisiert gegen „Ernst Toller aus Samotschin“<sup>174</sup>, die NPD gegen den „aus Polen eingewanderten Film-„Atze““ (gemeint ist der Filmproduzent Arthur Brauner)<sup>175</sup>; nach Nation Europa ist die französische Presse (die „hundertköpfige Lüge“) „eine Schöpfung von Finanzmännern, die übrigens in den meisten Fällen in rumänischen und polnischen Ghettos geboren wurden und von dort ihren Weg nach Berlin oder Paris gemacht haben“<sup>176</sup>, und die ‚Klüter Blätter‘ wärmen eine alte völkisch-nazistische Fälschung auf, um den Publizisten Maximilian Harden (eigentlich Maximilian Felix Ernst Witkowski) als Ostjuden hinzustellen, indem sie ihm den Namen „Isidor Witkowski“ anhängen<sup>177</sup>.

Bezeichnend ist ferner der Umgang mit Zitaten. So machen die ‚Deutschen Nachrichten‘ aus Historikern wie Golo Mann und Alan Bullock durch Herausreißen einzelner ihrer Sätze Kronzeugen für die Legalität der nationalsozialistischen Machtergreifung und stellen dann fest: „Hitlers Ermächtigungsgesetz durch Gegner verteidigt“<sup>178</sup>. In diesem Fall sind die Zitate – wenn auch aus dem Kontext gelöst und tendenziös entstellt – immerhin korrekt wiedergegeben; in anderen Fällen werden sie förmlich gefälscht – vor allem bei Tatbeständen, bei denen es für den Leser schwierig ist, die angeführten Zitate nachzuprüfen.

Charakteristisch hierfür ist ein Artikel zum Jüdischen Weltkongreß in Brüssel 1966, der als Beitrag zum „notwendigen deutsch-jüdischen Ausgleich“<sup>179</sup> bezeichnet

<sup>172</sup> DN 31/1965, S. 7.

<sup>173</sup> Vgl. A. Dalcke: Strafrecht und Strafprozeß, Berlin 1931, S. 815.

<sup>174</sup> RR 30/1963, S. 3 (Samotschin ist ein Ort in der preußischen Provinz Posen).

<sup>175</sup> DN 9/1965, S. 4.

<sup>176</sup> NE 11/1961, S. 25.

<sup>177</sup> KB 11–12/1964, S. 11. Schon 1930 hatte Theodor Lessing darauf hingewiesen, daß die herabsetzende Bezeichnung „Isidor Witkowsky aus Galizien“ falsch sei: „Den Namen Isidor hatten böswillige Schreiber aus den Fingern gesogen. Er hatte nie so geheißen, war nie aus Galizien eingewandert. Aber es wäre vergeblich gewesen, solche Fälschungen richtigstellen zu wollen.“ — Theodor Lessing: Der jüdische Selbsthaß, Berlin 1930, S. 200.

<sup>178</sup> DN 13/1965, S. 3. Ebenso dient ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz von Ralf Dahrendorf, um ‚objektiv‘ die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Revolution zu beweisen. (Politisches Lexikon, Stichwort „Nationalsozialismus“.)

<sup>179</sup> DN 32/1966, S. 1.

wird. Das NPD-Organ benutzt diesen Anlaß zu einer neuen Attacke auf Golo Mann, der zu ihren regelmäßigen Angriffszielen zählt: „In grenzenloser Überschätzung seiner eigenen Bedeutung hat Golo Mann, der sich bekanntlich als deutscher Historiker ausgibt, vor dem Jüdischen Weltkongreß in Brüssel einen Schuldspruch ‚über die deutsche Nation als Ganzes‘ verhängt und unmißverständlich erklärt, man könne der heutigen deutschen Demokratie ebensowenig trauen wie früheren Staatsformen.“

Der als Zitat ausgegebene „Schuldspruch“ „über die deutsche Nation als Ganzes“ wäre schon allein stilistisch bei Golo Mann unmöglich, und er hat diesen Ausspruch auch nie getan. Ebenso entpuppt sich seine „unmißverständliche“ Erklärung, „man könne der heutigen Demokratie ebensowenig trauen wie früheren Staatsformen“, als entstellende Fälschung; in Wirklichkeit sagte Golo Mann: „Wer die dreißiger und vierziger Jahre als Deutscher durchlebt hat, der kann seiner Nation nie mehr völlig trauen, der kann der Demokratie so wenig völlig vertrauen wie einer anderen Staatsform, der kann dem Menschen überhaupt nicht mehr völlig vertrauen und am wenigsten dem, was Optimisten früher den ‚Sinn der Geschichte‘ nannten<sup>180</sup>.“

Die dritte Fälschung in dem gleichen Artikel ist subtiler. Die NPD tauscht einfach die in einer Rede konditional gebrauchte Konjunktion „wo“ in die kausale Konjunktion „weil“ um und erreicht dadurch eine Sinnentstellung, die noch dadurch verschärft wird, daß ein Gegensatz zu anderen Äußerungen konstruiert wird: „Während Prof. Baron – anspielend auf die Überwindung der deutsch-französischen ‚Erbfeindschaft‘ – seine Hoffnung ausdrückte, daß sich aus korrekten am Ende normale Beziehungen zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk entwickeln würden, erklärte Prof. Scholem, *weil* ‚Liebe nicht mehr aufgebracht werden kann‘, komme es nun auf ‚Distanz, Respekt, Offenheit und Aufgeschlossenheit‘ an.“

Scholem, der sich kurz vorher für „fruchtbare Beziehungen zwischen Juden und Deutschen ausgesprochen hatte, sagte wörtlich in dem von der NPD zitierten Absatz seiner Rede: „Zu einem neuen Verständnis bedarf es, *wo* Liebe nicht mehr aufgebracht werden kann, anderer Ingredienzen: der Distanz und des Respekts, der Offenheit und Aufgeschlossenheit, und mehr als alles, des reinen Willens.“ Daß auch die Rede Barons unzutreffend referiert wird – er plädiert nicht für „am Ende normale Beziehungen zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk“<sup>181</sup> –, ist bei dieser Darstellungsweise schon nebensächlich.

<sup>180</sup> Der Wortlaut der Reden ist hier zitiert nach Abraham Melzer (Hrsg.): Deutsche und Juden, Reden zum Jüdischen Weltkongreß 1966, Düsseldorf 1966.

<sup>181</sup> Das von der NPD angedeutete Zitat lautet im Zusammenhang: „Wenn solche ‚Erbfeinde‘ wie Frankreich und Deutschland endlich ihre Streitäxte begraben und in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung freundschaftliche Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden konnten, so kann man vielleicht auch der Herstellung normalerer — und nicht nur ‚korrekter‘ — Beziehungen zwischen Deutschen und Juden entgegensehen. Und unsere tief beunruhigte Welt kann tatsächlich jede Unze von Freundschaft unter den Völkern gebrauchen, deren sie sich versichern kann.“

Die Intention dieser Verdrehungen ist offensichtlich; Scholem und Baron werden umfunktioniert zu Gegnern einer deutsch-jüdischen Symbiose („normale Beziehungen“ und „Distanz, Respekt“) und für die Technik der Ausspielung von Juden gegen Juden in Beschlag genommen: „Im wohlthuenden Gegensatz zu diesem sattsam bekannten Schuld- und Sühneprediger [gemeint ist Golo Mann] haben die an der Diskussion beteiligten zwei jüdischen Professoren, Scholem (Jerusalem) und Baron (New York), eindrucksvollere Worte der Verständigungsbereitschaft gesprochen. . . .“ Und mit einem Seitenhieb gegen Israel und das „Weltjudentum“ fahren die „Deutschen Nachrichten“ fort: „Ganz gewiß spiegeln sich in den Erklärungen der beiden Professoren nicht die Auffassung der heute noch einflußreichsten Kreise in Israel und im Weltjudentum wider, denn ebenso wie in Jerusalem und Tel Aviv waren gerade auch aus Brüssel in diesen Tagen ganz andere Meinungen zu hören.“

#### 14. Formale Distanzierung.

Vor allem aus Gründen der juristischen Absicherung bedienen sich die rechtsradikalen Propagandisten der formalen Distanzierung. Diese Technik ist ausschließlich für antisemitische Äußerungen entwickelt worden, da in der Bundesrepublik Farbige und Gastarbeiter nicht wie die jüdische Minderheit vor Kollektivdiskriminierung strafrechtlich geschützt werden.

Das einfache, aber propagandistisch wirksame Mittel dieser Technik besteht darin, Behauptungen und Unterstellungen sofort zu widerrufen, einzuschränken oder abzumildern; der konkrete Vorwurf bleibt jedoch bestehen, er wird sogar häufig unmittelbar nach der Revozierung wieder in einer anderen Formulierung aufgenommen. So präsentiert die NPD ausführlich ‚jüdische Deutschenhasser‘, distanziert sich aber daraufhin von dem Kollektivurteil: „Die zahlreichen jüdischen Namen unter den Agitatoren des Antigermanismus sind dennoch [!] kein Beweis für das antisemitische Dogma einer jüdischen Weltverschwörung. Denn es gibt führende jüdische Persönlichkeiten, die die gefährlichen Auswirkungen dieser Hetze gegen den stärksten Bundesgenossen der USA klar erkennen und davor warnen.“ Unmittelbar nach der Widerrufung wird die Behauptung wieder aufgenommen und eine jüdisch-kommunistische Weltverschwörung unterstellt: „Nutznießer der Diffamierung der stärksten antibolschewistischen Nation in Europa kann nur die bolschewistische Weltmacht sein. Bewußt oder unbewußt stehen die Morgenthau-Boys wie eh und je im Dienste Moskaus<sup>182</sup>.“

Diese Methode, Behauptungen aufzustellen, zu revozieren und sie dann wieder aufzustellen, gehört zum technischen Standardrepertoire der NPD-Publizisten. Wie häufig in der rechtsextremen Presse, wird auch die Anwendung der formalen Distanzierung überstrapaziert. Der NPD-Spitzenfunktionär von Grünberg bringt es fertig, in 50 Zeilen mehrmals von Behauptung zu Widerruf und von Widerruf zu Behauptung zu springen. Einerseits deutet er die Möglichkeit an, „den Bolschewismus als die Machtorganisation zu verstehen, mit deren Hilfe sich das Weltjudentum die Weltherrschaft erringen wollte, zu welchem Zweck auch der Jude Karl Marx

<sup>182</sup> DN 1/1965, S. 3.

allein seine Bücher und Schriften verfaßt habe“, andererseits ist diese These „windig“; doch durch die jüdische Kriegshetze gegen das Dritte Reich „galt diese windige These als bewiesen und bestätigt“, aber die Behauptung, „als ob das sogenannte Weltjudentum, also die international organisierten Juden und der Weltkommunismus, gemeinsame Sache machten“, ist „absurd“, worauf gleichwohl, wiederum nach weiteren 19 Zeilen die lapidare Feststellung folgt: „Die sowjetkommunistische Politik und die des organisierten Judentums ist tatsächlich ein und dieselbe<sup>183</sup>.“

Hier ist noch eine zweite Sicherung eingebaut: nicht „die“ Juden, sondern die „organisierten“ Juden arbeiten für den Sowjetkommunismus. Durch die Differenzierung zwischen den ‚guten‘ und den ‚schlechten‘ Juden distanziert man sich formal vom Antisemitismus; indem die einen toleriert werden, blockt man den Vorwurf des Rassismus ab. Die Rede davon, daß es „auch anständige Juden“ gibt, ist eine alte Version, womit Antisemiten sich von „den Antisemiten“ zu unterscheiden suchen.

Auch pflegen Antisemiten gern zu versichern, daß sie nicht die Juden ablehnen, sondern nur einen bestimmten Typ<sup>184</sup>. Um dies glaubwürdiger zu machen, gibt sich die NPD zuweilen sogar philosemitisch: man greift Juden unter dem Vorwand an, „der Sache des notwendigen deutsch-jüdischen Ausgleiches“ oder „der Sache der deutsch-jüdischen Versöhnung“ zu dienen<sup>185</sup>; die angegriffene Person oder Institution aber gilt meistens als repräsentativ für das (Welt-)Judentum. Symptomatisch für diese Technik ist es, wenn die NPD, „um eine echte Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen bemüht“, einen „Hetzartikel“ aus einer kanadischen Zeitung zitiert, „von dem nur Antisemiten, wenn es solche hier noch gäbe, begeistert sein könnten“. Die NPD fühlt sich gleichwohl „verpflichtet, daraus einige besonders unheilvolle Stellen zu zitieren“, doch sie will damit keine antisemitischen Ressentiments mobilisieren, sondern nur ihre Anhänger über „bestimmte publizistische Tendenzen im Ausland“ informieren<sup>186</sup>.

### 15. Demokratische Tarnung.

Eine andere Variante der Distanzierung besteht im Beibringen eines formaldemokratischen Alibis, so wenn die Forderung nach Ghettos für ethnische Minoritäten als eine Art Pluralismus getarnt und Rassentrennung pseudodemokratisch legitimiert wird. Staaten wie Rhodesien oder die Südafrikanische Republik sind dafür besonders geeignete Demonstrationsobjekte. Vor allem deren strenge Apartheidspolitik gelten der NPD als Vorbild. Unter Bezug auf Südafrika läßt sich die Rassendiskriminierung, die, auf die Bundesrepublik übertragen, dem Grundgesetz widersprechen würde, straflos einschleusen, wengleich die NPD aus Gründen der politischen Opportunität nur die Rassentrennung lobt. „Obwohl man es offiziell

<sup>183</sup> DN 36/1966, S. 4.

<sup>184</sup> Vgl. F. Bernstein: Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung, Berlin 1926; Theodor W. Adorno et al.: The Authoritarian Personality, New York 1950.

<sup>185</sup> DN 32/1966, S. 1 und DN 37/1966, S. 5.

<sup>186</sup> DN 40/1966, S. 3.

nicht wahrhaben will, mehren sich bei Schwarz und Weiß Meinungen in der Richtung, daß man völlig getrennte Siedlungs- und Wohngebiete, ja sogar einen eigenen schwarzen Staat schaffen müsse, wenn man dem ständig wachsenden Rassenkampf Einhalt gebieten wolle<sup>187</sup>.“ Segregation wird als Bewahrung der kulturellen Autonomie einzelner Volksgruppen interpretiert und formal liberaldemokratisch ausgelegt. Als Pluralismus drapiert, erscheint dann die Apartheidspolitik als „der Versuch, die nichtmischbaren, ethnischen Volksgruppen, also Weiß und Schwarz und den indischen Bevölkerungsanteil, räumlich auseinanderzuziehen. Damit soll zweifellos erreicht werden, daß die Bantu sich in ihrer Wesensart und die Weißen sich in ihren Lebensgewohnheiten frei bewegen können<sup>188</sup>.“ Wie das ‚Politische Lexikon‘ der NPD als gesicherte Erkenntnis ausgibt, „gedeihen die verschiedenen Rassen . . . nun einmal am besten jede für sich und in einem ihrem Wesen entsprechenden Milieu, nicht untereinander verstreut und in fremdem Milieu“ und eine verantwortliche Politik habe „dieser Tatsache . . . Rechnung zu tragen“<sup>189</sup>.

Auf Deutschland bezogen, resultiert aus dieser pluralistisch getarnten Lehre die Forderung, ethnische Minoritäten aus dem ‚deutschen Volkskörper‘ auszusondern und ihnen begrenzte Lebensräume zuzuweisen. Damit legitimiert man indirekt auch die Diskriminierung des jüdischen Bevölkerungsanteils durch den NS-Staat, so wenn die NPD die Nürnberger Gesetze verteidigt, „durch die Deutsche und Juden staatsrechtlich und sozial getrennt werden und die deutschen Juden auf eine gesetzlich verankerte Kulturautonomie begrenzt werden sollten“<sup>190</sup>. Von dieser Auffassung ist es nur noch ein Schritt zu dem Vorschlag, „unnütze“ Rassen und Völker unter „Naturschutz“ zu stellen<sup>191</sup>.

### 16. *Juden contra Juden.*

„Der Begriff ‚jüdischer Antisemitismus‘“, schrieb Theodor Lessing, „scheint ein Widerspruch in sich zu sein. Aber er ist es so wenig, daß, wenn irgendwo von einem Juden gesagt wird, er sei ein Rosche (Judenhasser), die anderen alsbald rufen: ‚Das ist echt jüdisch‘<sup>192</sup>.“

Wie bereits völkische Gruppen und Nationalsozialisten diesen „jüdischen Antisemitismus“ in ihrer Propaganda verwerteten<sup>193</sup>, so verfügt auch der Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland über seine ‚Hofjuden‘, die antisemitische Äuße-

<sup>187</sup> DN 32/1967, S. 2.

<sup>188</sup> DN 37/1965, S. 7.

<sup>189</sup> Politisches Lexikon, . . . Stichwort „Segregation“.

<sup>190</sup> DN 51/1965, S. 5.

<sup>191</sup> Prof. Dr. Oberth: *Der Mut zur Wahrheit — Mein Weg zur NPD*, DN-Verlag, Hannover, S. 10.

<sup>192</sup> Theodor Lessing: *Der jüdische Selbsthaß*, Berlin 1930, S. 30f. Sozialpsychologen wie Lewin und Allport erklären dieses Phänomen, das auch zuweilen bei hellhäutigen Negern auftritt, mit einem starken Druck auf die Gruppe. Unter bestimmten individuellen und sozialen Voraussetzungen richtet der einzelne seine Aggressivität gegen die eigene Gruppe und identifiziert sich mit der dominierenden Gruppe, die die Pression ausübt.

<sup>193</sup> *Jüdische Selbsterkenntnisse*, in Theodor Fritsch (Hrsg.): *Handbuch der Judenfrage*, a. a. O., S. 483 ff.

rungen publizieren. Der Rabbiner Dr. Isaac Goldstein fungierte jahrelang als Aushängeschild und Alibi der ‚Deutschen Nationalzeitung‘ und stützte die Angriffe gegen das „Weltjudentum“ ab. Nach seinem Tod hat wieder ein Jude die Nachfolge angetreten: J. G. Burg (richtig: Josef Ginzburg), 1967 aus der israelitischen Gemeinde München aufgrund seiner rüden Äußerungen ausgeschlossen, von Thadden als „Czernowitzer Volljude“<sup>194</sup> und von Frey als Vertreter der „nichtzionistischen Judenheit“<sup>195</sup> vorgestellt, dient der rechtsradikalen Agitation als Streiter wider den Zionismus und Apologet des Nationalsozialismus.

Gegenüber früheren Zeiten haben sich die Methoden freilich verfeinert, die Wiedergabe allzu extremer Formen des „jüdischen Selbsthasses“ (Lessing) werden vermieden. Den pathologischen Judentumhaß eines Arthur Trebitsch oder Otto Weininger zu zitieren, ist nach dem Mißbrauch durch die NS-Propaganda riskant geworden. Statt dessen freut sich die NPD über eine „jüdische Antwort an israelische Zeloten“<sup>196</sup> und spielt vor allem Assimilationsjuden gegen zionistisch orientierte Juden aus. Trotz ihrer generell streng antizionistischen Einstellung ist ihr auch ein Zionist willkommen, wenn es ihm gefällt, gegen die ‚Woche der Brüderlichkeit‘ zu protestieren<sup>197</sup>. Die Intention wird überdeutlich, wenn die ‚Deutschen Nachrichten‘ auf derselben Titelseite nebeneinanderstellen: rechts unten die Schlagzeile „Zionisten gegen Deutschland“, links unten die Schlagzeile „Ein gutes Wort – Jüdische ‚Allgemeine‘ wendet sich gegen die Deutschenhetze“<sup>198</sup>.

Sorgfältig differenziert die NPD zwischen dem (schlechten) „organisierten Judentum“ und der (guten) „nichtorganisierten Mehrheit des Judentums“<sup>199</sup>, auch zwischen den (guten) „deutschen Juden“ und den (weniger guten) „Juden in Deutschland“<sup>200</sup>. Das ‚Zwei-Sorten‘-Prinzip ist eine ebenso alte wie weitverbreitete Rechtfertigungsideologie – auch in den USA unterscheiden Rechtsradikale zwischen „white Jews“ und „Kikes“. Diese Differenzierung hat ihre Vorteile. Wer die Guten von den Schlechten trennt, zeigt demonstrativ, daß er scheinbar keine Rassenvorurteile kennt (Bernstein, Adorno und andere Autoren weisen darauf hin, daß Antisemiten gern mit der Einleitung beginnen: „Ich selbst habe jüdische Freunde und Bekannte, aber . . .“). Ferner korrigiert diese willkürliche Unterscheidung die offensichtlichen Mängel eines Kollektivurteils und wirft dabei noch einen propagandistischen Nebenertrag ab: die ‚Guten‘ werden zur Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Wie zutreffend Adornos Bemerkung ist, aus den ‚anständigen Juden‘ von heute würden die ‚schlechten‘ von morgen<sup>201</sup>, zeigt die NPD mit ihrer Handhabung des

<sup>194</sup> RR 10/1962, S. 4.

<sup>195</sup> DNZSZ 15/1966, S. 1.

<sup>196</sup> Schlagzeile in DN 35/1966, S. 5.

<sup>197</sup> DN 13/1967, S. 6.

<sup>198</sup> DN 29/1966, S. 1.

<sup>199</sup> DN 36/1966, S. 4.

<sup>200</sup> DN 40/1966, S. 3.

<sup>201</sup> „It is a structural element of anti-Semitic persecution that it starts with limited objectives, but goes on and on without being stopped. It is through this structure that the ‚two

‚Zwei-Sorten‘-Klischees. Im Grunde genommen sind die Gruppen austauschbar, und tatsächlich bedient sich die NPD ihrer je nach Bedarf in positivem oder negativem Sinne. So fällen die ‚Deutschen Nachrichten‘ folgende Urteile über die Berichterstattung der ‚Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘: „ungemein verlogener Artikel“, „unglaubliche Instinktlosigkeit“<sup>202</sup>, „allzu fanatische Übergriffe professioneller Anti-Antisemiten“<sup>203</sup>, „unerhörte Beleidigung des ehemaligen Heeres“<sup>204</sup> usw. Das Parteiblatt der NPD stellt dieser Zeitung einige Äußerungen eines als „sehr einsichtig“ bezeichneten „Rabbi Rosenthal“ entgegen und kommentiert: „Wir überlassen es unseren Lesern, diese Äußerungen der Einsicht mit dem Hetzartikel der ‚Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘ zu vergleichen“<sup>205</sup>. (Um welchen Artikel es sich handelt, ist nicht ersichtlich; in der betreffenden Ausgabe wird die jüdische Zeitung überhaupt nicht erwähnt. Der „Hetzartikel“ bezieht sich wahrscheinlich auf einen Diskussionsbeitrag zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, gegen den die ‚Deutschen Nachrichten‘ eine Woche zuvor heftig polemisiert hatten.) Später aber wird die sonst als ‚Hetzblatt‘ verschriene Zeitung umfunktioniert, ihr Herausgeber Karl Marx plötzlich als der ‚gute Jude‘ dem ‚schlechten‘ Hans Lamm gegenübergestellt: „Gewiß, diese jüdische Wochenzeitung in Deutschland zählte zwar nicht zu unseren Freunden, ließ aber unter der Leitung von Karl Marx erkennen, daß sie nicht Haß verbreiten wollte. . . Der Geist aber, der in der letzten Woche unverkennbar geworden ist, das ist der Geist des Hans Lamm, scheint ein unversöhnlicher Geist zu sein“<sup>206</sup>.“

Diese Technik des Gegeneinanderausspielens setzt die NPD gelegentlich auch als Argument für die Rassensegregation ein, wobei radikale Gruppen wie die Black-Power-Bewegung als Beweis für den Unfug der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung dienen: „Denn sie wollen nicht ‚integriert‘ werden, und in dieser Hinsicht besteht Übereinstimmung mit den ‚weißen Rassisten‘. . . Die Politik der Apartheid in Südafrika und die Forderung der ‚schwarzen Nationalisten‘ in den USA scheinen des Nachdenkens wert“<sup>207</sup>.“

### 17. *Anti-israelische Drapierung.*

Die Haltung des deutschen Rechtsradikalismus zum Staat Israel ist ambivalent und widersprüchlich: Das Organisations- und Kolonisationstalent, das Staatsgefühl, der Nationalismus und die militärische Tüchtigkeit der Israelis<sup>208</sup> nötigen gerade den

---

kinds' stereotype assumes its sinister aspect. The division between ‚whites‘ and ‚kikes‘, arbitrary and unjust in itself, invariably turns against the so-called ‚whites‘ who become the ‚kikes‘ of tomorrow.“

Theodor W. Adorno et al.: *The Authoritarian Personality*, New York 1950, S. 624.

<sup>202</sup> DN 49/1965, S. 2.

<sup>203</sup> DN 37/1966, S. 5.

<sup>204</sup> DN 33/1965, S. 2.

<sup>205</sup> DN 50/1965, S. 2.

<sup>206</sup> DN 2/1967, S. 12.

<sup>207</sup> DN 23/1965, S. 3.

<sup>208</sup> „Eigentlich sollten Informationsreisen junger Bundesbürger nach Israel intensivst ge-

Rechtsradikalen geheimen Respekt ab und machen sie verlegen, weil diese Eigenschaften zu deutlich die althergebrachten antisemitischen Klischees widerlegen. Gerade deshalb aber schlägt das Gefühl vielfach in offenkundigen Haß um, Haß anscheinend vor allem deswegen, weil die israelischen Juden in einer Phase völkisch-nationalen Staatsaufbaus und Denkens leben, die man auch für Deutschland wiederbeleben möchte. Von daher stammt der aus Haß und Neid gespeiste Vorwurf, die Israelis seien nicht weniger aggressiv, rücksichtslos und nationalistisch als die Nazis. Anlässlich des israelischen Sechstagekrieges gegen die Araber im Juni 1967 entfesselte insbesondere die „Deutsche Nationalzeitung“ eine massive Hetzkampagne gegen Israel. Die oben wiedergegebenen Schlagzeilen der NZ zeigen dies deutlich (s. S. 47). Das Motto „Dayan auf Hitlers Spuren“ (NZ v. 21. 7. 67) und die auf der Titelseite der gleichen Nummer nebeneinander abgedruckten Fotos von Hitler und Dayan (der Abdruck des Hitler-Fotos führte zur Beschlagnahme dieser Nummer der NZ und zum Erscheinen einer titelgleichen Ersatzausgabe ohne das Hitler-Bild) sind dafür charakteristisch.

Gleichzeitig (und widersprüchlicherweise) bedient sich die Anti-Israel-Hetze der Rechtsradikalen aber auch der alten Klischees vom Weltjudentum.

Zwar vermutet der Rechtsradikalismus das angebliche Zentrum des oft beschworenen „Weltjudentums“ in New York (seltener in Moskau oder Washington), doch gilt der Staat Israel als dessen vorgeschobene Bastion mit der Funktion, vor allem Deutschland „in Israels Schuldknechtschaft“<sup>209</sup> zu halten. Die nichtssagende und gleichzeitig andeutungsvolle Art, in der das NPD-Vorstandsmitglied Udo Walendy das von Israel her gespannte geheime Einfluß-Netz in der Bundesrepublik beschreibt, ist typisch für den neo-antisemitischen Stil der Rechtsradikalen. Obwohl Israel nach Bevölkerung und wirtschaftlicher Kapazität nur ein kleines Land sei, so schreibt Walendy, reichten seine „Einflüsse dennoch in mannigfacher Weise über die Grenzen des Landes hinaus“ und müßten insofern auch uns Deutschen bekannt sein. Es sei „nämlich nicht ganz von der Hand zu weisen, daß auf dem Wege verschiedener Organisationen und sonstiger Verbindungen internationaler Erfahrungsaustausch – wenn nicht gar internationale Zielabsprachen – auch in unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur hineinwirken und sogar eines Tages tonangebend sein könnten“<sup>210</sup>.

Die verklausulierte Formulierung – Walendy bedient sich im allgemeinen eines präziseren Stils – läßt sich auf den einfachen Satz reduzieren: Es besteht die Gefahr, daß Deutschland eines Tages von Israel beherrscht wird. Die Wendung „es ist nicht ganz von der Hand zu weisen“ ist eine für den rechtsradikalen Sprachgebrauch typische Version zur Absicherung von Unterstellungen. „In mannigfacher Weise“,

---

fördert werden! . . . Der Faszination einer patriotisch gesinnten, wehrtüchtigen, zum äußersten Widerstand und Opfergang bereiten Jugend kann sich kein bundesdeutscher Jungtourist entziehen.“

DN 3/1967, S. 8

<sup>209</sup> Titelschlagzeile der NZ 9/1965.

<sup>210</sup> DN 39/1965, S. 8.

„zumindest bekannt sein“, „wenn nicht gar“, „sogar eines Tages“ und „sein könnten“: diese Häufung von Vorbehalten, Möglichkeiten und potentiellen Wahrscheinlichkeiten, die den Verdacht erst schürt und ihn mit einem Nebel des Geheimnisvollen umgibt, soll dem Autor gleichzeitig die sozusagen wissenschaftliche Differenzierung und Vorsicht bescheinigen.

Die heftige Aversion gegen Israel ist lediglich ein verschleierter Antisemitismus. Schon das Wort wirkt assoziativ, wird zuweilen in einer deutlichen Tendenz eingesetzt, wie sich in der Schlagzeilen-Koppelung „Proisraelisch und antideutsch“ offenbart<sup>211</sup>. Jede antideutsche Aktion in Israel registriert die NPD als Beweis für den ‚jüdischen Deutschenhaß‘; behandeln Israelis jedoch Deutsche zuvorkommend, finden nationaldemokratische Vorurteile auch für dieses Verhalten eine Erklärung – die jüdische Geschäftstüchtigkeit: „Liebt man die Deutschen? Nein. . . Höflichkeit gegenüber den Deutschen aus puren Nützlichkeitsüberlegungen, das ist die Devise, deren sich die jungen Israelis befeißigen“<sup>212</sup>.

---

<sup>211</sup> DN 32/1966, S. 7.

<sup>212</sup> DN 3/1967, S. 8.

### III. DIE IDEOLOGIE

Propaganda und Ideologie sind häufig derart dicht miteinander verfilzt, daß es schwer zu beurteilen ist, wo die Demagogie aufhört und die weltanschauliche Dogmatik anfängt, der sich die Realität unterzuordnen hat. Die Unschärfe der Programmatik, die Widersprüchlichkeit der Ideologie und die bedenkenlose Verknüpfung von akausalen Zusammenhängen scheinen auf den ersten Blick bewußt flexibel konzipierte Propaganda-Formeln zu sein, die einen breiten Spielraum der Agitation und einen hohen Grad politischer Manövrierfähigkeit erhalten sollen. Tatsächlich läßt sich schon das NPD-Programm in vielen Punkten als eine ebenso unverbindliche wie billige Durchstecherei entlarven, wenn es gegen und für Monopole in der Industrie, gegen und für Subventionen in der Landwirtschaft plädiert<sup>1</sup>. Andererseits aber kreist rechtsradikales Denken um starre Fixpunkte, die sich nicht einfach als demagogische, machiavellistisch-zweckrationale Mittel erklären lassen. 1933 fielen auch die nationaldeutschen Juden der Auffassung zum Opfer, der Staatsmann Hitler würde anders handeln als der Parteiredner Hitler: Tatsächlich aber war der „Volksfeind“ keine demagogische Floskel, sondern es sollte damit blutiger Ernst werden. Hier zumindest blieb die Blut-Mystik des Nationalsozialismus eine Realität, wenn sich auch sonst das Dritte Reich – im Gegensatz zu manchen Inhalten der Ideologie – den Bedingungen des 20. Jahrhunderts unterwerfen mußte. So blieb es bei der Landflucht trotz der Agrarromantik und der bauernfreundlichen Blut-und-Boden-Mystik, so verstärkte sich die Industrialisierung und die wirtschaftliche Konzentration trotz der mittelständischen Ideologie.

Ob gewisse nationaldemokratische Forderungen als propagandistische Köder ausgelegt werden oder tatsächlich ernst gemeint sind, läßt sich apriori kaum feststellen, obgleich wohl nicht viel davon zu halten ist, wenn die NPD beispielsweise mit autarkistischen Plänen zur Sanierung des Ruhrgebietes agitiert, um aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit politisches Kapital zu schlagen. Die geforderte Entlassung von Gastarbeitern ist insofern demagogischer Bluff, als dadurch keinem arbeitslosen Bergmann eine entsprechende Beschäftigung verschafft werden würde; die ebenfalls aus Frem-

---

<sup>1</sup> Vgl. NPD-Programm V, 5: „Die Kapitalbildung und die Schaffung persönlichen Eigentums sind zu fördern, die Schwächeren sind vor Ausbeutung und Übervorteilung durch Monopole zu schützen.“ Punkt 6: „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerlässlich. Sie wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die auf einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung (z. B. Autoindustrie) gerichtet sind.“

Ähnlich argumentiert die NPD in ihrem Programm zur Landwirtschaft (Abs. VII). Punkt 13 fordert kategorisch: „Subventionen sind abzubauen.“ In den Punkten 16–18 verlangt die NPD hingegen „steuerliche Entlastungen“, „Zuwendungen“, „Stützungen“, „zinsniedrige Kredite“ und „Zinsverbilligungen“.

denfeindschaft gespeiste Forderung nach einer Beschränkung amerikanischen Kapitals und amerikanischer Kohle würde eine strukturell bedingte Wirtschaftskrise sicher nicht lösen; der Lieblingsplan der NPD, Ruhrkohle zu hydrieren, besitzt einen hohen Propagandawert und ist dennoch wirtschaftlicher Unsinn, da eine Kohleverflüssigung doppelt so teuer wäre wie Erdölimporte. Aber angesichts des nationalistisch-autarken Leitbildes könnte dieser Plan ernst gemeint sein.

Mögen wirtschaftliche und teilweise auch politische Vorstellungen von einer rechtsradikalen Regierung pragmatisch gehandhabt werden, so spricht doch alles dafür, daß Rassismus und Fremdenhaß feste Bezugspunkte rechtsradikalen Denkens und Handelns darstellen. Das biologisch-völkische Weltbild ist grundlegende Prämisse rechtsradikalen Gedankenguts, von dem sich die wichtigsten Dogmen ableiten: der spezifische Nationalismusbegriff, völkisches Bewußtsein, Ethnozentrik, wirtschaftliche Autarkie usw. Auf der präfaschistischen und nationalsozialistischen Rassenlehre basierend, hat der Rechtsradikalismus wie seinerzeit die NSDAP keine systematische Ideologie entwickelt, aber die einzelnen Dogmen sind miteinander verzahnt. Die Haupttriebfeder ist dabei der gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgekommene Biologismus.

#### A. Die Rassenlehre als Hintergrund

Nach 1850 gewann die Biologie, eine bis dahin vernachlässigte Wissenschaft, an Ansehen und erzielte besonders in ihren Zweigen Anthropologie und Humangenetik rapide Fortschritte. Darwin und Mendel wirkten nicht nur im naturwissenschaftlichen Bereich bahnbrechend; ihre Erkenntnisse wurden bald in sachfremde Bereiche umgesetzt. Der Säkularisierungsprozeß war abgeschlossen, die Ideen der Aufklärung waren durch irrationale Gegenbewegungen zurückgedrängt, und in dieses weltanschauliche Vakuum stieß der Biologismus vor, dessen Weltbild scheinbar auf naturwissenschaftlich exakten Prinzipien aufgebaut war. Die Biologie schuf Modelle für eine neue Welt mit stabilen Ordnungsmaßstäben. Die Vererbungsgesetze lehrten, daß Merkmale, Eigenschaften und Fähigkeiten angeboren seien; kulturell und zivilisatorisch zurückgebliebene Rassen schienen die qualitative Ungleichheit der Menschen zu bestätigen; Darwins Selektionstheorie wurde auf den Menschen übertragen. Transzendental überhöht, wurde das „Recht des Stärkeren“ zu einer moralischen Kategorie, das mit rassistischen Erbqualitäten ausgestattete Volk zum Kulturschöpfer, die Rasse zum Garant der Zukunft – der „Kampf ums Dasein“ war bald auf Kollektiveinheiten (Völker, Rassen) übertragen worden.

Houston Stewart Chamberlain, Paul de Lagarde, Eugen Dühring und andere Wissenschaftler popularisierten den Rassismus, der eine Generation später, als er bereits wissenschaftlich widerlegt war, seine größte Anziehungskraft ausübte und in das politische Glaubensbekenntnis der Völkischen und Nationalsozialisten einging. Diese Rassenlehre betrachtete die (indo)germanische, vor allem die als besonders wertvoll bezeichnete nordische Rasse als Kulturträger; Negern wurde eine ange-

borene Dummheit unterlegt, und sie wurden gelegentlich eher den Affen als den Menschen zugerechnet. Die nicht abzustreitenden intellektuellen Leistungen der Juden führte die Rassenlehre auf deren parasitäre Subkultur zurück: Juden würden ausschließlich von den schöpferischen Leistungen ihrer „Wirtsvölker“ leben.

Der Sozialdarwinismus, der Zwillingbruder des Rassismus, beurteilte den Menschen vorwiegend nach seinen rassischen Erbqualitäten und reduzierte ihn auf seine biologische Funktionstüchtigkeit. Um der biologischen Qualität des Volkes willen, so lehrte der wohl einflußreichste Denker H. S. Chamberlain, sei jede Rassenmischung abzulehnen, da sie zu kulturellem Niedergang führen würde; die „Humanitätsduselei“ sei einem seiner Höherwertigkeit bewußten germanischen Herrenvolk unwürdig. Das „Volk“, ein der romantischen Staatslehre entlehnter Begriff, jetzt zunehmend biologisch verstanden als eine organisch gewachsene Gemeinschaft, könne verbessert werden, da das „Blut“ (genauer: der Grad der Reinheit des nordischen Blutes) für die biologische Funktionstüchtigkeit eines Volkes ausschlaggebend sei<sup>2</sup>. Der englische Sozialdarwinist Frederic Galton prägte dazu den Terminus „Eugenics“, der 1905 von Alfred Ploetz – im Dritten Reich als „Rassenploetz“ berühmt geworden – in „Rassenhygiene“ verdeutscht wurde.

In diesen biologistischen Gedankengängen an der Schwelle des 20. Jahrhunderts war praktisch die nationalsozialistische Ideologie vorgezeichnet – von der „Aufnordung“ bis zur physischen Ausrottung der Juden, von der Diskriminierung der Farbigen bis zum Kampf gegen „artfremde Kultur“<sup>3</sup>. Trotz seiner wissenschaftlichen Unhaltbarkeit und seiner verbrecherischen Realisierung durch das Hitler-Regime hat sich das biologische Ordnungsmodell als dominierender Bezugspunkt rechtsradikalen Denkens ungebrochen erhalten. Unverdächtig klingende verbale Neuschöpfungen wie der Ausdruck „Biopolitik“, von ‚Nation Europa‘ geprägt und von der NPD propagiert, täuschen nicht darüber hinweg, daß völkisches Gedanken-

<sup>2</sup> Hermann Ahlwardt, einer der populärsten Demagogen seiner Zeit, lehrte 1890: ein Volk, das sich rasserein hält und sich „dadurch die Bahn für seine naturgemäße Kulturentwicklung frei macht, ist zum Kulturträger und folgerichtig auch zum Beherrscher der Welt berufen“. Hermann Ahlwardt: Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum, Berlin 1890, S. 239.

Den gleichen Gedanken greift Hitler in seinem Schlußwort zu ‚Mein Kampf‘, a. a. O., S. 782, auf: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich seiner besten rassischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Erde werden.“

<sup>3</sup> Ahlwardt, der Erfinder des Slogans „Deutschland, wache auf!“, forderte: „... gegen die Juden sei unser Schwert gerichtet!“ (Judenflinten, Dresden 1892, S. 37); Theodor Fritsch verlangte in der 26. Auflage seines „Handbuchs der Judenfrage“ von 1907, „unreine Hände (Juden) abzuschlagen“; Paul de Lagarde plädierte für eine Deportation nach Madagaskar. Die rassische Minderwertigkeit von Farbigen war Gemeingut; der angesehene Kolonialpolitiker Carl Peters beispielsweise charakterisierte 1892 den Neger mit folgenden Worten: „Er ist verlogen, diebisch, falsch und hinterlistig, und wenn oberflächliche Beobachter an ihm eine gewisse Bonhomie wahrzunehmen glauben, so liegt dies ausschließlich an der geringen Irritabilität seines Nervensystems und der daraus folgenden stumpfen Reaktionsfähigkeit seines Willens.“

Carl Peters: Gesammelte Schriften, Berlin, 1943, S. 521.

gut und eine pragmatisch umgeänderte Rassenlehre aus den alten Quellen gespeist werden.

Prof. Ernst Anrich, Chefideologe und Leiter der Abteilung Politische Bildung beim NPD-Vorstand, legte in seinem Grundsatzreferat vor dem Karlsruher Parteitag 1966 den Rassenbiologismus umständlich verklausuliert, aber deutlich genug dar: „Es zeigt sich, wie im Zusammenhang mit Wachstum und großen geologischen Erschütterungen Gruppen der Rassen in Bewegung geraten sind. Wie sich Rassen begegnen, bekämpfen, sich durchdringen und danach in bestimmten Räumen wieder absondern – und wie nach Zeiten der Auflösung sich auf einmal wieder . . . eine ganz bestimmte geprägte und prägende Kraft wachsend zeigt. Sie ist der Ausdruck dessen, daß wieder ein biologischer Organismus besonderer Artung und Keimkraft vorhanden ist, aus dem im geistigen Widerspiel bestimmt geartete und in sich geschlossene Kulturen in Sprache und Stil hervortreten.“ Das Volk wird durch eine rassenspezifische „Artung und Keimkraft“ determiniert, und konsequent fordert Anrich als oberstes Gebot die Reinhaltung der Rasse, da Mischung zum Untergang des Volkes führe.

Deutlicher als Anrich arbeitet der Coburger NPD-Stadtrat Arthur Ehrhardt das „biopolitische Denken“ aus: „Biopolitisch denken, das heißt heute: das gemeinsame genetische Erbe der europäischen Völker erkennen und vor Überflutung und Versumpfung bewahren“<sup>4</sup> – als Konsequenz propagiert Ehrhardt die nazistische Ethik: „Gut ist, was die Erbanlagen schützt und ihrer Evolution Raum gibt; verwerflich, was die Gene und die Evolution gefährdet“<sup>5</sup>.

Deutlicher als Anrich verkündet ‚Nation Europa‘ das ‚biopolitische‘ „Grundgesetz“: „Die Entwicklung der Menschheit wird durch den Wettstreit der Rassen bestimmt. Dieser Wettstreit beruht nicht wie der vom Marxismus verkündete Klassenkampf auf künstlichen, aus Spekulationen abgeleiteten Spannungen und Haßgefühlen, sondern auf den Wahrheiten der Evolution und Eugenik“<sup>6</sup>.

Dem pflichtet auch die NPD bei, die Geschichte nach wie vor als Ablauf von Rassenkämpfen auffaßt: „Und das Wort von der ‚Biopolitik‘ trifft den Kern dessen, was wir als Geschichte begreifen; sie ist (wie auch jede ernsthafte kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung) in ihren Grundzügen nichts anderes als ein Spiegelbild biologischer Verhältnisse“<sup>7</sup>. Dieser Geschichtsbegriff verspricht eine glorreiche Zukunft Deutschlands: aufgrund ihrer höherwertigen Erbqualitäten müssen die Weißen (und besonders die Deutschen) früher oder später eine dominierende Weltstellung ausüben. Auch hier formuliert der ‚Nation Europa‘-Chef Arthur Ehrhardt klarer die Aufgabe und geschichtliche Bestimmung Deutschlands: „Was uns vorschwebt, ist der kameradschaftliche Zusammenschluß aller europäischen Völker zum gemeinsamen Schutz des Abendlandes und seiner Werte. Daß dabei neben den romanischen und slawischen Völkern die germanischen schon aus zahlenmäßigen

<sup>4</sup> NE 12/1963, S. 60.

<sup>5</sup> NE 12/1964, S. 9.

<sup>6</sup> NE 12/1962, S. 41 f.

<sup>7</sup> DN 30/1965, S. 3.

und geographischen Gründen eine wichtige Rolle spielen müssen, bedarf keiner Begründung<sup>8</sup>.“

Wie der NS-Propagandist Helmut Sündermann in den ‚Deutschen Nachrichten‘ lehrt, setzt sich das Volk „als eine bestimmbar Summe von Eigenschaften genetisch durch die Generationen fort, und zwar in den großen Grundzügen unverändert, solange die Fortzeugungslinie nicht durch Mischung gebrochen oder durch Untergang beendet wird“. Dabei sind die nordischen Gene wertvoller: „Es gäbe wenig Anlaß zu biopolitischen Zukunftsorgen, wenn die ‚Bevölkerungsexplosion‘ sich etwa unter den Deutschen oder den Engländern oder den Holländern oder auch den Japanern abzeichnen würde: Das alles sind Völker, die notfalls aus Steinen Brot schaffen werden<sup>9</sup>.“ Der Rassismus vermischt sich mit einem vulgären Sozialdarwinismus, wenn die alten Termini „Ausmerze“ und „natürliche Auslese“ durch die Umschreibungen „Hygiendiktatur“ und „medizinische Zwangsgesundung“ ersetzt werden, wenn statt „minderwertige“ Rasse „inaktive“ Rasse gesagt wird; so klagt die NPD, daß „fast die ganze bevorstehende Milliardenvermehrung der Menschheit sich im wesentlichen auf ihren inaktiven Teil beschränkt. Die Ursachen sind leicht erkennbar; es handelt sich schlicht um ein Ergebnis der Hygienesdiktatur und der medizinischen Zwangsgesundung. . . Wenn wir – was nichts mit sittlicher Wertung zu tun hat, aber in der nüchternen Welt der Tatsachen unverkennbar ist – zwischen ‚aktiven‘ Völkern und den ‚Duldern‘ unterscheiden, so sehen wir eine Welt heranstiegen, in der die Tätigen immer weniger und die Bedürftigen immer mehr werden<sup>10</sup>.“

Die „nüchterne Welt der Tatsachen“, auf die sich der Rechtsradikalismus gern beruft, wird wissenschaftlich verbrämt; mit dem Professorentitel geschmückte Handlanger eines pseudowissenschaftlichen Rassismus stehen in genügendem Maße zur Verfügung: 1933 hatten die deutschen Anthropologen gelobt, die nationalsozialistische Rassenpolitik nach Kräften zu unterstützen, und durch entsprechende Forschungsergebnisse qualifizierten (oder disqualifizierten) sich Biologen für einen Lehrstuhl. Aus der berechtigten Annahme, daß die NS-Anthropologen sich nur bedingt als Autoritäten eignen, verweist der Rechtsradikalismus mit Vorliebe auf präfaschistische Rassisten wie Eugen Fischer oder Paul de Lagarde<sup>11</sup>; um die Integrität

<sup>8</sup> NE 3/1955, S. 70.

<sup>9</sup> DN 30/1965, S. 3.

Daß hier auch die Japaner (als ehemalige Kominternpakt-Verbündete) zu den höherwertigen Rassen gerechnet werden, wird aus der NS-Rassenlehre verständlich, deren wissenschaftliches Mäntelchen sich nach dem Wind drehte: die arischen Zigeuner wurden als minderwertig verfolgt, die verbündeten Japaner aber zu halben Germanen gestempelt. Der Amateurbiologe Hitler behauptete, daß „die heutige japanische Entwicklung arischen Ursprung das Leben verdankt“ (Mein Kampf, a. a. O., S. 319), und im Dritten Reich wurden gelegentlich Japaner, die in Konflikt zur Rassengesetzgebung kamen, zu Ariern erklärt.

<sup>10</sup> DN 30/1965, S. 3.

<sup>11</sup> Heinrich Härtle empfiehlt Eugen Fischer zur Lektüre, der seine wissenschaftliche Reputation im Dritten Reich gründlich diskreditiert hat: „Ich erkläre heute, wie seit Jahrzehnten, die nordische Rasse als die geistig leistungsfähigste, schöpferischste und darum höchste der euro-

der ‚wissenschaftlichen‘ Rassenlehre vorzutauschen, greift Heinrich Härtle zu einem Taschenspielertrick: „Prof. F. K. Günther hat seine grundlegenden Werke lange vor 1933 geschrieben und sein Ordinariat für Sozialanthropologie an der Universität Jena bereits 1930, also in der Weimarer Republik, übernommen<sup>12</sup>.“ Der 1945 amtsenthobene „Rassengünther“ und Ludendorff-Autor besaß indessen keineswegs eine solche wissenschaftliche Reputation, daß ihm die Weimarer Republik in Anbetracht seiner „grundlegenden Werke“ ein Ordinariat anbot. In Wirklichkeit wurde Günther durch die energische Protektion des thüringischen NSDAP-Innenministers Wilhelm Frick 1930 auf den neugegründeten Lehrstuhl für soziale Anthropologie gehoben; die Berufung erfolgte „gegen den einstimmigen Protest der zuständigen Fakultät und des Senats sowie (auf Anregung der ‚Deutschen Liga für Menschenrechte‘) von 31 Professoren aus ganz Deutschland, wobei der Protest damit begründet wurde, daß Günther in seiner wissenschaftlichen Qualifikation den An-

---

päischen Rasse. . . Arbeit, völkische, nationalsozialistische Arbeit bedeutet es, unserem ganzen Volk die Augen aufzumachen über die Bedeutung der Rasse (Volk und Rasse, Jg. 9 [1934], S. 250, hier zit. nach Karl Saller: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Frankfurt 1960, S. 18). Fischers und F. K. Günthers Werke, so Härtle, seien „für Schüler und Studenten geeignet, vor allem für diejenigen, die bereit sind, neue Gesichtspunkte der Geschichtsbetrachtung zu prüfen“ (RR 5/1958, S. 5).

Besonderer Wertschätzung erfreut sich de Lagarde. Hans W. Hagen feiert ihn als „Seelsorger der deutschen Nation“ (DN 51–52/1966, S. 13): „Wenn heute unsere kulturelle Katastrophe in Deutschland dadurch vollendet werden soll, daß Familie, Volk und nationale Kultur zerschlagen werden, so hilft gegen diesen drohenden Untergang eine Besinnung auf Paul de Lagarde . . . Was damals Lagarde als große Gefahr heraufdämmern sah, tobt als Ungewitter über unserer seelischen Stunde und in unserem geistigen deutschen Raum, der nicht nur politisch zerklüftet ist und zu zerbrechen droht. Lagarde als Mahner in der Notzeit damals, kann uns als geistiger Helfer in den Stürmen unserer Schwellenzeit werden.“

Lagarde als „geistiger Helfer“? Der Göttinger Orientalist half geistig, die ‚Endlösung‘ vorzubereiten, bezeichnete Juden als „Asiaten“, „Fremdlinge“, „Träger der Verwesung“, „Trichinen“ und „Bazillen“ — „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht ‚erzogen‘, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich unschädlich gemacht . . . Ich bin seit Jahren überzeugt, daß die in die christlich-germanische Kulturwelt eingenistete Judenheit der Krebs unseres gesamten Lebens ist“ (Paul de Lagarde: Juden und Indogermanen, Leipzig 1887, S. 339 u. 346). Die Vorliebe für den ‚unverdächtigen‘, ‚konservativen‘ Antisemiten ist allen rechtsradikalen Blättern gemein:

„. . . sein glühendes Deutschbewußtsein, das tiefe Ethos seines religiösen Suchens und der heilige Ernst, mit der er um sein Volk und Vaterland ringt, wird auch heute noch jedem, der sich eingehender mit seiner Persönlichkeit befaßt, wie kraftvoll reinigende Höhenluft anwehen“ (KB 1/1962, S. 10); noch deutlicher NE 3/1965, S. 63:

„Lagarde . . . wurde aus Sorge um den Niedergang des deutschen Geisteslebens ein scharfer Kritiker des damals beginnenden Zuges zum Konformismus . . . Mit unerbittlicher Schärfe warnte er vor den Mängeln des deutschen Bildungswesens, dem Umsichgreifen der kommerziellen Gesinnung, den Schwächen des staatsnationalistischen Denkens, dem zunehmenden Einfluß des Judentums.“

Eine ähnliche Verehrung der präfaschistischen „Klassiker“ genießt nur noch Houston Stewart Chamberlain.

<sup>12</sup> RR 5/1958, S. 5.

sprüchen in keiner Weise gerecht werde, die die Universität an ein Mitglied des Lehrkörpers stellen müsse“<sup>13</sup>.

Mit dem NPD-Redner Prof. Dr. Felix von Bormann (SA-Sanitätsoberturmbannführer) hat der Rechtsradikalismus einen Rasse-Experten von noch zweifelhafterer Qualifikation zur Verfügung. Für Bormann gilt als bewiesen, daß Farbige „niemals kulturtragend waren und infolge der durchschnittlich geringen Entwicklung ihres Gehirns auch nie dazu fähig sein werden“, denn „ihr Gehirn ist nun einmal kleiner als das des Europäers“<sup>14</sup>. An einer anderen Stelle desselben Heftes protestiert „ein Laie“ gegen den „Mißbrauch der Wissenschaft“ (gemeint ist die von führenden Anthropologen entworfene UNESCO-Deklaration zur Rassenfrage) und beteuert, daß „mit einem ‚Rassismus‘ die Anerkennung rassischer Verschiedenheiten natürlich nichts zu tun (hat)“<sup>15</sup>. Die rassischen Verschiedenheiten demonstriert die NPD vorzugsweise an Negern, die „sich nicht nur durch die Hautfarbe unterscheiden“, sondern „völlig verschiedene Erbanlagen“ besitzen; beispielsweise „die Moral ist völlig unterschiedlich von der europäischen. . . Auch Begriffe wie Fleiß, Strebsamkeit und auch der Begriff Treue scheinen in ihrer Lebensauffassung keinen Platz zu finden. Vor allem das Wort Vergeßlichkeit spielt bei ihnen eine sehr große Rolle“<sup>16</sup>. Daher „überläuft“ die NPD „ein angstvoller Schauer“, wenn sie an die Rassenintegration denkt, die eine „Verprimitivierung“ bedeuten würde<sup>17</sup>; vom wissenschaftlichen Standpunkt aus fordert Professor von Bormann „die Eindämmung der Negriden“ und versteht nicht, daß „manche Gruppen unserer eigenen Rasse aus mißverständener Humanität darauf drängen, den Negern eine volle Gleichberechtigung zuzubilligen“<sup>18</sup>.

Angesichts eines ständigen Wandlungsprozesses, einer fortwährenden Auflösung überkommener politischer und gesellschaftlicher Strukturen und der Vielfalt unterschiedlicher und widersprüchlicher Werte in der pluralistischen Gesellschaft setzt das biologische Ordnungsmodell verbindliche und stabile Normen; beruht der Wert und die schöpferische Potenz des Menschen ausschließlich auf seiner rassischen Substanz, so ist die Welt säuberlich geschieden in Höher- und Minderwertige, Starke und Schwache, „aktive Völker“ und „Dulder“. Daher blickt der deutsche Rechtsradikalismus mit mißtrauischer Besorgnis auf die Entwicklung in der ‚Dritten Welt‘ und die egalitären Bestrebungen in den USA, wo die alten festen Ordnungsprinzipien in steigendem Maße zusammenbrechen. Das „he should know his place“, mit dem die amerikanische Rechte die Gleichberechtigungsforderung des Negers ablehnt, ist biologisch determiniert. Mittels einer objektiv anmutenden Begründung – einer politisch mißbrauchten Anthropologie – wird eine rassische und soziale

<sup>13</sup> Karl Saller: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 27 f.

<sup>14</sup> NE 1965, Beiheft „Biopolitik“, S. 19 u. 24.

<sup>15</sup> Ibid., S. 32.

<sup>16</sup> DN 37/1965, S. 7.

<sup>17</sup> DN 39/1965, S. 3.

<sup>18</sup> NE 12/1955, S. 24.

Höherwertigkeit des Weißen konstruiert und sein Herrschaftsanspruch rational angemeldet. Der Rechtsradikalismus begreift sich als die elitäre Avantgarde der weißen Rasse, die er mit seinem als ‚wissenschaftlich‘ oder ‚natürlich‘ deklarierten Biologismus verteidigt – so beruht für die NPD „die Politik der Apartheid auf den ältesten Naturgesetzen, nämlich der Verschiedenheit der Rassen und der Verschiedenheit der menschlichen Erbanlagen. Die Erbbiologie bestätigt das<sup>19</sup>.“ Im Gegensatz dazu steht die „naturwidrige Milieu-Theorie“<sup>20</sup>.

Die Rassenideologie duldet nicht einmal Ansätze einer soziologischen Betrachtung und verwechselt konsequent Ursache und Wirkung: intellektuelle Unterlegenheit ist nicht die soziale Folge der Rassendiskriminierung, sondern Rassendiskriminierung wird auf die biologisch begründete Minderwertigkeit der Farbigen zurückgeführt. Die Argumentation, mit der jede Umweltbeeinflussung bestritten wird, spricht für sich: „Ihre letzte Folgerung wäre, daß man einen Neger nur in Goethes Gartenhaus zu setzen brauche, um ihn fähig zu machen, einen ‚Faust‘ zu schreiben<sup>21</sup>.“

Trotz der ‚wissenschaftlich erwiesenen‘ Minderwertigkeit der Farbigen sieht sich der Rechtsradikalismus vor die Tatsache gestellt, daß heute „die weiße Weltstellung ruiniert“ ist<sup>22</sup>, und daher fordert die NPD die „biologische Regeneration der weißen Rasse“ und die „kraftvolle Wiederbelebung der weißen Vitalität“. Ein tiefer Kulturpessimismus, alter Bestandteil konservativ-antidemokratischen Denkens, kommt zum Vorschein, wenn die NPD lehrt, es sei „die Wahrscheinlichkeit einer Überflutung der weißen Kernvölker durch eine andersgeartete Bevölkerungsexplosion so gewiß, daß die *organisierte Gleichgültigkeit* gegenüber den Wesensunterschieden der Menschengruppen ins Wanken gerät, gründlichere Einsichten gesucht werden müssen und biopolitische Überlegung Gebot der Stunde wird“<sup>23</sup>.

Der Rechtsradikalismus führt jede ihm nicht genehme Veränderung auf das Wirken anonymer Kräfte zurück; die eigene Größe wird durch eine Feindgruppe herabgesetzt. Den alten Stereotypen folgend, macht der Rechtsradikalismus dafür Juden verantwortlich: Juden würden „die Anerkennung eines rasseeigentümlichen Sonderwertes“ leugnen<sup>24</sup>; eine „stillschweigende Solidarität zwischen Negern und Juden“ wird konstatiert<sup>25</sup>; da in New York „mehr Juden als im ganzen Staat Israel (wohnen)“, „beherrscht dieses Ghetto von Zugewanderten und Farbigen nicht nur die Hochfinanz, sondern auch die öffentliche Meinung; jede Hetze und alle Rassenstreitigkeiten stammen aus dieser schmutzigen Quelle“<sup>26</sup>; der „Antigermanismus, der unser Jahrhundert beherrscht, (hat) die weiße Weltstellung ruiniert“<sup>27</sup>; „der Kampf geht eben nicht für den armen, unterdrückten Neger“, sondern „gegen den

<sup>19</sup> DN 37/1965, S. 7.

<sup>20</sup> DN 6/1966, S. 3.

<sup>21</sup> NE 11/1954, S. 29.

<sup>22</sup> DN 30/1965, S. 3.

<sup>23</sup> DN 38/1965, S. 3 (Hervorhebung v. Verf.).

<sup>24</sup> KB 5–6/1957, S. 35.

<sup>25</sup> KB 8–9/1961, S. 32.

<sup>26</sup> NE 8/1957, S. 42.

<sup>27</sup> DN 30/1965, S. 3.

Europäer“<sup>28</sup>; „die dadurch [die Rassenintegration] gezüchtete Verärgerung richtet sich sowohl gegen die demokratische Regierung als auch gegen die meist jüdischen Organisationen zur Förderung der Rassenintegration in den USA“<sup>29</sup>, usw.

Nicht nur hier offenbart sich, wie „der Fremde“ für alles Unheil haftbar gemacht wird. Die xenophobischen Motivationen – seien sie nun auf Juden, Farbige oder Gastarbeiter bezogen – dienen primär als Erklärungsversuche einer vermeintlichen Schädigung der „ingroup“. Der Fremde dringt in die völkische Gemeinschaft ein und ‚verseucht‘ sie biologisch durch Rassenmischung oder geistig durch „artfremdes“ oder „undeutsches“ Gedankengut. Dem rechtsradikalen Denken liegt eine überschaubare und heile Welt zugrunde, eine durch Blutsbande zusammengehaltene Volksgemeinschaft, in der Biologismus und Nationalismus integrierend wirken, wo jeder seinen festen Platz hat und sich einem starren Wertesystem unterordnet – eine Welt, in der sich Deutschland nicht „dem Spiel unkontrollierbarer internationaler Wirtschaftskräfte überläßt“<sup>30</sup> und in der die NPD die „Früchte internationalistischer Verführung“ verbieten wird, Früchte, die „der einzelne als maßlosen Egoismus, völlige Vereinsamung, Sinnlosigkeit des Lebens und im Gefolge davon als freche Pflicht- und Gesetzesverachtung und Verbrechenssucht zu kosten (bekommt)“<sup>31</sup>. Schon das NPD-Programm entwirft als „Grundlage“ eine idyllische Volksgemeinschaft mit einem Hauch von Nestwärme: „In der großen Gemeinschaft verbindet er (der Staat) die kleinen Gemeinschaften und gesellschaftlichen Gruppen. So schafft er Geborgenheit und erfüllt das Leben des einzelnen mit Sinn und Wert.“ In diesem Staatsmodell sind ethnische Minoritäten störende Fremdkörper.

### B. Motivationen des Fremdenhasses.

Da die rassenbiologischen Argumente zumindest propagandistisch nicht ausreichen und mit dieser Begründung in den öffentlichen Wind geredet würde, versucht die radikale Rechte ihre Vorurteile rational zu motivieren. Die Abneigung gegen das ‚Andersartige‘ muß sich in konkreten Motivationen artikulieren. Das Vorurteil bedarf der Rechtfertigung. Eine latente Abneigung gegen Fremde ist – täuschen wir uns nicht – weit verbreitet<sup>32</sup>; ihre Begründungen reichen von der bornierten Stereotype vom „faulen Italiener“ bis zu der rationalen Kaschierung, ausländische Studenten würden Deutschen die Studienplätze wegnehmen.

Zu unterscheiden ist freilich, ob sich die Abneigung auf der Ebene der sozialen Distanzierung bewegt oder ob der Fremde ein Aggressionsobjekt darstellt, in das alle möglichen Verdächtigungen projiziert werden, so daß der Fremde zum Volksfeind

<sup>28</sup> DN 19/1966, S. 4; gleichlautend in DN 35/1966, S. 3.

<sup>29</sup> DN 48/1965, S. 4.

<sup>30</sup> DN 25/1966, S. 7.

<sup>31</sup> DN 35/1966, S. 3.

<sup>32</sup> „67 von 100 Bundesbürgern sind, laut Divo-Umfrage, überzeugt, daß zu viele Gastarbeiter ins Land gekommen sind.“ Der Spiegel, Nr. 52/1968, S. 38.

erhoben wird. Es wäre falsch, in den einzelnen Motivationen nur den demagogischen Stimulus zu sehen, ein Instrument, um aus dumpfen xenophobischen Ressentiments politisches Kapital zu schlagen. Der Gastarbeiter oder Jude *ist* ein Feind und daher Kommunist – nicht weil er eventuell Kommunist ist, gilt er als Feind. Das Haßobjekt ist die Gruppe, der angegriffene einzelne deren Repräsentant, der gelobte einzelne die Ausnahme. Da die Angriffe gegen Gastarbeiter und Juden aus der gleichen Quelle gespeist werden, benutzt die rechtsextreme Agitation gleiche Vorwürfe. Verschieden ist aber die funktionale Bedeutung der beiden outgroups für die rechtsradikale Ideologie; beide Gruppen sind in ihrer Präsenz und ihren potentiellen Einflüssen zu ungleich. Obwohl Gastarbeiter in der rechten Agitation ein Surrogat der traditionell bekämpften Juden bilden, eignen sich Gastarbeiter nur bedingt als vollwertiges Ersatzobjekt.

Zunächst einmal die Fakten:

Gegenüber 500 000 Juden im Jahre 1933 leben heute etwa 30 000 Juden in (West-)Deutschland. Diese Zahl akzeptiert der Rechtsradikalismus im allgemeinen, setzt sie aber gelegentlich wider besseres Wissen höher an, wenn es propagandistisch zweckvoll erscheint. So behauptete die DRP 1958, fast 200 000 Juden würden in der Bundesrepublik leben, die NPD vermutete „40 000 bis 100 000“<sup>33</sup>. Hatten vor 1933 die deutschen Staatsbürger jüdischer Abstammung einen gewissen (wenn auch überschätzten) Einfluß in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und jedenfalls ein qualitativ bedeutendes Gewicht in der deutschen Kultur, so sind im Nachkriegsdeutschland die Juden zu einer zahlenmäßig, wirtschaftlich, politisch und kulturell bedeutungslosen Gruppe zusammengeschmolzen, die zudem noch stark überaltert ist. Ihre heutige Position stützt sich weder auf die numerische Bedeutung noch auf die (nicht vorhandene) Macht einiger Repräsentanten: ihre einzige Einflußmöglichkeit resultiert aus dem deutschen Schuldbewußtsein und einer aus schlechtem Gewissen geborenen Art von Philosemitismus, der Juden mit dem Mantel der mehr zufälligen und widerwilligen Nächstenliebe zudeckt.

Hingegen stellen die über eine Million starken ausländischen Arbeitnehmer eine auffallende outgroup dar, deren Mitglieder sich durch physiognomische Kennzeichen und spezifische Verhaltensweisen deutlich von Deutschen unterscheiden. Aber als überwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte stehen die Gastarbeiter am unteren Ende der Prestigeskala, sie sind sozial isoliert, haben keine Aufstiegschancen, sind in ungleich stärkerem Maße als deutsche Arbeitnehmer von Entlassungen bedroht und werden häufig schon bei Bagatelvergehen von den Behörden in ihre Heimatländer abgeschoben. Gastarbeiter bilden daher (anders als Juden) eine Gruppe, die sich zu keinem Machtfaktor gleich welcher Art entwickeln kann.

In noch weit höherem Maße als der Antisemitismus der Weimarer Republik ist deshalb heute die gegen Gastarbeiter gerichtete Xenophobie in ihren Motivationen konstruiert. Nicht einmal die als biologisch wertvoll angesehenen Skandinavier toleriert die NPD, wenn sie sich in Deutschland aufhalten; der ‚Ausländer‘ ist für

<sup>33</sup> RR 2/1958, S. 4 und DN 33/1967, S. 6.

alles verantwortlich, auch für das „Morden auf der Autobahn“; „Die mangelhafte Ordnung des Fernverkehrs mit Omnibussen und Lastkraftzügen insbesondere der Ausländer gefährdet ständig den Verkehr . . . Dänischen Fernlastzügen auf Straßen Schleswig-Holsteins zu begegnen, ist oft ebenso lebensgefährlich wie auf westdeutschen Straßen in den Bereich holländischer oder belgischer Fahrzeuge zu geraten<sup>34</sup>.“

### 1. Die Fremdgruppe der Gastarbeiter.

Um das eigene Gruppengefühl zu stärken, ist eine Gegen-Gruppe notwendig, die faktisch hilflos ist, aber als bedrohlich angesehen wird. Ethnische Minoritäten eignen sich dazu hervorragend, da sie konkretisierbar sind und – wie die Gastarbeiter in Deutschland oder die Neger in den Vereinigten Staaten – eine gesellschaftliche Randstellung einnehmen. Sie bilden ein sichtbares Angriffsobjekt, das zu bekämpfen die radikale Rechte das ganze Volk einlädt. Das Unbehagen gegenüber einer Entwicklung, die der Rechtsextremist nicht rational bewältigen kann, schlägt um in eine Aggression gegen eine outgroup, die er haftbar machen kann für die zerrissene Welt, in der er lebt. Hier aber zeigen sich einige Schwächen im Ersatzobjekt des Gastarbeiters, der sich beim besten Willen nicht für kulturelle Zersetzung oder das Eindringen undeutschen Gedankenguts verantwortlich machen läßt. Dazu muß nach wie vor der Jude herhalten. Weniger ideologisch fundierte Erklärungsschemata wie beispielsweise der Anstieg der Kriminalität können sich ohne weiteres auf eine andere outgroup stützen. „Untersuchungen an Personen, die zu Vorurteilen neigen, haben ergeben, daß die Fremdgruppe oder der Feind austauschbar sind, ohne daß sich die Struktur des Vorurteils ändert<sup>35</sup>.“

Auch die Rationalisierungsformen des Vorurteils ändern sich meist nicht. Die Fremdgruppe schädigt das Volk politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich-moralisch. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges setzen sich die konkreten Vorwürfe aus den gleichen Stereotypen zusammen: die Fremdgruppe ist kommunistisch ‚infiziert‘, weist eine überproportionale Kriminalität auf, führt eine parasitäre Lebensweise, verbreitet ansteckende Krankheiten, gefährdet die biologische Substanz des Volkes und entzieht dem deutschen Volksvermögen ungeheure Summen. Es ist kein Zufall, daß diese Klischees, die heute den Gastarbeitern angeheftet werden, früher die rationalisierten Motivationen des Antisemitismus bildeten; all diese Behauptungen finden sich in dem Standardwerk Theodor Fritschs „Handbuch der Judenfrage“. Nur die jeweilige ‚Beweisführung‘ paßt sich notdürftig den Umständen an.

Der Schwerpunkt der Argumentation liegt auf dem wirtschaftlichen Sektor. Die Aktivierung von Neidgefühlen ist ein wichtiger Stimulus der rechtsradikalen Agitation, das „Wir-sind-zu-kurz-Gekommen“ verstärkt die Solidarität der ingroup und erzeugt Aggressivität gegen die Fremdgruppe. Allerdings ist die wirtschaftliche Motivation der Xenophobie primär in der Mentalität des Rechtsradikalen zu sehen, der sich tatsächlich benachteiligt fühlt. „Anhänger einer extremen Partei wie der

<sup>34</sup> DN 31/1966, S. 1.

<sup>35</sup> Friedrich Pollock u. a.: Gruppenexperiment, Frankfurt 1955, S. 467.

NPD sind unzufriedener. Sie berichten häufiger, daß ihre Einkünfte nicht ausreichen, auch wenn objektiv die Einkommensverhältnisse nicht ungewöhnlich sind<sup>36</sup>.“ Diese Frustration kompensiert der Rechtsextremist durch eine Aggression gegen eine angeblich schuldige Fremdgruppe. Der Jude, der schneller und mehr Geld verdient als der Deutsche (oder Amerikaner, Franzose usw.), ist ein zählebiges Klischee – wie aber macht die NPD Gastarbeiter, eine ökonomisch benachteiligte Gruppe, verantwortlich?

Der beliebteste Einwand gegen die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter besteht in der Unterstellung, durch den Devisenabfluß würde die deutsche Währung (und damit der Wohlstand) ruiniert. Isoliert betrachtet, würden die Auslandsüberweisungen der Gastarbeiter (1966 etwa 1,9 Milliarden DM) tatsächlich eine Belastung der deutschen Zahlungsbilanz darstellen. Was aber der NPD-Wirtschaftsexperte Dr. Horst Arnold absichtlich verschweigt oder nicht wahrhaben will, ist, daß im gleichen Zeitraum die ausländischen Arbeitskräfte etwa 12 Milliarden DM zum deutschen Sozialprodukt beitrugen, daß sie wesentlich Exporte ermöglichten und daß, wie die deutschen Arbeitgeberverbände feststellten, „erfahrungsgemäß Devisen, die ins Ausland fließen, die Tendenz haben, in ihr Ausgangsland in Form höherer Auslandsnachfrage zurückzugehen“<sup>37</sup>. Schon hier zeigt sich, daß die „devisenzehrenden Gastarbeiter“<sup>38</sup> eine schlecht konstruierte Rationalisierung des Vorurteils abgeben. Gerade dann, wenn die NPD – um Objektivität und Sachkenntnis vorzuspiegeln – mit Zahlen aufwartet, zeigt sich, welche Bedeutung sie dem Verstand beimißt: „Die Lohnsumme der Gastarbeiter wird in diesem Jahr die 4-Milliarden-Grenze überschreiten. Dadurch wird mit einer weiteren Belastung unserer Zahlungsbilanz in Höhe von 3 bis 3,5 Milliarden DM gerechnet, die von den Gastarbeitern in ihre Heimatländer geschickt werden. Nur ein Bruchteil der erarbeiteten Einkommen wird in Westdeutschland für den Lebensunterhalt oder Einkäufe ausgegeben“<sup>39</sup>.“ Zu dem Zeitpunkt dieser Behauptung (Ende 1966) waren gerade eine Million Gastarbeiter beschäftigt; das Vorurteil fordert, daß „die anderen“ nichts ausgeben, um „unsere“ Zahlungsbilanz zu belasten, und so präsentiert die NPD eine Rechnung, nach der im Durchschnitt der ausländische Arbeitnehmer bei „uns“ monatlich 41,65 bis 83,30 DM ausgibt.

Das blinde Ressentiment sperrt sich gegen jede kritische Überlegung. Alle Darstellungen der „Gastarbeiterfrage“ gehen von der festen Überzeugung aus, die Fremdgruppe schädige die deutsche ingroup (der Rechtsradikalismus betrachtet sich als der echte Repräsentant des deutschen Volkes). In der rechtsextremen Ideologie fungiert das Vorurteil als eine Konstante, nach der sich die Realität zu richten hat, und da die NPD sich durch die Anwesenheit von Ausländern bedroht und benach-

<sup>36</sup> Erwin K. Scheuch: Kommt eine Welle von rechts? In „Süddeutsche Zeitung“ v. 11. 5. 1966.

<sup>37</sup> „Magnet Bundesrepublik — Probleme der Ausländerbeschäftigung“, Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, H. 42, Köln 1966, S. 173 f.

<sup>38</sup> DN 51-52/1966, S. 2.

<sup>39</sup> DN 46/1965, S. 4.

teiltigt fühlt, muß sie deren Schädlichkeit demonstrieren. Allein die wirtschaftliche Argumentation enthält eine Fülle unterschiedlicher Vorwürfe, die sich nicht an der Realität orientieren, sondern von der a priori vorgegebenen Schädigung der out-group ausgehen.

Da werden – immer auf Kosten des deutschen Volkes – Gastarbeiter „bei uns technisch ausgebildet“<sup>40</sup>, „hoffen“ andere Staaten, „daß ihre ungelernten Kräfte hier zu Facharbeitern ausgebildet werden und als solche eines Tages zurückkehren“<sup>41</sup>; da gehen „u. a. der Antransport, die Unterbringung – sehr zu beachten! –, die Versorgung, das Einholen der Familien – nachträglich aus der Heimat – zu Lasten unserer Volkswirtschaft“<sup>42</sup> (was mit „u. a.“ und der „Versorgung“ gemeint sein könnte, ist unklar); da nehmen Gastarbeiter Wohnungen weg, „und wer trägt die Kosten für diesen Wohnungsbau?“<sup>43</sup>; der deutsche Steuerzahler muß angeblich selbst die Urlaubsfahrten der Ausländer mitfinanzieren: „Die Eingliederung der Sondertransporte von Hunderttausenden innerhalb weniger Tage ist schon ein Problem; wichtiger ist aber die Kostenfrage. Für die Bundesbahn ist bei den starken Fahrpreisermäßigungen wahrhaft kein finanzieller Anreiz vorhanden!“<sup>44</sup> Das Gefühl der finanziellen Belastung artikuliert sich gar in der Mutmaßung „Für Italiens Arbeitslose zahlen?“<sup>45</sup> – die Grenzen zwischen Demagogie und weltanschaulicher Überzeugung sind fließend.

Doch selbst die Schlagzeile „Für Italiens Arbeitslose zahlen?“ ist nicht ausschließlich Demagogie, sondern enthält einen Kern rechtsradikaler Überzeugung; der NPD-Anhänger tendiert stärker als andere zu einer pessimistischen Zukunftserwartung<sup>46</sup>. Für die NPD ist auch die Zukunft nicht mehr das, was sie früher war; der Fremde hat nicht nur die vergangene heile Welt zerstört, sondern wird auch für die schlechte Zukunft haftbar gemacht: in den kommenden Jahrzehnten würde Deutschland finanziell durch Rentenzahlungen an Gastarbeiter finanziell belastet. Auch hier durchdringt sich Propaganda mit Ideologie, wird die xenophobische Einstellung gebraucht, um Unsicherheitsgefühle hervorzurufen. Die vereinfachte „Rechnung“ schlägt sich dann in emotional aufgeladenen Schlagzeilen nieder: „7 Milliarden Altersrenten für Gastarbeiter – Auch die Rentenansprüche wachsen – Die Jugend wird es einmal zahlen müssen“<sup>47</sup>, oder: „Die wachsende Last der Fremd-

<sup>40</sup> DN 38/1965, S. 8.

<sup>41</sup> DN 16/1966, S. 1.

<sup>42</sup> DN 10/1966, S. 8.

<sup>43</sup> Ibid.

<sup>44</sup> Ibid.

<sup>45</sup> DN 44/1967, S. 6.

<sup>46</sup> Im Dezember 1966 „berichteten 38 Prozent der NPD-Anhänger im Vergleich zu nur 29 Prozent der allgemeinen Bevölkerung, sie hätten wegen der kritischen Wirtschaftslage ihre Ausgaben eingeschränkt“ (Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 2023). Klaus Liepelt („Anhänger der neuen Rechtspartei“, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 2/1967) hat festgestellt, daß NPD-Anhänger trotz überdurchschnittlichen Einkommens ihre wirtschaftliche Zukunft pessimistisch beurteilen (vgl. auch Der Spiegel, Nr. 52 v. 23. 12. 1968, S. 31 ff.).

<sup>47</sup> DN 35/1965, S. 4.

arbeiter – Schwere Hypothek auf die Zukunft“<sup>48</sup>. Eine objektive Betrachtung würde ergeben, „daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht nur für die Wirtschaft selbst einen Gewinn, sondern auch für die Allgemeinheit weitaus mehr Vorteile als Nachteile bringt“<sup>49</sup> – gerade die Gastarbeiter entlasten durch Steuern und Sozialabgaben die deutsche Rentenversicherung, die heute noch an den Kriegsfolgen zu tragen hat; zu dem Zeitpunkt, an dem Gastarbeiter ihre erworbenen Rentenansprüche erhalten, wird in der Bundesrepublik die Altersstruktur wesentlich günstiger aussehen.

In nahezu allen Fällen, in denen die NPD ihre Vorurteile rational zu kaschieren sucht, sind die „Beweise“ erfunden, manipuliert oder aus dem Zusammenhang gerissen. Für die „Kommunisten-Infiltration durch Gastarbeiter“<sup>50</sup>, ein durchgehendes Motiv der fremdenfeindlichen Einstellung, wird nirgendwo stichhaltiges Material präsentiert. Die NPD klagt, „daß die Gastarbeiter-Ehen infolge der Fremdartigkeit der Partner großteils unglücklich werden“<sup>51</sup>, bauscht Rauschgiftschmuggel auf (einprägsamer Zwischentitel: „Unkontrollierte Ausländer“<sup>52</sup>), kritisiert ausländische Studenten<sup>53</sup>, versucht eine überproportionale Kriminalität von Ausländern mit zurechtgebogenen Statistiken zu beweisen oder täuscht mit bloßen Redewendungen Sachlichkeit vor: „Jeder, der seine Tageszeitung aufmerksam liest, wird unschwer feststellen können, daß die Kriminalität der Ausländer am höchsten bei den italienischen Gastarbeitern und den amerikanischen Stationierungssoldaten ist“<sup>54</sup>. „Kein Vorgang ist zu weit hergeholt, wenn er sich dazu eignet, auf die Schablone „guter Deutscher – schlechter Ausländer“ gepreßt zu werden; etwa: „Deutsche Mädchen haben noch Ideale. Junge Amerikanerinnen denken anders“<sup>55</sup>.“

Merkwürdigerweise benutzt die NPD nicht den alten Gemeinplatz des „faulen“ Ausländers, während die Gastarbeiter in anderen rechtsradikalen Blättern nach wie vor als parasitär diffamiert werden. So bezeichnet der NPD-Redner Wilhelm Pleyer in der ‚National-Zeitung‘ die ausländischen Arbeitnehmer als „Fremdfaulenzer“ und „Gaststempler“, die „im Genuß einer offensichtlich milden Kontrolle herum(bummeln)“<sup>56</sup>. Die ‚Deutschen Nachrichten‘, immer bemüht, eine Spur seriöser als die ‚National-Zeitung‘ und weniger faschistoid als ‚Nation Europa‘ zu sein, teilen diese Meinung nicht, sie übertreffen jedoch zuweilen selbst die ‚National-Zeitung‘ an Infamie: Gastarbeiter wenden „alle Schliche“ an, „um die Gesundheitskontrolle zu umgehen. So kommt es dann, daß bereits ausgestorbene oder weitgehend eingedämmte Krankheiten, angefangen von sämtlichen Arten der Geschlechtskrankheiten bis hin zur Tuberkulose, munter eingeschleppt werden und neuerdings nahezu

<sup>48</sup> DN 10/1966, S. 8.

<sup>49</sup> Magnet Bundesrepublik — Probleme der Ausländerbeschäftigung, a. a. O., S. 15.

<sup>50</sup> DN 15/1967, S. 3.

<sup>51</sup> DN 33/1966, S. 6.

<sup>52</sup> DN 32/1966, S. 6.

<sup>53</sup> Ibid.

<sup>54</sup> DN 13/1967, S. 5.

<sup>55</sup> DN 42/1966, S. 6.

<sup>56</sup> NZ 22/1967, S. 11.

atemberaubend ansteigen. Da es die Gastarbeiter aus den südlichen Ländern Europas zur Eigenart haben, ihre Familien, Freunde und Nachbarn nachreisen und illegal hier ansässig zu machen, ist die deutsche Volksgesundheit größten Gefahren ausgesetzt. Das gilt vor allem für Kinder der Gastarbeiter, die – mit Tuberkulose und anderen Krankheiten vorinfiziert – die Krankheitserreger dann lustig in den Kindergärten verbreiten<sup>57</sup>.“

Die deutschen „Bürger“, so fordert das NPD-Programm gleichwohl, „sollen zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern reifen durch ein Bildungsgut, das allgemeine Vorurteile abbaut und zum eigenen Urteil befähigt“.

## 2. Die jüdische Fremdgruppe.

Mehrmals war die DRP auch aufgrund ihres zu offenen Antisemitismus von einem Parteienverbot gemäß Artikel 21 GG bedroht. Ihr Landesverband Rheinland-Pfalz entging 1960 nur durch Auflösung einem Verbot, im gleichen Jahr löste sich der DRP-Kreisverband Köln auf einen Wink von der Parteizentrale wegen „antisemitischer Tendenzen“ selbst auf<sup>58</sup>. Der DRP-Manager und Chefredakteur des Parteiblattes ‚Der Reichsruf‘, Adolf von Thadden, hatte sich oft gefährlich weit vorgewagt, wenn er in seiner Zeitung deutsche Bürger jüdischen Glaubens ungeniert als „Volksfeinde“ und „Ehregäste unseres Landes“ diffamieren ließ<sup>59</sup> oder als verantwortlicher Schriftleiter keinen Einwand erhob, wenn seine Mitarbeiter verkündeten, daß „wir zur Zeit unter einem ausgesprochenen jüdischen Terror leben“<sup>60</sup>.

Als NPD-Vorsitzender und Chefredakteur der ‚Deutschen Nachrichten‘ ist Thadden vorsichtiger geworden. Wo seine Anhänger neonazistische und antisemitische

<sup>57</sup> DN 15/1966, S. 4.

<sup>58</sup> Äußerer Anlaß der eiligen Auflösung war eine Aktion der beiden DRP-Mitglieder Schönen und Strunk, die zu Weihnachten 1959 die Kölner Synagoge beschmierten. Die Tat erregte großes Aufsehen und löste eine Welle sogenannter Anschlußverbrechen aus: nach diesem Initialfall wurden 1960 in der Bundesrepublik 1206 antisemitische und neonazistische Schmieraktionen registriert.

Der offensichtlich judenfeindlich eingefärbte Kreisverband demonstrierte ein Jahr zuvor die Funktion der bei Rechtsradikalen beliebten ‚philosemitischen‘ Heuchelei. Um gegen die Aufführung eines „perversen“ Schauspiels der jüdischen Schriftstellerin Else Lasker-Schüler antisemitische Ressentiments zu mobilisieren, veröffentlichte der DRP-Kreisverband Köln folgende Stellungnahme, die er der Lokalpresse am 25. 11. 1958 zuleitete: „Das Stück ‚Die Wupper‘ ist lediglich geeignet, den Antisemitismus im deutschen Volk wiederzuerwecken. Die DRP verlangt die sofortige Absetzung des Stückes vom Spielplan.“ (Vgl. Peter Schmitz: Theaterskandal in Köln — Zurschaustellung perverser Sexualtriebe, in RR 50/1958, S. 3)

<sup>59</sup> Wahlaufruf des DRP-Landesverbandes Schleswig-Holstein, abgedruckt in RR 28/1958, S. 4:

„Helft mit, daß das Erbe der Vergangenheit nicht vertan wird! . . . Noch sind *Volksfeinde* bei uns in kultureller Schlüsselstellung. . . Wie kann der gleiche Ministerpräsident den größten Unhold unter den Lehrbuchverfassern ehren: Dr. Günther Birkenfeld? Schmutz und Schlüpfirigkeit sprechen aus jeder Zeile, die dieser *Ehregast* unseres Landes ‚für die Oberstufe‘ unserer Schulen bereithält. . . Das muß anders werden. Nun hervor hinter dem Ofen und anmelden: Deutsche Reichspartei, Landesverband Schleswig-Holstein.“ (Hervorhebung v. Verf.)

<sup>60</sup> RR 23/1958, S. 7.

Ansichten offen vertrat, schloß er sie unverzüglich aus der Partei aus. Thadden selbst ist zurückhaltender als zu DRP-Zeiten, wo ihm Bemerkungen entschlüpfen, die seinem neugepflegten nationalkonservativen Image empfindlichen Schaden zufügen würden. „Wir wollen nicht das, was heute ist, wir wollen das, was war!“, forderte er einst; um Präzisierung gebeten, antwortete er: „Diejenigen, die mich verstehen, wissen, was ich gemeint habe“<sup>61</sup>.

Was Thadden und die NPD meinen, ist zwar nicht mehr ganz so klar wie früher bei der DRP, aber tendenziell immer noch eindeutig. Der Antisemitismus ist – wenn auch abgemildert – immer noch ein Fixpunkt nationaldemokratischen Denkens. Die offensichtliche Bedeutungslosigkeit der 30 000 in der Bundesrepublik lebenden Juden wirft Schwierigkeiten auf, diese Gruppe zum Volksfeind zu erheben. Die wenigen Angriffsziele, eine Handvoll prominenter deutscher Juden, werden weidlich genutzt: der Berliner Filmproduzent Arthur Brauner, der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg, die Professoren Ernst Bloch und Theodor Adorno, der (1967 verstorbene) hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer sind die wichtigsten Symbolfiguren der jüdischen Feindgruppe und zudem nur bedingt tauglich, die antisemitische Einstellung der NPD zu rechtfertigen; ein weiteres regelmäßiges Angriffsobjekt ist der Historiker Golo Mann, dessen jüdische Mutter als Erklärung für seine ‚undeutsche‘ Haltung dient.

Wie bei dem Haßobjekt der Gastarbeiter werden auch die antisemitischen Vorurteile oberflächlich rationalisiert. Da aber die in Deutschland lebenden Juden nicht genügend Angriffsflächen bieten, retiriert der Rechtsradikalismus auf das „Weltjudentum“, das über die amerikanische Politik, die „öffentliche Weltmeinung“, über Kommunismus und Israel Deutschland politisch und wirtschaftlich schädigt. Wie ungebrochen die alten Stereotype sich aber in der NPD-Ideologie erhalten haben, erhellt einer der typischen kurzen Einspalter der Parteizeitung, die den Antisemitismus gleichsam objektivieren. Unter dem Titel „Ende des Beatle-Machers“ (Untertitel: „Brian Epstein hinterließ 78 Millionen DM“)<sup>62</sup> liefert die NPD dem Leser auf 21 Zeilen eine Fülle von Bestätigungen: „Obgleich er durch die Beatles in kürzester Zeit ein riesiges Vermögen anhäufen konnte, durften die ‚großen Vier‘ nicht an seiner Beerdigung auf dem jüdischen Friedhof von Fazackerley, einem Vorort von Liverpool, teilnehmen. Die Todesursache wird bis heute verschwiegen. Es wird vermutet, daß Epstein eine Überdosis Rauschgift genommen hat. Seit Jahren war er Marihuanaraucher und LSD-Schlucker. Politisch galt Epstein als linksradikal und schwärmte für Homosexualität. Der Höhepunkt seiner Karriere war jener Tiefpunkt des britischen Empires, als Königin Elizabeth den heulenden und steißwackelnden Derwischen einen der höchsten englischen Orden verlieh. Erstaunlicherweise konnte der selbst unmusikalische Epstein mit Hilfe der Massenmedien durch Beatle-‚Musik‘ in wenigen Jahren mehr Geld kassieren als die Beatles, und zwar 78 Millionen DM.“

<sup>61</sup> Zit. nach Werner Smoydzin: NPD, Geschichte und Umwelt einer Partei, Pfaffenhofen 1967, S. 107.

<sup>62</sup> DN 36/1967, S. 6.

Hier bestätigt sich, daß der traditionelle Feind-Begriff des Juden (wie er in der rechtsradikalen Ideologie verwurzelt ist) wegen seiner Flexibilität schlecht durch den Feind-Begriff des Gastarbeiters ersetzt werden kann. Epstein ist der „typische“ Jude, wie ihn sich der Rechtsextremist vorstellt: Als gewissenloser Kapitalist häuft er „in kürzester Zeit ein riesiges Vermögen an“; gleichzeitig ist der Jude Kommunist oder sympathisiert zumindest mit dem Kommunismus, und daher muß Epstein „linksradikal“ sein; der Jude führt einen amoralischen Lebenswandel, ist „Marihuana-raucher und LSD-Schlucker“; sexuell verdorben, „schwärmt“ er „für Homosexualität“; der Jude ist immer dann auf dem „Höhepunkt seiner Karriere“, wenn Volk und Nation ihren „Tiefpunkt“ durch sein Wirken erreicht haben; als Angehöriger einer unschöpferischen Rasse ist der Jude auf andere angewiesen: daher muß Epstein „selbst unmusikalisch“ sein, wenn er Musiker managt; Juden kontrollieren oder beeinflussen die Massenkommunikationsmittel, und so macht er sein Geld „mit Hilfe der Massenmedien“; der Jude, parasitär veranlagt, saugt andere aus: daher muß Epstein „mehr Geld verdienen als die Beatles“, die die Arbeit verrichten; die Leistungen des Juden sind keine Leistungen, sondern „Mache“, wie die Schlagzeile andeutet, und die Musik, die er fördert, ist eine Musik in ironischen Anführungszeichen. Dazu kommt noch ein Schuß geheimnisumwitterter Unerforschlichkeit, die dem Juden seit der Ritualmordlegende anhaftet: warum durften die Beatles „nicht an seiner Beerdigung auf dem jüdischen Friedhof von Fazackerley, einem Vorort von Liverpool [diese scheinbar überflüssige, genaue Angabe ist beachtlich] teilnehmen“? Woran starb er wirklich?

Das Beispiel Epstein reicht nicht für die ganze Skala der antisemitischen Klischees aus. Es fehlen vor allem die Stereotype des Deutschenhassers und des Betrügers. Letzteres Motiv greift die NPD in einem einspaltigen Bericht auf, der unmittelbar über dem Epstein-Artikel steht – wieder in einer der charakteristischen, ressentimentgeladenen Meldungen. Unter der Überschrift „Jelinek und Lazar verschwunden“ („Fluchterleichterung für Großbetrüger“) erfährt der Leser, daß zwei Betrüger, davon mindestens einer deutlich als Jude gekennzeichnet („Simon Lazar flüchtete nach Tel Aviv“), „viele hundert Opfer um Millionen gebracht haben“, die „auf die betrügerischen Geschäftspraktiken der beiden hereinfließen“. Mit diesen scheinbar sachlichen Nachrichten setzt die rechtsradikale Presse ein Mosaikbild des Juden zusammen; die Vielfalt dieser ausschließlich negativen Nachrichten ‚beweisen‘ die jüdischen Rassemerkmale und bestätigen das Vorurteil.

Um auf der gleichen Seite der NPD-Zeitung zu bleiben: unmittelbar neben dem Artikel, der sich mit dem „jüdischen Betrüger“ beschäftigt, informiert ein dreizehnzeiliger Bericht den Leser über den „jüdischen Fanatiker“. In Jerusalem sei Polizei gegen orthodoxe Juden eingeschritten, „die in einer Massendemonstration gegen die Besucher, die zu den heiligen Stätten führen, vorgingen. Die Demonstranten, die ihre Kaftane, die typischen Schläfenlöckchen sowie die runden schwarzen Samthüte der Ostjuden trugen, bewarfen die Autos mit Steinen und protestierten dagegen, daß man das Fahren von Kraftwagen am Sabbath gestattet.“

Da heute in Deutschland zu wenige Juden leben, ist der Rechtsradikalismus auf

Belanglosigkeiten angewiesen, die, tendenziös ausgewählt, die jüdische Minderwertigkeit evident machen. Die politische und wirtschaftliche Schädlichkeit dieser Fremdgruppe demonstriert die radikale Rechte auf Umwegen. Wirtschaftlich schädigt das Judentum die Deutschen durch die finanziellen Wiedergutmachungsleistungen („Nation Europa“ „fühlt sich ausgequetscht wie eine Zitrone“<sup>63</sup>), politisch durch die Verbreitung der „Kriegsschuldflüge“ und den Deutschenhaß, den sie als Beherrscher der Massenmedien überall verbreiten: Juden, lehrt die NPD, sorgen dafür, daß „jenes Geschichtsbild, das dem Morgenthau-Plan zugrunde liegt, immer noch aufrechterhalten wird. Darin setzen die Morgenthau-Boys das Werk ihres Lehrers fort“<sup>64</sup>.

Wie die Gastarbeiter fügen die Juden den Deutschen großen wirtschaftlichen Schaden zu, und auch hier wird die Realität dem Vorurteil angepaßt. Das Bundesentschädigungsgesetz vom 29. 6. 1956 und vom 14. 9. 1965 scheint die NPD nie richtig begriffen zu haben: die gesamten Zahlungen an politisch, rassisch und religiös Verfolgte, die Entschädigungen für widerrechtliche Haft, geraubtes Vermögen, Witwen- und Waisenrenten werden generell den Juden oder dem Staat Israel zugerechnet. Wider besseres Wissen versucht die NPD, in ihrer Zeitung den deutschen Steuerzahler mit der Titelschlagzeile „40 Milliarden für Israel?“<sup>65</sup> zu erschrecken. In DN 38/1965, S. 8 führt der Wirtschaftsexperte Arnold (ausnahmsweise korrekt) „3,2 Milliarden DM sogenannte Wiedergutmachung an Israel“ auf; DN 25/1965, S. 9 drucken einen Auszug einer Rede Thaddens ab: „Dementiert wurde ja auch, als vor einigen Jahren die Wiedergutmachung schon mit 45 Milliarden beziffert wurde, eine Summe, von der heute mit einer solchen Selbstverständlichkeit gesprochen wird, daß die tatsächliche Summe noch um einige Milliarden höher liegen dürfte“, und in DN 23/1965, S. 1 wird die gesamte Wiedergutmachung auf 60 Milliarden DM veranschlagt. Dabei wird immer unterstellt, das ‚Weltjudentum‘ oder Israel erhalte diese Summe von der „Bonner Morgenthau-Gesellschaft“ zugeschanzt.

Im Vordergrund der Beweisführung steht die Faszination, die von der großen Zahl ausgeht. Juden müssen Deutschland um ein riesiges Vermögen schädigen, und so präsentiert die NPD gerne Rechnungen, die sie einer wunderlichen Zahlenakrobatik verdankt. Der Verdacht, der deutsche Steuerzahler müsse den israelisch-arabischen Krieg von 1967 mitfinanzieren, schlägt sich in der Titelschlagzeile „Eine Israel-Gasmaske = 12500 Mark“<sup>66</sup> nieder, die Rechnung ist von bestechend einfacher Logik. Die Bundesrepublik hatte Israel leihweise 20000 Gasmasken überlassen; die arabischen Staaten hatten aus Protest eine Liefersperre über Erdöl verhängt und den Suez-Kanal geschlossen. Verglichen mit den Benzinpreisen vom Vor-

<sup>63</sup> NE 4/1958, S. 39 („Mit Antisemitismus hat dies überhaupt nichts zu tun, nicht ein Jota“, versichert der Verfasser).

<sup>64</sup> DN 7/1967, S. 6.

<sup>65</sup> Vgl. die Schlagzeilen S. 49; drei Monate später lautet die Titelschlagzeile „Es geht um über 3 Milliarden“, nach anderthalb Monaten „45 Milliarden für Verfolgte“.

<sup>66</sup> DN 31/1967, S. 1.

jahr wird ein gesamter Preisanstieg von 248 Millionen DM errechnet, durch 20 000 Gasmasken dividiert, macht „12500 DM pro Stück – bisher. Die Endabrechnung steht noch aus. Mit Sicherheit muß der deutsche Steuerzahler auch hierfür zur Kasse treten“, denn „die Kosten muß die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit aufbringen. Eine Preiserhöhung von rund 12 Prozent (bisher) muß sich bald auf das gesamte Preisgefüge auswirken.“ (Wie die NPD zu einer zwölfprozentigen Preiserhöhung kommt, ist schleierhaft; wahrscheinlich setzt sie die errechnete Verteuerung des Benzins um 12 Pfennige pro Liter einfach mit 12 Prozent gleich.) Die Politik der Bundesregierung und „die Haltung der westdeutschen Meinungsbildner im Fernsehen und in der Presse kommen uns teuer zu stehen“, denn einem alten völkisch-nazistischen Topos zufolge beherrschen Juden oder deren Handlanger die Massenmedien.

Die Existenz des Staates Israel ist für das rechtsradikale Denken von unschätzbarem Vorteil, da die jüdische Minorität in der Bundesrepublik zu schwach ist, um das Stereotyp des ‚jüdischen Blutsaugers‘ zu bestätigen. Hingegen passen sich die Wiedergutmachungsleistungen hervorragend in diese Denkschablone ein, besonders kraß bei der ‚Nationalzeitung‘: „Erpreßt in alle Ewigkeit – Kapitulation vor dem Weltjudentum“<sup>67</sup> oder „In Israels Schuldknechtschaft“<sup>68</sup> schreit es aus den Schlagzeilen. Auch das NPD-Organ überträgt gern alte antisemitische Klischees auf den Staat Israel, etwa die jüdische Profitgier: „Wie im Spiegel wurden die geheimen Antriebe der israelischen Politik sichtbar: Profit. Wie von selber stellte sich der Eindruck ein, daß der Krieg [der arabisch-israelische Krieg 1967] den israelischen Militär- und Wirtschaftsstrategen sehr gelegen kam“<sup>69</sup>.

Die politische Unterdrückung Deutschlands bedeutet für den Rechtsradikalismus eine gewaltige, von Juden dirigierte „Deutschenhetze“: sie betreiben eine „Vergangenheitsbewältigung auf der Linie des Nationalmasochismus“<sup>70</sup>, um „aus Ressentiments oder politischer Absicht die moralische Dauerkapitulation Deutschlands (zu) betreiben“<sup>71</sup>. Denn „diese *organisierte* Deutschenhetze“<sup>72</sup> wird immer von Juden gesteuert. Das jüdische Londoner Dokumentationszentrum „Wiener Library“ ist ein „politischer Brunnenvergifter“, das sich ebenso wie „seine Münchner Schwesterinstitution [das „Propaganda-,Institut für Zeitgeschichte“] weniger mit Wissenschaften als mit links-liberaler Propaganda befaßt“<sup>73</sup>. Der „sattsam bekannte Simon Wiesenthal“ ist Organisator einer „deutlich gesteuerten internationalen Pressehetze“<sup>74</sup>, Juden und ihre Helfershelfer schwingen eine „mit ‚Moralin‘ geflochtene

<sup>67</sup> NZ 7/1965, S. 1.

<sup>68</sup> NZ 9/1965, S. 1.

<sup>69</sup> DN 29/1967, S. 6.

<sup>70</sup> DN 18/1965, S. 5. Die Äußerung Heinrich Härtles bezieht sich auf den jüdischen Filmproduzenten Arthur Brauner und den jüdischen Regisseur Erwin Leiser.

<sup>71</sup> DN 32/1966, S. 1.

<sup>72</sup> DN 43/1965, S. 8 (Hervorhebung v. Verf.).

<sup>73</sup> DN 14/1966, S. 4.

<sup>74</sup> DN 48/1966, S. 7.

Zuchtpeitsche“ über das deutsche Volk<sup>75</sup> – die Liste ähnlicher Polemiken ließe sich endlos fortsetzen. Damit liefern die Juden der ganzen Welt ein „verzerrtes Geschichtsbild“<sup>76</sup> Deutschlands. Als Motiv des jüdischen Deutschenhasses oder „Antigermanismus“ eruiert die NPD die Absicht, „dem Gegner durch ständige Wiederholung der Kriegsschuldthese innenpolitisch wie außenpolitisch zu schaden. Das ist alles verständlich und historisch erhärtet“<sup>77</sup>.“

Wie schon Adolf Hitler wußte, ist die Presse eine „Waffe im Dienste des Judentums . . . In ihren Besitz setzt er (der Jude) sich mit aller Zähigkeit und Geschicklichkeit. Mit ihr beginnt er langsam, das ganze öffentliche Leben zu umklammern und zu umgarnen, zu leiten und zu schieben, da er in der Lage ist, jene Macht zu erzeugen und zu dirigieren, die man unter der Bezeichnung ‚öffentliche Meinung‘ heute besser kennt als noch vor wenigen Jahrzehnten“<sup>78</sup>.“ Anders als in der Weimarer Republik aber findet der Rechtsradikalismus heute keine Zeitung mehr wie „das von Juden dirigierte ‚Berliner Tageblatt‘“<sup>79</sup> – auch keine ‚Frankfurter Zeitung‘ mehr, die nach ‚Nation Europa‘ „in aller Welt als ‚Judenblatt‘ bekannt“ war<sup>80</sup>. So muß die NPD zu Konstruktionen, Unterstellungen und Assoziationstechniken greifen, um das Vorurteil zu bestätigen. Vor allem die beliebten „Morgenthau-Boys“ fungieren als hinlängliche Erklärung der antinationalen, undeutschen Massenmedien. So sieht die NPD „eine kleine, doch einflußreiche Clique unverbesserlicher Völkerhetzer und Antigermanisten, die durch Film, Funk, Fernsehen, Presse und Bücher der Bevölkerung das Bild eines ‚ewigen‘ deutschen ‚Untermenschen‘ einzusuggerieren“ versuchen<sup>81</sup>. Da der Rechtsradikalismus fast nie Beweise liefern kann, hinter allem aber jüdische Machenschaften vermutet, sitzen eben antinationale Handlanger in den entsprechenden Positionen. Durch deren ‚Meinungsmache‘, der „öffentlichen Meinung“, die ihre Existenz der Siegerwillkür verdankt“<sup>82</sup>, fühlt sich der Rechtsradikalismus in eine politische Randstellung gedrängt. Sein Haß gilt den Juden, die für alles verantwortlich gemacht werden, für die re-education, die amerikanische Besatzungspolitik, die Zersetzung der Moral und der Kultur. Es waren nach NPD-Lehre Juden (u. a. Pollock, Adorno, Fromm, Löwenthal, Marcuse, Lewin und Levy), die nach 1945 den „langfristigen Umbau des deutschen Charakters“ planten und durch die amerikanische Lizenzierungspolitik ihre Handlanger in wichtige Stellungen der Massenkommunikationsmittel lancierten<sup>83</sup>.

Unfähig, strukturelle Wandlungen rational zu verarbeiten und das eigene Weltbild zu revidieren, projiziert die NPD ihr ganzes Unbehagen in eine Feindgruppe, die sie für die mißliche und beunruhigende Entwicklung haftbar macht. Das tradi-

<sup>75</sup> DN-Sonderdruck II/1965, S. 2.

<sup>76</sup> DN 40/1965, S. 3.

<sup>77</sup> Ibid.

<sup>78</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 345.

<sup>79</sup> NE 10/1962, S. 9.

<sup>80</sup> Ibid., S. 11.

<sup>81</sup> DN 38/1966, S. 3.

<sup>82</sup> DN 4/1966, S. 8.

<sup>83</sup> DN 4/1966, S. 3 u. 8.

tionelle Leitbild der Juden bietet sich geradezu als Erklärung an für alle Widerwärtigkeiten, die der Rechtsextremist zu erdulden hat. Von der Minderwertigkeit aller nicht-germanischen Rassen überzeugt, versteht die radikale Rechte nicht, wieso ihr biologistisches Weltbild und ihre Rassenlehre heute nicht mehr gefragt sind, wieso die völkische Bardendichtung heute verlacht wird, wieso die ‚Judenfrage‘ ein in der Öffentlichkeit tabuisiertes Thema ist. „Nationale Würde wurde aus Hirn und Wortschatz gestrichen, während die Herzen schweigen mußten; meist Unbekannte wurden dem Volk als Geistesgrößen vorgegaukelt und aufgeschwätzt, die lange ‚vom Winde verweht‘ gewesen wären, hätten sie nicht unsichtbare Kräfte im politischen Zwielicht wieder auf die Beine gestellt<sup>84</sup>.“

Der NPD steht heute kein einflußreicher jüdischer Journalist in Deutschland als Angriffspunkt zur Verfügung; keinen einzigen in der Bundesrepublik lebenden jüdischen Schriftsteller von Bedeutung kann sie aufreiben. Da aber auch die Kultur für den Rechtsradikalismus biologisch determiniert ist (d. h. immer seinen Ursprung in der rassischen Substanz des Volkes hat), muß er eine Erklärung für die heutige ‚undeutsche‘ Literatur finden. So fällt der NPD eine naiv-infame Hypothese ein: die Schriftsteller Günter Grass, Paul Schallück, Martin Walser, Hermann Kasack, Günter Eich, Uwe Johnson, Marie-Luise Kaschnitz, Marcel Reich-Ranitzky, Gabriele Wohmann, Siegfried Lenz, Wolfgang Hildesheimer und Ilse Aichinger seien von Israel gekauft<sup>85</sup>.

Mit dem völkischen Literaturhistoriker Adolf Bartels teilt die NPD die „Ansicht, daß sich das deutsche Volk die dauernde Verhöhnung, Herabsetzung und Verunglimpfung seines Wesens und seiner kulturellen Leistungen nicht länger gefallen lassen dürfe. Was glaubt man wohl, was das heutige Israel täte, wenn diesem Volk und Land eine in der Methode ähnliche ‚Überfremdung‘ von irgendeiner Seite drohte?“<sup>86</sup> Vor allem Hans Severus Ziegler, der bornierteste Nazi unter den NPD-Publizisten, führt den Kampf gegen die jüdische Zersetzung der deutschen Literatur, gegen jene „Tonart, die sich der deutsche Mensch von jeher ohne Protest, mit Toleranz und Lammsgeduld hat gefallen lassen“, gegen jene „Literaten mit ihrem ungehemmten Antigermanismus [Heine und Börne] . . ., die man als Begründer jenes zersetzenden ‚Feuilletonismus‘ bezeichnen kann, in dessen Bereich sich negierende Kritiker seit mehr als hundert Jahren haben austoben können . . . Es ist, glaube ich, vollkommen sachlich, wenn man den Lesern die Frage vorlegt, was wohl geschähe, wenn ein Deutscher als Gast in Tel Aviv eine jüdische Familie in ähnlicher Form karikieren wollte [gemeint ist Carl Sternheims ‚Bürger Schippel‘]. Eine jederzeit zu belegende Feststellung ist die, daß deutscherseits keinerlei Literatur in die Welt gesetzt worden ist, die jüdische Menschen und Sitten auf diese Weise verspottete<sup>87</sup>.“

<sup>84</sup> DN 10/1965, S. 3.

<sup>85</sup> DN 10/1965, S. 2.

<sup>86</sup> DN 7/1965, S. 5.

<sup>87</sup> DN 1/1968, S. 5.

Hier kommt das ‚Fremdkörpermotiv‘ in Form einer Parallele deutlich zum Vorschein. Der Jude als „Gast“ ist seit Aufkommen des Rassenantisemitismus ein Gemeingut völkischen Denkens. Ohne die gewünschte Unterprivilegierung direkt zu fordern, impliziert diese Formel doch die Schlußfolgerung, die jüdische Minorität besitze eigentlich nicht die gleichen Rechte. Heinrich Härtle nimmt das Motiv auf, wenn er, deutlich auf den „*Juden*“ Ludwig Rosenberg zielend, schreibt: „Unvorstellbar, daß an der Spitze der israelischen Gesamtgewerkschaft Histraduth ein Deutscher stünde!“<sup>88</sup> Dieses Motiv – der Jude als Gast, großzügig toleriert, aber im Grunde zu gleichen staatsbürgerlichen Rechten nicht legitimiert – zieht sich durch die Ideologie sämtlicher rechtsradikaler Gruppen in der Bundesrepublik. Für die Sozialistische Reichspartei unterliegen die deutschen Juden „den Gesetzen der Gastfreundschaft, die von uns bewahrt, aber auch beachtet werden“<sup>89</sup>; ‚Nation Europa‘ gesteht ihnen „nur Gastrecht, nicht aber Hausrecht“ zu, was durch die „Verschiedenartigkeit des Wesens und des kulturellen Erbes bedingt ist“<sup>90</sup>; die DRP ermahnt Hans Lamm, Vorstandsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland, er solle „den Versuch meiden, unsere Hausherrnrechte zu schmälern“<sup>91</sup>; Herbert Böhme, Präsident des Deutschen Kulturwerks, greift in seinen ‚Klüter Blättern‘ auf die Weimarer Republik zurück: „Der jüdische Mensch konnte auf Grund seiner natürlichen Veranlagungen nicht so handeln wie der deutsche, der deutsche Mensch indessen war naturgegeben in diesem Land ansässig und wollte sich nicht übervorteilen lassen“<sup>92</sup>; taktisch vorsichtiger als andere Gruppen, belehrt die NPD „die in Deutschland lebenden Juden, in der Deutschlandfrage die gebotene Zurückhaltung (zu) üben“ – sie seien „unerbetene Ratgeber“<sup>93</sup>. Auch hier muß wieder der beliebte Vergleich herhalten: „Was würde erst geschehen, wenn eine in Israel erscheinende deutsche Zeitung sich erdreisten würde, in dieser Weise sich in israelische Politik einzumischen? Sie würde gestürmt werden, die Redaktion würde in Flammen aufgehen, und das Leben der Redakteure wäre nicht gesichert.“

### C. Eine neue Funktion der Fremdenfeindschaft: Der Entlastungs-Antisemitismus

Die demagogische Fremdenfeindschaft des Rechtsradikalismus könnte nicht wirksam sein, wenn ihr nicht eine gesellschaftlich latent vorhandene Abneigung gegen das „Andersartige“ entgegenkäme. Die Art und Weise, in der die extreme Rechte

<sup>88</sup> DN 33/1967, S. 6.

<sup>89</sup> Rundschreiben Nr. 3 des SRP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen v. 16. 11. 1950, S. 2; hier zit. nach Otto Büsch u. Peter Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Berlin-Frankfurt 1957, S. 227.

<sup>90</sup> NE 1/1963, S. 64.

<sup>91</sup> RR 19/1958, S. 7.

<sup>92</sup> KB 7/1965, S. 3.

<sup>93</sup> DN 49/1965, S. 2.

das „Andersartige“ in den Dienst der Propaganda stellt und latente Animosität in Aggression umzusetzen versucht, enthüllt jedoch, wie nötig der verketzerte „Fremde“ gebraucht wird, damit die eigenen Merkmale und Werte, und seien sie noch so durchschnittlich oder problematisch, sich als etwas Besonderes abheben lassen (deutsche Tüchtigkeit, Sauberkeit, Anständigkeit usw.). Die Negativ-Werte des Fremden (die militärische „Feigheit“ des Italieners, die „Gerissenheit“ des Juden usw.) verschönern das Bild der eigenen Gruppe.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die so gern angeführte „jüdische Geschäftstüchtigkeit“. Erhält hier doch eine an sich positive Sache (Tüchtigkeit) allein dadurch einen negativen Sinn, daß ihr das Attribut des Fremden, in diesem Falle des „jüdischen“, angeheftet wird. Das Beiwort „jüdisch“ entstellt die positive Eigenschaft, setzt sie gleichsam in ironische Anführungsstriche. Dem nominellen Wortlaut nach gleicherweise positive Begriffe (tüchtiger deutscher Kaufmann – jüdische Geschäftstüchtigkeit) werden auf diese Weise zu Gegensätzen. Die „Geschäftstüchtigkeit“ des Juden ist um so amoralischer, je mehr sie der des eigenen Kaufmanns überlegen ist. Das gilt bezeichnenderweise auch für die amerikanische Gesellschaft, in der geschäftliche Cleverness und wirtschaftlicher Erfolg allgemein akzeptierte Werte sind, die „jüdische Geschäftstüchtigkeit“ aber als „shrewd“ (gerieben) abgewertet wird („They are too smart and succesful“<sup>94</sup>).

Dieselbe psychologische Funktion der Fremdenfeindschaft äußert sich in der Genußnahme über das Versagen und die Unzulänglichkeit der anderen. Als Ende 1966 bei der Pipeline Genua–Ingolstadt der italienischen Firma ENI ein Rohr brach, wiesen die ‚Deutschen Nachrichten‘ mit süffisantem Hochmut darauf hin, was die eigentliche Bestimmung der Italiener sei („weltweit gerühmt als Fabrikanten leckerer Röhren aus Nudelteig – im Volksmund wie auch offiziell als Makkaroni bezeichnet“) und erinnerten gleichzeitig an „jenes notorische ‚Pech‘, das italienische Truppen bei kriegerischen Handlungen auszeichnet“<sup>95</sup>. Die Schadenfreude über den Mißerfolg der „Fremden“, diese primitive Art der Mobilisierung nationaler Überwertigkeitsgefühle, ist ein bewährtes Instrumentarium des Nationalismus. Indem man offen ausspricht, was viele ähnlich empfinden, aber doch nicht ungeniert sagen und schreiben, weil sie sich der moralischen Fragwürdigkeit solcher Ethnozentrik und Schadenfreude doch wenigstens halb bewußt sind, wird gleichsam eine psychologische Tabu-Schwelle überschritten. Die Hemmungslosigkeit der Fremdenfeindschaft, wie sie in rechtsradikalen Blättern zutage tritt, wird von den anfälligen Lesern als „Mut zum offenen Wort“ empfunden und vermag den Veranstaltern dieser Propaganda gar das Image „aufrechter Deutscher“ zu verleihen. In der Beseitigung des schlechten Gewissens, der moralischen Hemmungen liegt erst die eigentliche destruktive Wirkung rechtsradikaler Propaganda. Dazu vor allem bedarf es auch der Legitimierung der Fremdenfeindschaft. Je mehr der Anschein erweckt wird, man sei bei der Anti-Haltung gegen Gastarbeiter oder andere Fremdgruppen nicht

---

<sup>94</sup> Gordon W. Allport: *The Nature of Prejudice*, Cambridge/Mass. 1955, S. 192 ff.

<sup>95</sup> DN 1/1967, S. 4.

von persönlichen und subjektiven Ressentiments, sondern von echter Sorge um das Wohl der eigenen Nation bemüht, man habe nur die Reinerhaltung des eigenen Volkskörpers im Auge und wolle „vor einer Entwicklung“ warnen, „die aus der Mitte Europas und beiden Teilen Deutschlands einen Tummelplatz von Vielvölkerschaften macht“<sup>96</sup> – um so mehr wird die Fremdenfeindschaft stubenrein und salonfähig gemacht. Die ideologische Motivierung liefert dem Ressentiment das Feigenblatt der „wahren“ Erkenntnis. Das wurde im Nationalsozialismus zum Extrem gesteigert, wenn im Namen der weltanschaulichen ‚Erkenntnis‘ der ‚Judenfrage‘ persönliche Meinungen und Einschätzungen einzelner Juden ausdrücklich als nicht weltanschauungstreues Verhalten, gleichsam als Schwäche diskreditiert wurde. Jeder kenne seine „guten Juden“, so erklärten Hitler und Himmler, aber darauf käme es gerade nicht an.

Die moralische Entlastung, die Aufhebung von Schuldgefühlen durch diese Ideologie hat nach 1945 eine neue, sehr bezeichnende Form angenommen. Da sich vor allem auf die Juden das Schuldgefühl bezieht, das infolge des Hitler-Regimes das nationale Selbstbewußtsein belastet<sup>97</sup>, steht die „Judenfrage“ für den neuen Rechtsradikalismus im Zentrum der apologetischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Die Rassenpolitik und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges haben das nationalsozialistische Deutschland am stärksten belastet, und mit diesen beiden Themenkreisen beschäftigt sich die rechtsradikale Presse am meisten. Gelingt es, den NS-Staat von diesen Vorwürfen zu entlasten, ist der Weg frei für ein neues, selbstbewußteres Nationalgefühl. Dieses Bedürfnis, ein ungetrübt Verhältnis zur deutschen Geschichte wiederzuerlangen, ist stark verbreitet. Es geht über den Umkreis

<sup>96</sup> DN 16/1966, S. 1.

<sup>97</sup> Eine Umfrage von Infratest Anfang 1962 über die Einstellung zum Nationalsozialismus zeigte auf die Frage „Was war das Schlimmste und was war weniger schlimm?“ die Reihenfolge:

1. Judenverfolgungen	26 %
2. Konzentrationslager	23 %
3. absolute Diktatur	17 %
4. Fehlen der Meinungsfreiheit	9 %
5. Fehlen der Pressefreiheit	3 %
6. Beseitigung des Parlamentarismus	3 %

Eine ebenfalls 1962 im Auftrag des Hessischen Rundfunks durchgeführte Infratest-Untersuchung ergab, daß besonders Jugendliche die Rassenpolitik als negativstes Merkmal werten:

	Volksschüler	Oberschüler	Studenten
Juden- und Rassenverfolgungen	51 %	77 %	67 %
Krieg und Kriegsverbrechen	38 %	39 %	49 %
KZ und ähnliche Verbrechen	23 %	24 %	28 %
keine Rede- und Pressefreiheit	12 %	33 %	34 %

(nach Heinz E. Wolf: Vorurteile und Toleranz in der Bundesrepublik, in Vorgänge, H. 3, München 1967, S. 114).

neonazistischer Gesinnung sicherlich weit hinaus, bildet aber eben deshalb einen aufnahmebereiten Boden für die rechtsradikale Apologetik des Dritten Reiches.

Da bei der populären „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit das Beispiel der Rassenpolitik und der Massenvernichtungen eine besondere Rolle spielt (hier lassen sich am deutlichsten objektive moralische Maßstäbe anlegen), setzt der Rechtsradikalismus an diesem Punkt den Hebel seiner „Vergangenheitsbewältigung“ an, und so werden die Nürnberger Gesetze als eine berechnete Schutzmaßnahme verteidigt, die Gaskammern als eine zwar verbrecherische, aber immerhin doch verständliche Reaktion auf jüdische „Kriegserklärungen“ entschuldigt. Das völkische Gedankengut, das die Juden nach wie vor als „Fremdkörper“ auffaßt, vermischt sich mit einem Antisemitismus neuer Prägung: dem Entlastungs-Antisemitismus. Dieser soll den Zweiten Weltkrieg und Auschwitz erklären und ein fleckenloses Bild der deutschen Geschichte präsentieren. In dem millionenfachen Massenmord an den Juden erkennt die radikale Rechte das größte Hindernis für die Wiedergeburt eines neuen Nationalismus: „Es gibt kein besseres Mittel, ein grundanständiges Volk politisch hilflos zu machen, als die Erzeugung von Schuldgefühlen“<sup>98</sup>. Adolf von Thadden sieht Deutschland politischen und wirtschaftlichen „Erpressungen“ ausgesetzt<sup>99</sup>, und daher fordert seine Partei, „die Auseinandersetzung mit der Judenfrage aus den Niederungen der Schuld- und Sühne-Psychose herauszuführen“<sup>100</sup>.

So bildet die nachträgliche Auseinandersetzung mit jüdischem Einfluß und jüdischen „Provokationen“ in der Zeit vor 1945 ein unentbehrliches Instrument zur Rehabilitierung der deutschen Geschichte. Dresden wird gegen Auschwitz aufgerechnet, die „Greuelhetze“ des „Weltjudentums“ gegen die Konzentrationslager, der Morgenthau-Plan gegen die Endlösung. Diese Entlastungsoffensive, eingesetzt als Mittel der Schuldabwehr, bringt aber gleichzeitig neue antisemitische Vorurteile hervor.

Polemisiert die NPD im Namen „eines neuen Nationalbewußtseins“ gegen „das Geschwätz der beruflichen Vergangenheitsbewältiger“<sup>101</sup> oder unterstellt einer bestimmten Gruppe die Absicht, entsprechend dem „im Morgenthau-Plan befohlenen Ziel, auch das deutsche Geschichtsbewußtsein zu demontieren“<sup>102</sup>, so wird aus dem Rechtfertigungsantisemitismus neue Judenfeindschaft. Neue Vorurteile bestätigen die alten. Auch die nationaldemokratische Geschichtsklitterung geht von alten Topoi aus: die volksfeindlichen „Umerziehungsprofessoren“, „Morgenthau-Hi-

---

<sup>98</sup> NE 2/1960, S. 34.

<sup>99</sup> DN-Sonderdruck II/1965, S. 2 („Die Erpressungen, denen wir heute ausgesetzt sind, sie treffen doch nicht die sogenannten ‚alten Nazis‘, sondern die heute lebende Generation. Und diese Generation hat ein legitimes Recht, sich zu wehren . . .“); ähnlich auch in DN 7/1965, S. 2: „. . . heizen Moskau, Ulbricht und das Judentum in aller Welt Bonn wegen der Verjährungsfristen kräftig ein . . .“

<sup>100</sup> DN 44/1965, S. 3.

<sup>101</sup> DN 16/1965, S. 1.

<sup>102</sup> DN 22/1965, S. 3.

storiker“, „Lizenz-Historiker“ oder „Meaculpisten“<sup>103</sup> vertreten die „Kriegsschuld-lüge“; verbreitet wird diese von den „organisierten Juden und der von ihnen geschriebenen oder ihnen hörigen Linkspresse“<sup>104</sup>. Heinrich Härtle wendet sich ganz unumwunden gegen „die Verteufelung des deutschen Antisemitismus“, die doch nur „ein äußerst wirksames Mittel“ sei, „von den Greueln und Verbrechen auf dem Wege zur kommunistischen Weltrevolution abzulenken“<sup>105</sup>.

So müssen schließlich die Juden herhalten, um nationalsozialistische Verbrechen zu exkulpieren. Die jüdische Mitschuld an den Verfolgungen und die jüdische Schuld am Antisemitismus sind das zynische Ergebnis dieses Entlastungs-Antisemitismus.

Distanziert sich der Rechtsradikalismus einerseits von der NS-Politik, die nach Heinrich Härtle „entstellende Züge verbrecherischer Entartung angenommen“ habe<sup>106</sup>, so sieht es doch ganz anders aus, wenn von der NS-Ideologie die Rede ist. Das rassistische und sozialdarwinistische Gedankengut des Nationalsozialismus, das zum großen Teil noch heute die Vorstellungen der radikalen Rechten bestimmt, kann und will man nicht abqualifizieren, andererseits will man die Rassenverfolgungen des Dritten Reiches nicht gutheißen. Zur Stellungnahme gezwungen, rettet sich der Rechtsextremismus in zahlreiche Ausflüchte: Der noch zu geringe historische Abstand lasse keine endgültige Beurteilung zu, man müsse auch die positiven Züge des Nationalsozialismus in Rechnung stellen, und das wahre völkisch-nationale Gedankengut sei durch einzelne Führer des Dritten Reiches verfälscht

---

<sup>103</sup> Die Angriffe richten sich vor allem gegen den Remigranten und ‚Halbjuden‘ Golo Mann. Mit „diesem sattsam bekannten Schuld- und Sühneprediger“ steht der NPD eine besonders ‚geeignete‘ Person zur Verfügung, weil sie auf Golo Mann zugleich antisemitische Vorurteile abreagieren kann. So wenn Heinrich Härtle das Urteil über Golo Mann, der „unentwegt unser Geschichtsbewußtsein verfälscht und deutsche Lebensinteressen verletzt“, mit dem Hinweis auf die (halb-)jüdische Abstammung Golo Manns verbindet: „Vielleicht mag er auch von mütterlicher Seite her mit Ressentiments geladen sein, was manches, aber nicht alles entschuldigt. Es wird behauptet, er habe mit Rücksicht auf seine jüdische Mutter, Katja Pringsheim, seine christlichen Vornamen Angelus Gottfried Thomas gegen den hebräischen Golo vertauscht. Vielleicht war es auch nur eine snobistische Laune. Politisch und militärisch redete und handelte er jedenfalls gegen das Volk seiner väterlichen Linie. Der Krieg sah ihn immer auf der Feindseite . . . als Oberstleutnant jener Armee, die im Bunde mit Stalin den Morgenthauplan gegen Deutschland vollstrecken sollte.“ (DN 6/1965, S. 7) Gelegentlich, so in DN 33/1966, S. 1 wird den ‚guten Juden‘ der ‚schlechte Jude‘ Golo Mann gegenübergestellt: „ . . . sollte man deshalb diesen verständnisvollen jüdischen Kreisen sogleich sagen, daß jene ressentimentbeladenen Erscheinungen vom Schlage eines Golo Mann weder die Sprecher unserer heranwachsenden jungen Generation sind, noch überhaupt eine Legitimation besitzen, für die deutsche Nation zu sprechen, deren Schicksal sie sich weder in Vergangenheit noch in Zukunft verpflichtet wissen.“ Noch deutlicher als die NPD-Zeitung stellten die Klüter Blätter (H. 1/1965, S. 21) Golo Mann als „Volksfeind“ hin. Als er den Schillerpreis der Stadt Mannheim erhielt, klagten die ‚Klüter Blätter‘: „Tiefer stürzen kann unser Volk in seiner Selbstbeschmutzung kaum mehr, als nun denen noch Preise zu geben, die seinen Stolz, seine Ehre, ja seine Lebensexistenz bedrohen . . . Golo Mann ist der Repräsentant des Verzichts, des Unmuts und der völkischen Auflösung.“

<sup>104</sup> DN 36/1966, S. 4.

<sup>105</sup> DN 44/1965, S. 3.

<sup>106</sup> RR 36/1958, S. 1.

worden<sup>107</sup>. So erklärt Heinrich Härtle (NSDAP-Mitglied seit 1927 und zeitweise Sekretär Alfred Rosenbergs): nur „politische Sektierer und demagogische Fanatiker“ hätten nach den Nürnberger Gesetzen „die Erkenntnis der volklichen Andersartigkeit des Judentums in eine kollektive Minderwertigkeit, besonders der aus dem Osten eingewanderten Juden, verfälscht“<sup>108</sup>. Auf diese Weise wird die NSDAP zu einer im Grundsatz durchaus gemäßigten Partei stilisiert, die – unter Berücksichtigung der ‚naturegebenen‘ Rassenunterschiede – mit den Nürnberger Gesetzen den deutschen Juden eine „gesetzlich verankerte Kulturautonomie“ zuwies, sie nie diskriminierte, sondern nur „staatsrechtlich und sozial“ trennte<sup>109</sup>; „zwischen dem nationalistischen Zionismus und dem ursprünglichen Nationalsozialismus hätte sich auf gesetzlicher Grundlage eine erträgliche Koexistenz entwickeln können.“ Etwas besseres als Hitler hätten sich demnach die Juden gar nicht wünschen können, zumal Hitler den deutschen Juden nicht nur eine „erträgliche Koexistenz“ schaffen, sondern sogar den alten Traum eines eigenen israelischen Staates verwirklichen wollte. Da aber der „Madagaskarplan zur Auswanderung der deutschen Juden . . . am Widerstand Englands und der zionistischen Führung scheiterte“<sup>110</sup>, ist das ‚Weltjudentum‘ (diese unausgesprochene Folgerung liegt auf der Hand) auch mitverantwortlich an Auschwitz. Die Juden selbst verhinderten eine andere, weniger radikale „Endlösung“.

In seiner von der NPD als „grundlegende zeitgeschichtliche Auseinandersetzung“<sup>111</sup> empfohlenen NS-Apologie bemerkt Hans Grimm zu den Nürnberger Gesetzen, sie seien „durch den Notstand der Nation veranlaßt und hatten mit Antisemitismus im schlechten Sinne nichts zu tun“<sup>112</sup>. Heinrich Härtle präzierte als DRP-Autor diesen Notstand: „Die Gefahr einer Überfremdung unserer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Führungsstellen waren damit akut geworden. Das hat zunächst mit dem Judentum als solchem nichts Entscheidendes zu tun, wohl aber mit der Erhaltung des deutschen Charakters des deutschen Lebens. Auch jede andere Überfremdung – etwa durch Japaner oder Araber – hätte zu solchen Abwehr-Reaktionen geführt. Eine Besetzung unserer Führungsberufe mit 50 bis 70 Prozent Nicht-Deutschen hätte in jedem Falle, gleichgültig durch welche

<sup>107</sup> Vgl. Peter Fürstenau (Zur Psychologie der Nachwirkung des Nationalsozialismus, in H. Huss u. A. Schröder: Antisemitismus, Frankfurt 1965, S. 126f): „Die verleugnend-verharmlosende Haltung findet sich bei einzelnen und Gruppen, die ihre frühere eigene Beteiligung am Nationalsozialismus zu verleugnen und zu verharmlosen suchen und zu diesem Zweck den Nationalsozialismus im ganzen bagatellisieren, ebenso aber bei Gruppen, die sich auch heute noch mit dem Nationalsozialismus identifizieren und ihn ausdrücklich fortzusetzen suchen. In diesem Falle ist man um die Unterscheidung von reiner Lehre und schlechter oder verbrecherischer Ideologie besonders bemüht . . . Die verleugnend-verharmlosende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus findet sich jedoch häufiger als Abwehr von Schuldgefühlen wegen der eigenen früheren Beteiligung.“

<sup>108</sup> DN 51/1965, S. 5.

<sup>109</sup> DN 51/1965, S. 5.

<sup>110</sup> DN 3/1967, S. 3.

<sup>111</sup> DN 52/1965, S. 5.

<sup>112</sup> Hans Grimm: Warum – Woher – Aber wohin? Lippoldsberg 1954, S. 188.

Menschenart die Überfremdung erfolgte, zu Krisen geführt<sup>113</sup>.“ Schwächer kommt dies zum Ausdruck, wenn Härtle später als NPD-Autor die Meinung vertritt, es müsse gelingen, „die jüdischen Wettbewerber im Wirtschaftsprozeß unter gleiche Startbedingungen und gleiche rechtliche und moralische Voraussetzungen zu stellen“<sup>114</sup> (Über die moralischen Voraussetzungen des jüdischen Geschäftsmannes ist der ständige Leser in genügendem Maße informiert).

Daß der nationalsozialistische Antisemitismus eine „Abwehrmaßnahme“ gewesen sei, ist eine stereotype Wendung rechtsradikaler Argumentation. Um dies zu belegen, wiederholt man einfach die nazistischen Argumente von damals, führt sie jetzt aber an, um zu erklären, weshalb die NSDAP zur Macht kommen konnte; so macht ‚Nation Europa‘ aufmerksam auf „das massenweise Einströmen ostjüdischer Glaubensgenossen, die natürlich keine Bindung an das Reich kannten“<sup>115</sup>, auf die „Unzahl der Ostjuden bei uns und deren Geschäftemacherei, die sportmäßig betriebene Jagd auf deutsche Mädchen, die Vergiftung der Presse . . .“<sup>116</sup>, und Arthur Ehrhardt kritisiert „die Meute jener mit Recht berüchtigten ‚Pressejuden‘, wie man sie im Volk nannte, die nach dem Zusammenbruch von 1918 Deutschland mit ihrem Gift bespion – Verräter fast in jeder Zeile, die sie schrieben . . .“<sup>117</sup>. Wie sehr das Rechtfertigungsmotiv auf antisemitische Klischees angewiesen ist und dadurch neue Judenfeindschaft propagieren muß, offenbart auch die NPD in ihrem ‚Politischen Lexikon‘ unter dem Stichwort „Antisemitismus“:

„Seitdem jüdische Minderheiten verstreut oder in geschlossenen Siedlungen unter anderen Völkern leben, reagieren diese Völker abwehrend auf den jüdischen Auswähltheitsanspruch und seine sozialen wie politischen Auswirkungen . . . Diese Abwehrreaktion gegenüber Gebaren, Ansprüchen und geheimer oder offener Wirksamkeit gab es schon in der Antike . . . Die Reaktionen des A.(ntisemitismus) wurden in der neueren Geschichte immer dann heftig, wenn Teile der Bevölkerung in zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von J.(uden) gerieten . . . Eine spezielle Rolle spielte General Erich Ludendorff, der die Freimaurerei als ein Instrument der internationalen jüdischen Politik zu entlarven suchte. Der A. in der nat. soz. Ära beruhte auf dem Verdacht, daß das russische Judentum sowie jüdische Bankhäuser in Amerika bei der Entstehung des Bolschewismus eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Verstärkt wurde er während des Krieges durch die formale Kriegserklärung Chaim Weizmanns an Deutschland, durch die deutschfeindliche, antigermanische Propaganda in der nordamerikanischen Publizistik, insbesondere jüdischer Organe, wie durch die Aufrufe Ilja Ehrenburgs an die Rote Armee nach Beginn des Rußlandfeldzuges. Doch steht das, was während des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage und der Partisanenbekämpfung im rückwärtigen Heeresgebiet gegen das deutsche

---

<sup>113</sup> RR 23/1957, S. 1.

<sup>114</sup> DN 51/1965, S. 5.

<sup>115</sup> NE 5/1965, S. 7.

<sup>116</sup> NE 1/1964, S. 64.

<sup>117</sup> NE 10/1962, S. 6.

und europäische Judentum unternommen wurde, in keinem Zusammenhang mit der a.(ntisemitischen) Stimmung der deutschen Bevölkerung, die auf diese Geschehnisse keinen Einfluß hatte . . . Eine besondere Rolle spielte der A. in der Sowjetunion während und nach der Oktoberrevolution und besonders zur Zeit Stalins. Diese a. Ausschreitungen und Progrome stehen keineswegs im Widerspruch zum anfänglichen Auftreten zahlreicher Juden in der Sowjetführung, sondern sind gerade als Reaktion auf dieses Auftreten zu verstehen.“

Nach wie vor geistert in der rechtsradikalen Ideologie die jüdische Weltverschwörung herum, nach wie vor wehren sich die Völker gegen ihre jüdischen Unterdrücker. Eine besonders bemerkenswerte Variante des Entlastungsantisemitismus ist die hintergründige Verbindung der „Endlösung“ mit der „Partisanenbekämpfung“. Heinrich Härtele erläutert dies im Parteiblatt: „Ohne Zweifel waren die laut Ohlendorf angewandten SD-Einsatzkommandos genauso verbrecherisch wie die heimtückischen Mordüberfälle der Partisanen, die oftmals ihre Unterstützung in den jüdischen Vierteln der ukrainischen Dörfer und Städte fanden<sup>118</sup>.“ Ganz bewußt wird der organisierte Massenmord als Bestandteil der Kriegshandlungen dargestellt, denn das „Herauslösen der antijüdischen Gewalttaten aus dem Gesamtkomplex des Krieges verfälscht von vornherein alle Verhältnisse und Maßstäbe . . . Wer solche Verbrechen beziehungslos und akausal darstellt, unterschlägt das entscheidende Faktum, daß ohne Krieg niemals eine massenweise Judenliquidierung möglich gewesen wäre<sup>119</sup>.“

Und ohne die ‚Kriegshetze‘ der Juden, so argumentiert die NPD in einem zweiten Schritt, hätte es keinen Krieg gegeben. Die mißverständliche Formulierung des Zionistenführers Chaim Weizmann – er schrieb am 29. August 1939 an den britischen Premierminister, daß die Juden an der Seite Europas kämpfen würden – fälscht die NPD um zu einer „formalen Kriegserklärung an Deutschland“. Diese Geschichtsklitterung kommt ohne den flexiblen Feind-Begriff des Juden nicht aus: vom jüdischen Bolschewismus in der UdSSR, von der jüdischen Presse und Finanz in den USA, von der jüdisch orientierten Regierung Großbritanniens sei Deutschland in den Krieg getrieben worden. „Mit großer Besonnenheit, Zurückhaltung und Mäßigung“ erläutert der NPD-Funktionär von Grünberg die These, warum Hitler zu Recht annehmen konnte, das ‚Weltjudentum‘ wolle Deutschland vernichten<sup>120</sup>: „Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, zu dem sie wirklich nicht von Deutschland herausgefordert waren und der tatsächlich auf das Wirken antifaschistischer und antigermanistischer Juden erfolgte – und zwar als der Existenzkampf der Deutschen gegen den russischen Kommunismus entbrannt war, in dem zu der damaligen Zeit Juden sehr maßgebliche Stellen innehatten – galt diese windige These als bewiesen und bestätigt. Erst danach erfolgte der verbrecherische Plan, die Juden als den Weltfeind Nummer 1 physisch zu vernichten.“ Nicht Hitler

---

<sup>118</sup> DN 22/1965, S. 8.

<sup>119</sup> DN 35/1965, S. 3.

<sup>120</sup> DN 36/1966, S. 4.

ist der eigentliche Verbrecher, sondern das Judentum, nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig: „Bedingungsloser Haß hat die jüdischen Funktionäre an den Schalthebeln der Macht 1933, 1939 und 1941 zu ihrer tölpelhaften und als Handlangerdienst für Hitler sogar verbrecherischen Kriegserklärung an Deutschland geführt<sup>121</sup>.“ Noch übertroffen wird diese Umwertung der Geschichte durch ‚Nation Europa‘, wo Arthur Ehrhardt (um „einen notwendigen Beitrag zur Normalisierung der deutsch-jüdischen Beziehungen zu leisten, die wir so sehr wünschen und der dieses Heft dienen soll“) seine Empörung äußert über jenen „Vernichtungskrieg, der von mächtigen jüdischen Kreisen in Amerika, England und Frankreich schon 1933 propagiert wurde . . . Es kam zu der offenen Kriegserklärung des ‚Weltjudentums‘ – mitten im Frieden! Und es kam zu einem gewaltigen Boykottfeldzug der jüdisch geführten Finanzmächte, durch den der Wiederaufbau der 1932 fast völlig zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft schwer gehemmt wurde. Daß dieser Aufbau dann doch gelang, wurde mit zum Anlaß für die unversöhnlichen Feinde, im Jahre des Unheils 1939 Deutschland in den Zweiten Weltkrieg zu stürzen . . .“<sup>122</sup> Von da ist es nicht mehr weit bis zu der in neonazistischen Gruppen kursierenden Legende, wonach Zionistenführer das Dritte Reich zu den Vernichtungslagern angestiftet hätten, um Deutschland moralisch zu vernichten und die Welt für die Gründung eines israelischen Staates zu gewinnen. Die NPD wagt diese Version nicht öffentlich zu verbreiten. Ihre Vorgängerin war dabei sorgloser gewesen; auf einer DRP-Versammlung am 30. 11. 1956 in Berlin wurde der Verdacht geäußert, Eichmann sei „mit Hilfe Himmlers und ausländischen Juden in die SS eingeschleust worden und habe den Antisemitismus in sie hineingetragen“<sup>123</sup>. Solche primitiven Erklärungen sind auch propagandistisch von zweifelhaftem Wert. Die NPD operiert lieber mit der Schuldaufrechnung, zu deren Voraussetzung es gehört, daß auch der Judenmord eines unter anderen Kriegsverbrechen gewesen

<sup>121</sup> DN 52/1965, S. 3.

<sup>122</sup> In NE 10/1962, S. 11.

<sup>123</sup> zit. nach Hans-Helmuth Knütter: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1961, S. 87.

Der Nazi-Propagandist und Verfasser antisemitischer Pamphlete, Johann von Leers (später Chef der „Antizionistischen Gesellschaft“ in Kairo), äußerte 1961 in ‚Nation Europa‘ den Verdacht, „daß Eichmann jüdischer Abstammung ist, wie aus Tel Aviv bekanntgegeben worden sein soll“ (NE 4/1961, S. 68); ‚Europe Réelle‘, das Organ der in der Bundesrepublik verbotenen Organisation „Europäische Neuordnung“ (ENO), behauptete, es habe „Dokumente, die Eichmanns jüdische Abstammung beweisen“ (zit. nach Joseph Ariel: The Eichmann Trial in the Neo-Nazi Press, in Yad Washem Bull., No. 11/1962, S. 18); der der ENO freundschaftlich verbundene Arthur Ehrhardt verdächtigte mehrmals den ‚Zionismus‘ oder das „Weltjudentum“, es habe die nazistischen Judenverfolgungen inszeniert (u. a. in NE 10/1962, S. 11 ff. und S. 63 f.). Herbert Böhme wärmte eine alte Geschichtsfälschung auf, die ein zionistisches Interesse am Aufkommen der NSDAP unterstellt, und behauptete, „daß das Bankhaus Warburg dem Führer Adolf Hitler einen sehr hohen Geldbetrag 1932 für bevorstehenden Wahlkampf zur Verfügung gestellt habe in der Erwartung, daß dessen Typus das Judentum aus offener Lethargie aufschrecken würde, sei es auch unter Opfern“ (KB 6/1961, S. 4). Vor allem die 1961 verbotene Ludendorff-Bewegung sah im Nationalsozialismus ein jüdisches Instrument (vgl. Der Quell, Folge 5/1950, S. 249 und Der Quell v. 9. 8. 1960, S. 718 f.).

ist: „Bei Kriegsbeginn wurden die Juden als potentielle Gegner behandelt und schließlich konzentriert und deportiert, ähnlich wie Deutsche im feindlichen Ausland oder Japaner in den USA. Das waren Kriegsmaßnahmen, jedoch Vernichtungsaktionen gegen Wehrlose waren Kriegsverbrechen, ob sie mit Zyklon B oder durch Phosphorbomben verübt wurden<sup>124</sup>.“ Oder noch trotziger: „Und was Völkermord angeht, empfehlen wir ein Studium der jüdischen Geschichte. Wir entschuldigen die KZs nicht mit einem Wort, aber es läßt sich beweisen, daß nicht nur im deutschen Namen Unrecht geschehen ist. Wir Deutschen besitzen wenigstens so viel Anstand, daß wir diese Verbrechen aburteilen. Wir machen sie weder zu einem nationalen noch zu einem christlichen Feiertag<sup>125</sup>.“ In diesem Zusammenhang macht sich die NPD auch ein besonderes Vergnügen daraus, auf die Rolle jüdischer Funktionshäftlinge in den Vernichtungslagern hinzuweisen, um darzutun, daß „Juden in bestürzender Zahl selbst an der Judenvernichtung mitgewirkt haben“, während „bewiesen“ sei, „daß an der geheimen Judenvernichtung nur ein relativ beschränkter Kreis von etwa hundert Deutschen unmittelbar beteiligt war. Diese kleine Zahl von Wissenden konnte ihre Verbrechen in diesem Umfang nur durch jüdische Mithilfe begehen.“ Mit dem nötigen Nachdruck wird eingehämmert, es sei „bestätigt, daß an der Judenvernichtung erheblich mehr ‚kleine Leute‘ – jüdischer als deutscher Herkunft beteiligt gewesen sind, unfreiwillig und auch freiwillig wie einzelne Deutsche. Es sollen hier nicht Grade menschlicher Verworfenheit unterschieden werden, jedoch müssen wir uns wehren, daß die Untaten der Mordgehilfen von Auschwitz nur eine spezifisch deutsche Entartung seien. Bis heute hat keiner die jüdischen Mordhelfer, die sich teilweise an ihren Opfern bereichert haben, vor Gericht gestellt<sup>126</sup>.“

Was an dieser Argumentation am meisten beunruhigt, ist weniger die Reproduktion völkisch-nazistischer Anschauungen durch die in ihrer Wandlungsfähigkeit sehr beschränkte Gruppe der Härtle, Kern oder Ehrhardt, auch nicht die mit veräterischem Übereifer betriebene Selbstrechtfertigung einzelner verbissener NS-Apologeten wie Hans Severus Ziegler (Jahrgang 1893), für den selbst Hitlers Chauffeur „der weltbeste Fahrer“ war<sup>127</sup>. Gerade dies läßt sich als ohnmächtige, politisch irrelevante Reaktion einer überalterten Gruppe von „Ehemaligen“ verstehen, die von ihrer früheren Bedeutung und dem Glanz einer vergangenen Epoche zehren. Weit beunruhigender an der NPD-Aufarbeitung der Vergangenheit ist der um sich greifende Eifer, mit der hier erneut ein vorgeblich „gesundes Nationalbewußtsein“ auf verlogene Rechtfertigungslegenden gestützt wird. Diese Spielart rechtsradikaler Propaganda, die im Entlastungsantisemitismus ihren extre-

<sup>124</sup> DN 35/1965, S. 3.

<sup>125</sup> DN 49/1965, S. 2.

<sup>126</sup> DN 35/1965, S. 3.

<sup>127</sup> Hans Severus Ziegler: Adolf Hitler – Aus dem Erleben dargestellt, Göttingen 1964, S. 50. Heinrich Härtle lobt das von dem NPD-Landtagsabgeordneten Waldemar Schütz verlegte Buch, es sei „von unbestreitbarer dokumentarischer Bedeutung, weil ein Tatzeuge über Hitler berichtet, dessen Darstellung wissenschaftlich um so wertvoller ist, je mehr er aus ehrlicher Überzeugung schildert“ (DN 1/1966, S. 3).

men Ausdruck findet, scheint um so gefährlicher, da sie einem weit über die NPD-Mentalität hinausreichenden Bedürfnis nach moralischer Entlastung entgegenkommt. Mit dem Abbau von Hemmungen und Skrupeln zielt die NPD auf das Bedürfnis nach Rechtfertigung, und es zeigt sich einmal mehr die Bedeutung des ‚Feindes‘ auch für diese spezifischen Abwehrmechanismen. Das tradierte Leitbild des jüdischen Fremdkörpers im Innern und des jüdischen Deutschenfeindes im Ausland kommt den Denkschablonen der „nationalen Rechten“ dabei außerordentlich zugute. Der alte Feind motiviert nicht nur die angebliche Unterdrückung der Bundesrepublik und die angebliche Verhöhnung „nationaler Würde“, sondern gilt auch als der agent provocateur der nationalsozialistischen Verbrechen und beweist die kollektive Unschuld des deutschen Volkes.

Von der öffentlichen Aufwertung des traditionellen Nationalismus profitiert deshalb vor allem die antidemokratische Rechte, die im Namen einer nationalen Eigengesetzlichkeit moralische Kategorien beiseiteschiebt und zu der bequemen Selbsttäuschung von der „Schuld der anderen“ greift und jeden, der die unangenehme Einsicht in (korrigierbare) Fehlhaltungen zu vermitteln sucht, als „kommunistisch“, „undeutsch“ oder „volksfeindlich“ denunziert. Beunruhigend an dem ganzen Komplex ist nicht zuletzt die Art und Weise, in der manche Rechtskonservative nationaldemokratische Gemeinplätze salonfähig machen<sup>128</sup>.

---

<sup>128</sup> So entschuldigte beispielsweise Winfried Martini am 8. 6. 1967 in einer Rede in München vor dem rechtsgerichteten „Republikanischen Studentenbund Deutschlands“ die KZ- und Schreibtischmörder: sie seien „keine Verbrecher im landläufigen Sinne, sie müssen als Regime- oder Revolutionstäter angesehen werden. Sie handelten vor 1945 im Bewußtsein der Straßlosigkeit, der Zusammenbruch des Nationalsozialismus war zugleich ein Akt ihrer Resozialisierung. Beweis: Keiner der NS-Täter, die heute vor Gericht stehen, wurde nach 1945 straffällig“ (zit. nach Deutscher Studenten-Anzeiger, Juli 1967, S. 5). Die Arbeit der „Regime- oder Revolutionstäter“ umschrieb die NS-Propaganda schon 1933 mit dem Spruch „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“; die Unterordnung von Recht und Moral unter die vorgeblichen Interessen von Volk und Nation ist seit je Gemeingut der radikalen Rechten; auch dem NPD-Funktionär von Grünberg ist „die dauernde Strapazierung der Begriffe Gewissen und Moral im rivalisierenden Geschehen in Geschichte und Politik . . . ungewöhnlich zuwider“ (DN 15/1965, S. 4). Um ein ungebrochenes nationalistisches Geschichtsbild zu präsentieren, stützt sich der Rechtskonservatismus auf andere Rechtfertigungslegenden: der Nationalsozialismus wird unzweideutig verurteilt und gleichzeitig zum Betriebsunfall der deutschen Geschichte interpretiert. Hans-Georg von Studnitz (Die Bewältigung des Antisemitismus in Deutschland, in: Außenpolitik, H. 11/1959, S. 748f) streitet einfach antisemitische Strömungen im deutschen Nationalismus ab („In Hitler manifestierte sich der Bruch mit jeder antisemitischen Tradition, soweit man von einer solchen in Deutschland überhaupt sprechen konnte“) und bagatellisiert den Hitler-Staat zu einer der zahlreichen Despotien der Weltgeschichte – eine Fehlinterpretation, die er u. a. mit der – höchst unschlüssigen – Feststellung begründet: „In diesem deutschen Staat Hitlers war kein Jude seines Lebens sicher, aber schließlich auch kein aufrechter Deutscher.“ Armin Mohler (13 Thesen zur Vergangenheitsbewältigung, im Bayernkurier v. 20.5.1967) macht „eine gewisse Bewältigungsliteratur“ lächerlich, die „die SS bereits in den Wäldern des alten Germaniens aufstöbert“ – auch hier zeigt sich die Tendenz, geistesgeschichtliche Wurzeln des deutschen Irrationalismus zu leugnen.

#### IV. ALLGEMEINE URSACHEN UND ASPEKTE DER FREMDENFEINDSCHAFT

Bei der wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen des Fremdenhasses und der Vorurteilsbildung stehen die Untersuchungen über den Antisemitismus im Vordergrund. Als die älteste und geographisch am stärksten verbreitete Form der Xenophobie stellt der Antisemitismus auch für die Forschung das bevorzugte Untersuchungsmodell dar, das es erlaubt, auf alte geistesgeschichtliche Wurzeln, zahlreiche Vergleichsmöglichkeiten und bereits vorliegende Erklärungen zurückzugreifen. Hinzu kam in jüngster Zeit das besondere Bedürfnis nach Motivierung des nationalsozialistischen Rückfalls in die Barbarei der Judenverfolgungen. Nahezu alle Studien über den Antisemitismus gehen von der jahrhundertealten Tradition des christlichen Antisemitismus aus und weisen auf den ritualen und religiösen Hintergrund der antijüdischen Hetze und neuzeitlichen nationalistischen Judenverfolgungen hin. So hat erst neuerdings Friedrich Heer in umfangreichen Studien die „Genesis des österreichischen Katholiken Adolf Hitler“ aus anderthalb Jahrtausend theologischer Tradition abzuleiten versucht<sup>1</sup>. In anderen Untersuchungen (von Adolf Leschnitzer, Seymour Martin Lipset, Eva Reichmann u. a.) nehmen soziologische Fakten und Zusammenhänge als Ursachen der Aktualisierung antisemitischer Stimmungen eine wichtige Stelle ein. Geistesgeschichtliche und soziologische Erklärungen fließen in der Regel ineinander über: Die in der Geistes- und Religionsgeschichte vorgeformten Ideologien sollen die Latenz und Kontinuität der antisemitischen Einstellung erklären; bestimmte Krisenereignisse ökonomischer und politischer Natur gelten als Hauptursachen der plötzlichen Aktualisierung und Mobilisierung des latenten Antisemitismus, d. h. einer verstärkten Aggressivität, der das Judentum als der geschichtlich bekannte „Sündenbock“ zu dienen hat. Manche Anwendungen dieser Sündenbock-Theorie sind freilich nicht sehr überzeugend, wenn irrationale fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen auf rationale Antriebe wie „Konkurrenzneid“ o. ä. zurückgeführt werden. Vermag dabei doch kaum schlüssig erklärt zu werden, was die empirische Vorurteilsforschung übereinstimmend festgestellt hat: daß bestimmte Gruppen und Personen für xenophobische Parolen besonders anfällig sind, andere weniger oder nicht. Tatsächlich ist schwer zu verstehen, auf welchen realen Interessengegensätzen beispielsweise das Vorurteil gegenüber ausländischen Arbeitnehmern beruhen soll.

Systematische, nicht auf den Antisemitismus beschränkte Untersuchungen fremdenfeindlicher Einstellungen sind in Deutschland bisher kaum vorgenommen wor-

---

<sup>1</sup> Friedrich Heer: Gottes erste Liebe. München 1967; derselbe: Der Glaube des Adolf Hitler, München 1968. Kennzeichnend für die Betrachtung der auf 1933 ausgerichteten Geschichte ist die Deutung von „Father Jahn, the first storm trooper“ (Peter Viereck: Metapolitics, The Roots of the Nazi Mind, New York 1961, S. 64).

den, da hier die Forschung besonders stark auf den nationalsozialistischen Antisemitismus fixiert ist, woraus auch überwiegend die Tendenz entweder zu nationalgeschichtlicher Analyse (Vorläufer der NS-Ideologie in der Geschichte des deutschen Nationalismus) oder einer im engen Sinne zeitbezogenen Erklärung (Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit) folgte. Neue Erklärungen hat demgegenüber vor allem die sozialpsychologische Vorurteilsforschung in den USA geliefert. Ihre Ergebnisse machen deutlich, daß der Rechtsradikalismus in starkem Maße unabhängig von spezifischen nationalen Gegebenheiten auf nachweisbar identische Grundhaltungen zurückgeführt werden kann.

Unter dem Schock des Jahres 1945 entstand die vom American Jewish Committee herausgegebene Serie der „Studies in Prejudice“<sup>2</sup>, von denen einige Untersuchungen zum ersten Mal die Denkmodelle der radikalen Rechten mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung analysierten. Die Ergebnisse, später durch zahlreiche Parallel-Untersuchungen abgesichert, treffen größtenteils auch auf deutsche Verhältnisse zu, wo „ähnliche Bedingungskonstellationen“ die „rechtsradikale Grundeinstellung befördern“<sup>3</sup>. Die einzige deutsche Studie über die Denkstruktur des Rechtsextremisten<sup>4</sup> weist eine verblüffende Übereinstimmung mit den Ergebnissen der entsprechenden amerikanischen Untersuchungen auf.

Vor allem Theodor Adornos methodologisch anfechtbare, aber bahnbrechende Arbeit über die „autoritäre Persönlichkeit“ ist zwar unter der relativ engen Perspektive entstanden, „potentially fascistic individuals“ aufgrund ihrer Denkstruktur zu erkennen, doch sind seine Ergebnisse über die autoritäre Persönlichkeit auch von seinen Kritikern im wesentlichen bestätigt worden<sup>5</sup>. Die Diskriminierung von rassischen und ethnischen Minderheiten ist demnach Teil eines Einstellungssyndroms, eines ganzen Bündels verschiedener Haltungen, die in der Persönlichkeitsstruktur des Rechtsradikalen verankert sind.

Diese vorurteilsvolle, „pseudokonservative“ oder „autoritäre Persönlichkeit“ ist charakterisiert durch ein relativ schwaches Ego, das dazu neigt, sein unsicheres Selbstgefühl durch Aggressivität gegen leicht und risikolos angreifbare Gruppen zu kompensieren, sich durch Anlehnung an die konventionelle Moral sowie durch die

---

<sup>2</sup> Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson and R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York 1950; Bruno Bettelheim and Morris Janowitz: *Dynamics of Prejudice*, New York 1950; Nathan W. Ackerman and Marie Jahoda: *Anti-Semitism and Emotional Disorder*, New York 1950; Leo Lowenthal and Norbert Guterman: *Prophets of Deceit*, New York 1949; ferner die historische Untersuchung von Paul Massing: *Rehearsal for Destruction*, New York 1949 (deutsch: *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt 1959).

<sup>3</sup> Erwin K. Scheuch: *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, a. a. O., S. 12.

<sup>4</sup> Horst Eberhard Richter und Dieter Beckmann: *Studie über das Selbstbild des NPD-Anhängers*, unveröffentl. Manuskript, Göttingen 1968.

<sup>5</sup> vgl. vor allem Richard Christie and Marie Jahoda: *Studies in the Scope and Method of 'The Authoritarian Personality'*, Glencoe 1954; Hans Jürgen Eysenck: *The Psychology of Politics*, London 1954.

Übernahme eindeutiger Kategorisierung abzustützen. Dem schwachen Ego steht ein starkes Über-Ich gegenüber, das zu einer Überbewertung äußerlicher Autorität, zu Machtdemonstrationen und zur Unterwerfung unter starke Kollektiveinheiten tendiert. Ein wesentliches Merkmal dieser Persönlichkeit ist der Hang zur Selbstgerechtigkeit und die damit verbundene Neigung, andere für Schuldgefühle verantwortlich zu machen: die Spannung zwischen dem schwachen Ego und dem autoritären Super-Ego löst sich durch Aggression nach außen – ein Vorgang, den die Sozialpsychologie mit dem Begriff „extrapunitiveness“ bezeichnet, das Abreagieren eigener persönlicher Spannungen. Die ungerichtete Aggressivität sucht sich Opfer, die entweder aus einer Gruppe stammen, die die Werte und Normen der Majorität verletzt (Kriminelle, Prostituierte, Homosexuelle, Kommunisten u.ä.), oder aus einer Gruppe, die aufgrund objektiver Merkmale an der gesellschaftlichen Peripherie steht und sich nicht ohne weiteres mit der Majorität identifizieren kann (Neger, Gastarbeiter, Juden u.ä.) – „Randpersönlichkeiten“ (marginal men), denen der Zutritt zur ingroup verwehrt wird. „Das eigene schwache Selbstwertgefühl findet nämlich in der Verurteilung etwa von Mördern nur eine geringe Stütze, wohl aber in einem globalen Überlegenheitsgefühl über ganze Nationen, Rassen, ethnischen Gruppen und Kategorien, deren gesamtgesellschaftliches Prestige dem der eigenen ingroup relativ nahesteht. Solange man zum Beispiel primitive Völker als allgemein geistig Minderbegabte betrachtete, konnten sie die Funktion einer Gruppe, gegen die man sich prestigemäßig absetzt, gar nicht oder nur ungenügend erfüllen, was die Kolonialgeschichte immer wieder bestätigt. Eine eigentliche Krise in den Beziehungen zu angeblich tieferstehenden Völkern tritt deshalb oft erst dann ein, wenn diese uns in der gesamt menschlichen Rangordnung näherrücken, wenn sie zum Beispiel beginnen, eine größere Anzahl von Arbeitern für unsere Fabriken zu stellen<sup>6</sup>.“

Die Sündenbock-Theorie wird vor dem Hintergrund dieser Persönlichkeitsstruktur verständlich. Minderheiten werden nicht deshalb bekämpft, weil sie unter Umständen der Majorität irgendwelche Schädigungen zufügen können, sondern weil sie ein leicht angreifbares Objekt bilden, auf das der Rechtsextremist seine Aggressivität richten kann. Vor allem die psychoanalytisch orientierte Vorurteilsforschung vertritt die Auffassung, daß der Haß auf Minoritäten auf eine Triebverdrängung zurückzuführen sei: die bekämpften Gruppen dienen demnach als Projektionen eigener Wunschbilder, die moralische Entrüstung über den „profitsüchtigen“ Juden oder den sexuell „animalischen“ Neger resultieren aus der Verdrängung geheimer Wünsche<sup>7</sup>.

<sup>6</sup> Peter Heintz: Soziale Vorurteile, Köln 1957, S. 135 f.

<sup>7</sup> Vor allem Bruno Bettelheim und Morris Janowitz (Dynamics of Prejudice, a. a. O.) vertreten diese These: „Ethnische Feindschaft ist eine Projektion von unakzeptierbaren inneren Antrieben auf eine Minoritätsgruppe“ (S. 42).

Manche Autoren wollen bei Nationalsozialisten, die Homosexuelle bekanntlich streng verfolgt haben, eine latente Neigung zu Homosexualität festgestellt haben (vgl. H. V. Dicks: Personality Traits and National Socialist Ideology, in: Human Relations, No. 3/1950).

Empirisch bestätigt ist die positive Beziehung zwischen Frustration und Vorurteil. Bei der autoritären Persönlichkeit scheint Frustration (bedingt durch die Ego-Schwäche) ziemlich schnell einzutreten. Die Empfindlichkeit selbst gegenüber leichten Krisenerscheinungen ist besonders stark, infolgedessen ebenso die Wunschversagung, die mit Aggressivität nach außen kompensiert wird. Diese Frustration muß keineswegs wirtschaftlich bedingt sein. Der stark überproportionale Anteil von hohen Militärs in rechtsradikalen Vereinigungen der USA erklärt sich wohl u. a. mit dem permanenten Prestigeverlust der amerikanischen Generalität, deren Entscheidungsgewalt sich immer mehr auf zivile Technokraten verlagert<sup>8</sup> und die sich dadurch in ihrem Prestige geschädigt sehen. Die Frustrations-Aggressions-Hypothese wird durch die Gegengruppe nicht-autoritärer Individuen erhärtet, die andere Reaktionen auf Frustrationen entwickelt (bei erheblicher Ego-Schwäche Resignation und Selbstmord).

Der hier nur kurz skizzierten autoritären Persönlichkeitsstruktur entspricht ein spezifischer Denkstil, der vor allem durch mangelnde Flexibilität auffällt. Der Rechtsextremist hält starr an einmal gewonnenen Ansichten fest, zeigt geringe Kompromißbereitschaft, bevorzugt Schwarz-Weiß- und Entweder-Oder-Kategorien, hält sich in überdurchschnittlichem Maße für viele Sachbereiche kompetent und gibt kaum zu, daß er über irgend etwas nicht informiert ist oder sich keine Meinung gebildet hat: die Antwort „ich weiß nicht“ kommt – im Gegensatz zu den vorurteilsfreien Personen – bei den autoritären äußerst selten vor. Gerade bei den Denkschablonen zeigt sich die Kongruenz zwischen der amerikanischen und der deutschen Rechten. So kommt Elisabeth Noelle-Neumann zu dem Ergebnis: „Ein weiterer Zug ist in das Porträt der NPD-Anhänger einzuzeichnen: ihre entschiedene Stellungnahme, welches politische Thema auch angeschnitten wird. Als im Oktober 1966 die Bevölkerung nach ihrer Einstellung zum Bundeskanzler gefragt wurde, erklärten sich im repräsentativen Querschnitt 25 Prozent als unentschieden, unter den NPD-Anhängern 3 Prozent<sup>9</sup>.“ Um so weniger verständlich ist es, wenn Frau Noelle-Neumann ihre allgemeine Schlußfolgerung, der NPD-Anhänger passe „nicht so leicht in das Klischee von den Rechtsradikalen“, auch auf die erstaunlich gute Informiertheit und Meinungsfreudigkeit der NPD-Anhänger stützt<sup>10</sup>.

Besondere Beachtung verdienen zwei Grundzüge rechtsradikalen Denkens. Die autoritäre Persönlichkeit verspürt ein starkes „Bedürfnis nach Klarheit“ (Need for Defiteness), d. h. nach deutlich abgegrenzten Kompetenzen, hierarchischer Gesell-

<sup>8</sup> Vgl. Daniel Bell: *The Dispossessed*, in Daniel Bell (Ed.): *The Radical Right*, a. a. O., S. 24ff.

<sup>9</sup> Elisabeth Noelle-Neumann: Bericht über die NPD, vielfältigstes Manuskript, Allensbach 1967, S. 26.

<sup>10</sup> Gordon W. Allport (*The Nature of Prejudice*, a. a. O., S. 402) bezeichnet gerade dies als Merkmal des Rechtsextremisten: „Vorurteilvolle Personen scheinen davor Furcht zu haben, ‚Ich weiß nicht‘ zu sagen. Das zuzugeben, würde sie hilflos machen. Diese Feststellung wurde in sehr unterschiedlichen Untersuchungen erhärtet. . . Vorurteilvolle Personen fühlen sich anscheinend sicherer, wenn sie die Antwort wissen.“ Die von Allport erwähnten Untersuchungen ergaben, daß die autoritäre Persönlichkeit eher falsche Antworten gibt anstatt der „richtigen“ Antwort „Ich weiß nicht“.

schaftsstruktur, strikter Scheidung von Gut und Böse u.ä. Else Frenkel-Brunswik hat dieses Phänomen zutreffend „Intolerance of Ambiguity“ genannt.<sup>11</sup> Diese Unduldsamkeit gegenüber Mehrdeutigkeit oder Zweifel reicht von einer (experimentell nachgewiesenen) Vorliebe für klare symmetrische Formen bis zu politischen Vorstellungen, die auf der Freund-Feind-Schablone aufgebaut sind; Indifferente werden gern der einen oder anderen Kategorie zugerechnet, um jede Position eindeutig zu fixieren.

Eine weitere spezifische Eigenschaft rechtsradikalen Denkens, die „perzeptuelle Verzerrung“, erklärt die Zählebigkeit vieler Stereotype, die sich rational nicht ausräumen lassen. Die Ideologie wirkt wie ein Filter, der von den objektiven Wahrnehmungen nur diejenigen durchläßt, die vorgefaßte Meinungen bestätigen. Der Rechtsextremist untersucht die Realität daraufhin, ob und inwieweit sie mit seinem Weltbild übereinstimmt. So ist für die NPD die Wirklichkeit, was die Vorurteile bestätigt; was der Ideologie widerspricht, wird nicht wahrgenommen oder als Lüge angesehen. Diese Denkstruktur macht die Widersprüchlichkeit nationaldemokratischer Vorstellungen verständlich. Spricht sich etwa in einer Repräsentativumfrage die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung für eine Beendigung der NS-Prozesse aus, so gilt dies als „eindeutiger“ Beweis<sup>12</sup> – weniger ‚erfreuliche‘ demoskopische Ermittlungen zweifelt die NPD an: „Das Allensbacher Institut will festgestellt haben, daß sich 62 Prozent der Bundesbürger dazu bekennen, daß Deutschland am zweiten Weltkrieg schuld sei<sup>13</sup>. Da rechtsradikales Denken nicht auf rationalem Erkenntniswillen, sondern primär auf Stereotypen beruht, wird die objektive Wahrnehmungsfähigkeit stark eingeschränkt. Die Behauptung, daß „die Nationalsozialisten sehr wohl wußten, daß es die von ihnen gezeichnete Teufelsfratze des Juden in der Wirklichkeit gar nicht gab“<sup>14</sup>, erscheint als sehr fragwürdige These, wenn man die Intensität der perzeptuellen Verzerrung bei vorurteilsvollen Personen berücksichtigt<sup>15</sup>.

<sup>11</sup> Intolerance of ambiguity as an emotional an perceptual personality variable, in: Journal of Personality, 1949, S. 108. Andere Autoren benutzen andere Begriffe, um die – was für die Sozialforschung typisch ist – verwirrende Terminologie mit geringfügigen Differenzierungen zu bereichern. So bezeichnet Hans Jürgen Eysenck diesen Denkstil als „toughminded“ (im Gegensatz zum „tenderminded“ des Nicht-Autoritären), Milton Rokeach als „narrow-minded“ (auch „mental rigidity“); Erwin Scheuch spricht von „rigidem Denken“, Peter Heintz von „dogmatischem Denken“.

<sup>12</sup> DN 13/1965, S. 1.

<sup>13</sup> DN 45/1967, S. 2. Die Wertung wird noch durch das Wort „bekennen“ verstärkt, das verifizierbare Ergebnisse in den sachfremden Bereich emotional-moralisierender Glaubensfragen verlagert.

<sup>14</sup> Ernst Ludwig Ehrlich: Judenfeindschaft in Deutschland, in Karl Thieme (Hrsg.): Judenfeindschaft, Frankfurt 1963, S. 247.

<sup>15</sup> Vgl. Peter Heintz: Soziale Vorurteile, a.a.O., S. 73: „Die Selektivität der Perzeption durch Vorurteile drückt sich gelegentlich darin aus, daß dasselbe Merkmal, das für eine bestimmte Kategorie als typisch angesehen wird – zum Beispiel für die Juden die lange, hakenförmige Nase –, bei einer anderen Kategorie, bei der es häufig vorkommt, übersehen wird. Hier wäre etwa daran zu erinnern, daß in den USA alle jene (negativen) Merkmale, die vom

Der Wert sozialpsychologischer Studien liegt nicht zuletzt darin, einige ebenso vertraute wie in ihrer Konsequenz gefährliche Fehleinschätzungen des Rechtsradikalismus beseitigt zu haben. Dies trifft sowohl auf das Klischee des verkappten Nazi zu als auch auf die etwas naive Hypothese, rechtsradikale Bewegungen als typische Äußerungsformen des spätkapitalistischen Herrschaftssystems zu verstehen und Rassenvorurteile auf Interessenlage zurückzuführen. Ebenso problematisch ist der Glaube, politischen Irrationalismus mit dem Appell an Verstand und Einsicht bekämpfen zu wollen; die Weimarer Republik bietet dafür genügend Anhaltspunkte. Adornos Feststellung, Rechtsradikale fühlten sich von der angegriffenen Minderheit (Einwanderern, Negern und vor allem Juden) tatsächlich bedroht<sup>16</sup>, gilt auch für den deutschen Rechtsextremismus. Hinter den Polemiken gegen die „Macht des Weltjudentums“ lauert häufig die Furcht vor dem (maßlos überschätzten) jüdischen Einfluß. Hier dürfte der alte Topos von der jüdischen Weltverschwörung seine reale, nämlich psychische Grundlage haben. Folgerichtig gelten immer noch die „Protokolle der Weisen von Zion“ als ein quasi-dokumentarisches Beweisstück, auch wenn das Pamphlet bereits 1921 als Fälschung entlarvt und somit als rationales Motiv wertlos geworden ist. Das Vorurteil, in diesem Fall eine exemplarische Mischung von Angst und Aggression, klammert sich an einen intellegiblen jüdischen Inhalt – kennzeichnenderweise vertritt ausgerechnet ‚Nation Europa‘ explizite die These der jüdischen Weltverschwörung<sup>17</sup>, das aggressivste und in seiner faschistoiden Tendenz

---

Standpunkt der Mittelklasse aus das Verhalten der Unterklasse kennzeichnen, bei Weißen gerne übersehen oder toleriert, bei Schwarzen hingegen angeprangert werden. . . Dazu kommt aber noch die nicht weniger wichtige Tatsache, daß die vorurteilsvollen Personen vornehmlich jene Informationsquellen benutzen, die ihre Vorurteile besonders eingehend bestätigen, was man ebenfalls empirisch nachweisen kann.“ Die ideologisch bedingte Verzerrung der Wahrnehmungsfähigkeit tritt selbstverständlich auch bei der extremen Linken in starkem Maße hervor. Generell scheint starkes Engagement ‚blind‘ zu machen. In dieser Hinsicht ist die perzeptuelle Verzerrung bei Rechtsradikalen jedoch besonders auffällig: deren Vorurteile erscheinen borniert, weil sie leichter als die der Linken zu widerlegen sind. Gordon W. Allport (*The Nature of Prejudice*, a. a. O., S. 168 f.) zitiert eine interessante Studie von Sells, die eine Beziehung zwischen Vorurteil und Denkvermögen ergab. Einer Studentengruppe wurden zwei Syllogismen vorgelegt, die als richtig oder falsch einzuordnen waren:

1. Wenn viele Neger berühmte Sportler sind, und wenn viele berühmte Sportler Nationalhelden sind, dann sind viele Neger Nationalhelden.
2. Wenn viele Neger sexuell verdorben sind, und wenn viele sexuell Verdorbene mit Syphilis infiziert sind, dann sind viele Neger mit Syphilis infiziert.

Während die Mehrheit den offenkundigen Fehlschluß erkannte, bezeichnete ein Teil das erste statement als richtig und das zweite als falsch, der andere Teil nannte das erste statement falsch und das zweite richtig. Ein anschließender Test ergab, daß die erste Gruppe betont negerfreundlich war, die zweite Gruppe ausgesprochen negerfeindlich. Da das Experiment 1936 durchgeführt wurde, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die negerfreundliche Gruppe stark engagiert war und ähnlich wie die rassistische Gruppe affektiv besetzte Vorurteile hatte.

<sup>16</sup> Die „fear of being overwhelmed and victimized“ (*The Authoritarian Personality*, S. 100) äußerten viele Antisemiten.

<sup>17</sup> Herausgeber und Chefredakteur Arthur Ehrhardt behauptet, daß die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ „auch wenn sie von gewandter Feder gefälscht sein sollten, in bestürzender

extremste Blatt der deutschen Rechten, dem man weniger demagogische Absicht unterstellen kann, da es ein meinungsbildendes (genauer: meinungsbestätigendes) Traktat ohne Breitenwirkung ist.

Daß die angegriffene Minderheit durch ihr tatsächliches Verhalten keinen Einfluß auf die ihr zugeschriebenen negativen Eigenschaften ausübt oder sich durch entsprechendes ‚Wohlverhalten‘ vor Aggression schützen kann, wurde schon früher festgestellt (beispielsweise 1926 von Bernstein) und gilt heute als Binsenweisheit, nachdem sich das Verhalten vieler deutscher Juden, an Nationalismus und Deutschtümelei selbst Nazis zu übertreffen, als tragische Fehlspekulation herausgestellt hat; auch die Mitglieder des „Verbandes Nationaldeutscher Juden“ oder des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“, die Hitler feierten und jüdische Emigranten beschimpften, wurden in Konzentrationslager gesperrt und ermordet.

Rassenvorurteile mit geistiger Beschränktheit erklären zu wollen, ist ebenso verfehlt wie Anfälligkeit für faschistoide Parolen auf den sozio-ökonomischen Status einer Gruppe zurückzuführen. So besteht kein Zusammenhang zwischen Berufsschicht und Fremdenfeindschaft<sup>18</sup>, hingegen eine positive Beziehung zwischen Bildung und Neigung zu Vorurteilen: Je höher die Schulbildung, desto ausgeprägter ist die Tendenz zu Rassenvorurteilen<sup>19</sup>.

Der Kern rechtsradikaler Bewegungen setzt sich aus Individuen zusammen, deren festgefügtes Weltbild unter keinen Umständen zu erschüttern ist. Die breite Anhängerenschaft weist autoritäre Verhaltensdispositionen auf, die durch bestimmte Faktoren aktiviert werden können. Peter Heintz' Vermutung, „daß eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen dank ihrer relativ autoritären Persönlichkeitsstruk-

---

Übereinstimmung stehen mit dem Ablauf der weltpolitischen Ereignisse seit den Tagen ihrer Veröffentlichung . . . Die ‚Echtheit‘ der Protokolle . . . wird bekanntlich von interessierten Kreisen bestritten . . . Die Möglichkeit, daß es sich um eine Art Programmschrift jüdischer Extremisten handelt, ist wohl nicht ganz von der Hand zu weisen“ (NE 10/1962, S. 62f.). Fakten, die nicht in das Weltbild passen, werden bestritten oder einfach nicht wahrgenommen; so hält Ehrhardt weiterhin an dem Wahrheitsgehalt der Fälschung fest: „Die ‚Weisen von Zion‘ sind in mehreren Gerichtsurteilen als Fälschung bezeichnet worden. Ungeklärt ist bis heute, ob es sich bei den Verfassern um Ochrana-Provokateure oder um phantasierende Rabbinatsschüler gehandelt hat. In beiden Fällen müssen sie – wie der Ablauf der Weltgeschichte seit jenem berichtigten Buch zeigt – hochintelligente Skribenten gewesen sein“ (NE 2/1965, S. 50).

<sup>18</sup> vgl. Daniel Katz (Ed.): *Public Opinion and Propaganda*, New York 1954, S. 132ff.

<sup>19</sup> Rechtsradikale Bewegungen weisen generell eine mehr oder minder starke Überrepräsentierung von Personen mit Gymnasial- oder Universitätsbildung auf. Selbst bedeutende Gelehrte können sinnlose Vorurteile hegen, die im Hinblick auf ihren geistigen Horizont unbegreiflich erscheinen. Vgl. etwa die Kommentierung von René König zu dem Briefwechsel zwischen Ferdinand Tönnies und Friedrich Paulsen: „In dem Briefwechsel stehen so phantastische, flegelhafte antisemitische Bemerkungen, die geradezu sagenhaft sind. Es wird von einem großen deutschen Gelehrten, Wilhelm Dilthey, gesagt, er ist ein schmutziger Jude und sitzt den ganzen Tag auf dem Sofa herum. Ich frage, wie hat er seine Werke geschrieben? Mit Nur-auf-dem-Sofa-Herumliegen schreiben sich die Bücher nicht.“ (Diskussionsbeitrag während des IV. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie v. 5. 5. 1962, in: *Psyche*, H. 5/1962, S. 298.)

tur zumindest in unserer Gesellschaft eine starke Aufnahmebereitschaft für soziale Vorurteile besitzen“<sup>20</sup>, ist inzwischen durch demoskopische Ermittlungen hinreichend bewiesen. Zwar läßt sich das Ausmaß an Fremdenfeindschaft und namentlich an Antisemitismus nicht durch Repräsentativbefragungen feststellen, da die zu starke affektive Besetzung Abwehrmechanismen auslöst, aber weniger emotional belastete Themen deuten darauf hin, daß die xenophobische Agitation erhebliche Resonanz in der Bevölkerung findet. Selbst wenn man bei den Themen „Entwicklungshilfe“ oder „Wiedergutmachung“ rationale Motive unterstellt (das Geld sollte lieber für Schulbauten u. ä. verwendet werden), so offenbaren andere Vorstellungen ein erstaunliches Maß an fremdenfeindlichen Ressentiments: 1967 vertraten 31 Prozent der erwachsenen Bevölkerung die Auffassung, „wir sollten den Gastarbeitern lieber in ihrer Heimat Fabriken bauen, als sie hier bei uns beschäftigen“<sup>21</sup>.

Die autoritäre Verhaltensdisposition eines großen Teils der Bevölkerung zeigt sich in ihrem ganzen Ausmaß, wenn man den Grad der Übereinstimmung von ‚unverfänglichen‘ Meinungen mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leitbildern der NPD betrachtet. Fremdenfeindschaft darf nicht isoliert betrachtet werden: sie ist Teil eines Einstellungssyndroms des offen oder latent antidemokratischen Rechtsextremisten, dessen politische Verhaltensmuster aus voneinander abhängenden spezifischen Einstellungen bestehen – ausgeprägtem Nationalismus, Ethnozentrik, Intoleranz, Härte, Neigung zum Moralisieren, Überwertigkeitsgefühl usw. Das demoskopisch ermittelte Persönlichkeitsbild des NPD-Anhängers spiegelt recht gut die Partei-Ideologie wider; die Ansichten sind freilich in dem Parteiblatt ‚Deutsche Nachrichten‘ und im ‚Politischen Lexikon‘ der NPD wesentlich extremer. Einige charakteristische Auffassungen des NPD-Sympathisanten seien hier kurz dargestellt und mit denen der Bevölkerung verglichen<sup>22</sup>:

	NPD-Anhänger	Erwachsene Bevölkerung
„Die Deutschen müssen Volk und Vaterland wieder lieben lernen“	86%	52%
„Die Bundesrepublik soll eine eigene starke Politik betreiben, unabhängig von den anderen Staaten“	75%	38%
„Wir brauchen keine amerikanischen, englischen und französischen Truppen mehr auf deutschem Boden“	47%	32%
„Mit der Wiedergutmachung an die Juden sollte endlich Schluß gemacht werden, die haben schon zuviel bekommen“	81%	46%

<sup>20</sup> Peter Heintz: Soziale Vorurteile, a. a. O., S. 175.

<sup>21</sup> Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage-Nr. 2022.

<sup>22</sup> Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage-Nr. 2017–2022.

(Auf die Frage, was als ungehöriges Verhalten zu betrachten sei:)

– „Wenn junge Männer sich die Haare lang wachsen lassen wie die Beatles“	84%	60%
– „Wenn Frauen auf der Straße oder am Steuer ihres Wagens rauchen“	74%	51%
(Zur Verschärfung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam:)		
– billigen	45%	26%
– billigen nicht	35%	51%
(Auf die Frage, wer die meiste Schuld an der Bundeswehrkrise habe:)		
– „Die Amerikaner, die uns zu falschen Rüstungskäufen gezwungen haben“	47%	26%
„Darf ein deutscher Justizminister Anhänger der Todesstrafe sein?“		
– Ja	67%	43%
– Nein	22%	34%

Nur in der Akzentuierung unterscheidet sich der NPD-Sympathisant von den politischen Ansichten und Wertvorstellungen der Anhänger anderer Parteien. Auffallend ist die zusammenhängende Beziehung zwischen den scheinbar so verschiedenen Bereichen Nationalismus, Wiedergutmachung und Schicklichkeit der Haarlänge auf der einen Seite und der – gewiß auch von Fremdenfeindschaft beeinflussten – Ablehnung ausländischer Stationierungstruppen und Klage über die Schuld der Amerikaner an der Bundeswehrkrise auf der anderen Seite; diese beiden Komplexe werden in einem Verhältnis von etwa 2 : 1 positiv bewertet. Nationalismus und unkritisches Festhalten an tradierten Werten sind miteinander verbunden und deuten auf eine Disposition zur erhöhten Aufnahmefähigkeit für xenophobische Sentiments.

Die Wechselwirkung von Nationalismus und Fremdenfeindschaft ist bekannt. Im europäischen Nationalismus richtete sich der Haß gegen die jüdische Fremdgruppe, von der sich der Nationalist als Repräsentant seines Staates und der ‚spezifischen‘ (deutschen, französischen usw.) Werte prestigemäßig absetzte. Diese Funktion ist heute noch in den Vereinigten Staaten zu beobachten, wo die zweite und dritte Generation der Einwanderer besonders starke Vorurteile gegen ethnische und rassische Minoritäten hegt: um als „hundertprozentiger“ Amerikaner anerkannt zu werden und um das Manko seiner fremden Herkunft zu tilgen, beschuldigt der amerikanische Nationalist mit Vorliebe Neu-Einwanderer und rassische Minderheiten mangelnden Nationalgefühls oder gar des Verrats an der Nation.

Die Wechselwirkung von Intoleranz gegen nicht-konformes Verhalten und Fremdenfeindschaft ist etwas differenzierter. Der Rechtsextremist fühlt sich als der wahre Vertreter der nationalen Werte; da der völkische Nationalismusbegriff der radikalen

Rechte rassistisch determiniert und zugleich die Fähigkeiten, Eigenschaften und Werte des eigenen Volkes gut sind, gilt abweichendes Verhalten als „undeutsch“. Der Rechtsextremist befolgt streng die Gruppenwerte und versteift sich auf einen Überkonformismus, der häufig zu einer Ritualisierung führt, d. h. traditionsgeleitete und formale Werte werden unverändert übernommen, ohne sie auf Sinn und Funktion in einer veränderten Umwelt zu prüfen. Das eigene schwache Selbstwertgefühl klammert sich an die ‚Autorität‘ einmal gesetzter und damit verbindlicher Normen, die eine starre Verhaltensorientierung gewährleisten; auf abweichendes Verhalten (etwa gegenüber der Arbeitsunlust der Gammler oder der Norm „Die deutsche Frau raucht nicht“) reagiert der Rechtsradikale besonders empfindlich. Gleichzeitig hält er sich in seinem elitären Überwertigkeitsgefühl für den echten Repräsentanten des Volkes und seiner wahren (oder natürlichen) Werte. Vor allem in seiner Selbstüberschätzung hebt sich die autoritäre Persönlichkeit signifikant auch von Konservativen ab: eine 1968 durchgeführte „Studie über das Selbstbild des NPD-Anhänger“ zeigt das unkritische Selbstbewußtsein einer Persönlichkeit, die von sich überzeugt ist<sup>23</sup>. Sozialer Wandel, besonders das Auftauchen neuer moralischer Werte, führt der Rechtsextremist auf „Verfremdung“ zurück. So setzt die NPD den Begriff „undeutsch“ als Verteidigungsinstrument ein, um abweichendes Verhalten als ein Machwerk von Fremden und andere Wertorientierungen als dem deutschen Volk aufoktroziert („wesensfremd“) zu denunzieren. Jede rechtsradikale Bewegung gibt sich als Hüter der echten nationalen Werte aus. Pierre Poujade verteidigte „la vraie France“ gegen internationale Trusts, die Ausbeutung und den „unfranzösischen“ Kapitalismus – Machenschaften der „métèques“, wie die französische Rechte verächtlich naturalisierte Ausländer und Juden nennt. Die Hüter der nationalen Werte erklären gern die ‚Zersetzung‘ der alten Volkstugenden mit den Umtrieben von Ausländern und Juden; Pujades Schlagwort „Retour au peuple“ verknüpfte sich mit dem Haß auf „les métèques et les pourrisseurs“<sup>24</sup>. In den Vereinigten Staaten

<sup>23</sup> H. E. Richter und D. Beckmann (Studie über das Selbstbild des NPD-Anhänger, a. a. O.) zitieren einige typische statements zum elitären Denken des Nationaldemokraten: „Ich glaube, daß man mich im allgemeinen eher als stark einschätzt“ (Item Nr. 36), „Ich habe den Eindruck, daß andere mit meiner Arbeitsleistung im allgemeinen eher besonders zufrieden sind“ (Item Nr. 9), „Ich halte mich für sehr wenig ängstlich“ (Item Nr. 8), „Ich glaube, ich habe es im Vergleich zu anderen eher leicht, bei einer Sache zu bleiben“ (Item Nr. 38), „Ich glaube, im Vergleich zu meinen Altersgenossen wirke ich in meinem Benehmen eher älter“ (Item Nr. 20) u. ä. Auch die Äußerungen, in denen der deutsche Rechtsextremist erheblich von denen des amerikanischen abweicht, beweisen seine Neigung, traditionelle Gruppenwerte zu repräsentieren. „Ich glaube, ich meide eher Geselligkeit“ (Item Nr. 2) ist so unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß in Deutschland – im Gegensatz zu den USA – „Einsamkeit“ einen hohen Prestigewert besitzt. Vgl. Peter R. Hofstätter: Gruppendynamik, Hamburg 1957, S. 63 ff. („Lonesomeness“ wird mit „klein“, „schwach“, „krank“ usw. assoziiert; die deutsche „Einsamkeit“ jedoch mit „groß“, „stark“, „mutig“ usw.).

<sup>24</sup> *Fraternité Française*, 31. 12. 1955; hier zit. nach Stanley Hoffmann: *Le Mouvement Poujade*, a. a. O., S. 228. Im Poujadismus war die Verbindung von allgemeiner Fremdenfeindschaft und Antisemitismus wahrscheinlich stärker als in anderen rechtsextremen Bewegungen: „Von wem werden wir regiert? Von Leuten, die nicht einmal ihren Namen zu nennen wagen:

argumentiert die radikale Rechte identisch: alles, was der McCarthy-Bewegung, der John Birch Society oder Christian Anti-Communist Crusade widerspricht, ist „un-american“ (selbst eine semantische Analogie zum „undeutsch“ der NPD). Als „un-amerikanisch“ kann praktisch alles abgelehnt werden: die Mitgliedschaft in der UNO ebenso wie der Kulturbetrieb. Auch hier sind Minoritäten von funktionaler Bedeutung für das Selbstverständnis der radikalen Rechten; in manchen protestantischen Gegenden, in denen der Fundamentalismus noch stark nachwirkt, kann Anti-Katholizismus weitgehend den sonst vorherrschenden Antisemitismus ersetzen<sup>25</sup>. Generell jedoch sprechen rechtsradikale Bewegungen hauptsächlich rassischen Minderheiten die Fähigkeit zur nationalen und kulturellen Strukturzugehörigkeit ab, denn diese outgroups sind aufgrund objektiver Merkmale leicht zu identifizieren und bilden ein sichtbares Aggressionsobjekt; zugleich können rassistisch determinierte Gruppen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Andersartigkeit leichter der Zersetzung völkisch-nationaler Werte beschuldigt werden<sup>26</sup>.

Als Vehikel der Fremdenfeindschaft fungieren vor allem Nationalismus und Sittenpuritanismus. Zumindest bei diesen beiden Einstellungen sind die Grenzen zwischen Rechtsradikalismus und Konservativismus häufig fließend, und die rechtsradikale Agitation findet auf diesen Gebieten günstige Ansatzpunkte, autoritäre Verhaltensdispositionen auszunutzen. Rechtskonservative nach 1945 vermeiden zwar strikt, fremdenfeindliche oder gar antisemitische Äußerungen zu verbreiten, doch das von ihnen mitgeschaffene Meinungsklima kommt im wesentlichen der radikalen Rechten zugute. Der Antisemitismus beispielsweise – beim Bürgertum als Angelegenheit des Pöbels nicht salonfähig – wurde erst dann virulent, als angesehene konservative Kreise sich des Gedankenguts annahmen. Heute richtet sich der Mittelstand – d. h. in diesem Fall Schichten mit mittelständischem Bewußtsein – auf das konservative Honoratiorentum aus und orientiert seine Wert- und Ordnungsvorstellungen nach ‚oben‘. So finden sich viele traditionsgeleitete Vorstellungen (freilich mit anderen verquickt) in der NPD-Ideologie. „Unter der Decke spätbürgerlicher Wohlanständigkeit, die sich nicht selten traditionsbewußt und zugleich

---

Mendès-Portugal [Pierre Mendès-France, in Paris geborener Ministerpräsident], aus einer Familie portugiesischer Juden und mit einer ägyptischen Jüdin verheiratet, Salomon Hirsch Ollendorf genannt Grandval [Gilbert Hirsch-Grandval, in Paris geborener hoher Diplomat jüdischer Herkunft; der erfundene Name Ollendorf soll die nichtfranzösische Herkunft stärker betonen] und Soustelle Ben Soussa [Jaques Soustelle, in Montpellier geborener gaullistischer Kolonialminister und Generalgouverneur von Algerien; der erfundene arabische Name Ben Soussa basiert auf xenophobischen Ressentiments]. Man muß ihnen die Maske vom Gesicht reißen und ihnen in die Fresse schlagen [‚casser la gueule‘].“ Rede auf einem Partei-Kongreß in Carmaux; hier zit. nach S. Hoffmann: *Le Mouvement Poujade*, a. a. O., S. 226.

<sup>25</sup> vgl. Gordon W. Allport: *The Nature of Prejudice*, a. a. O., S. 416.

<sup>26</sup> Die einzige Ausnahme bildete der Mc Carthyismus. Senator Joe Mc Carthy, ansonsten ein hemmungsloser Demagoge, griff in seiner Agitation niemals rassische oder ethnische Minderheiten an; auf dem Höhepunkt seiner Karriere umgab er sich sogar mit jüdischen Beratern. Trotz ihrer blind antikommunistischen Ausrichtung war auch Mc Carthys Anhängerschaft nicht überproportional antisemitisch eingestellt, was bei dem Zuschnitt der Bewegung eigentlich nahegelegen hätte.

pragmatisch zu geben weiß, lauert immer noch das aggressive Potential von gestern und vorgestern. Das Phänomen der zunächst gar nicht unmittelbar politischen Aggression, die jedoch dauernd mobilisierbar bleibt und in der Regel von rechts in Regie genommen werden kann, ist heute die dringendste Frage politischer Bildung überhaupt<sup>27</sup>.“ Nicht selten adressiert die konservative Rechte ihre Botschaften bewußt an dieses aggressive Potential. Vor allem der Sittenpuritanismus aktiviert autoritäre Verhaltensdispositionen. Der Aufruf der evangelischen „Sorge um Deutschland“ spricht die gleiche Sprache wie Thaddens ‚Deutsche Nachrichten‘ oder Freys ‚National-Zeitung‘: „Wir alle sind von Gewalten bedroht, deren Gefährlichkeit nur schwer zu durchschauen ist. Eine Flut dämonischer Kräfte überschwemmt unser Volk. Unzählige werden zum hemmungslosen Lebensgenuß und Ausleben ihrer Triebe verlockt. Viele Filme, gewisse Fernsehsendungen, Illustrierte und mancherlei Literatur bringen, häufig als Kunst getarnt, aus reiner Profitgier einen erschreckenden Anschauungsunterricht in Brutalität, Mord, verwilderter Sexualität und Mißachtung des werdenden Lebens. . . So wird der Mensch zerrüttet; eine tödliche Gefahr für den Fortbestand unseres Volkes ist die Folge<sup>28</sup>.“ Aus scheinbar moralischem Verantwortungsbewußtsein werden hier versteckte antidemokratische Topoi, demagogisch verpackt, an das Publikum verkauft. Der Berliner Bischof Otto Dibelius scheute sich nicht, das „saubere“ Dritte Reich gegen Weimar und Bonn ins Feld zu führen: „Und der Deutsche ist, wie die Erfahrung zeigt, für Filme solcher Art anfällig. Wenn er sie nicht aus dem Ausland beziehen kann, macht er sie sich selbst. Das war schon nach dem ersten Weltkrieg so. Es wurde dann besser. Jetzt scheint die Entwicklung wieder anders zu gehen. Da sich in Deutschland gute Filme offenbar nicht mehr auszahlen, setzt man wieder auf ‚Sex‘<sup>29</sup>.“

Diese Appelle sind eindeutig: berechtigte Kritik an Einzelercheinungen, die auf den Beifall aller rechnen darf, wird verallgemeinert und, im nächsten Schritt, zur Ablehnung des pluralistischen Wertsystems fortentwickelt. Nutznießer der so propagierten autoritären Wertvorstellungen ist die radikale Rechte, die stets einfache Erklärungsschemata zur Hand hat – jene „dämonischen Kräfte“ kommen aus dem Ausland oder werden im Inland von Fremden repräsentiert; nicht von ungefähr ist der jüdische Filmproduzent Arthur Brauner für die NPD das Paradebeispiel für ‚Pornographie und Nationalmasochismus‘. Diese „Segnungen des Amerikanismus“<sup>30</sup> kontrastieren mit dem bewährten Wert- und Ordnungsmodell der ‚nationalen Rechtspartei‘, das einem weitverbreiteten Bedürfnis nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit entgegenkommt.

Reaktionäre Moralvorstellungen, Nationalismus, Verherrlichung der Staatsmacht, ein emotionaler und vager Feindbegriff, Fremdenfeindschaft und Biologismus verfil-

<sup>27</sup> Kurt Lenk: Mentalität und Meinungsmilieu als Faktoren rechtsradikalen Erfolgs, in: *Das Argument*, H. 4–5/1968, S. 325.

<sup>28</sup> hier zit. nach Christian Bockemühl: Retter der deutschen Sittlichkeit, in: *Beiträge zur politischen Bildung* (Friedrich-Ebert-Stiftung), Jahrg. 4 (1968), Folge 3, S. 3.

<sup>29</sup> hier zit. nach *film*, H. 6/1965, S. 2.

<sup>30</sup> DN 11/1965, S. 5.

zen sich zu einem Gesellschaftsbild, das potentiell faschistoide Züge trägt. Um ihr autoritäres Wertesystem zu legitimieren, beruft sich die NPD nicht nur auf transzendental überhöhte, aber inhaltsleere Werte („gesunde Ordnung“, „natürliches Empfinden“ usw.), sondern ausdrücklich auf den Volkswillen und leitet ihre Mission aus einem vorgeblichen Mandat des Volkes ab. Andere Parteien werden konsequent als Vertreter volksfremder Werte und Interessen denunziert, und auch in den Landesparlamenten tragen Nationaldemokraten diese Auffassung vor. Die bayerische NPD-Landtagsfraktion weigerte sich 1967, an einer Feierstunde zu Ehren der ehemaligen Ministerpräsidenten Hoegner (SPD) und Ehard (CSU) teilzunehmen; im Bayerischen Rundfunk begründete der Fraktionsvorsitzende Pöhlmann diese Haltung: „Es wäre zu peinlich gewesen, wenn das Volk daran erinnert worden wäre, welche unrühmliche Rolle Dr. Hoegner in den ersten Jahren der amerikanischen Besatzung gespielt hat.“ Der „NPD-Fraktionsspiegel“ vom November 1967 erklärte den Willen der Partei, auch die parlamentarische Feierstunde zu Ehren des ehemaligen Ministerpräsidenten Ehard zu boykottieren: „Man hat im Rahmen eines fortschreitenden Verfalls ethischer Wertvorstellungen die Bindung des einzelnen an den Staat vollständig ausgehöhlt. Die maßgebenden Politiker haben entweder diesen Prozeß des Verfalls gefördert oder zumindest nichts Entscheidendes gegen diese Entwicklung unternommen.“ Im Parlament selbst agitiert die NPD ständig gegen die ‚undeutschen‘ Politiker. Daß man „sich auf den eigenen Wehrvorstellungen herumtrampeln läßt“ und „kein Mittel gegen die Kräfte der Auflösung und der Zersetzung findet“, weiß der Fraktionsvorsitzende Pöhlmann schlüssig zu erklären: man habe „in Deutschland diesen gemeinsamen Willen [zur ‚Wehrbereitschaft‘] total auszulöschen versucht im Rahmen der von der Besatzungsmacht aufoktroierten Umerziehung“<sup>31</sup>. Der NPD-Abgeordnete Dehner denunzierte die anderen Parlamentarier als Träger und Vollstrecker der aufoktroierten Zersetzung, und in seinen Formulierungen schwingt der Vorwurf ‚Volksschädlinge‘ mit: „Es gab in Deutschland einmal Zeiten, da war es für Volksvertreter eine Ehre, ihrem Volk dienen zu dürfen . . . Wem ist es denn heute noch eine Ehre, in diesem Hohen Haus sitzen zu dürfen? Man bekommt den Eindruck, daß man nicht Opfer bringt, sondern daß man sich Opfer darbringen läßt. Anstatt zu dienen, fragt man nach dem Verdienst. Als Folge dieser Umwandlung aller ethischer Begriffe haben auch die seit Kriegsende etablierten Parteien in Bund und Ländern den Job des Abgeordneten durch Geldverdienen attraktiv gemacht“<sup>32</sup>, d. h. unverkennbar, die ‚Lizenzparteien‘ hätten den Materialismus bewußt als politisches Kalkül eingeführt, um Abgeordnete zu ‚kaufen‘ und so die ‚echte‘ Volksvertretung zu verhindern.

So stilisiert sich die NPD zum Repräsentanten der wahren deutschen Werte und Tugenden, zum „organisierten Protest gegen den Ungeist des Materialismus und seiner kulturfeindlichen Folgen“ (Programm), und wer die Partei angreift, greift

<sup>31</sup> Rede des NPD-Abgeordneten Pöhlmann v. 14. 11. 1968 im Bayerischen Landtag (Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1968, S. 2557).

<sup>32</sup> Rede des NPD-Abgeordneten Dehner v. 30. 4. 1968 im Bayerischen Landtag (Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1968, S. 2161).

damit Deutschland und das deutsche Volk an. Eine Resolution des Jüdischen Weltkongresses gegen Neonazismus und Rechtsradikalismus münzt das Parteiblatt zu einem Angriff „gegen die NPD und Deutschland“ um<sup>33</sup>; eine Anti-NPD-Karikatur in der Illustrierten ‚Der Stern‘ ist im nationaldemokratischen Selbstverständnis keine Stellungnahme gegen die Partei, sondern „volksfeindliche Hetze“<sup>34</sup>.

Der „Volksfeind“ ist keineswegs nur eine demagogische Floskel. Jede von der NPD-Ideologie abweichende Anschauung gilt als „Zersetzung“. „Zersetzend“, „entartet“, „undeutsch“ und „volksfremd“ sind Synonyma, die als konträre Begriffe zu dem eigenen Wert- und Orientierungssystem eingesetzt werden. Die biologistische Grundsubstanz der Ideologie reduziert alle weltanschaulichen Systeme auf die Alternative „natürlich“ – „entartet“. Gegen den Historischen Materialismus weiß die NPD einzuwenden, er sei eine „für biologische Gesetze blinde Anschauung . . .“, die an Stelle der naturgegebenen Sippen, Stämme, Rassen und Völker den abstrakten, imaginären Begriff der ‚Gesellschaft‘ setzte<sup>35</sup>; der marxistisch orientierte Sozialismus beruht für die NPD auf „utopischem Gleichheitsglauben“ und steht „in Widerspruch zu Nationalgefühl und Stammesbewußtsein“<sup>36</sup> – der „deutsche Sozialismus“ (à la NSDAP) hingegen ist „naturgegebene Wirklichkeit“, da er „Bekanntnis zur Gemeinschaft und zum Dienst an der Gemeinschaft“ beinhaltet<sup>37</sup>.

Wer diesen und ähnlichen „undeutschen“ Gesinnungen (Humanismus, Liberalismus, Individualismus usw.) beipflichtet, wird zum Volksfeind gestempelt, zum Handlanger fremder Werte und Interessen wie die „linksgedrallten Umerziehungsjünglinge in Presse und Fernsehen“<sup>38</sup>, die „Umerziehung zu charakterlosem Internationalismus und geifernder Selbstentehrung“<sup>39</sup> predigen. Dem Rechtsradikalismus scheint die Funktion des Fremden unentbehrlich, um seine tradierten Werte zu retten. Antisemitismus, Fremdenfeindschaft, Antikommunismus und Anti-Amerikanismus sind austauschbare Begriffe, um Ressentiments gegen neue moralische und soziale Leitbilder zu mobilisieren – Leitbilder, die ohnehin von der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung abgelehnt werden. Doch keine Gruppe stemmt sich so hartnäckig gegen den sozialen Wandel und gegen die Aufweichung intoleranter und irrationaler Wertvorstellung wie die Nationaldemokraten, die mit Ausfällen gegen die „lizenzierte Morgenthau-Presse“ und „amerikanische Gangsterfilme“ Deutschlands völkische Erneuerung vorbereiten wollen.

Was die NPD an der Hitler-Bewegung unter anderem fasziniert, war der „Gleichschritt in der Volksgemeinschaft, dem man ohne Murren folgte, da ja Deutschlands Größe wieder am Horizont heraufdämmerte“<sup>40</sup> – ein Phänomen rechtsradikaler

<sup>33</sup> DN 50/1966, S. 1.

<sup>34</sup> DN 48/1966, S. 3.

<sup>35</sup> Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Historischer Materialismus“.

<sup>36</sup> Politisches Lexikon der NPD, Stichwort „Sozialismus“.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> DN 6/1965, S. 5.

<sup>39</sup> DN 2/1965, S. 3.

<sup>40</sup> DN 31/1966, S. 5.

Mentalität, das Eric Fromm als „Furcht vor der Freiheit“ bezeichnet hat: die bedingungslose Unterordnung des Individuums unter eine Gemeinschaft, die ihm Stärke und Selbstbewußtsein verleiht, unter eine Übermacht, mit der er sich identifiziert. Das schwache Selbstwertgefühl des Nationaldemokraten klammert sich an die überhöhte Nation, an „das Volk der Dichter und Denker, das Volk der Nobelpreisträger“<sup>41</sup>. Volk und Vaterland werden zu metaphysischen Instanzen, die ewige Ordnungswerte setzen. „Unser heiligstes Gebot, nach dem zu leben wir angetreten sind, sei die Unantastbarkeit unseres Volkes, sei Gehorsam und Pflicht“<sup>42</sup>. Individualismus wird so zur Blasphemie.

Unveränderliche Kategorien wie Volk, Vaterland, Rasse und Gemeinschaft garantieren ein starres Wert- und Orientierungssystem, das allgemein verbindliche Normen setzt. Hier liegt eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft rechtsradikaler Bewegungen. Dem gebrochenen Wertsystem der pluralistischen Gesellschaft stellt die radikale Rechte absolute und verpflichtende Normen der Verhaltensorientierung entgegen. Soziale Wandlungsprozesse, das In-Frage-Stellen tradierter Werte und die Entwicklung neuer Einsichten und Lebensbedingungen rufen Unsicherheit hervor. Rechtsextremistische Denkmodelle lösen diese Unsicherheit durch „rigides Denken“<sup>43</sup> auf. Starre sozialkulturelle Leitbilder, häufig einer Zeit vorpluralistischer Gesellschaftsordnung entlehnt, stellen die – als „natürlich“ deklarierten – Maßstäbe dar, nach denen sich der einzelne zu richten hat; abweichendes Verhalten und nicht-konforme Anschauungen gelten als zersetzend und „feindlich“.

Widersprüche und Spannungen in der Verhaltensorientierung, Auflösung von Primärbeziehungen, Unübersichtlichkeit und das Gefühl, anonymen Interessengruppen und komplexen Institutionen ausgeliefert zu sein, sind wesentliche Faktoren der Verunsicherung – „Strukturbedingungen für das Entstehen extremistischer Bewegungen“<sup>44</sup> in westlichen Industriegesellschaften. Der Rechtsradikalismus kanalisiert die Unsicherheit in Aggression gegen die vermeintlichen Urheber dieses Unbehagens, gegen die Störenfriede der vorindustriellen Ordnung. Symptomatisch ist der Rückgriff auf reaktionäre Gesellschaftsmodelle, die konservative Sehnsucht des „Pseudo-Konservativen“, der gegen das 20. Jahrhundert revoltiert. Das Bedürfnis nach Klarheit fordert übersichtliche Gesellschaftsstrukturen, und daher entwirft die NPD mit Vorliebe eine Idylle des Gemeinschaftslebens, den Ständestaat Othmar Spanns oder die Volksgemeinschaft Adolf Hitlers.

Zweifellos treiben wirtschaftliche Krisen den extremistischen Bewegungen Anhänger zu, doch sind es nicht primär ökonomische Gründe, die Unsicherheit in rechtsradikalen Protest leiten. Nicht der gern beschworene „Kleinbürger“, sondern der gehobene Mittelstand, in wirtschaftlich befriedigender Position, ist der eigent-

---

<sup>41</sup> Rede des NPD-Abgeordneten Richter v. 12. 5. 1967 im Bayerischen Landtag (Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1967, S. 796).

<sup>42</sup> DN 11/1966, S. 6.

<sup>43</sup> Erwin K. Scheuch: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, a. a. O., S. 18.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 17.

liche Träger der nationalen Rechten. Nicht der sozio-ökonomische Status macht für Rechtsparolen anfällig, sondern der dynamische Vorgang sozialen Auf- oder Abstiegs: soziale Mobilität fördert die Disposition zu autoritären Verhaltensweisen. In einer wirtschaftlich relativ stabilen Gesellschaft tendieren gerade diejenigen Schichten überproportional zu rechtsradikalen Bewegungen, die einen höheren Bildungsgrad und einen höheren sozialen und wirtschaftlichen Status besitzen<sup>45</sup> – häufig Aufsteiger aus einer niedrigeren Schicht, die mittelständisches Bewußtsein verkörpern, sich prestigemäßig absetzen und sich von ‚unten‘ und ‚oben‘ bedroht fühlen. So hat Seymour Martin Lipset die faschistischen Bewegungen etwas vereinfachend als „Extremismus der Mitte“ charakterisiert<sup>46</sup>. Zwar kommt die NPD (wie einst die NSDAP) mit antisozialistischen – vor allem gewerkschaftsfeindlichen – und anti-kapitalistischen Tendenzen und Leitbildern diesem Mittelstandsbewußtsein entgegen, aber die Vorstellungsinhalte sind nach ‚oben‘ orientiert.

Die Statusunsicherheit dieser heterogenen Mittelschicht (und dazu zählt auch ein Teil der Arbeiterschaft mit entsprechendem Lebensstandard) versucht die radikale Rechte zu kompensieren durch ideologische Aufwertung des für die „Gesundheit“ der Nation besonders wichtigen Mittelstandes, d. h., sie versucht den gesellschaftlichen durch den nationalen Status zu ersetzen. Die „Kapitalisten“ ebenso wie die „Proletarier“ sind dagegen nationalpolitisch stets etwas anrücklich und dem Verdacht ausgesetzt, die nationale Volksgemeinschaft auf ausbeuterische oder revolutionäre Weise zu stören, auch durch ihre internationalen Beziehungen. „Der westlich-demokratisch-kapitalistische Internationalismus“ (eine aufschlußreiche Verbindung!) ergänze „die äußere Unterdrückung des Nationalstaatsprinzips durch die von innen her vergiftend und lähmend wirkende individualistische Zersetzung. Der östliche diktatorisch-kommunistische Internationalismus . . . bedient sich aber zu dem gleichen Zweck mit noch größerer Intensität und schärferer Wirkung der marxistischen Klassenkampfidee, die die Nationen in Proletarier und Kapitalisten zerreißt und beide in tödliche Feindschaft und gegenseitige Vernichtung hetzt<sup>47</sup>.“

Die autoritäre, zum Rechtsradikalismus disponierte Persönlichkeit kompensiert die Unfähigkeit, sich auf veränderte Werte einzustellen und die Unsicherheit ange-

---

<sup>45</sup> Bis jetzt ließ sich wegen der ungewöhnlich hohen Fluktuation der NPD-Anhängerschaft kein zuverlässiges Bild ihrer sozialen Struktur gewinnen. Tendenziell jedoch entsprechen die NPD-Sympathisanten in vielen Punkten den Anhängern amerikanischer Rechtsbewegungen. Ende 1968 bemerkte ‚Der Spiegel‘ (Nr. 52/1968, S. 31), gestützt auf eine neue infas-Studie: „ . . . die Selbständigen, also vor allem Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, sind in der NPD überrepräsentiert; Akademiker, Stützen des Bürgertums wie Ärzte, Apotheker oder Rechtsanwälte, stellen mit sechs Prozent einen – im Vergleich zu anderen Parteien – überdurchschnittlichen Anteil der nationaldemokratischen Anhängerschaft.“ In den USA ergaben alle Analysen, daß Rechtsbewegungen (Coughlin 1938, Mc Carthy 1953 oder John Birch Society 1962) die größte Anziehungskraft auf College-Absolventen und auf Bezieher höherer Einkommen ausüben.

<sup>46</sup> Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift f. Soziologie u. Sozialpsychologie, H. 4/1959.

<sup>47</sup> DN 35/1966, S. 3.

sichts der komplexen Sozialstrukturen in der westlichen Industriegesellschaft durch Flucht in die „heile Welt“ der Vergangenheit, die man gewaltsam wiederherstellen will. Das Nebeneinander romantischer und idyllischer Vorstellungen von Volk und Rasse und eine oft geradezu fortschrittsgläubige Beziehung zu der technologischen Entwicklung des von der NPD so gern zitierten „Atomzeitalters“ ist dabei besonders charakteristisch. Schon der nationalsozialistische Staat verband auf geradezu unheimliche Weise eine einfältige Weltanschauung mit hochentwickelter Technik. Auch bei Nationaldemokraten gibt es diese tiefe Kluft zwischen dem Akzeptieren moderner Techniken und Verfahrensweisen und dem Ignorieren der sozialen und kulturellen Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Professor Hermann Oberth, der als Wissenschaftler zu den Pionieren der Weltraumforschung gehört, als NPD-Mitglied aber einen trivialen Rassismus vertritt, ist dafür ein symptomatisches Beispiel<sup>48</sup>.

Anpassung an die rasche Entwicklung technischer Neuerungen geht Hand in Hand mit der Revolte gegen die Moderne, der Glaube an die Wandelbarkeit der Welt durch Naturwissenschaft und Technik verbindet sich ohne weiteres mit dem Glauben an die Unwandelbarkeit der menschlichen Natur und der sittlichen Werte. Dieser „cultural lag“, das Zurückbleiben der immateriellen Kultur hinter der materiellen, äußert sich deutlich in der Devise, daß „eine Industrienation auf die Erhaltung der biologischen Substanz ihrer Bevölkerung angewiesen ist“<sup>49</sup>.

Die NPD predigt die „Volksgemeinschaft“ im „Atomzeitalter“ (zwei Schlagworte, zu denen die Parteipublizisten ein intimes Verhältnis haben). Im nationaldemokratischen Selbstverständnis hinkt die Partei keineswegs hinter den politischen und sozio-ökonomischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts her, sondern die ganze Welt (mit Ausnahme von Spanien, Portugal und Südafrika) ist nach 1945 in die falsche Richtung gerannt. Wie ihre Sprecher unablässig betonen, ist die NPD „– das wird auch der Chronist einmal feststellen – die modernste Partei, die es zur Zeit in der politischen Landschaft der Bundesrepublik gibt“<sup>50</sup>, und „die Gedanken, die wir vortragen, werden sich mit einer *naturgesetzlichen* Selbstverständlichkeit bei uns durchsetzen“<sup>51</sup>. Daß die Entwicklung bisher nicht so gelaufen ist, erklärt die Partei mit der Mißgunst des Auslandes, mit dem Deutschenhaß des Weltjudentums und mit den Machenschaften der Volksfeinde im Innern der Bundesrepublik.

An einzelnen Aggressionsobjekten innerhalb dieser allgemeinen Volksfeind-Ideologie, z. B. den Gewerkschaften (die einen besonderen Schlüssel zum Unbehagen der radikalen Rechten darstellen), zeigt sich die funktionale Bedeutung des „Fremden“

---

<sup>48</sup> In seiner vom Parteiverlag verbreiteten Schrift „Der Mut zur Wahrheit – Mein Weg zur NPD“ (Hannover 1968) behauptet Oberth u. a. (S. 9), bei farbigen Akademikern in den USA sei der Anteil an Geisteskranken elfmal so hoch wie bei weißen; Neger sollten ihren armen Kopf nicht unnötig mit Dingen quälen, für die er nicht geschaffen sei.

<sup>49</sup> DN 35/1965, S. 4.

<sup>50</sup> Rede des NPD-Abgeordneten Herrmannsdörfer vom 24. 4. 1968 im Bayerischen Landtag (Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1968, S. 2117).

<sup>51</sup> Rede des NPD-Abgeordneten Pöhlmann vom 14. 11. 1968 im Bayerischen Landtag; Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1968, S. 2558. (Hervorhebung v. Verf.)

für das ganze rechtsextremistische Einstellungssyndrom. Die Gewerkschaften sind der NPD ein Quell ständigen Ärgernisses. Ihre Verflechtung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft scheint nicht kontrollierbar und führt, infolge dieser durch Unüberschaubarkeit hervorgerufenen Verunsicherung, zu dem Verdacht einer fremden Verschwörung. Aber auch die von den Gewerkschaften repräsentierte autonome Interessenrepräsentation widerspricht dem Ideal des völkischen Staates, der nur ein Gesamtinteresse kennt; die offene Austragung sozialer Konflikte gilt als Frevel an der Volksgemeinschaft. Das Mißtrauen gegenüber der „linken“ DGB-Organisation erweitert sich zu dem Verdacht kommunistischer Konspiration<sup>52</sup>. Nach alledem muß ein so grundsätzlicher Gegner wie der DGB in den Augen der Nationaldemokraten, die sich als einzig legitimer Vertreter des Volkes fühlen, fast zwangsläufig als „undeutsch“ erscheinen – ein Etikett, das die NPD dem DGB auch *expressis verbis* anheftet<sup>53</sup>. Die xenophobischen Erklärungsschemata offenbaren die Unfähigkeit, die komplizierten Strukturen einer modernen Industriegesellschaft zu erkennen. Erscheinungen wie die Gewerkschaften werden deshalb als aufoktroierte Instrumente der Überfremdung empfunden, als ein Werk der amerikanischen Besatzungsmacht, das den US-Interessen zu dienen habe<sup>54</sup>. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg – für rassistische Denkklichses ein Geschenk des Himmels – ist darüber hinaus der leibhaftige Volksfeind, Symbol der jüdischen Macht und Personifizierung des undeutschen Gewerkschaftsbundes. Rosenberg sei gar nicht von den Einzelgewerkschaften demokratisch gewählt, sondern durch fremden Einfluß den Deutschen aufgezwungen worden: ein Teil jener unter jüdischem Druck vollstreckten „Bußübungen“. Nichts symbolisiere so klar, daß Deutschland auch nicht-materielle „Wiedergutmachung geübt“ habe, wie die Tatsache, daß ein Jude zum Vorsitzenden „der größten bundesdeutschen Massenorganisation und Wirtschaftsmacht, des DGB“ gemacht worden sei<sup>55</sup>. Bei der Auseinandersetzung mit konkreten Aggressionsobjekten nehmen die vagen Programmpunkte der NPD schärfere Konturen an. Was die verschwommene Zielsetzung, „gegen die Verfremdung und Entmachtung der europäischen Mitte . . . Kräfte der Gesundheit und des Widerstandes“ zu formieren, gesellschaftspolitisch bedeutet, wird deutlich, wenn Rosenberg und der DGB zu Feinden von Volk und Nation gestempelt werden. Aus der nationaldemokratischen Perspektive nehmen die Gewerkschaftsbanken „einen Umfang an, der nicht nur die Kreditwirtschaft der Bundesrepublik durcheinanderzubringen in der Lage ist, sondern auch international eine Rolle spielt“<sup>56</sup>. Vor dem Hintergrund dieser weit überbewer-

<sup>52</sup> Die Agitation gegen den angeblich kommunistischen DGB ist offensichtlich nicht nur kalkulierte Demagogie. Am 17. 9. 1968 legte die NPD-Fraktion im Bayerischen Landtag allen Ernstes einen Antrag vor, der das Parlament aufforderte, die Staatsregierung zu ersuchen, „dem Landtag über den gegenwärtigen Stand der kommunistischen Infiltration im Deutschen Gewerkschaftsbund und insbesondere in den Industriegewerkschaften des DGB zu berichten“. (Protokolle des Bayer. Landtags, 6. Legislaturperiode, Beilage 1328).

<sup>53</sup> DN 6/1965, S. 4.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> DN 33/1967, S. 6.

<sup>56</sup> DN 44/1965, S. 4.

teten Macht des DGB erscheint ihr Vorsitzender geradezu als Volksschädling: „Herr Rosenberg meint, die Hilflosigkeit der Regierenden politisch nutzen zu können. Verlieren wird dabei unser ganzes Volk<sup>57</sup>.“

Der Kampf gegen die Gewerkschaften ist nur eines von vielen Beispielen, die aufzeigen, wie die radikale Rechte gesellschaftliche Anti-Haltungen mit Nationalismus und Rassismus verbindet, wie sie ihr unangenehme komplizierte Gebilde durch Personalisierung „vereinfacht“ und verteuflert, wie sie ungerichtete Aggressivität auf eine „undeutsche“ Feindgruppe lenkt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob rechtsradikale Denkmodelle unbedingt einen rassenbiologisch determinierten Feind brauchen – mit anderen Worten, ob dieses Denken ohne biologische Stütze auskommt und der *politische* Gegner den „*Fremden*“ in der Freund-Feind-Schablone ersetzen kann. In Deutschland hat Fremdenfeindschaft (besonders in seiner Verengung auf den Antisemitismus) eine lange Tradition, und diese hat stark auf den deutschen Nationalismus eingewirkt, dessen antidemokratische und antiwestliche Grundhaltung noch durch die Übernahme des romantischen Organismusbegriffs verhärtet wurde. Als Folge seiner historischen Vorbelastung und der späten (gegen die bereits nationalgeeinte Umwelt durchgesetzten) Verwirklichung des deutschen Nationalstaates hat der Nationalismus bei uns eine erhöhte Bereitschaft zur Aggression gegen das „mißgünstige Ausland“ entwickelt, das (im Westen) lange vor der deutschen Reichsgründung nationalsaturiert war. Auch förderte die Umwälzung überlieferter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Formen eine Mentalität, die innere „Reichsfeinde“ (nicht nur die Sozialisten!) gesellschaftlich unterprivilegierte und Minoritäten als nationales Risiko auffaßte; der preußisch-protestantische Anti-Katholizismus war von der gleichen Struktur wie der wenig später aufkeimende Antisemitismus: die negativen Klischees, die der katholischen Minderheit damals für eine kurze Zeit angeheftet wurden, gingen weit über den Umkreis der ursprünglichen Verdächtigung anti-nationaler Umtriebe hinaus. Freilich verdrängte der (Rassen-)Antisemitismus sehr schnell die kurzlebigen anti-katholischen Ressentiments. Schon kurz nach der Reichsgründung entstand eine noch lange nachwirkende Tradition der inneren Volksfeind-Bekämpfung, die in nationalsozialistischer Zeit die extremste Form annahm.

Die Nachwirkungen des Nationalsozialismus sind verständlicherweise immer noch spürbar. Die handgreifliche Formel von den „unbelehrbaren Nazis“ vermag freilich wenig zu überzeugen, auch wenn die NPD offensichtlich Grundzüge der NS-Ideologie übernimmt und eine eifrige Apologie des Dritten Reiches betreibt. Das Nazi-Gedankengut war nicht von Hitler erfunden; es gab praktisch keinen einzigen nationalsozialistischen Gemeinplatz, der nicht schon vor 1920 propagiert worden wäre. Deshalb besagt es auch wenig, wenn der neue Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik darum bemüht ist, sich bei der Verbreitung seines völkischen Gedanken-

---

<sup>57</sup> DN 49/1965, S. 1.

gutes auf Kronzeugen aus präfaschistischer Zeit zu berufen. Die Nachwirkungen des Nationalsozialismus zeigen sich im übrigen gerade in dem Festhalten an bestimmten „positiven Errungenschaften“ des Hitler-Staates. Die Art, wie der Nationalsozialismus Volksgemeinschaft vorexerziert, wie er die Austragung sozialer Konflikte eliminiert, Verbrecher mit der nötigen Härte bestraft, das Undurchschaubare und Beunruhigende aus der Welt geschafft und Gute und Böse, Starke und Schwache, Wertvolle und Minderwertige klar getrennt hat, ist für viele Deutsche nach wie vor eindrucksvoll geblieben.

Nach alledem scheint es, daß die radikale Rechte in der Bundesrepublik ohne völkisch-biologische Kategorien nicht auskommen kann und auf den Versuch angewiesen ist, den Leichnam der präfaschistischen Rassentheorie wieder zum Leben zu erwecken. Weiterhin werden die Mendelschen Gesetze beansprucht, die „die Konstanz des Erbgutes mit naturwissenschaftlicher Exaktheit beweisen“, und gründlich mißverständene Thesen der modernen Verhaltensforschung werden damit in Beziehung gesetzt, um zu beweisen, daß „das Handeln des Menschen weitgehend auf dem Gefüge ererbter Instinkte“ basiert<sup>58</sup>. So erhält sich der Rechtsradikalismus den Glauben an die nationale Wiedergeburt und die Rückbesinnung auf deutsche Werte als sein inhumanes und reaktionäres Prinzip Hoffnung.

Auch in den Ländern, die von faschistischen Experimenten verschont blieben, stützen sich rechtsextremistische Bewegungen auf rassistische Vorstellungsinhalte. Pierre Poujades „Union de Défense des commerçants et artisans“, ursprünglich eine mehr apolitische Mittelstandsbewegung gegen die Steuergesetzgebung, tendierte schnell nach rechts, wie alle Organisationen dieser Art, in denen mittelständisches Bewußtsein sich von ‚unten‘ und von ‚oben‘ bedroht fühlt. Poujades Protestwähler griffen zu den klassischen Topoi der antidemokratischen Rechten: Sozialistische Gedankengänge (die hier erstaunlich stark ausgeprägt waren) vermischten sich mit einem Antikapitalismus, der sich ausschließlich gegen die Konzerne richtete und sich immer mehr auf die „internationalen Trusts“ konzentrierte, je stärker die nationalistische Einstellung durchbrach. Und als schließlich noch das anfangs fehlende Motivbündel der Fremdenfeindschaft und des Antisemitismus die Ideologie komplettierte, fand das Mißbehagen an der gesamten Entwicklung – der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuorientierung – seine ‚adäquate‘ Ausdrucksform: das „wahre Frankreich“ war durch Überfremdung seiner eigentlichen Bestimmung und seiner Werte beraubt, jüdische Politiker und Bankiers hatten im Verein mit den US-Konzernen den Volkswillen verfälscht, als dessen echter Repräsentant sich der Poujadismus ausgab.

In den Vereinigten Staaten, wo infolge der historischen Entwicklung der Nation aus zeitlich nacheinander gestaffelten Schüben fremder Einwanderer besondere Voraussetzungen für die Vorurteilsbildung gegen jeweilige Fremdgruppen bestanden, operiert die radikale Rechte mit der gleichen Argumentation. Und obwohl es in den USA keinen geschichtlich verwurzelten Antisemitismus gibt, konzentriert sich auch

<sup>58</sup> DN 6/1966, S. 3.

hier die Fremdenfeindschaft der Rechtsextremisten auf die jüdische outgroup, der vorgeworfen wird, das nationale Selbstverständnis zerstört und unamerikanisches Denken eingeführt zu haben. Das Beispiel USA zeigt mithin, daß weder historische noch religiöse Traditionen die Rolle spielen, die ihnen in Europa häufig bei der Erklärung rechtsradikaler Ideologien zugeschrieben wird. Die Feindschaft der amerikanischen Rechten richtet sich gleichermaßen gegen Juden wie gegen Neger, gegen weiße Neu-Einwanderer wie gegen farbige Puertoricaner; die Intensität der Vorurteile ist allerdings verschieden, da jede dieser outgroups nach Bedarf gegen eine andere ausgetauscht werden kann. So hat in den Südstaaten der Haß gegen die Neger den Antisemitismus weitgehend ersetzt, wenn auch die meisten Demagogen weiterhin auf den Feindbegriff des Juden angewiesen sind, um das Eindringen liberaler und (rassen-)egalitärer Ideen, um die unverstandene Außenpolitik, die Mitgliedschaft in der UNO oder zentralistische Tendenzen zu erklären; da sozialistische Ideen (im Bewußtsein der Arbeiterschaft und in Gestalt politischer Parteien) traditionell fehlen, verknüpfen sich die rassistischen Vorurteile nicht mit Antimarxismus (wie etwa bei der NPD), sondern vorwiegend mit Antiliberalismus, wobei, wie üblich, das Mißtrauen gegenüber liberalen Intellektuellen – das Wort „Harvard“ ist in rechtsextremen Kreisen ein Schimpfwort – eine besondere Rolle spielt und mit Sittenpuritanismus und der Kampagne gegen kommunistische Umtriebe eng verbunden ist.

Amerikanische und europäische Rassisten benutzen identische Klischees, um negative Eigenschaften auf Fremde zu projizieren. Gewisse Unterschiede sind jedoch aufschlußreich. Einige „klassische“ Stereotype der europäischen Antisemiten werden in den USA ausschließlich auf Neger übertragen: „faul“, „schmutzig“, „oversexed“ und „kriminell veranlagt“ sind Attribute, die den Farbigen vorbehalten sind, während „schlau“, „geschäftstüchtig“, „ehrgeizig“ und „habgierig“ als typisch jüdische Eigenschaften gelten – eine merkwürdige Trennung zwischen körperlichen und geistigen Unanständigkeiten<sup>59</sup>.

Sieht man einmal von der beschränkten politischen Lernfähigkeit der ehemaligen NS-Propagandisten ab, so scheint es immerhin möglich, daß sich rechtsextreme Bewegungen künftig stärker aus der Zwangsjacke vulgärbiologischer Axiome befreien und an andere Dogmen klammern, die zwar ebenso irrational, aber etwas zeitgemäßer sind. Die „naturwissenschaftliche Exaktheit“, die „alte Kämpfer“ wie Heinrich Härtle der NPD-Ideologie zuschreiben, scheint selbst bei einigen Anhängern Zweifel auszulösen, zumal in zunehmendem Maße die Realität beispielsweise das Bild vom dummen, faulen Neger ins Wanken geraten läßt. Bisher haben die

<sup>59</sup> Aus der Tatsache, daß in Europa eine den Negern entsprechende Gruppe fehlt und daher alle Stereotype auf Juden übertragen wurden, folgert die psychoanalytisch orientierte Vorurteilsforschung ihre Verdrängungstheorie: der Neger vertrete das „Es“ (die Schicht, die das Unbewußte, Affekte, Gefühle und Triebe umfaßt), der Jude das „Über-Ich“ (der dem autonomen Ich übergeordnete Bereich, der die gesellschaftlichen Gebote übernimmt und als wertende Instanz den Verzicht auf allgemein mißbilligte Antriebsziele des Es fordert).

Theoretiker und Publizisten des deutschen Rechtsradikalismus ihren Verstand meist nur angestrengt, wenn es galt, die rassistische Tendenz zu verschleiern oder alte Klischees leicht abzuwandeln.

So wurde nach 1945 die rassistische Inferiorität bestimmter Gruppen zur harmlos klingenden „Andersartigkeit“ umstilisiert. Der Antisemitismus gibt sich heute gemäßigt, nicht nur in Deutschland. In den USA sind Gruppen wie die „American Nazi Party“ oder „Nacirema“ (von rückwärts zu lesen als „American“) zahlenmäßig unbedeutende und nicht salonfähige Sekten. In Frankreich beteuert sogar der radikale Flügel der extremen Rechten (der Kreis um die Zeitschriften „Rivarol“ und „Aspects de la France“) seine Abneigung gegen den „antisémitisme de peau“ und den „tout racisme“ und verbindet dies mit der Feststellung „il y a un problème juif“<sup>60</sup>. Und in Deutschland zeigt sich die NPD zuweilen im philosemitischen Mäntelchen.

Meist beschränkt sich die NPD allerdings darauf, veraltete Vorurteile gegen „zeitgemäßere“ auszuwechseln – aus dem feigen Juden von früher wird der aggressionslüsterne Israeli von heute. Im Gegensatz dazu hat sich in den USA seit etwa 1960 bei einigen Bewegungen eine Entwicklung angebahnt, die erkennen läßt, daß man auf die traditionellen rassistischen Gemeinplätze zu verzichten gedenkt. Prominente Prediger des Irrationalismus und der Intoleranz verkünden ungewohnte Lehren: „Wir können keine antisemitischen oder negerfeindlichen Äußerungen dulden. . .“<sup>61</sup>. Vor allem Robert Welch, Oberhaupt der zur Zeit stärksten amerikanischen Rechtsorganisation, der John Birch Society, steuert in der letzten Zeit einen betont antirassistischen Kurs und führt zugleich mit allen demagogischen Mitteln im Namen Amerikas den Kampf gegen Kommunisten, Liberale, demokratische und republikanische Politiker.

Adornos „autoritäre Persönlichkeit“ wies innerhalb ihres Einstellungssyndroms ein starkes rassistisches und xenophobisches Motivbündel auf, das als charakteristisches Merkmal des „potentiell faschistischen Individuums“ galt. Das gleiche Individuum kann aber unter bestimmten Umständen diese nach 1945 nachhaltig diskreditierte Einstellung aufgeben, ohne daß sich seine Denkform ändert: das Rassenvorurteil läßt sich durch ein anderes Vorurteil ersetzen – die Aggression richtet sich nicht mehr gegen die „falsche“ Rasse, sondern gegen das „falsche“ Denken. Der McCarthyismus war die erste rechtsradikale Bewegung, die mit skrupelloser Demagogie, Denunziationen und blindem Irrationalismus angebliche kommunistische Verschwörer in Universitäten und Ministerien, Filmstudios und Militärademien aufstöberte und sich zugleich außerordentlich tolerant gegenüber allen Minderheiten fremder Abstammung verhielt. Wahrscheinlich konnte McCarthy als Herr über das Komitee gegen „unamerikanische Umtriebe“ nicht zuletzt deshalb Einfluß aus-

<sup>60</sup> Aspects de la France v. 12. 10. 1951, hier zit. nach Maurice Vanikoff: Anthologie (des textes antisémites), in: Le Temps Modernes, No. 9/1952, S. 459.

<sup>61</sup> Eine Forderung des rechtsextremen Fundamentalisten Billy Hargis, hier zit. nach Seymour Martin Lipset: Three Decades of the Radical Right, in: Daniel Bell (Ed.): The Radical Right, a. a. O., S. 376.

üben, weil er eben nicht den naheliegenden Gemeinplatz des „jüdischen Kommunisten“ aufgriff, sondern einen „streng koscheren Antisemitismus“ förderte, wie Peter Viereck die Auswechselbarkeit von Vorurteilen ironisiert<sup>62</sup>. Vielmehr wurde, wer die dubiosen Praktiken von McCarthys jüdischem Gehilfen Roy Cohn kritisierte, als „Antisemit“ in die Ecke des jetzt anrühigen Rassismus gedrängt.

Diese neue „Toleranz“ besteht, soviel bis jetzt zu erkennen ist, zunächst nur darin, daß der biologische Feind durch den politischen ersetzt wird. Niemand weiß, ob sich morgen die Aggression wieder gegen die „falsche“ Hautfarbe richten wird. Der Kampf gegen das falsche Denken hat freilich größere Vorteile: die radikale Rechte kann ihre Feindkategorie besser gesellschaftlichen Strömungen anpassen und ihre Anhängerschaft aus Gruppen rekrutieren, die rassistisches Gedankengut ablehnen. So gelangte selbst eine Organisation wie die John Birch Society zu der revolutionierenden „Erkenntnis“, es sei eine „kommunistische Taktik, Mißtrauen und Haß zu schüren zwischen Juden und Nichtjuden, Katholiken und Protestanten, Negern und Weißen“<sup>63</sup>. Die Tendenz, allen Minderheiten demokratische Gleichberechtigung zu geben – vorausgesetzt, sie akzeptieren die „richtige“ Weltanschauung –, hat zuerst (1960) Rokeach in seinen Untersuchungen erfaßt. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Vorurteilsbildung auf dem Grad der Übereinstimmung anderer Wertsysteme mit dem eigenen basiere und der Grad der Toleranz sich danach richte, in welchem Maße die eigenen Verhaltensweisen die Zustimmung der anderen brauchen. So sei „als Determinante gesellschaftlicher Unterscheidung“ die Weltanschauung „wichtiger als ethnische oder rassische Zugehörigkeit“. Rokeachs Theorie enthält die Vermutung, daß das, „was auf den ersten Blick als Kategorisierung auf rassistischer oder ethnischer Grundlage erscheint, sich bei näherer Betrachtung als Kategorisierung auf der Grundlage einer Einstellungskongruenz über spezifische Ansichten erweist“<sup>64</sup>.

Solche Merkmale eines neuen Stils rechtsextremer Bewegungen, in denen die Intoleranz sich im wesentlichen nur noch gegen den Häretiker richtet, sind offenbar von der radikalen Linken übernommen. Es scheint bezeichnend, daß Organisationen wie die John Birch Society ein neues Betätigungsfeld für ehemalige Kommunisten bieten (der Ex-Stalinist William Schlammer ist ein exemplarischer Fall). Dennoch bleibt auch der formale Unterschied zum Linksradikalismus erkennbar: Wo bei diesem die geschlossene Ideologie bestimmend ist, bleibt bei den Rechtsradikalen doch die Personifizierung und irrationale Verteufelung maßgeblich, auch wenn sie auf den politischen Meinungsgegner bezogen ist und damit sachlicher wirkt (nicht ist). Auch in den USA weisen Erscheinungen wie die Wallace-Bewegung 1968 darauf hin, daß dem Rechtsradikalismus der Verzicht auf den durch äußere Merkmale charakterisierten, körperlichen Feind (insbesondere den Neger) schwerfällt.

<sup>62</sup> Peter Viereck: *The Revolt against the Elite*, in: Daniel Bell (Ed.): *The Radical Right*, a. a. O., S. 141.

<sup>63</sup> Zitat des Vorsitzenden Robert Welsh, hier zit. nach Alan Westin: *The John Birch Society*, a. a. O., S. 215.

<sup>64</sup> Milton Rokeach: *The Open and Closed Mind*, New York 1960, S. 135.

Beruht doch die Wirkung des Rechtsextremismus von jeher vor allem auf der Mobilisierung der Angst vor konkreten Bedrohungen (Überfälle durch Neger, Betrug durch Juden o. ä.), während sich z. B. „kommunistische Bedrohung“ selten in dieser persönlichen und geradezu körperlichen Weise darstellen läßt<sup>65</sup>.

Der deutsche Rechtsradikalismus wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch stärker als der amerikanische auf völkische und rassische Kategorien angewiesen sein. Die nationalsozialistische Vergangenheit, die einerseits zu besonderer Vorsicht vor antisemitischen Äußerungen führt, fixiert hier doch andererseits den Rechtsradikalismus auf das alte Thema, da er ohne das Bestreben nach Reinwaschung der nationalen Geschichte vorerst schwerlich auskommen kann, wenn er das „gesunde“ nationale Selbstbewußtsein wiederherstellen will.

Die bittere Erfahrung der nationalsozialistischen Vergangenheit scheint umgekehrt in der Bundesrepublik die wirksamste Medizin gegen den Rechtsradikalismus zu sein, während die USA oder Frankreich aufgrund ihrer langen demokratischen Tradition über verlässliche Selbstheilungskräfte verfügen. Hier besteht eine spezifische Gefahr. Je mehr der Rechtsradikalismus die Vergleichbarkeit mit dem Nationalsozialismus (oder mit dem geläufigen Bild des Nationalsozialismus) zu erschweren weiß, desto günstiger sind seine Chancen. Sollte er gar ohne rassistische Elemente auskommen, so dürfte es schwierig sein, ihn zutreffend zu diagnostizieren, solange man von der formalen Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus und der Einstufung des Rechtsradikalismus als „Neofaschismus“ ausgeht. Die Kenntnis von der Persönlichkeitsstruktur des Autoritären und von den verschiedenen Äußerungsformen rechtsradikalen Irrationalismus' verhindert eher eine Fehleinschätzung als vereinfachende Analogien.

Eine nicht unwesentliche Ursache rechtsradikalen Erfolgs liegt in der Befriedigung von emotionalen Bedürfnissen. Die radikale Rechte bietet in Wirklichkeit keine Lösungen für bestehende Krisen oder detaillierte Probleme, sondern versucht strukturell bedingte Spannungen durch das Freisetzen von Affekten zu vermindern:

---

<sup>65</sup> Die Anhänger der John Birch Society sind überproportional neger-, juden- und fremdenfeindlich eingestellt, obwohl die Spitzenfunktionäre rassistisches Gedankengut öffentlich ablehnen. (Vgl. Alan F. Westin: *The John Birch Society*, a. a. O., und Seymour Martin Lipset: *Three Decades of the Radical Right*, a. a. O.)

Die McCarthy-Kampagne war ein Ausnahmefall. Der Ausgang des Koreakrieges, der das Selbstverständnis der Nation schwer erschütterte, half McCarthy wesentlich bei der Erzeugung jener Massenpsychose, die die unerklärbare nationale Schande auf eine kommunistische Verschwörung zurückführte. Zudem sprechen einige Anhaltspunkte dafür, daß McCarthy einen blinden Antikommunismus bewußt züchtete, um ihn als karriereförderndes Instrument einzusetzen – ein ziemlich seltener Fall bei Demagogen, die sich als messianische Verkünder der Wahrheit berufen fühlen. Der ehrgeizige und unbekannte Senator benutzte Antikommunismus als Wahlschlager; seine sensationelle Ankündigung, er habe eine Namensliste von 205 Kommunisten im Auswärtigen Amt, machte ihn zum Retter der Nation. McCarthy hatte auf ein psychologisches Bedürfnis gezielt, und er konnte sich mit der instinktiven Witterung des Demagogen auch behaupten, als er seine 205 Kommunisten erst auf 81, dann auf 57 reduzieren mußte, bis schließlich ein einziger Fall übrigblieb, der übrigens nie eindeutig geklärt wurde.

der Demagoge „offeriert Attitüden, nicht Brot“<sup>66</sup>. Rechtsextreme Ordnungsmodelle kompensieren individuelle Unterlegenheitsgefühle durch Glauben an die kollektive Überlegenheit; die Hingabe an überindividuelle Einheiten (Volk, Gemeinschaft, Rasse, Nation) verspricht Anerkennung und Selbstbestätigung. Da dann der einzelne erst kraft nationaler oder völkischer Zugehörigkeit sein Selbstbewußtsein entwickelt, muß sich das Individuum dieser Gruppe gehorsam unterwerfen (im Nationalsozialismus kam dies am extremsten in der Parole „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ zum Vorschein). Dieses Modell einer Instanz, die eine schützende und zugleich strafende Funktion ausübt, führte zu der These, rechtsextreme Organisationen stellten für ihre Anhänger eine Art „Vatersymbol“ dar. In der Tat deuten komplementäre Dogmen der NPD-Ideologie auf die abstrahierte Übertragung von Vorstellungsinhalten aus dem Bereich der (Vater-)Familie auf den Staat: einerseits der Entwurf einer „heilen“ Welt mit der persönlichen, idyllischen Volksgemeinschaft (gegenüber der sachlichen, ‚kalten‘ Gesellschaft), in der störende „Fremdeinflüsse“ ferngehalten werden – andererseits die Forderung nach Solidarisierung mit der Gruppe, nach bedingungsloser Unterwerfung unter die Gruppeninteressen und die strenge Bestrafung jeder Mißachtung der Gruppenwerte und -normen.

Dieses paternalistische Gesellschaftsmodell übt Anziehungskraft gerade auf die Personen aus, deren Erziehung besonders streng war und die besonders lange auf den Schutz der Familie angewiesen waren<sup>67</sup>. Die sozialkulturellen Leitbilder der NPD spiegeln Werte wider, die Dahrendorf als „private Tugenden“ bezeichnet hat<sup>68</sup>: Tugenden, übertragen aus der familiären Sphäre, die den Bereich des Öffentlichen aussparen, die gesellschaftsfrei konzipiert sind und die in weit geringerem Maße als die „öffentlichen Tugenden“ der angelsächsischen Demokratien das Miteinander-Auskommen und die Respektierung des anderen fördern, daher intolerante Einstellungen begünstigen. Vergleicht man die hierarchischen Ordnungsvorstellungen der NPD mit den sozialpsychologischen Untersuchungen von Personen mit stark affektiv besetzten Vorurteilen, so zeigt sich die Übertragung einer autori-

<sup>66</sup> Leo Lowenthal and Norbert Guterman: *Prophets of Deceit*, a. a. O., S. 99.

<sup>67</sup> Daraus erklärt sich vielleicht teilweise der überdurchschnittlich hohe Anteil von Personen mit höherer Bildung in der Anhängerschaft von Rechtsbewegungen. Vor allem in der mittleren und oberen Mittelschicht wird die Erziehung im wesentlichen vom Vater vorgenommen (in unteren Schichten von der Mutter, in der Oberschicht häufig von außerfamiliären Personen); die Ausbildung bringt eine langjährige Unselbständigkeit und Abhängigkeit von der Familie mit sich.

<sup>68</sup> Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, bes. S. 327–412. „Nicht zufällig erscheint es schwierig, die privaten Tugenden als soziale Werte zu bezeichnen; es sind in keinem Sinne Tugenden der Teilnahme. Nimmt der einzelne in einer Gesellschaft privater Tugenden am sozialen und politischen Prozeß teil, so bleibt ihm dies ‚äußerlich‘, und er bewahrt sich die Chance des Rückzuges auf. Daher ist die Vorherrschaft der privaten Tugenden ein Instrument autoritärer Herrschaft. Sie hält die Untertanen in jener Unmündigkeit, die es den Herren erlaubt, ihr wohlwollend-strenges Regiment zu führen . . .“ (S. 330). Vgl. auch die Untersuchung von Jürgen Habermas u. a.: *Student und Politik*, Neuwied 1961, die eine hohe Korrelation zwischen „integriertem Familienleben“ (familiär bezogenen Werten) und antidemokratischem Denken ergab.

tären Familienstruktur auf den Bereich des Politisch-Gesellschaftlichen noch deutlicher. Seine Verhaltensdispositionen hat der Rechtsextremist bereits in früher Kindheit erhalten. Härte, physischer Zwang und die ständige Unterwerfung unter die väterliche Autorität prägten die Neigung zur späteren Intoleranz gegen andere und zur Aggressivität gegen Schwächere; eine frühzeitig erzwungene, veräußlichte Respektierung von Werten und Verhaltensweisen störte die Entwicklung eines „autonomen Gewissens“ (Fromm)<sup>69</sup> und schuf die Bereitschaft zur widerspruchslosen Anerkennung jeder sanktionierten Autorität und zu einer Art Fatalismus (Rechtsradikale vertreten in überdurchschnittlichem Grad die Ansicht, Kriege seien nicht zu vermeiden, Kriminelle nicht zu resozialisieren u. ä.).

Ihre frühzeitig eingeschlifften Verhaltensweisen pflegen Rechtsextremisten sich unkritisch zu bewahren; ihre Vorurteile und Stereotype sind durch Aufklärung und Vermittlung von Wissen, durch „beschwörende Appelle, verbale Beschallung oder audio-visuelle Berieselung“<sup>70</sup> nicht abzubauen. „Die Erziehung zur Realität“, stellt Mitscherlich fest, „verlangt uns die Einsicht ab, daß Vorurteilsbereitschaft und Vorurteilskrankheit fast unausrottbar sind“<sup>71</sup>. „Freilich läßt sich die Basis rechtsradikaler Bewegungen so stark beschneiden, daß sie an die Peripherie des politischen Lebens gedrängt werden – ein „lunatic fringe“, wie die Angelsachsen ihre extremistischen Gruppen bezeichnen, die im luftleeren Raum agitiert. Der Abbau weitverbreiteter Klischees und Stereotype sowie des emotionalen Freund-Feind-Denkens gegen jede Art von Minoritäten (nicht nur ethnischen und rassischen) ist nur durch eine frühzeitige Korrektur von Fehlhaltungen zu erreichen, vor allem durch ein verändertes Erziehungssystem, das sozialen Wandel zur Kenntnis nimmt, Einsicht in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse vermittelt und zur kritischen Reflexion über Verhaltensweisen und tradierte Werte erzieht“<sup>72</sup>.

Angesichts des Potentials an offener und latenter Intoleranz in der Bundesrepublik, das demoskopisch immer wieder registriert wird (s. oben, S. 122f.), erhebt sich die Frage, warum so viele – sicher als „autoritäre Persönlichkeiten“ zu diagnostizierende – Wähler ihre politische Heimat bisher nicht in der DRP oder NPD gefun-

<sup>69</sup> Dieser Begriff bezeichnet die Anerkennung der eigenen Verantwortlichkeit, die überzeugte Rechtsextremisten ablehnen und auf eine höhere Instanz schieben. Sehr deutlich zeigt sich dies in einer Äußerung Görings: „Ich habe kein Gewissen. Mein Gewissen heißt Adolf Hitler.“ (zit. bei Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler, a. a. O., S. 77).

<sup>70</sup> Friedrich Minssen: Perspektiven politischer Bildung in der Gegenwart, Zur Überwindung der deutschen antidemokratischen Tradition, in: H. Huss und A. Schröder (Hrsg.): Antisemitismus, Frankfurt 1965, S. 145.

<sup>71</sup> Alexander Mitscherlich: Die Vorurteilskrankheit, in: Psyche, H. 5/1962, S. 244.

<sup>72</sup> Vgl. u. a. Wolfgang Hochheimer: Vorurteilsminderung in der Erziehung und die Prophylaxe des Antisemitismus, in: Psyche, H. 5/1962; ferner die oben erwähnten Beiträge von Mitscherlich und Minssen sowie Dahrendorf. Da Vorurteile und Stereotype „anernzogen“ bzw. gesellschaftlich überliefert sind, können Einstellungen nur in früher Jugend entscheidend beeinflusst werden, was jedoch eine ständige rationale Aufarbeitung nicht überflüssig macht. Die von Rechtsradikalen so gern behauptete, angeborene „instinktive“ Ablehnung fremder Rassen ist seit langem empirisch widerlegt.

den haben. Hier scheint das Paradox vorzuliegen, daß gerade die Mentalität, der eine rechtsradikale Partei am meisten entspricht, das Bekenntnis zu eben dieser Partei verhindern kann: die für die autoritäre Denkstruktur charakteristische strikte Befolgung der Konventionen und gesellschaftlichen Werte erschwert das Akzeptieren einer nicht ‚gesellschaftsfähigen‘ Partei. Neben dem Abbau autoritärer Sozialstrukturen und einer Reform des Erziehungswesens liegt hier wohl die größte Chance, die politische Umsetzung antidemokratischen Denkens zu hemmen. Denn solange die NPD von den anderen Parteien, von den gesellschaftlichen Sekundärinstitutionen und von der öffentlichen Meinung als nicht salonfähig betrachtet wird, vermag sie nur einen Teil ihres eigentlich mobilisierbaren Potentials zu mobilisieren, und Mißerfolg sowie politisch-soziale Isolierung sind für aktivistische Bewegungen auf die Dauer tödlich. Auch wenn die NPD in weit stärkerem Maße als andere Parteien das „gesunde Volksempfinden“ artikuliert, kann sie unter bestimmten Voraussetzungen diese Verhaltensdispositionen nur teilweise ausnutzen<sup>73</sup>. Trotz dieses Korrektivs und der positiven Nachwirkungen des Nationalsozialismus (der drastischen Erkenntnis von den Entwicklungsmöglichkeiten nationalistischer und rassistischer Ideen) ist es der NPD selbstverständlich gelungen, aus dem immer noch beträchtlichen Reservoir illiberaler Haltungen eine Anhängerschaft zu rekrutieren, die prozentual über der Gefolgschaft vergleichbarer Bewegungen liegt<sup>74</sup>.

Das Beispiel England zeigt vielleicht am deutlichsten, daß trotz ähnlicher Strukturbedingungen extremistische Bewegungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden können, zu einem „lunatic fringe“ im wörtlichen Sinne. Die selbstverständlich auch in Großbritannien verbreitete Vorurteilsbereitschaft und mobilisierbare Aggression gegen Minoritäten (die sich in den letzten Jahren vor allem gegen die farbigen Einwanderer aus den Commonwealth-Ländern richtet) wird aber ungleich stärker als in Deutschland kompensiert durch die Neigung zur Verständigungsbereitschaft und Toleranz (Dahrendorf hat auf den traditionell sozialisierten Wert des ‚Getting along with each other‘ als eine typische Form „öffentlicher Tugenden“ hingewiesen), und die „underdog“-Mentalität nimmt die angegriffene Minderheit

---

<sup>73</sup> In einer Krise profitiert hauptsächlich der Radikalismus von den verschärften sozialen Spannungen, von Anti-Haltungen und mehr oder minder verdrängten Vorurteilen. In einer stabilen Gesellschaft läßt er sich isolieren – vorausgesetzt, andere Parteien verfallen nicht der Fehlspekulation, bestimmte Parolen der radikalen Rechten und damit einen Teil ihrer Anhängerschaft übernehmen zu wollen. Die Aufwertung spezifisch rechtsextremer Leitbilder wurde bisher tendenziell vermieden, wenn auch der Stil der politischen Auseinandersetzung häufig mit affektiv besetzten Klischees argumentierte (Abqualifizierung der Opposition als destruktiv, Bekämpfung des politischen Gegners als Kommunist oder Nazi usw.); die Wiedereinführung der zweifellos sehr populären Todesstrafe stand nie ernsthaft zur Debatte, oder nur vereinzelte CSU-Wahlkämpfer benutzten beispielsweise die auf nationalistische und xenophobische Ressentiments zielende demagogische Diskriminierung des „Norwegers“ Brandt.

<sup>74</sup> Einflußreiche Bewegungen wie der McCarthyismus oder Poujadismus verschwanden nach spätestens drei Jahren ebenso schnell wie sie aufgetaucht waren; beständige Rechtsgruppen wie die John Birch Society oder die neofaschistische MSI werden von fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung gebilligt.

in Schutz<sup>75</sup>; in den USA korrigieren neben der liberalen Tradition ebenfalls wirksame geistige Strömungen wie die Schmelztiegel-Ideologie die populäre Diskriminierung der „Hyphenate Americans“ (Bindestrich-Amerikaner).

In Deutschland läßt sich die radikale Rechte nicht als „lunatic fringe“ abtun, da sie in höherem Grad als ähnliche Organisationen in angelsächsischen Ländern oder Frankreich vorhandene Gruppenwerte ideologisch aufarbeitet; ihr rückständiges Wert- und Orientierungssystem wird erst dann als rückständig erkannt, wenn neue Verhaltensweisen allgemein akzeptiert und institutionalisierte Normen nicht unkritisch übernommen, sondern ständig auf ihre Funktion in einer offenen Gesellschaft überprüft werden. Erst dann wird die radikale Rechte als unfähig zur Anpassung erscheinen und ihre diffuse Feindkategorie als der hilflose Versuch, mit dem Appell an Atavismen, an Affekte und Instinkte strukturbedingte soziale Konflikte zu lösen. Die Anziehungskraft der bequemen Weltanschauung, vor allem die Aufforderung, latent vorhandene Aggression gegen den „Fremden“ zu richten, der als Mitglied einer schwächeren outgroup besonders leicht anzugreifen ist, bildet allerdings – da sie sich rationaler Durchdringung entzieht – eine ständig lauende Gefahr für den mühsam erlernten Verzicht auf Brutalität. So hat sich nach 1945 die Ansicht durchgesetzt, den Rückfall in die Barbarei durch rechtzeitiges staatliches Eingreifen zu verhüten. Kennzeichnenderweise hat gerade das in dieser Hinsicht wohl am wenigsten belastete England den Predigern des Rassenhasses empfindliche Strafen angedroht. In der Bundesrepublik kann der Zwang zur Verfassungsloyalität den Erfolg rechtsextremistischer Bewegungen kaum verhindern, wenn der vom Grundgesetz abgesteckte Spielraum nicht regelmäßig und aufmerksam beobachtet wird.

---

<sup>75</sup> Sir Oswald Mosley stand als Führer der „British Union of Fascists“ 1933/34 vor einer bedeutenden Karriere, nachdem sich prominente Konservative nachhaltig für ihn einsetzten. Als er jedoch 1934 den Antisemitismus aufgriff und gegen jüdische Bankiers und Kapitalisten zu agitieren begann, wandten sich die bisher mit seiner Bewegung sympathisierenden Konservativen ab und bekämpften zusammen mit Liberalen und Sozialisten den bis dahin angesehenen Mosley. Seine Partei brach schnell zusammen, und auch die Neugründung nach dem 2. Weltkrieg blieb unbedeutend, ebenso wie zahlreiche andere Organisationen (vgl. Colin Cross: *The Fascists in Great Britain*, London 1941). Obwohl die wirtschaftliche Unsicherheit der 60er Jahre und das Einströmen farbiger Einwanderer einen idealen Nährboden für rechtsextreme Agitation bildete, scheiterten alle radikalen Bewegungen. Dies lag freilich nicht nur an der stärkeren Resistenz der britischen Bevölkerung gegen rassistische Parolen, sondern primär an der Haltung der Parteien, die sich weigerten, die Rassenfrage auch nur zum Wahlkampfthema zu machen. 1967 enthoben die Konservativen ein Mitglied ihres Schattenkabinetts seiner Parteiämter: rassendiskriminierende Äußerungen hatten ihn in den Augen der Partei disqualifiziert, von der Bevölkerung seines Wahlbezirks wurde er gefeiert.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Ackerman, N. W. and Jahoda, Marie: *Anti-Semitism and Emotional Disorder*. New York 1950.
- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswick, Else; Levinson, Daniel and Sanford, R. Nevitt: *The Authoritarian Personality*. New York 1950.
- Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit? in: *Eingriffe*. Frankfurt 1963.
- Ahlwardt, Hermann: *Judenflinten*. Dresden 1892.
- Ahlwardt, Hermann: *Der Verzweigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum*. Berlin 1890.
- Allport, Gordon W.: *The Nature of Prejudice*. Cambridge/Mass. 1955.
- Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt 1962.
- Ariel, Joseph: The Eichmann Trial in the Neo-Nazi Press, in: *Yad Washem Bull.*, No. 11/1962.
- Ariel Joseph: Gibt es eine antisemitische Internationale? in: *Freiheit und Recht*, Nr. 1/1964.
- Bardèche, Maurice: *Die Politik der Zerstörung – Nürnberg oder Europa*. Göttingen 1950.
- Bein, Alexander: Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage, in: *Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte*, H. 4/1958.
- Bein, Alexander: Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur „Endlösung“, in: *Bull. Leo-Baeck-Inst.*, H. 6/1963.
- Bein, Alexander: „Der jüdische Parasit“. Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: *Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte*, H. 2/1965.
- Bell, Daniel (Ed.): *The Radical Right*. New York 1963.
- Berghahn, Volker: Right-wing Radicalism in West Germany's younger generation, in: *Intern. Centr. Europ. Aff.*, No. 22/1962–1963.
- Bernstein, Fritz: *Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung*, Berlin 1926.
- Bessel-Lorck, Lorenz; Sippel, Heinrich und Götz, Wolfgang: *National oder radikal? Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Mainz 1966.
- Bettelheim, Bruno and Janowitz, Morris: *The Dynamics of Prejudice*. New York 1950.
- Besson, Waldemar: Trotz Verbot nicht tot, in: *Politische Meinung*, Nr. 74/1962.
- Bockemühl, Christian: Retter der deutschen Sittlichkeit, in: *Beiträge zur politischen Bildung*, H. 3/1968.
- Bracher, Karl-Dietrich: Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, in: *Colloquium*, Nr. 5–6/1956.
- Bracher, Karl-Dietrich: *Zeitgeschichte und Rechtsradikalismus*, in: *Bracher: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur*. Bern–München 1964.
- Broszat, Martin: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: *Deutsche Rundschau*, Nr. 6/1958.
- Brüdigam, Heinz: *Der Schoß ist fruchtbar noch . . .* Frankfurt 1965.
- Brügge, Peter: Rechts ab zum Vaterland, Der neue Nationalismus in Deutschland, in: *Der Spiegel*, Nr. 17–21/1967.
- Buchheim, Hans: Zu Kleists „Auch Du warst dabei“, in: *Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte*, H. 2/1954.

- Büsch, Otto und Furth, Peter: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Studien über die Sozialistische Reichs-Partei (SRP). Berlin-Frankfurt 1957.
- Bullock, Alan: Hitler, Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1959.
- Bundesminister des Innern (Hrsg.): Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen in den Jahren 1961-1967, Bonn 1962-1968 (Jährl. Berichte des Bundesministers d. Innern).
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts. München 1924.
- Cole, Taylor: Neo-Fascism in Western Germany and Italy, in: The American Polit. Science Rev. XLIX, 1955.
- Comas, Juan: Rasse als Mythos. Berlin 1966.
- Cross, Colin: The Fascists in Britain. London 1961.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965.
- Dörner, Klaus: Antisemitismus bei Jugendlichen, Vorurteil, Informiertheit, Abwehr, in: Neue Sammlung, H. 5/1965.
- Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit. Leipzig 1901.
- Eisenberg, Dennis: Fascistes et nazis d'aujourd'hui. Paris 1963.
- Emmet, Christopher and Muhlen, Norbert: The vanishing Swastika, Facts and Figures on Nazism in Western Germany. Chicago 1961.
- Eysenck, Hans Jürgen: The Psychology of Politics. London 1954.
- Fetscher, Iring: Rechte und rechtsradikale Tendenzen in der Bundesrepublik, in: Internationale Gruppenbeziehungen. Frankfurt 1966.
- Fetscher, Iring; Grebing, Helga u. a.: Rechtsradikalismus. Frankfurt 1967.
- Fischer, Heinrich: Die deutsche Sprache im Dritten Reich, in: Deutsche Rundschau, Nr. 8/1956.
- Fraenkel, Ernst: Judenfrage, in: Fischer-Lexikon „Staat und Politik“. Frankfurt 1957.
- Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. München 1953.
- Frederik, Hans: Die Rechtsradikalen. München 1964.
- Frenkel-Brunswik, Else: Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable, in: Journal of Personality 1949.
- Fritsch, Theodor (Hrsg.): Handbuch der Judenfrage, 38. Aufl. Leipzig 1935.
- Gathmann, Hans: Der latente Antisemitismus, Prozesse und Fälle in der Bundesrepublik, in: Politische Meinung, Nr. 34/1959.
- Gamm, Hans-Jochen: Judentumskunde. München 1964.
- Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (Hrsg.): Zwanzig Jahre - 9. November. Köln 1959.
- Geißler, Rolf: Dekadenz und Heroismus, Zeitroman und völkisch-nationalsozialistische Literaturkritik. Stuttgart 1964.
- Goldschmidt, Dietrich: Zur Soziologie des Antisemitismus. Tutzing 1960.
- Grimm, Hans: Warum - Woher - Aber wohin? Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitlers. Lippoldsberg 1954.
- Grünfeld, Ernst: Die Peripheren. Amsterdam 1939.
- Hammerschmidt, Hans: Renazifizierung in der Bundesrepublik, in: Deutsche Rundschau, Nr. 4/1956.
- Hannover, Heinrich und Hannover-Drück, Elisabeth: Republikfeindschaft und Antisemitismus, in: Politische Justiz 1918-1933. Frankfurt 1966.
- Heer, Friedrich: Gottes erste Liebe, 2000 Jahre Judentum und Christentum. München 1967.
- Heer, Friedrich: Der Glaube des Adolf Hitler, Anatomie einer politischen Religiosität. München 1968.
- Heinemann, Gustav und Posser, Dietrich: Kritische Bemerkungen zum politischen Strafrecht in der Bundesrepublik, in: Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 4/1959.

- Heintz, Peter: Soziale Vorurteile. Köln 1957.
- Herzfeld, Hans: Ein ungelöstes Problem, Der Antisemitismus – eine deutsche Schicksalsfrage, in: Politische Meinung, Nr. 46/1960.
- Hirsch, Kurt: Kommen die Nazis wieder? München 1967.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. Jubiläumsausgabe München 1935.
- Hochheimer, Wolfgang: Vorurteilsminderung in der Erziehung und die Prophylaxe des Antisemitismus, in: Psyche, H. 5/1962.
- Hoffmann, Stanley: Le Mouvement Pouvade. Paris 1956.
- Hofstätter, Peter R.: Gruppendynamik. Hamburg 1957.
- Horkheimer, Max: Persönlichkeit und Vorurteil, in: Über Vorurteile. Bonn 1963
- Huss, Hermann und Schröder, Andreas (Hrsg.): Antisemitismus, Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt 1965.
- Jenke, Manfred: Verschwörung von rechts? Berlin 1961.
- Katz, Daniel (Ed.): Public Opinion and Propaganda. New York 1954.
- Klönne, Arno: Die ‚Nationale Opposition‘ in der Bundesrepublik, in: Politische Studien, H. 10/1959.
- Klemperer, Victor: Die unbewältigte Sprache. Darmstadt 1966.
- Kleist, Peter: Auch Du warst dabei. Göttingen 1952.
- Knütter, Hans-Helmuth: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Bonn 1961.
- Knütter, Hans-Helmuth: Geistige Grundlagen und politische Richtung der Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, dargestellt am Jahrgang 1961. Düsseldorf 1966.
- Knütter, Hans-Helmuth: Das Sendungs- und Elitebewußtsein bei den Rechtsradikalen, in: Politische Studien, Nr. 17/1966.
- Kohl, Heribert: Die ‚Deutschen Nachrichten‘, Eine politisch-soziologische Analyse des publizistischen Organs der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 2/1967.
- Kühnl, Reinhard: Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Berlin 1967.
- de Lagarde, Paul: Juden und Indogermanen. Leipzig 1887.
- Lamm, Hans: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen öffentlichen Meinung. Frankfurt 1961.
- Lasswell, Harold: The Psychology of Hitlerism, in Lasswell: Analysis of Political Behaviour. London 1949.
- Leiris, Michel: Rasse und Kultur. Berlin 1966.
- Lemberg, Eugen: Nationalismus. Reinbek 1964.
- Lenk, Kurt: Mentalität und Meinungsmilieu als Faktoren rechtsradikalen Erfolges, in: Das Argument, H. 4–5/1968.
- Leschnitzer, Adolf: Antisemitismus, in: Bernsdorf-Bülow (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1955.
- Leschnitzer, Adolf: The Magic Background of Modern Antisemitism. New York 1956.
- Lessing, Theodor: Der jüdische Selbsthaß. Berlin 1930.
- Lewin, Kurt: Die Lösung sozialer Konflikte. Bad Nauheim 1955.
- Lowenthal, Leo and Guterman, Norbert: Prophets of Deceit: A Study of the Techniques of the American Agitator. New York 1949.
- Maier, Hans und Bott, Hermann: Die NPD, Struktur und Ideologie einer ‚nationalen Rechtspartei‘. München 1968.
- Mann, Golo: Der Antisemitismus, in: Vom Gestern zum Heute. München 1960.
- Marburg, Fritz: Der Antisemitismus in der Deutschen Republik. Wien 1931.
- Massing, Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt 1959.
- Marx, Karl: Die neue Toleranz in Deutschland, in: Politische Meinung, Nr. 15/1957.

- Melzer, Abraham (Hrsg.): Deutsche und Juden, Reden zum Jüdischen Weltkongreß. Düsseldorf 1966.
- Merkel, Peter H. und Scruggs, Otey M.: Rassenfrage und Rechtsradikalismus in den USA. Berlin 1966.
- Muhlen, Norbert: Rassismus oder Rassenvorurteil? Das amerikanische Negerproblem, in: Tribüne, H. 12/1964.
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963.
- Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. München 1966.
- Oestmann, Erika: Antisemitischer Nationalismus und nationales Judentum, in: Politische Studien, Nr. 13/1961.
- [ohne Verfasser] Les divers Elements de l'agitation fasciste, in: Monde Juif, No. 30-31/1962.
- [ohne Verfasser] The new 'Europeans', A survey of Nationalist Journals, in: The Wiener Library Bull. No. 9/1955.
- [ohne Verfasser] NPD-Wähler: Eigener Wert, in: Der Spiegel, Nr. 52/1968.
- Parmod, Maximilian: Antisemitismus und Strafrechtspflege. Zur Auslegung und Anwendung der §§ 130, 166, 185, 193, 360 StGB in höchstrichterlicher und erstinstanzlicher Praxis. Berlin 1894.
- Piepenstock, Wolfgang: Das Verbot politischer Vereinigungen und die freiheitliche Demokratie, in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 10/1965.
- Plumyène, Jean et Lasierra, Raymond: Les Fascismes Français 1923-1963. Paris 1963.
- Poliakov, Leon und Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker. Berlin 1959.
- Poliakov, Leon: Das Dritte Reich und die Juden. Berlin 1955.
- Pollock, Friedrich: Gruppenexperiment. Frankfurt 1955.
- Pross, Harry: Antisemitismus in der Bundesrepublik, in: Deutsche Rundschau, Nr. 10/1956.
- Pross, Harry: Vor und nach Hitler. Olten 1962.
- Pross, Harry (Hrsg.): Die Zerstörung der deutschen Politik. Frankfurt 1959.
- Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. Zürich-New York 1940
- Reichmann, Eva: Die Lage der Juden in der Weimarer Republik, in: Die Reichskristallnacht. Koblenz 1959.
- Richards, Fred H.: Antisemitismus für Deutschland, Ein Beitrag zum Problem der ausländischen antijüdischen Aktionen, in: Politische Studien, Nr. 16/1965.
- Richter, Horst-Eberhard und Beckmann, Dieter: Studie über das Selbstbild des NPD-Anhänger, unveröffentl. Manuskript, Göttingen 1968 (Teilabdruck in: Der Spiegel, Nr. 52/1968).
- Riemeck, Renate: Das moralische Unheil, Die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/1960.
- Robinson, Nehemia: Historique et idéologie, in: Monde Juif, No. 30-31/1962.
- Rokeach, Milton: The Open and Closed Mind, New York 1960.
- Rose, Arnold: Rassenvorurteile. Berlin 1966.
- Rovere, Richard H.: Senator Joe McCarthy. New York 1959.
- Saller, Karl: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda. Frankfurt 1960.
- Sartre, Jean Paul: Réflexion sur la question juive. Paris 1954.
- Scheuch, Erwin K. und Klingemann, Hans D.: Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966, in: Beiträge zur politischen Soziologie. Köln 1967.
- Scheuch, Erwin K. und Klingemann Hans D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Tübingen 1967.

- Schnöring, Kurt: Die NS-Mentalität der Vertriebenenpresse, in: Deutsch-polnische Hefte, Nr. 11/1960 bis 2/1961.
- Schönbach, Peter: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60. Frankfurt 1961.
- Schoenbaum, David: Die braune Revolution, Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Köln-Berlin 1968.
- Seidel, Eugen und Seidel-Slotty, Ingeborg: Sprachwandel im Dritten Reich. Halle 1961.
- Seydewitz, Max und Ruth: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik. (Ost-)Berlin 1956.
- Silbermann, Alphons: Zur Soziologie des Antisemitismus, in: Psyche, H. 5/1962.
- Silbermann, Alphons: Die Schwierigkeit, in Deutschland Jude zu sein, in: Tribüne, H. 12/1964.
- Silenius, Axel (Hrsg.): Vorurteile in der Gegenwart. Frankfurt 1966.
- Smarzlik, Hans-Günter: Der Sozialdarwinismus als zeitgeschichtliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1963.
- Smoydzin, Werner: NPD, Geschichte und Umwelt einer Partei. Pfaffenhofen 1967.
- Smoydzin, Werner: Hitler lebt. Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes. Pfaffenhofen 1966.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1962.
- Sontheimer, Kurt, Stammler, Eberhard und Heigert, Hans: Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers. München 1966.
- Sterling, Eleonore: Er ist wie Du, Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland. München 1956.
- Sterling, Eleonore: Vorurteil oder Erkenntnis? Der Antisemitismus in unserer Zeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1963.
- Sterling, Eleonore: Der Jude: Philosemitische Stereotype in der Bundesrepublik, in: Tribüne, H. 14/1965.
- Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Bern-Stuttgart 1963.
- Sternberger, Dolf; Storz, Gerhard und Süskind, W. E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. München 1962.
- Studnitz, Hans-Georg von: Die Bewältigung des Antisemitismus in Deutschland, in: Außenpolitik, H. 11/1959.
- Tauber, Kurt P.: German Nationalists and European Union, in: Political Science Quarterly, No. 74/1959.
- Thieme, Karl (Hrsg.): Judenfeindschaft. Frankfurt 1963.
- Vanikoff, Maurice: Anthologie [des textes antisémites], in: Les Temps Modernes, No. 9/1952.
- Viereck, Peter: Metapolitics, The Roots of the Nazi Mind. New York 1961.
- Voigt, Karsten D.: Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/1967.
- Willbrand, Jürgen: Kommt Hitler wieder? Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Donauwörth 1964.
- Wolf, Heinz E.: Vorurteile und Toleranz in der Bundesrepublik, in: Vorgänge, H. 3/1967.